

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen an
Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts,
einer Anstalt des öffentlichen Rechts
sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2014

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen	5
1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes.....	5
2. Rechtliche Grundlagen	5
3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes.....	7
4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten	8
5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2014.....	11
Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften.....	13
1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG).....	13
2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	15
3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT).....	16
4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE)	19
5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU).....	21
6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM).....	23
6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	23
6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	26
a) Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH	28
aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	28
ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	28
b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH.....	28
c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	29
d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH.....	29
e) KKM Servicegesellschaft mbH.....	29
ea) KKM Gebäudedienste GmbH	29
f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH.....	29
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG	30
8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	32
9. vogelsang ip gGmbH.....	34
10. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	36
11. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	38
11.1. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises.....	40
a) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).....	40
b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)	40
c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)	40
d) KEV Energie GmbH.....	41
e) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	41
11.2. Mittelbare Beteiligungen des Kreises	41
zu 11.1 b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene).....	41
a) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG.....	41
b) eegon – Eifel Energie Genossenschaft eG	41
c) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH.....	41
d) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	41
e) Green Gecco Verwaltungs GmbH	41
f) Green Gecco GmbH & Co. KG.....	42

fa)	An Suidhe Wind Farm Limited	42
fb)	WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH	42
fc)	WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH	42
fd)	RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH.....	42
fe)	RWE Innogy Windpark GmbH	42
zu 11.1 d)	KEV Energie GmbH.....	42
a)	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB) .	42
b)	Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	42
c)	Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	42
d)	Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG.....	43
e)	BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH.....	43
f)	BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	43
12. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH).....		46
a)	Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)	46
b)	Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG).....	46
13. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....		48
14. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR		50
15. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts		52
16. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AÖR).....		54
17. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH)		56
Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2014.....		58
Teil D – Auswertungen und Übersichten.....		305
1.	Auswertung der Jahresabschlüsse.....	305
2.	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	334
3.	Personalbestand.....	335
4.	Leistungen und Kennzahlen.....	336
Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 31.08.2015		337
1.	Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen.....	337
2.	Beteiligungsverhältnisse – Übersicht	337
Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden.....		339
1.	Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE).....	340
2.	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur.....	359
3.	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH).....	379
4.	Zweckverband Kronenburger See.....	388
5.	Zweckverband Naturpark Rheinland.....	389
6.	Zweckverband Region Aachen.....	391
7.	Erftverband	393
8.	Wasserverband Eifel-Rur (WVER)	394
9.	AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung.....	395

Teil A – Grundlagen

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Die Beteiligungen an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts sind durch nicht unerhebliche Vermögenswerte und Finanzströme mit dem Kreis Euskirchen verbunden, so dass der Kreis einerseits aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte, andererseits durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf den Kreishaushalt zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen berechtigt und verpflichtet ist. Um die Steuerungs- und Kontrollaufgaben zwischen Kreistag, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und die Öffentlichkeit zu unterrichten, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

So hat der Kreis gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO) NRW i.V.m. § 53 KrO einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.

Gem. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Die Darstellung kann bei den Bilanzen auf die in § 266 des Handelsgesetzbuches in den Absätzen 2 und 3 mit Buchstaben und römischen Zahlen bezeichneten Posten in der vorgeschriebenen Reihenfolge beschränkt werden. Bei den Gewinn- und Verlustrechnungen können Erleichterungen nach § 276 des Handelsgesetzbuches unabhängig von der Einhaltung der dort beschriebenen Größenklassen in Anspruch genommen werden. Werden bei den Beteiligungen für die Jahresabschlussanalyse Strukturbilanzen erstellt, können diese die vollständigen Bilanzen ersetzen. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht ist dem Kreistag und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Der Kreis hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Der Kreis hält den Bericht zu diesem Zweck zur Einsichtnahme vor. Der Beteiligungsbericht 2014 wird mit dem Haushaltsplan 2016 veröffentlicht. Weiterhin ist er auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter „<http://www.kreis-euskirchen.de/>“ abrufbar.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Begriffsdefinitionen „Unternehmen“, „Einrichtung“

Nach § 53 der Kreisordnung NW (KrO NW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises, soweit in der KrO NW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der Gesetzgeber verwendet für die wirtschaftliche Betätigung den Begriff „Unternehmen“ und für die nichtwirtschaftliche Betätigung den Begriff „Einrichtung“.

Gem. § 107 Abs. 1 Satz 3 GO NW ist als „wirtschaftliche Betätigung“ der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Im Absatz 2 des § 107 GO NW ist im Einzelnen aufgeführt, was als „nichtwirtschaftliche Betätigung“ gilt. Dazu zählen insbesondere:

- Einrichtungen, zu denen der Kreis gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen,
- Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung),
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Kreises dienen.

2.2 Zulässigkeit und Anforderungen bei Beteiligungen des Kreises

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung sowie die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts ist in den §§ 107 bis 108b der Gemeindeordnung geregelt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Unternehmen und Einrichtungen unterliegen weiteren Regeln, die in der GO NW dargelegt sind:

- Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird (§ 109 Abs. 1 GO).
- Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Sie sollen neben den notwendigen Rücklagen eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 109 GO NW).
- Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, unterliegen dem Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung (§ 110 GO NW).
- Unternehmen, Einrichtungen oder Beteiligungen an einer Gesellschaft dürfen nur dann teilweise oder vollständig veräußert werden, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben des Kreises nicht beeinträchtigt wird (§ 111 GO NW).
- Die Beteiligung oder Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften sowie die anderen in § 115 GO aufgeführten Tatbestände sind vor deren Vollzug gegenüber der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistages gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

Aufgrund der Neuwahl des Kreistages am 25.05.2014 sind die Vertreter/innen des Kreises Euskirchen zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen bzw. als Mitglieder des Vorstandes, des Verwaltungs- oder Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs in der Sitzung des Kreistages vom 25.06.2014 neu bestimmt worden.

2.4 Einführung des NKF

Der Kreis Euskirchen hat zum 01.01.2009 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt. Nach den gesetzlichen Regelungen (insb. §§ 116, 117 GO, §§ 49-52 GemHVO) ergeben sich im Bereich der Beteiligungen die folgenden Änderungen:

- Bewertung und Bilanzierung der Beteiligungen in der Eröffnungsbilanz des Kreises zum 01.01.2009,
- Konsolidierung von verbundenen Unternehmen und assoziierten Bereichen im Gesamtabschluss, Stichtag spätestens 31.12.2010,

- Erhöhung der Anforderungen an den Beteiligungsbericht,
- Einbeziehung von Anstalten des öffentlichen Rechts und Zweckverbänden in die Bilanzierung und Konsolidierung.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 52 GemHVO finden sich im Beteiligungsbericht wie folgt wieder:

1. Ziele der Beteiligung	Teil B
2. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Teil B
3. die Beteiligungsverhältnisse	Übersicht in Teil A.4, einzeln in Teil B
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage	Teil D.1
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Teil D.4
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Teil B, Zahlungen in Teil D.2
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Teil B
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Teil D.3

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Gesellschaft zur Vorbereitung und Umsetzung des Rhein-Rur-Express (RRX) im Kooperationsraum Rheinland mbH
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH
- Meß- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH
- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH
- WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Windpark GmbH

In den Beteiligungsbericht wurden auch die Zweckverbände aufgenommen, in denen der Kreis Euskirchen Mitglied ist, s. Teil F.

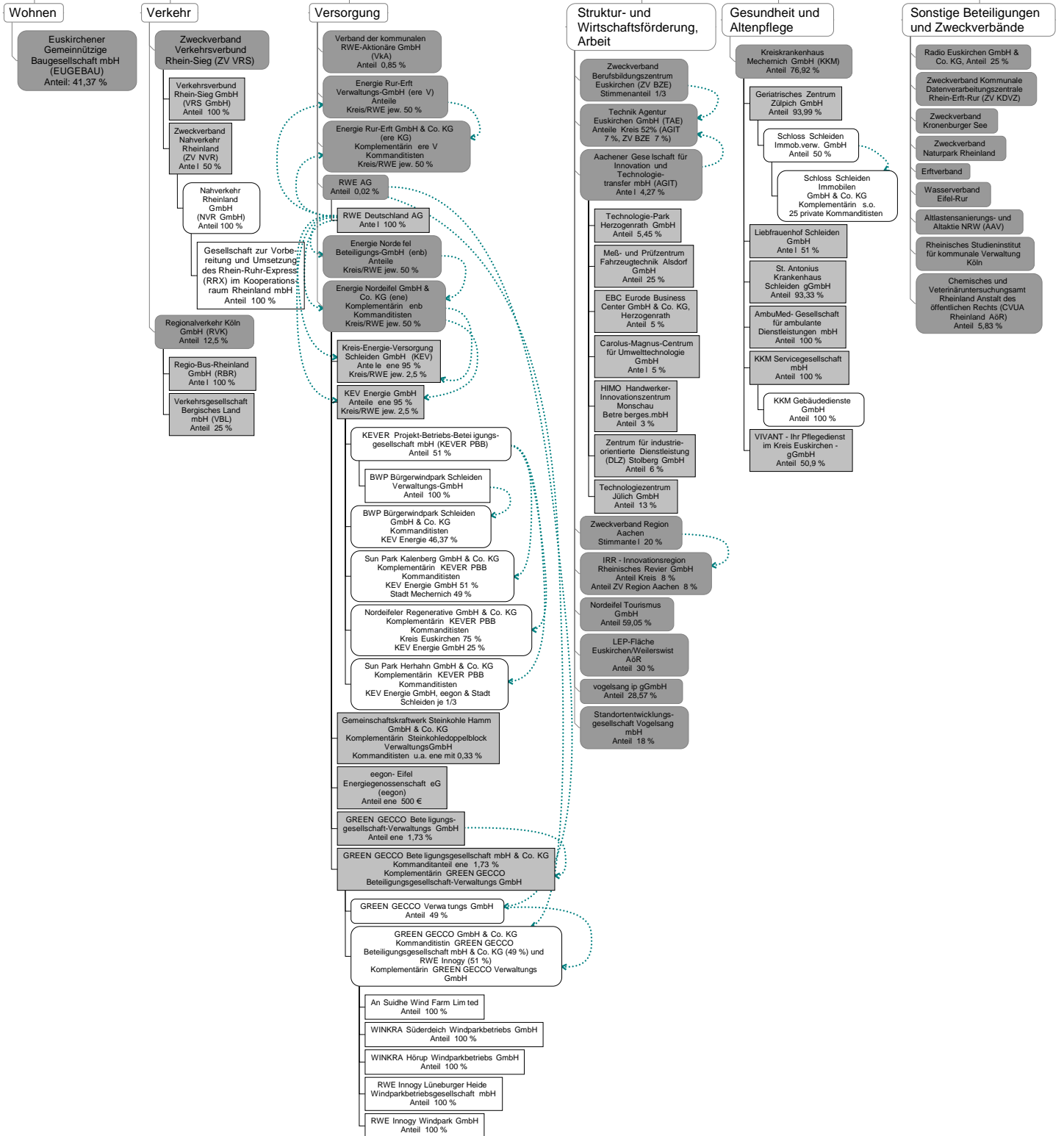
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2014. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 31.08.2015 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

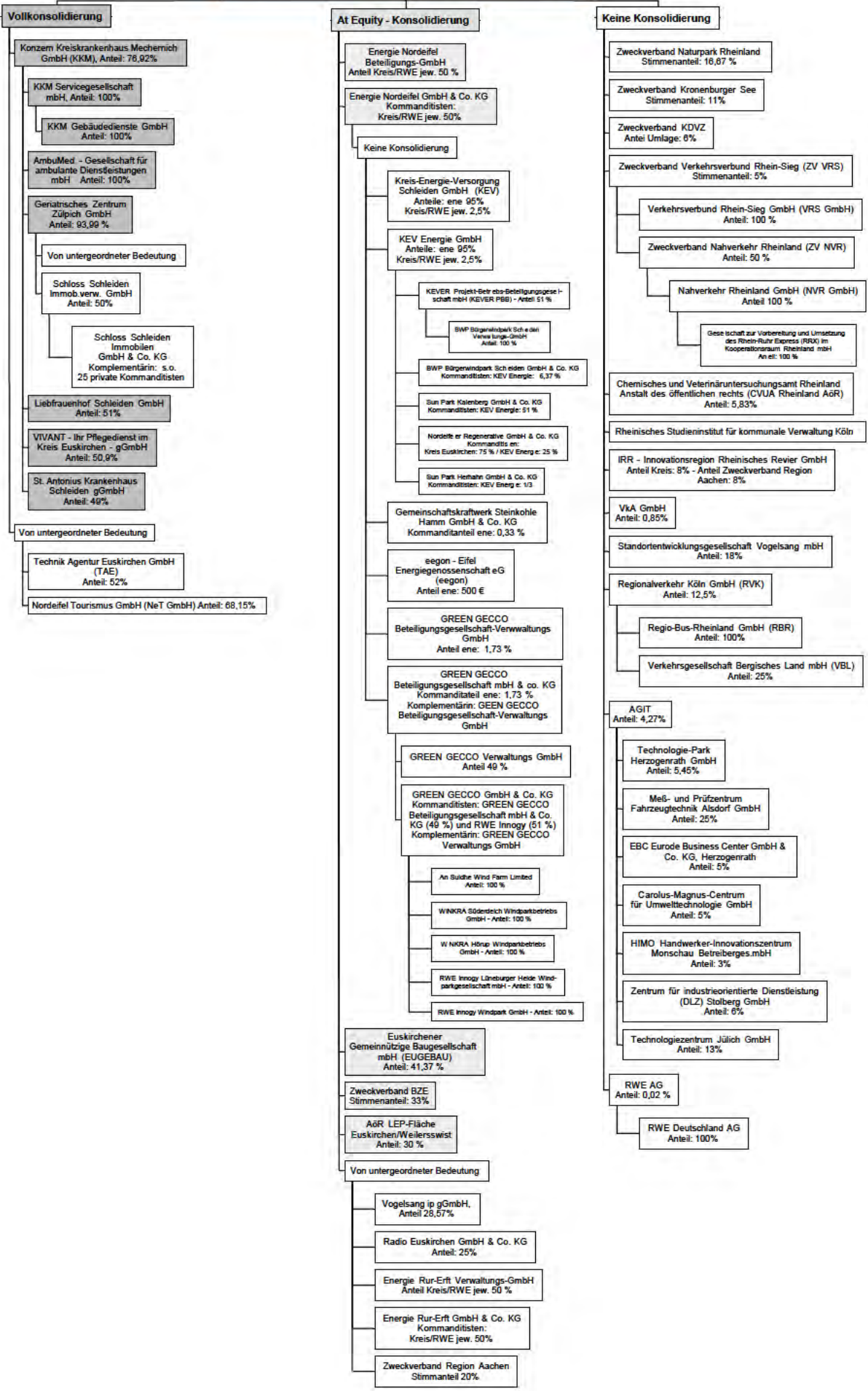
Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

- Seite 9: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2014
- Seite 10: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 50 GemHVO)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.12.2014



Festlegung Konsolidierungskreis Kreis Euskirchen Stand 31.12.2014



5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2014

5.1 Beschluss des Kreistages vom 09.04.2014

- Der Kreistag hat der unmittelbaren Beteiligung des Kreises Euskirchen an der **IRR – Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** mit einem Stammkapitalanteil in Höhe von 2.000 € (8 %) auf der Grundlage des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Stand: 19.02.2014) zugestimmt. Diese Zustimmung galt auch insoweit, als an dem zu Grunde liegenden Gesellschaftsvertrag im Rahmen von ausstehenden Beratungen oder des Anzeigeverfahrens nach § 115 GO NRW Änderungen vorgenommen werden mussten, die die inhaltliche Aussage des Vertrages nicht grundlegend verändern. Die Zustimmung galt insbesondere erteilt für die Aufnahme des Weisungsrechtes gem. § 108 Abs. 5 Nr. 2 GO NRW. Der Kreistag beschloss weiterhin, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 "Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle") in Höhe von maximal 12.000 €/Jahr bis zum Jahr 2017 bereitzustellen. Der Kreistag hat den Beschluss gefasst, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung durch 3 Person(en) vertreten werden soll und hat diese benannt. Darüber hinaus hat der Kreistag die **unmittelbare Beteiligung des Zweckverbandes Region Aachen an der IRR GmbH** mit einem Stammkapitalanteil in Höhe von 2.000 € (8 %) auf der Grundlage des Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Stand: 19.02.2014) zustimmend zur Kenntnis genommen (D 16/2014).

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 25.06.2014

- Wahl der Vertreter/innen des Kreises Euskirchen, die zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen bzw. als Mitglied des Vorstandes, des Verwaltungs- oder Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs vom Kreistag zu bestellen oder vorzuschlagen sind (V 4/2014).

5.3 Beschlüsse des Kreistages vom 01.10.2014

- Der Kreistag hat dem gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion (A 2/2014) zugestimmt und beschlossen, dass im Rahmen der Niederlegung der Mitgliedschaft von Herrn Josef Reidt im Verbandsrat des **Erfverbandes** diese Stelle mit Herrn Andreas Schulte nachbesetzt wird.
- Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat die als Anlage zur Info 14/2014 beigefügte Satzung des **Zweckverbandes Berufsbildungszentrum Euskirchen** in der Fassung der Beschlussfassung der Verbandsversammlung vom 13.05.2014 zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Änderung der Zweckverbandssatzung beruhte im Wesentlichen auf der geänderten Ausgestaltung der Funktion des Verbandsvorstehers. Mit der Änderung wird die Bestellung eines hauptamtlichen Verbandsvorstehers bei gleichzeitigem Wegfall der Position der leitenden Dienstkraft ermöglicht.
- Der Kreistag hat dem Antrag der UWV-Fraktion (A 23/2014) zugestimmt und folgende Umbesetzung in der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** beschlossen: bisheriges Mitglied: Franz Troschke (UWV) – neues Mitglied: Andreas Bühl (UWV).
- Der Kreistag hat beschlossen, der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Naturpark Rheinland** für die Wahl des stellvertretenden Mitglieds in den Verbandsausschuss aus den ordentlichen Mitgliedern der Verbandsversammlung Herrn Stefan Schmitz (SPD) vorzuschlagen (V 62/2014 und A 27/2014).
- Zur Zukunft der **Energieversorgung im Kreis Euskirchen** hat der Kreistag den Änderungen in dem am 17.07.2013 (V 30/2013) beschlossenen Vertragswerk gem. der Vorlage V 41/2014 zugestimmt. Der Beschluss über die Veräußerung der Kommandit- und Geschäftsanteile vom 28.08.2012 (D 62/2012) in der Fassung der Beschlussfassung vom 17.07.2013 blieb mit der Maßgabe bestehen, dass die Veräußerung an die in der neu gefassten Anlage 3 zum Konsortialvertrag aufgeführten Städte und Gemeinden geschieht. Gleichzeitig wurde der Verlängerung des Zeitraumes für die Veräußerung bis zum 31.12.2016 bzw. 30.06.2017 zugestimmt.
- Der Kreistag hat der Übernahme der Geschäftsanteile der Familienpflege der Franziskus-schwestern e.V. Essen an der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** durch die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** (V 44/2014) wie folgt zugestimmt:

- Zum 01.01.2015 erhöhen sich die Geschäftsanteile der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH an der Liebfrauenhof Schleiden GmbH von bislang 51 % auf 100 % zum Nennwert der Stammeinlage (49.000 €).
- Der Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Liebfrauenhof Schleiden GmbH wurde zugestimmt. Die Vertreter des Kreises Euskirchen in den Gremien der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Liebfrauenhof Schleiden GmbH wurden zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt.
- Der Kreistag hat den Entwurf zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der „**TAE GmbH - Technik Agentur Euskirchen**“ (TAE GmbH) einschließlich des Ergänzungsvorschlags der IHK Aachen zu § 4 Abs. 3 zustimmend zur Kenntnis genommen und beschlossen, die Vertreter des Kreises Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der TAE GmbH zur Beschlussfassung über die Änderung des Gesellschaftsvertrages zu ermächtigen (V 45/2014).
- Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat den Änderungen in den Verbandssatzungen der **Zweckverbände NVR und VRS** zugestimmt und die Vertreter des Kreises Euskirchen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRS ermächtigt, den Änderungen der Verbandsatzungen NVR und VRS zuzustimmen. Darüber hinaus wurden die Zweckverbände NVR und VRS aufgefordert, Verfahren zu entwickeln, die im Falle der drohenden Erhebung von Verbandsumlagen greifen. Diese Verfahren sollen unter Einbeziehung der Verbandsmitglieder der Zweckverbände Möglichkeiten zur Umsetzung von Einsparungen vorsehen, um ggf. die Erhebung von Umlagen abzuwenden (V 51/2014).
- Abweichend von seiner Beschlussfassung vom 09.10.2013 (V 61/2013) hat der Kreistag der Beteiligung der **KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH** an der „Projektentwicklung Eifel Energien GmbH“ (PEE GmbH) unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 12.500 € (50%) gemeinsam mit der C4 Planung und Betreuungs-GmbH (50 %) zugestimmt und die Vertreter des Kreises Euskirchen in den entsprechenden Gremien des ene-Konzerns zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt (V 53/2014).

5.4 Dringlichkeitsbeschluss des Kreistages vom 17.12.2014

- Im Wege der Dringlichkeit (D 8/2014) hat der Kreistag die aktuellen Entwicklungen zum Projekt "Sanierung und Umbau Forum Vogelsang" mit den dazu aufgezeigten unabweisbaren Kostensteigerungen von 3,0 Mio. €, die entsprechend dem favorisierten Finanzierungsmodell 1 die Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen (=10 % Eigenanteil) in Höhe von insgesamt 300.000 € erforderlich machen, zur Kenntnis genommen. Weiterhin hat der Kreistag zur Umsetzung des Finanzierungsmodells 1 vorsorglich die Bereitstellung eines Zuschusses bis zu einer Höhe von max. 86.000 € als gesonderten Finanzierungsbeitrag des Kreises Euskirchen entsprechend seinem Gesellschafteranteil zur Deckung der kalkulierten Kostensteigerungen beim Projekt "Sanierung und Umbau Forum Vogelsang" beschlossen. Die Bereitstellung des anteiligen Zuschusses erfolgte vorbehaltlich der Aufstockung und Bewilligung einer weiteren Projektförderung durch das Land NRW. Die im Rahmen der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2015 am 10.12.2014 ausgesprochene Sperrung der für die Fortsetzungsmaßnahme erforderlichen, veranschlagten Mittel wurde aufgehoben. Darüber hinaus hat der Kreistag für den Fall, dass eine beantragte Projektförderung nicht bewilligt werden sollte beschlossen, zugunsten der **Vogelsang ip gGmbH** eine Ausfallbürgschaft zur Finanzierung der Mehrkosten erforderlich werdenden Kreditaufnahme in Höhe von max. 3 Mio. € bis zum Höchstbetrag von 1.090.900 € zu übernehmen.

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften

1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

45030 Essen

Internet: <http://www.rwe.com/web/cms/de/8/rwe/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NW.

Nach Übernahme der RWE Dea (Segment Upstream Gas & Öl) zum 01.01.2014 durch die Investmentgesellschaft LetterOne ist der RWE-Konzern seit 2014 in 7 Segmente, welche auch als „Unternehmensbereiche“ bezeichnet werden, untergliedert. Die Aufgabenerfüllung erfolgt durch die in Klammern dargestellten Gesellschaften.

- Konventionelle Stromerzeugung (RWE Generation)
- Vertrieb / Verteilnetze Deutschland (RWE Deutschland)
- Vertrieb Niederlande / Belgien (Essent)
- Vertrieb Großbritannien (RWE npower)
- Zentralost- / Südosteuropa (RWE East)
- Erneuerbare Energien (RWE Innogy)
- Trading / Gas Midstream (RWE Supply & Trading)

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Grundversorgung der Kreisbevölkerung kann angesichts des liberalisierten Marktes auch anderweitig sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? siehe Ziffer 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? Ja.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien ist grundsätzlich möglich. Soweit eine Veräußerung erfolgen soll, ist der richtige Zeitpunkt über einen zu erzielenden Mindestpreis festzulegen. Bei der Abwägung über einen etwaigen Verkauf ist zu berücksichtigen, dass die RWE Partner des Kreises (bzw. der KVE) als Gesellschafterin der KEV sowie der Energie Nordeifel ist. Insofern sprechen durchaus strategische Erwägungen für das Halten der Aktien, da der Kreis nicht nur als Partner, sondern auch gleichzeitig als Aktionär auftritt. Zwischen diesen strategischen Überlegungen und der Veräußerungsmöglichkeit ist abzuwägen.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	1.181.320 €	0,02 %
übrige Aktionäre	614.651.150	7.736.818.680 €	99,98 %
Summe Stammaktien	614.745.000	7.738.000.000 €	100,00 %

Im Dezember 2011 wurden durch die RWE AG 52,3 Mio. neue und 28,1 Mio. im Eigenbestand gehaltenen RWE-Stammaktien am Kapitalmarkt platziert. Bei einem Ausgabekurs von 26 € je Aktie wurde ein Bruttoemissionserlös in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € erzielt. Für die im Eigenbestand gehaltenen Aktien wur-

den Bezugsrechte ausgegeben. Der Kreis Euskirchen hat von seinem Bezugsrecht für 4.939 Aktien gem. Kreistagsbeschluss (D 45/2011) keinen Gebrauch gemacht.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend von Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert beträgt 4.608.035 €.

Zum 31.12.2012 erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 GemHVO auf einen Kurswert von 28,74 € je Aktie, da eine voraussichtlich dauernde Wertminderung angenommen wird. Mit dieser Abwertung werden die sich im Besitz des Kreises Euskirchen befindlichen RWE-Aktien in der Bilanz mit dem niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von 2.697.249 € angesetzt. Im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 erfolgte eine weitere außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 Satz 2 GemHVO auf einen Kurswert von 23,81 € je Aktie. Mit dieser Abwertung werden die sich im Besitz des Kreises Euskirchen befindlichen RWE-Aktien in der Bilanz mit dem niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von 2.234.850 € angesetzt.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates. Der Jahresabschluss der RWE AG ist in Teil C nur auszugsweise dargestellt. Der vollständige Geschäftsbericht ist auf der Homepage der RWE dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Hauptversammlung
- b) Aufsichtsrat
- c) Vorstand

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:

bis 24.06.2014 Clas Kohlheyser, CDU
ab 25.06.2014 Dirk Jahr, CDU

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:

Vertreter des Kreises im Beirat des RWE Konzerns und im Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG

Landrat Günter Rosenke

2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Internet: <http://www.vka-rwe.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Die Beteiligung an der Vka ist so lange erforderlich wie Aktien an der RWE AG gehalten werden. Im Falle einer Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien kann die Vka-Beteiligung eingestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?
siehe Ziffer 1

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? siehe Ziffer 1

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? siehe Ziffer 1

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? siehe Ziffer 1

5. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Beteiligung an der Vka steht in direktem Zusammenhang mit der Beteiligung an der RWE AG. Sofern eine Veräußerung der RWE-Aktien bejaht wird, entfällt auch der Anknüpfungspunkt zu einer Beteiligung an der Vka.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
24 Städte/Gemeinden		
30 Kreise		
3 kommunale Verbände		
27 weitere Gesellschafter	126.739,03 €	99,15 %
Summe	127.822,97 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Verwaltungsrat
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Landrat Günter Rosenke

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen

Landrat a.D. Roger Graef, Bollendorf

3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Die Struktur- und Wirtschaftsförderung dient der wirtschaftlichen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 Abs. 1 KrO, es handelt sich um eine Einrichtung der Wirtschaftsförderung nach § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO. Demnach besteht ein wichtiges Interesse des Kreises im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NW i.V.m. § 53 KrO.

Der Kreistag hat am 16.04.2012 gem. Vorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31.10.2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Zum einen stellt der Kreis Euskirchen durch seine Beteiligung an der AGIT die überregionale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen als Teil der Region Aachen im In- und Ausland sicher. Zum anderen partizipiert der Kreis Euskirchen an technologieorientierten Projekten (z. B. Zentrum für Automobile Innovation und Ansiedlung von Entwicklungslaboren von Automobilherstellern und Zulieferern), für die allerdings in aller Regel zusätzliche Finanzmittel aufzubringen sind. Bei der Vermarktung durch die AGIT – und dies lässt der Gesellschaftsname unterstellen – wird die in seinem Zentrum hochschulgeprägte Region Aachen durch Innovationspotenzial und Technologietransfer profiliert, wobei die positiven Standortfaktoren des Kreises Euskirchen nicht in entsprechendem Maße zur Geltung kommen können. Auch ist das Potenzial an ansiedlungs- und umsiedlungswilligen Betrieben nachweislich bundesweit zurückgegangen, sodass der AGIT erfolgreiche Neuansiedlungen im Kreis Euskirchen bislang nicht zugeschrieben werden können. Mit der Beteiligung an der AGIT hat sich der Kreis Euskirchen seinerzeit (1992) zur Wirtschaftsregion Aachen bekannt. Die regional bedeutsame Funktion der AGIT wird nunmehr durch die Einrichtung der „Regionalagentur für die Region Aachen“ (GbR) gestärkt. Ein Austritt aus der AGIT würde den Kreis in der Wirtschaftsregion Aachen isolieren, es sei denn, dass alle regional bedeutsamen Funktionen in einer anderen, regional getragenen Organisation konzentriert würden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die AGIT hat die Vermarktung der Region Aachen in In- und Ausland zur Aufgabe und betreibt entsprechende Geschäftskontakte. Eine Aufgabenreduzierung wäre hinsichtlich der Profilierung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen und Akquisitionsbemühungen kontraproduktiv und nur durch Aktivitäten der Wirtschaftsförderung des Kreises und ggf. der TAE GmbH aufzufangen.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Nein. Verwaltungsseitig ist an der AGIT-Mitgliedschaft festzuhalten. Gemäß § 13 bedürfen Abtretung und Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der Zustimmung aller Gesellschafter und sind nur zum Ende eines Geschäftsjahres zulässig. Eine Verpflichtung der übrigen Gesellschafter, den Gesellschaftsanteil zu erwerben, besteht nicht. Beim Ausscheiden eines Gesellschafters wird der Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters von der Gesellschaft eingezogen. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung die § 3 geleistete Stammeinlage. Die Vergütung ist nicht auszuzahlen, sondern als zinsloses Darlehen in der Gesellschaft zu belassen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein, dies ist nicht ersichtlich.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Die Erfüllungsdefizite der Vergangenheit wurden durch eine Neuausrichtung der AGIT (Schnittstellenminimierung, Konzentration auf Kompetenzfelder) aufgehoben, an der insbesondere die Kreise der Region mitgewirkt haben.“

In der Sitzung des Kreistages vom 07.09.2005 wurde der Antrag A 30/2005, die AGIT zum baldmöglichsten Zeitpunkt zu verlassen, abgelehnt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934,00 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242,00 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378,00 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934,00 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075,00 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075,00 €	0,09 %
Summe	3.253.000,00 €	100,00%

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums Aachen (TZA) und des Medizinisch-Technischen Zentrums (MTZ) werden bis zum Geschäftsjahr 2012 wie nachstehend beschrieben getragen:

- Für den 1. Bauabschnitt TZA durch die kommunalen Gesellschafter und die Kammern
- Für den 2. Bauabschnitt TZA durch die Stadt Aachen (64%) und die StädteRegion Aachen (36%)
- Für das MTZ durch die Stadt Aachen.

Ab 2008 waren zusätzlich die folgenden Zuschüsse zu leisten (s. V 436/2008):

- für die Regionalagentur Aachen zu gleichen Anteilen durch die kommunalen Gesellschafter (Kreis Euskirchen 20%)
- für die Regionalentwicklung entsprechend dem zugrunde gelegten Finanzierungsschlüssel (Kreis Euskirchen: 6,74% des kommunal zu tragenden Aufwandes)

In 2013 wurde im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgenommen. Mit dieser Trennung stellt sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich dar. Die Finanzierung des Technologiezentrumsmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.

Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationale Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen, entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung, finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie durch die Kammern zur Verfügung gestellt.

Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschussschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen wurden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden war, getroffen (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 59/2013).

Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der Vereinbarung der AGIT-Gesellschafter erfolgte am 29.11.2013. Die Regelungen der Gesellschaftervereinbarung gelten vom 01.01.2013 zunächst bis zum 30.06.2019.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung: je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme
- b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliches stimmberechtigtes Mitglied:</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung):</u>	
Johannes Esser (CDU)	bis 24.06.2014	Landrat Günter Rosenke	bis 24.06.2014
Franz Cremer (SPD)	ab 25.06.2014	Hans Peter Wasems (CDU)	ab 25.06.2014

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke	Stellvertreter: AV Manfred Poth	bis 24.06.2014
	Stellvertreter: Franz Cremer (SPD)	ab 25.06.2015

c) Geschäftsführung

Dr. Helmut Greif

4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE)

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.tae-gmbh.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Mit der Rechtsform einer GmbH soll die TAE das Leistungsangebot des öffentlich-rechtlich organisierten BZE, der Wirtschaftsförderung des Kreises und der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer sinnvoll ergänzen. Die TAE ist originär technisch bzw. technologisch ausgerichtet. So zählt zu den Schwerpunkten der Beratungen der Technologietransfer (Informationen zu neuen Technologien und Fördermitteln, Vermittlung von Technologieexperten, Entwicklung und Einführung von Neuerungen), die Vermittlung von Verbundprojekten und das Durchführen von Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu firmenspezifischer Qualifizierung.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Auf Grund der engen organisatorischen Verbindung zwischen BZE und TAE GmbH sind die Aufgabeninhalte beider Einrichtungen in gegenseitiger Abgrenzung und in Abgrenzung zu anderen Dienstleistern zu überprüfen und es ist festzustellen, ob die Einrichtungen mit ihrem Dienstleistungsangebot in dem beabsichtigten Maß angenommen werden (Siehe auch Ausführungen zur Mitgliedschaft BZE).

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Gemäß § 6 des TAE Gesellschaftsvertrags vom 19.09.1994 kann der Kreis Euskirchen seit dem 31.12.2004 mit halbjährlicher Frist zum Schluss eines Geschäftsjahres seinen Austritt erklären. Der Geschäftsanteil des Kreises Euskirchen kann von der Gesellschaft unter Beachtung der Bestimmungen des GmbHG erworben oder eingezogen werden. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung den Buchwert seiner Einlage, maximal jedoch den Nennwert seiner geleisteten Stammeinlage. Im Übrigen sind weitere Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu beachten. Gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages bedarf diese Abtretung zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Gesellschafter.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) hat in ihrer Stellungnahme vom Juli 2004 herausgearbeitet, dass die Organisationsform des Zweckverbandes für die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben und in Abgrenzung zu den Aufgaben und der Rechtsform der TAE GmbH sinnvoll ist. Dabei stellt die Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) insbesondere darauf ab, dass sich die Angebote von BZE und TAE GmbH sinnvoll ergänzen und, da die Geschäftsführung für beide Organisationsformen in einer Hand liegt, das Angebot je nach Qualifizierungsart, -inhalt, -zielrichtung und -förderung von der einen oder der anderen Organisationsform vorgehalten werden kann.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

TAE GmbH und das BZE sind organisatorisch eng verbunden. Auf Grund der Tatsache, dass nunmehr auch private Qualifizierungsträger Angebote zur Berufsbildung erstellen, sollte in einer Prüfung festgestellt werden, ob das Angebot der TAE GmbH weiterhin aufrecht erhalten werden muss. Ggf. ist in Verbindung mit dem BZE auch für die TAE GmbH eine Entwicklungsstrategie auszuarbeiten, die die Position der Einrichtung transparent und nachvollziehbar aufzeigt und deren wirtschaftliche Zukunft beleuchtet.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigefügt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Defizitenausgleich erfolgt durch Betriebskostenzuschüsse von maximal 30.000 € jährlich und wird entsprechend der Geschäftsanteile von allen Gesellschaftern getragen (beschränkte Nachschusspflicht). Ab dem Jahr 2009 erklärten die Gesellschafter ihre Bereitschaft, einen Verlust von max. 85.500 € entsprechend ihrer Gesellschafteranteile auszugleichen.

Aufgrund der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 20.11.2014 werden die Bestimmungen zur Finanzierung der Gesellschaft nun auch im Gesellschaftsvertrag festgelegt. Die Finanzierung erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen der Stammkapitaleinlagen. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden im Voraus an die Gesellschaft gezahlt. Etwaig verbleibende Fehlbeträge sind bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen. Eventuell zu viel gezahlte Beträge verbleiben in der Gesellschaft. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich Verlustübernahme wird auf den jährlichen Betrag von insgesamt 85.500 € begrenzt (V 45/2014).

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 (5) des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

ordentliche Mitglieder:

bis 24.06.2014

1. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Bernd Kolvenbach	CDU
2. Hans-Erhard Schneider	CDU	Clas Kohlheyer	CDU
3. Stefanie Seidler	SPD	Heinrich Hettmer	SPD
4. Hans Reiff	FDP	Volker Kindler	FDP

Stellvertreter/innen:

ab 25.06.2014

1. Hans-Erhard Schneider (Stimmführer)	CDU	Clas Kohlheyer	CDU
2. Karsten Stickeler	CDU	Franz-Josef Nießen	CDU
3. Heinrich Hettmer	SPD	Stefanie Seidler	SPD
4. Dirk van Meenen	FDP	Hans Reiff	FDP

b) Geschäftsführung

Zum 30.06.2014 wurde Frau Maria Breuer als Geschäftsführerin abberufen und Herr Michael Franssen ab 01.07.2014 zum Interimsgeschäftsführer bestellt.

nachrichtlich:

Zum 01.07.2015 wurde Herr Jochen Kupp zum Geschäftsführer bestellt und Herr Michael Franssen zum gleichen Zeitpunkt als Interimsgeschäftsführer abberufen.

5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.eugebau.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages. Damit liegt kommunalrechtlich ein öffentlicher Zweck im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 GO vor.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Aufgabe der Wohnungsversorgung muss nicht über eine Beteiligung sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? Ja.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Die Geschäftsanteile an der EGB können mit Zustimmung des Aufsichtsrates veräußert bzw. abgetreten werden (§ 4 des Gesellschaftervertrages). Es kann unterstellt werden, dass der Aufsichtsrat immer dann seine erforderliche Zustimmung erteilt, wenn die Interessen der Gesellschaft durch die Übertragung des Geschäftsanteils in hinreichendem Umfang gewahrt bleiben, d. h. wenn der potenzielle Erwerber der Geschäftsanteile den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Gesellschaftszweck genauso gut verwirklichen könnte wie der Kreis Euskirchen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? entfällt

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? entfällt

Abschlussbewertung:

Die Anteile des Kreises an der Euskirchener Gemeinnützigen Baugesellschaft mbH (EGB) können generell veräußert bzw. abgetreten werden. Über die Veräußerungsmöglichkeiten hat der Kreistag bereits in seiner Sitzung am 02.04.2003 (Haushaltsplanberatung) sowie anschließend in nichtöffentlichen Sitzungen (siehe V 224/2003, Sitzungen des Kreistages vom 08.10.2003 und 23.06.2004) beraten. Das Thema ist anlässlich der Haushaltsplanberatungen 2005 erneut aufzugreifen (Beschluss des Kreistages vom 23.06.2004).“

Der Kreistag hat in der Sitzung vom 18.12.2006 zu A100/2006 folgende Beschlüsse gefasst:

„1. Die durch die Verwaltung vorgesehene Heranziehung von angenommenen Erlösen aus dem Verkauf der Anteile des Kreises an der Euskirchener gemeinnützigen Baugesellschaft zum Ausgleich des Haushaltsentwurfes 2007 wird gestrichen.

2. Die vom Kreistag entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der EUGEBAU werden beauftragt, ein ergebnisoffenes externes Organisationsgutachten hinsichtlich der künftigen Unternehmensausrichtung der Gesellschaft in Auftrag zu geben. Dabei ist unter anderem die Frage zu untersuchen, welchen höheren unmittelbaren und mittelbaren Nutzen der Kreis aus einer Weiterführung einer Beteiligung erzielen kann. Diese Untersuchung soll zeitlich so angelegt werden, dass der Kreistag in die Lage versetzt wird, einen fundierten Beschluss über die weitere Beteiligung an der EugeBau in der zweiten Jahreshälfte 2007 herbeiführen zu können.“

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht (Teil C) Stellung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850,00 €	41,37 %
Kreisstadt Euskirchen	1.507.420,00 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070,00 €	0,08 %
Stadt Zulpich	6.210,00 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070,00 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290,00 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530,00 €	0,10 %
Eigene Anteile	2.760,00 €	0,11 %
5 private Gesellschafter	2.300,00 €	0,08 %
Summe	2.610.500,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10% des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4% der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführer

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

bis 24.06.2014

Ingrid Berners CDU

Stellvertreter:

Heinrich Hettmer SPD

ab 25.06.2014

Stefan Schmitz SPD

Hans-Erhard Schneider CDU

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

bis 24.06.2014

1. Hans-Josef Engels CDU

2. Bernd Kolvenbach CDU

3. Franz Albert Groß FDP

4. Norbert Häger SPD

ab 25.06.2014

1. Hans-Josef Engels CDU

2. Bernd Kolvenbach CDU

3. Norbert Häger SPD

4. Ellen Mende B 90/Grüne

c) Geschäftsführer

Oliver Knuth

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: <http://www.kkkm.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Somit liegt der öffentliche Zweck in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO, sodass ein wichtiges Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO gegeben ist.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nicht erforderlich, aber sinnvoll. Die Vorhaltung mindestens eines Krankenhauses im Kreisgebiet ist im Interesse der Einwohner erforderlich, allerdings ist diese Vorhaltung nicht zwingend über ein eigenes Krankenhaus (bzw. die Mehrheitsbeteiligung an einer entsprechenden Gesellschaft) sicherzustellen. Nach § 1 Abs. 2 Krankenhausgesetz NRW (KHG NRW) ist die Sicherstellung der Krankenversorgung in Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe des Krankenhausgesetzes NRW dabei mit. Krankenhausträger sind nach § 1 Abs. 3 KHG NRW in der Regel freie gemeinnützige, kommunale, private Träger und das Land. Falls sich kein anderer geeigneter Träger findet, sind Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, Krankenhäuser zu errichten und zu betreiben. Die stationäre Krankenversorgung ist im Kreisgebiet sichergestellt, die gegenwärtige Struktur mit 3 Krankenhäusern ist als bedarfsgerecht anzusehen. Dies ist zuletzt durch die weitgehend abgeschlossene Krankenhausplanung bestätigt worden. Letzten Endes ist im Kreis Euskirchen eine Trägerpluralität, die auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten durchaus Vorteile bietet, realisiert: Neben den kirchlichen Krankenhäusern in Schleiden und Euskirchen wird die mit kommunalen Gesellschaftern strukturierte Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) vorgehalten. Über die (Mit-)Trägerschaft eines eigenen Krankenhauses hat der Kreis Euskirchen unmittelbar die Möglichkeit, die für die medizinische Versorgung der Bevölkerung notwendigen Strukturen und Leistungsangebote im medizinischen Bereich vorzuhalten. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass in der jüngeren Vergangenheit immer wieder private oder auch freigemeinnützige Krankenhausträger ihren Betrieb einstellen mussten. Bei Gebietskörperschaften, die mit derartigen Betriebsaufgaben konfrontiert werden, kann durchaus eine nicht unerhebliche Reduzierung des Leistungsangebotes für die eigene Bevölkerung verbunden sein. Darüber hinaus ist der Kreis Euskirchen über die KKM in der Lage, auch bei nicht von vorneherein rentablen Aufgabenerfüllungen Leistungsangebote in entsprechenden Regionen des Kreises Euskirchen zu schaffen. Dies betrifft vor allem die Versorgung älterer Menschen in und am Schloss Schleiden, die neue Struktur des St. Antonius Krankenhauses Schleiden, aber auch die Schaffung des Geriatrischen Zentrums sowie des ambulanten OP-Zentrums Zülpich.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die Vorhaltung eines Krankenhauses im Kreisgebiet in kommunaler Trägerschaft ist im Interesse der Einwohner erforderlich. Als Folge der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts ist mit einer wachsenden Nachfrage nach medizinischen Leistungen zu rechnen. Ansonsten siehe Antwort zur Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Eine Übertragung des Gesellschaftsanteils wäre allerdings nur an den verbleibenden Gesellschafter (Stadt Zülpich) und nur mit dessen Zustimmung (§ 6 des Gesellschaftsvertrages) möglich. Eine entsprechende Realisierungsmöglichkeit erscheint zweifelhaft.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Organisationsform einer GmbH ist für diese Aufgabenstellung gut gewählt.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Wie den Prüfungsberichten für das Jahr 2003 zu entnehmen ist, ist die KKM GmbH sowohl unter Beachtung leistungsmäßiger Kriterien als auch unter Zugrundelegung von wirtschaftlichen Anforderungen als gesundes und stabiles Gesundheitsunternehmen zu bezeichnen. Trotz der nicht zuletzt auf Anlaufsituationen zurückzuführenden Verluste bei verschiedenen Tochtergesellschaften ist auch das Konzernergebnis im Jahre 2003 - wie in den Vorjahren - positiv.

Wie im Lagebericht des Konzern ausgeführt, werden die Einrichtungen des Liebfrauenhofes Schleiden auch im Jahre 2004 ein negatives Ergebnis nicht vermeiden können. Ergebnisbelastend wirkt sich zum

einen aus, dass die bis längstens 30. Juni 2005 vereinbarten Investitionskostenentgelte keine volle Refinanzierung der entsprechenden Kosten ermöglichen. Neben der Deckungslücke bei den Investitionskosten ist die Situation, dass im Haus St. Josef aufgrund der vorgegebenen Betriebsgröße kein betriebswirtschaftlich adäquates Ergebnis zu erreichen ist, zu berücksichtigen. Mit der Neustrukturierung der Wohnbereiche unter Berücksichtigung des Ersatzneubaus auf dem Sportplatzgelände werden spätestens nach Fertigstellung des Neubaus alle Verlustquellen beseitigt werden können.

Bei der Ambulantes OP-Zentrum Zülpich GmbH wird in diesem Jahr die Inanspruchnahme schon auf über 1.000 Patienten steigen. Ein ausgeglichenes Ergebnis wird aber erst bei über 2.000 Patienten zu erreichen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wird seitens der Geschäftsführung ein Zeitraum von 2-3 Jahren veranschlagt.

Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH ist eine Gesellschaft, die sich aufgrund der geringen Größe der einzelnen Leistungsangebote immer im Bereich +/- Null bewegen wird. Für das Jahr 2004 ist festzuhalten, dass aufgrund einer positiven Entwicklung in den Monaten ab März 2003 im Hauptumsatzbereich „Geriatriische Rehabilitation“ das erste Halbjahr 2004 mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen hat. Sofern diese Entwicklung anhält, ist für das Jahr 2004 zumindest mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Den vorstehenden Ausführungen Rechnung tragend, ist davon auszugehen, dass bei den genannten Tochtergesellschaften auch auf Dauer keine größeren Ergebnisbeiträge zu erwarten sind. Allerdings werden ausgeglichene Ergebnisse angestrebt und auch als realistisch angesehen. Die Leistungsangebote der Tochtergesellschaften sind wichtig für die Attraktivität des Gesamtverbundes KKM GmbH. Auf mittlere Sicht werden Gesundheitsunternehmen nur dann erfolgreich agieren können, wenn sie umfassende Leistungsangebote in der akuten Krankenhausversorgung, in der Rehabilitation, in der Altenpflege und im ambulanten Sektor darstellen können und sie damit als regionales Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen werden. Der Aufbau der Leistungsketten ermöglicht es, den Patienten ein umfassendes Leistungsangebot zu bieten.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Ja. Die Vergütung der Krankenhausbehandlung erfolgt seit dem 01.01.2003 komplett über so genannte DRG-Fallpauschalen. In den Prüfungsberichten kommt zum Ausdruck, dass die KKM GmbH gut für diese Anforderungen gewappnet ist. Darüber hinaus sind die Kompetenzen und die Managementstrukturen im Gesamtverbund so ausgestaltet, dass den sicherlich nicht einfachen Veränderungen in den Rahmenbedingungen erfolgreich begegnet werden kann.

Abschlussbewertung:

Für die stationäre Krankenhausversorgung ist die Vorhaltung eines eigenen Krankenhauses bzw. die Beteiligung an der KKM GmbH nicht zwingend vorgeschrieben. Ob überhaupt eine Veräußerung realisiert werden kann, ist derzeit zu bezweifeln. Bei der Beurteilung etwaiger Veräußerungsüberlegungen sind die unter Frage 1 aufgeführten Argumente in die Abwägung einzubeziehen.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigefügt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500,00 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500,00 €	23,08 %
Summe	665.000,00 €	100,00 %

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Seit der Änderung des Gesellschaftsvertrages am 15.07.2010 sind die Gesellschafter nicht mehr verpflichtet, Jahresfehlbeträge bis zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

bis 24.06.2014

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Manfred Schmitz (Stimmführer)	CDU
3. Maria Zibell	CDU
4. Ingrid Berners	CDU
5. Günther Schulz	CDU
6. Stefanie Seidler	SPD
7. Hans Schmitz	SPD
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne
9. Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
10. Wulf-Dietrich Simon	UWV

ab 25.06.2014

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Rita Gerdemann	CDU
3. Rudi Mießeler	CDU
4. Hans-Peter Wasems (Stimmführer)	CDU
5. Leo Wolter	CDU
6. Heinrich Hettmer	SPD
7. Hans Schmitz	SPD
8. Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
9. Nathalie Konias	B 90/Grüne
10. Dr. Klaus Jeck	AfD

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder

bis 24.06.2014

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Josef Reidt (Vorsitzender)	CDU
3. Josef Carl Rhiem	CDU
4. Günther Schulz	CDU
5. Karl Vermöhlen	SPD
6. Winfried Hergarten	SPD
7. Hans Reiff	FDP
8. Wulf-Dietrich Simon	UWV

Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung)

Manfred Poth	AV
Hans Peter Wasems	CDU
Dr. Sabine Dirhold	CDU
Matthias Vogelsberg	CDU
Hans Schmitz	SPD
Stefanie Seidler	SPD
Volker Kindler	FDP
Dr. Dieter Pesch	UWV

ab 25.06.2014

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Josef Reidt (Vorsitzender)	CDU
3. Günther Schulz	CDU
4. Ute Stolz	CDU
5. Karl Vermöhlen	SPD
6. Wolfgang Heller	SPD
7. Hans Reiff	FDP
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne

Manfred Poth	AV
Dirk Jahr	CDU
Ursula Beul	CDU
Dr. Sabine Dirhold	CDU
Heinrich Hettmer	SPD
Andreas Schulte	SPD
Frederik Schorn	FDP
Angela Kalnins	B 90/Grüne

c) Geschäftsführung

Dr. Hans Rossels, Hauptgeschäftsführer

Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik

Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss lt. Beschluss des Verwaltungsrates dabei im Innenverhältnis dessen Zustimmung einholen.

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden. Die Berichterstattung erfolgt hier zusammengefasst für alle Gesellschaften innerhalb des Konzerns.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Folgende Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

A) Ziele der Beteiligungen

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

AmbuMed GmbH

Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Träger des MVZ an der Olefmündung in Gemünd.

VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe und -betreuung in Schleiden und Zülpich.

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der Krankenversorgung innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

KKM Servicegesellschaft mbH

Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen; Serviceleistungen in dem Sinne sind Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung.

KKM Gebäudedienste GmbH

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

Zum 01.01.2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH durch die Übernahme von 44,33 % der Geschäftsanteile der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH (CTW) ihre Beteiligung an der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** von bisher 49 % auf 93,33 % erhöht. Nach Umsetzung der Betriebsstättenlösung sollen bis spätestens 31.12.2015 auch die bei der CTW verbleibenden Geschäftsanteile von 6,67 % durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen werden (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 62/2013).

nachrichtlich:

*Zum 01.01.2015 erhöht sich durch die Übernahme der Geschäftsanteile der Familienpflege der Franziskusschwester e.V. Essen der Geschäftsanteil der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH an der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** von bislang 51 % auf 100 % (Beschluss des Kreistages vom 01.10.2014 V 44/2014).*

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Ergebnis der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003 ist bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Teil B 6.1 dargestellt.

C) Beteiligungsverhältnisse

a) Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000,00 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000,00 €	6,01 %
Summe	5.704.000,00 €	100,00 %

zu a) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	13.804,87 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,89 €	50,00 %
Summe	27.609,76 €	100,00 %

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
24 private Kommanditisten, insgesamt:	1.407.393,42 €	100,00 %
Summe	1.407.393,42 €	100,00 %

*Bilanzwert 31.12.2014

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Gesellschafter bis 31.12.2014	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	51.000,00 €	51,00 %
Familienpflege der Franziskusschwestern e.V. Essen	49.000,00 €	49,00 %
Summe	100.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Gesellschafter ab 01.01.2015	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	100.000,00 €	100,00 %
Summe	100.000,00 €	100,00 %

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	28.000,00 €	93,33 %
Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH	2.000,00 €	6,67 %
Summe	30.000,00 €	100,00 %

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

e) KKM Servicegesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu e) KKM Gebäudedienste GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KKM Servicegesellschaft mbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen – gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750,00 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Summe	25.050,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und ggf. nach Genehmigung des Beirats bzw. Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Bei **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** und **VIVANT gGmbH**: Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Durch notariellen Vertrag ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH – als Nachfolgerin der ehemals beteiligten St. Antonius-Betreibergesellschaft – verpflichtet, die Verluste der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH**, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 250 T€ auszugleichen.

nachrichtlich:

Ab 2015 gilt für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH gleiches wie für die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH und die VIVANT gGmbH.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Personalgestellung, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss dabei lt. geltender Beschlusslage im Innenverhältnis die Zustimmung des Verwaltungsrates einholen. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Beirat (6 Sitze, davon 5 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

- | | |
|--|-------------------------------|
| 1. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM: | Josef Reidt |
| 2. Erster stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM: | Bürgermeister Albert Bergmann |
| 3. Zweiter stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM: | Josef C. Rhiem bis 12.12.2014 |
| Zweite stv. Vorsitzende des Verwaltungsrates der KKM: | Ute Stolz ab 13.12.2014 |
| 4. Landrat des Kreises Euskirchen: | Günter Rosenke |
| 5. weiteres vom Verwaltungsrat KKM benanntes Mitglied: | André Heinrichs |

aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der GZZ durch Geschäftsführer der KKM GmbH)
- Geschäftsführung: Dipl. Ing. Joachim Stiller, Dr. Hans Rossels bis 31.12.2014
nachrichtlich: Dipl. Ing. Joachim Stiller, Hermann Gemke ab 01.01.2015

ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (7 Sitze, davon 4 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der Liebfrauenhof Schleiden GmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Pastor Philipp Cuck
4. Winfried Hergarten

nachträglich

Nach dem Ausscheiden des Gesellschafters Familienpflege der Franziskusschwestern e.V. wurde der Aufsichtsrat aufgelöst.

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

e) KKM Servicegesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Manfred Herrmann
Hermann Gemke

nachrichtlich:

Im Rahmen von Aufgabenneuorganisationen ist Herr Hermann Gemke mit Wirkung zum 31.01.2015 als Geschäftsführer der Gesellschaft abberufen worden. Zum 01.02.2015 ist Herr Lothar Jentges zum weiteren gesamtvertretungsberechtigten Geschäftsführer bestellt worden.

ea) KKM Gebäudedienste GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Manfred Herrmann

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der KKM GmbH durch ihren Geschäftsführer)
- Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Winfried Hergarten bis 12.12.2014
Karl Vermöhlen ab 13.12.2014

7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Nach § 53 des Landesmediengesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Beteiligung an einer Radiogesellschaft gehört zu den freiwilligen Aufgaben.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Siehe Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?
entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Ja. Die finanzielle Lage der Einheitsgesellschaft zeigt, dass die Verluste nur durch Zuschüsse des Mitgesellschafters gedeckt werden können.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Nein.

Abschlussbewertung:

Da es sich bei der Beteiligung an der Radiogesellschaft um eine freiwillige Aufgabe des Kreises handelt, wäre eine Veräußerung der Anteile generell denkbar. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage	Anteil
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	511.291,88 €	100,00 %

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragkonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investorenakquisition
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03. / 30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2016. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2016, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären.

Der Kreistag hat am 09.10.2013 den Beschluss gem. V 68/2013 zur weiteren Beteiligung des Kreises Euskirchen nach dem 31.12.2013 als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH um bis zu fünf weitere Jahre beschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte vorbehaltlich der weiteren Beteiligung des Landes NRW, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und der übrigen kommunalen Gebietskörperschaften als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH. Nachdem die übrigen Gesellschafter der Fortführung der Gesellschaft, wenn auch teilweise nur für zwei Jahre, zugestimmt haben, erfolgte die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 03.12.2014

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategische Bedeutung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV)	12.000 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160 €	6,00%
Kreis Düren	2.160 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200 €	3,33%
Zusammen	36.000 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der "Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH" in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008). Ferner hat der Kreistag am 09.10.2013 für bis zu fünf weiteren Jahren die Bereitstellung eines jährlichen Finanzierungsanteils in Höhe von 81.000 € beschlossen (V 68/2013).

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied

bis 24.06.2014

		<u>Stellvertreter</u>	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
2. Urban-Josef Jülich (Stimmführer)	CDU	Ingrid Berners	CDU
3. Franz Cremer	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

ab 25.06.2014

1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
2. Frank Weimbs (Stimmführer)	CDU	Dominik Schmitz	CDU
3. Franz Cremer (stv. Stimmführer)	SPD	Markus Ramers	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied

bis 24.06.2014

		<u>Stellvertreter</u>	
1. Josef Reidt	CDU	Günther Schulz	CDU
2. Manfred Poth (Vorsitzender)	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
3. Uwe Schmitz	SPD	Markus Ramers	SPD

ab 25.06.2014

1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
3. Franz Cremer	SPD	Markus Ramers	SPD

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Thomas Fischer-Reinbach

9. vogelsang ip gGmbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	13.650 €	50,00 %
Kreis Euskirchen	7.800 €	28,57 %
StädteRegion Aachen	1.950 €	7,15 %
Kreis Düren	1.300 €	4,76 %
Kreis Heinsberg	650 €	2,38 %
Stadt Schleiden	1.300 €	4,76 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650 €	2,38 %
Gesamtsumme	27.300 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
<u>bis 24.06.2014</u>			
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
2. Urban-Josef Jülich (Stimmführer)	CDU	Ute Stolz	CDU
3. Markus Ramers	SPD	Uwe Schmitz	SPD
<u>ab 25.06.2014</u>			
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
2. Johannes Mertens (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Emmanuel Kunz (stv. Stimmführer)	SPD	Markus Ramers	SPD

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

In 2014 wurde der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
<u>bis 24.06.2014</u>			
1. Josef Reidt	CDU	Bernd Kolvenbach	CDU
2. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
3. Uwe Schmitz	SPD	Markus Ramers	SPD
<u>ab 25.06.2014</u>			
1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
3. Markus Ramers	SPD	Emmanuel Kunz	SPD

Der Vorsitz des Aufsichtsrats wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt - analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter. Der stellvertretende Vorsitzende wird vom anderen Gesellschafter gestellt.

In 2014 wurde der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Albert Moritz

10. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln

Internet: <http://www.rvk.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter 31.12.2014	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400,00 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400,00 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400,00 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400,00 €	12,50 %
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	447.400,00 €	12,50 %
Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG)	447.400,00 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400,00 €	12,50 %
Summe	3.579.200,00 €	100,00 %

nachrichtlich

In der Gesellschafterversammlung am 25.06.2015 wurde der Beschluss zur Teilung des Geschäftsanteils der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) gefasst. Der neue Geschäftsanteil (10 %) im Nennbetrag von 357.920 € wurde durch die Gesellschaft selbst erworben und der Geschäftsanteil im Nennbetrag von 89.480 € (2,5 %) wurde von der OVAG an den Oberbergischen Kreis abgetreten (V 101/2015). Die notarielle Beurkundung fand am 22.07.2015 statt. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich anschließend wie folgt dar:

Gesellschafter 22.07.2015	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400,00 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400,00 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400,00 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400,00 €	12,50 %
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400,00 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480,00 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920,00 €	10,00 %
Summe	3.579.200,00 €	100,00 %

Die RVK ist beteiligt an:

- **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln, Alleingeschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €,
- **Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH**, Gummersbach, (**VBL**), mit 25 % am Stammkapital von 200.000

nachrichtlich:

Der 25 %-ige Geschäftsanteil der RVK an der VBL wurde zum 22.07.2015 an den bisherigen Mehrheitsgeschafter (75 %), die Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH, veräußert.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind, um auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 seine Zustimmung zur Anhebung der jährlichen Höchstbeträge für die auszugleichenden negative Ergebnisse von bisher 2,5 Mio. € auf 5,5 Mio. € erteilt (V219/2011).

nachrichtlich

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 25.03.2015 einer Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt (V 94/2015). Hiernach sind negative Ergebnisse der Gesellschaft durch die Gesellschafter jährlich bis zur Höhe von 0,5 Mio. € (Ausnahme: SWBV bis zu 1 Mio. €) auszugleichen. Diese Höchstbeträge sind nicht auf die Finanzierungspflicht der einzelnen Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen anwendbar. Die notarielle Beurkundung der Änderung des Gesellschaftsvertrages erfolgte am 21.08.2015.

E) Zusammensetzung der Organe

- Vertreter des Kreises Euskirchen in der **Gesellschafterversammlung**:
Hans Schmitz (SPD)
- **Aufsichtsrat** (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter):
Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)
- **Geschäftsführung**: Eugen Puderbach, Köln

11. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.ene-strom.de/>

Innerhalb der Konzernstruktur bestehen die folgenden Gesellschaften

Mutterunternehmen: Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Komplementärin der ene: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Tochterunternehmen:

- Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)
- KEV Energie GmbH
 - KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)
 - BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
 - Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG
 - Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER)
 - Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG
 - BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Windpark GmbH

Abweichend von seiner Beschlussfassung vom 09.10.2013 (V 61/2013) hat der Kreistag der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH an der „Projektentwicklung Eifel Energien GmbH“ (PEE GmbH) unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 12.500 € (50%) gemeinsam mit der C4 Planung und Betreuungs-GmbH (50 %) zugestimmt und die Vertreter des Kreises Euskirchen in den entsprechenden Gremien des ene-Konzerns zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt (V 53/2014). Die Gesellschaftsgründung ist bislang noch nicht erfolgt (Stand: 31.08.2015).

A) Ziele der Beteiligung

ene: Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen. Weiterhin das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

Entsprechend den Beschlussfassung des Kreistages vom 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012), vom 17.07.2013 (V 30/2013) und vom 01.10.2014 (V 41/2014) zur Zukunft der Energieversorgung im Kreis Euskirchen wird sich das Unternehmensziel der **ene** nach Umsetzung der Maßnahmen wie folgt darstellen:

Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und –versorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und

der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

enb: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der *ene*.

KEV GmbH: Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEV Energie GmbH: Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEVER PBB: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und /oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an der BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG mit Sitz in Schleiden.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG: Errichtung und Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes.

eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG: Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen, sowie Errichtung und Betrieb von KWK-Anlagen. Weiterhin die Verteilung und Vertrieb der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme, Unterstützung und Beratung der regenerativen Energiegewinnung und Energieeffizienz sowie gemeinsamen Einkauf von Anlagen und Betriebsstoffen zur Energieerzeugung.

Green Gecco: Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland und weiteren EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Planung, Errichtung und/oder Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung. Für jedes Einzelprojekt zur regenerativen Energieerzeugung soll eine separate Projektgesellschaft als Zweckgesellschaft gegründet oder erworben werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

11.1. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises

a) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG als weitere Gesellschafterin in die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH zugestimmt (D 62/2012). Die Gründung der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG erfolgte am 18.12.2014. Mit Vollzug des Vertrages (06.01.2015) zur Einbringung von Kommanditanteilen an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und Geschäftsanteilen an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH in die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG wurde diese neue Kommanditistin der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und zugleich neue Gesellschafterin der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH.

nachrichtlich:

Gesellschafter (Stand 07.01.2015)	Stammkapital	Anteil
<i>Kreis Euskirchen</i>	<i>8.350,00 €</i>	<i>33,40 %</i>
<i>RWE Deutschland AG</i>	<i>8.350,00 €</i>	<i>33,40 %</i>
<i>Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG</i>	<i>8.300,00 €</i>	<i>33,20 %</i>
Summe	25.000,00 €	100,00 %

b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG als weitere Gesellschafterin in die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH zugestimmt (D 62/2012). Die Gründung der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG erfolgte am 18.12.2014. Mit Vollzug des Vertrages (06.01.2015) zur Einbringung von Kommanditanteilen an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und Geschäftsanteilen an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH in die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG wurde diese neue Kommanditistin der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und zugleich neue Gesellschafterin der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH.

nachrichtlich:

Gesellschafter (Stand 07.01.2015)	Stammkapital	Anteil
<i>Kreis Euskirchen</i>	<i>8.350,00 €</i>	<i>33,40 %</i>
<i>RWE Deutschland AG</i>	<i>8.350,00 €</i>	<i>33,40 %</i>
<i>Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG</i>	<i>8.300,00 €</i>	<i>33,20 %</i>
Summe	25.000,00 €	100,00 %

c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	77.550,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	77.550,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	2.944.900,00 €	95,00 %
Summe	3.100.000,00 €	100,00 %

d) KEV Energie GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.500,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	7.500,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	285.000,00 €	95,00 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

e) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000,00 €	75,00 %
KEV Energie GmbH	50.000,00 €	25,00 %
Summe	200.000,00 €	100,00 %

11.2. Mittelbare Beteiligungen des Kreises

zu 11.1 b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

a) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG

Komplementärin: Steinkohledoppelblock VerwaltungsGmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
ene	163.398,69 €	0,33 %
RWE AG	38.562.091,50 €	77,12 %
GEKKO Vorschaltgesellschaft GmbH & Co. KG	2.679.738,57 €	5,36 %
Andere Versorgungsunternehmen	8.594.771,24 €	17,19 %
Summe	50.000.000,00 €	100,00 %

b) eegon – Eifel Energie Genossenschaft eG

Die ene hat einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 500,00 € erworben. Zum 31.12.2014 umfasste die Mitgliederliste der Genossenschaft 466 Mitglieder, die zusammen 1.866 Genossenschaftsanteile halten.

c) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	525,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	29.895,00 €	98,27 %
Summe	30.420,00 €	100,00 %

d) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG

Komplementärin: Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	2.227.176,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	126.821.764,80 €	98,27 %
Summe	129.048.940,80 €	100,00 %

e) Green Gecco Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	12.250,00 €	49,00 %
RWE Innogy	12.750,00 €	51,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) **Green Gecco GmbH & Co. KG**

Komplementärin: Green Gecco Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	490.000,00 €	49,00 %
RWE Innogy	510.000,00 €	51,00 %
Summe	1.000.000,00 €	100,00 %

fa) **An Suidhe Wind Farm Limited**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	1,00 £	100,00 %
Summe	1,00 £	100,00 %

fb) **WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

fc) **WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

fd) **RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

fe) **RWE Innogy Windpark GmbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu 11.1 d) KEV Energie GmbH

a) **KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250,00 €	49,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

b) **Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG**

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	158.100,00 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900,00 €	49,00 %
Summe	310.000,00 €	100,00 %

c) **Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG**

siehe auch C 11.1 – Unmittelbare Beteiligungen – Buchstabe e).

d) Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	120.000,00 €	33,33 %
eegon-Eifel-Energiegenossenschaft	120.000,00 €	33,33 %
Stadt Schleiden	120.000,00 €	33,33 %
Summe	360.000,00 €	100,00 %

e) BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG

Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten Stand: 31.12.2013	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	255.000,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	245.000,00 €	49,00 %
Summe	500.000,00 €	100,00 %

Im März 2014 erfolgte eine Kapitalerhöhung auf insgesamt 5,62 Mio. €. Die Kommanditanteile stellen sich zum Stichtag 12.03.2014 wie folgt dar:

Kommanditisten Stand: 12.03.2014	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.866.200,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	2.753.800,00 €	49,00 %
Summe	5.620.000,00 €	100,00 %

Mit Wirkung zum 31.12.2014 hat die eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG einen Anteil von 9,26 % von den beiden bisherigen Kommanditisten erworben.

Kommanditisten Stand: 31.12.2014	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.606.200,00 €	46,37 %
PE Becker GmbH	2.493.800,00 €	44,37 %
eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG	520.000,00 €	9,26 %
Summe	5.620.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 08.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen. Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil, also Kreis Euskirchen und RWE Deutschland AG jeweils zur Hälfte. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene. Die Höhe der Zuflüsse an den Kreis ist in Teil D Nr. 2 dargestellt.

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflösung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperren Betrag. Die ene hat sich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer eingestellt worden sind.

Mit Vereinbarungen vom 10.12.2013 wurden die Bestimmungen zur Verlustübernahme (jeweils § 2 der v.g. Gewinnabführungsverträge) aufgehoben und vollständig neu gefasst.

Hinweis:

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH	Gesellschafterversammlung	Johannes Mertens CDU	Winfried Hergarten CDU (bis 24.06.2014) Thilo Waasem SPD (ab 25.06.2014)
	Geschäftsführer	Dieter Hinze † 25.06.2014 Markus Böhm ab 23.06.2014	
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	LR Günter Rosenke	AV Manfred Poth
		Josef Reidt CDU	Hans Peter Wasems CDU (bis 24.06.2014) Ute Stolz CDU (ab 25.06.2014)
		Ute Stolz CDU (bis 24.06.2014)	Johannes Mertens CDU
		Frank Weimbs CDU (ab 25.06.2014)	
		Ingrid Berners CDU (bis 24.06.2014)	Matthias Vogelsberg CDU (bis 24.06.2014)
		Hans Peter Wasems CDU (ab 25.06.2014)	Franz-Josef Nießen CDU (ab 25.06.2014)
		Franz Cremer SPD (bis 24.06.2014)	Stefanie Seidler SPD (bis 24.06.2014)
		Gerhard Stenstrup SPD (ab 25.06.2014)	Heinrich Hettmer SPD (ab 25.06.2014)
		Jörg Grutke B90/Grüne (bis 24.06.2014)	Klaus Kaldenbach skB 90/Grüne (bis 24.06.2014)
		Angela Kalnins B90/Grüne (ab 25.06.2014)	Jörg Grutke B90/Grüne (ab 25.06.2014)
Frank Westerburg UWV (bis 24.06.2014)	Thomas Pick UWV (bis 24.06.2014)		
Markus Herbrand FDP (ab 25.06.2014)	Hans Reiff FDP (ab 25.06.2014)		
Aufsichtsrat	LR Günter Rosenke	Helmut Schmitz CDU (bis 24.06.2014)	
		Jörg Grutke B90/Grüne (bis 24.06.2014)	
		Johannes Esser CDU (ab 25.06.2014)	
		Thilo Waasem SPD (ab 25.06.2014)	
Geschäftsführung	Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH*1		
Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014 GF Markus Böhm ab 23.06.2014	
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014 GF Markus Böhm ab 23.06.2014	
Green Gecco Beteiligungs-gesellschaft-Verwaltungs GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014 GF Markus Böhm ab 23.06.2014	
Green Gecco Beteiligungs-gesellschaft mbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze † 25.06.2014 GF Markus Böhm ab 23.06.2014	
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	Gesellschafterversammlung	Günther Schulz CDU (bis 24.06.2014) Franz-Josef Nießen CDU (ab 25.06.2014)	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführer	Helmut Kläßen	

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
KEV Energie GmbH	Gesellschafterversammlung	Günther Schulz CDU (bis 24.06.2014) Thilo Waasem SPD (ab 25.06.2014)	Franz Cremer SPD (bis 24.06.2014) Dominik Schmitz CDU (ab 25.06.2014)
	Geschäftsführer	Markus Böhm	
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	Markus Mertgens	
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH*2	
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	Hans Peter Wasems CDU (bis 24.06.2014) Franz Cremer SPD (ab 25.06.2014) GF Markus Böhm	Franz Cremer SPD (bis 24.06.2014) Hans Peter Wasems CDU (ab 25.06.2014)
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH *2	
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH *2	
BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	
	Geschäftsführung	GF Markus Mertgens	
BWP-Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH *2	

*1 Lt. Gesellschaftsvertrag der ene ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

*2 Lt. Gesellschaftsverträgen der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG und der BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

Hinweise:

- Die Ausübung der der ene aus ihren Beteiligungen an der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH zustehenden Rechte bedarf der vorherigen Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der ene.
- Die Geschäftsführung der KEV Energie GmbH ist verpflichtet, vor Ausübung ihres Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung einer Beteiligungsgesellschaft bei wesentlichen Angelegenheiten die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen, z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses Entlastung des Geschäftsführers.

In der Gesellschafterversammlung der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH am 23.06.2014 wurde Herr Markus Böhm zum Geschäftsführer bestellt.

12. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

A) Ziele der Beteiligung

ere KG: Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) und Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).

enb: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der ere KG.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

a) Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Gesellschafter Stand: 31.12.2014	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) der Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an der ere V-GmbH und der ere KG an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag vom 18.12.2014 genannten Städte und Gemeinden zugestimmt. Die Veräußerungen an die Gemeinden Blankenheim, Hellenthal und Kall fand im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 22.06.2015 statt.

Gesellschafter (Stand 31.08.2015)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.250,00 €	29,00 %
RWE Deutschland AG	7.250,00 €	29,00 %
Gemeinde Blankenheim	3.500,00 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500,00 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500,00 €	14,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

b) Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

Komplementärin: Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten (Stand 31.12.2014)	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) der Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an der ere V-GmbH und der ere KG an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag vom 18.12.2014 genannten Städte und Gemeinden zugestimmt. Die Veräußerungen an die Gemeinden Blankenheim, Hellenthal und Kall fand im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 22.06.2015 statt.

Gesellschafter (Stand 31.08.2015)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.250,00 €	29,00 %
RWE Deutschland AG	7.250,00 €	29,00 %
Gemeinde Blankenheim	3.500,00 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500,00 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500,00 €	14,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendungen beschließen die Gesellschafterversammlungen der ere KG und der ere V-GmbH.

E) Zusammensetzung der Organe

1.) Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ingo Hessenius, Kreiskämmerer

Stellvertreter: Johannes Adams, GBL I

b) Geschäftsführung

Herbert Radermacher, Bürgermeister Gemeinde Kall
Jens van der Crabben, RWE Deutschland AG

2.) Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ingo Hessenius, Kreiskämmerer

Stellvertreter: Johannes Adams, GBL I

b) Geschäftsführung

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH ^{1*}

^{1*} Lt. Gesellschaftsvertrag der ere KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

13. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Beteiligung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	15.600 €	59,05 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400 €	100,00 %

Der Kreistag hat aufgrund der Vorlage V 273/2012 am 02.07.2012 die Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von 1.200 € u.a. an die Stadt Bad Münstereifel zum 01.01.2013 beschlossen. Die Veräußerung an die Stadt Bad Münstereifel erfolgte vorbehaltlich des noch zu fassenden Stadtratsbeschlusses. Ein entsprechender Beschluss des Rates der Stadt Bad Münstereifel ist bislang (Stand: 31.08.2015) noch nicht erfolgt.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden als Abschlag jeweils zum 1. eines Quartals im Voraus an die Gesellschaft gezahlt.

Ein etwaig verbleibender Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 260.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied

bis 24.06.2014

1. LR Günter Rosenke		Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Johannes Mertens	CDU
3. Thilo Waasem	SPD	Markus Ramers	SPD

Stellvertreter

ab 25.06.2014

1. LR Günter Rosenke		Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Leo Wolter	CDU
3. Thilo Waasem (stv. Stimmführer)	SPD	Gerhard Stentrup	SPD

b) Geschäftsführung

Geschäftsführerin: Iris Poth

14. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: <http://www.rheinstud.de>

A) Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Beteiligung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt.

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	59.223,72 €	5,4515 %
Rhein-Erft-Kreis	157.177,24 €	14,4680 %
Landschaftsverband Rheinland	174.40,43 €	16,0539 %
Oberbergischer Kreis	98.932,30 €	9,1066 %
Rheinisch Bergischer Kreis	90.219,03 €	8,3045 %
Rhein-Sieg-Kreis	207.321,95 €	19,0837 %
Stadt Bonn	118.193,35 €	10,8795 %
Stadt Köln	180.907,19 €	16,6523 %
Gesamtsumme	1.086.381,21 €	100,0000 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Institutsausschuss
- c) Institutsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>	
LR Günter Rosenke	Manfred Poth	Allg. Vertreter

b) Institutsausschuss

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
<u>bis 24.06.2014</u>			
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Johannes Adams	GBL I
2. Hans Peter Wasems	CDU	Markus Ramers	SPD
<u>ab 25.06.2014</u>			
1. Johannes Adams	GBL I	Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Hans Peter Wasems	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

c) Institutsvorsteher

Landrat des Kreises Euskirchen, Herr Günter Rosenke, vertreten durch Frau Patricia Florack

15. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.primesite-rhineregion.eu/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000 €	30,00 %
Kreisstadt Euskirchen	5.000 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000 €	20,00 %
Gesamtsumme	10.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufender Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Bank oder Sparkassen. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Stadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist angegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von 18,4 Mio. € haften werden.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand
- c) Projektbeirat

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Mitglied

bis 24.06.2014

- 1. LR Günter Rosenke
- 2. Urban-Josef Jülich
- 3. Norbert Häger

Stellvertreter

- Manfred Poth
- CDU Valérie Nitsche
- SPD Margret Rhiem

- Allg. Vertreter
- B90/Grüne
- SPD

Mitglied

ab 25.06.2014

1. LR Günter Rosenke
2. Günter Weber (Stimmführer)
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer)

Stellvertreter

- | | |
|-----|-------------------|
| | Manfred Poth |
| CDU | Karsten Stickeler |
| SPD | Norbert Häger |

Allg. Vertreter
CDU
SPD

b) Vorstand

Josef Forstner
 Johannes Adams (Vorsitzender)
 Oliver Knaup

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die wichtige Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AöR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffende Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

Der Kreistag hatte in der vergangenen Wahlperiode die personenidentische Entsendung der in den Verwaltungsrat entsandten Mitglieder und Stellvertreter als Vertreter und Stellvertreter in den Projektbeirat beschlossen. Zum Stimmführer des Projektbeirates war bis zum 24.06.2014 Urban-Josef Jülich und als dessen Stellvertreter Norbert Häger bestellt.

Die Entsendung ab dem 25.06.2014 stellt sich wie folgt dar:

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke
2. Karsten Stickeler (Stimmführer)
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer)

Stellvertreter

- | | |
|-----|---------------|
| | Manfred Poth |
| CDU | Günter Weber |
| SPD | Norbert Häger |

Allg. Vertreter
CDU
SPD

16. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Blücherplatz 43
52068 Aachen

Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500 €	5,83 %
Land NRW	90.000 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500 €	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500 €	5,83 %
Summe	300.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche

Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Mitglied

Heinz Rosell

GBL II

Stellvertreter

Dr. Jochen Weins

Abt.-Leiter 39

b) Vorstand

Herr Dr. Löhr (Standort Aachen), Vorstandsvorsitzender
Frau Pauly-Mundegar (Standort Leverkusen)

17. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH)

Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13
52428 Jülich

Internet: <http://www.rheinisches-revier.de>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.000 €	8,00 %
Rhein-Erft-Kreis	2.500 €	10,00 %
Rhein-Kreis Neuss	2.500 €	10,00 %
Kreis Heinsberg	2.000 €	8,00 %
Kreis Düren	2.000 €	8,00 %
StädteRegion Aachen	2.000 €	8,00 %
Zweckverband Region Aachen	2.000 €	8,00 %
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie	1.000 €	4,00 %
IHK Aachen	9.000 €	36,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Gesellschaft ergibt sich aus § 20 des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft teilt ihre Tätigkeit in die Geschäftsbereiche "Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle" und "Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung" auf. Die Gesellschafter leisten für den Geschäftsbereich "Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle" einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 Euro deckt. Ein höherer Betrag kommt nur in Betracht, wenn er im Wirtschaftsplan beschlossen wurde. Gesellschafter, die der Beitragserhöhung nicht zugestimmt haben, leisten keinen Zuschuss zum beschlossenen Erhöhungsbetrag. Den dann offenen Anteil des Erhöhungsbetrages tragen die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Weitere Zuschusspflichten bestehen nicht. Der Eigenanteil für die "Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung", einschließlich des entstehenden projektbezogenen zusätzlichen Aufwands für die Geschäftsstelle, wird ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Der Eigenanteil jedes Gesellschafters wird im Teilbudget festgelegt. Über den festgelegten Betrag hinaus bestehen keine Zuschusspflichten. Der Eigenanteil kann bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung durch Personalgestellung, entsprechend dem im Teilbudget festgelegten Personalaufwand, erfolgen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
<u>bis 24.06.2014</u>			
1. LR Günter Rosenke		Manfred Poth	Allg. Vertreter
2. Bernd Kolvenbach (Stimmführer)	CDU	Günter Weber	CDU
3. Hans Schmitz	SPD	Markus Ramers	SPD
 <u>ab 25.06.2014</u>			
1. LR Günter Rosenke		Manfred Poth	Allg. Vertreter
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer)	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Der Kreis Euskirchen wird gem. § 12 Abs. 1 Nr. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) vertreten.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Joachim Diehl

Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2014

Auf den folgenden Seiten werden die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnungen und die Lageberichte zum 31.12.2014 abgebildet. Bei der KKM GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und RVK ist der Konzernlagebericht enthalten. Aus Datenschutzgründen wurden personenbezogene Angaben unkenntlich gemacht.

Gesellschaft	ab Seite
1. RWE AG *1	60
2. Vka – Stand 30.06.2014	62
3. AGIT	67
4. TAE *2	84
5. EuGeBau *3	
• Jahresabschluss zum 31.12.2013	94
• Jahresabschluss zum 31.12.2014 *3	
6. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern *2	102
• KKM GmbH	126
• Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	128
• Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (31.12.2013)	130
• Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (31.12.2014)	132
• Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG (31.12.2013)	134
• Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG (31.12.2014)	136
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	138
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	141
• AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	144
• KKM Servicegesellschaft mbH	146
• KKM Gebäudedienste GmbH	148
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	150
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG und Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.	153
8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	162
9. Vogelsang ip gGmbH	173
10.RVK	
• RVK Konzern	184
• RVK GmbH	211
11.Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	
• Konzern	213
• Energie Nordeifel GmbH & Co KG	242
• Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH	244
• KEV Schleiden GmbH	246
• KEV Energie GmbH	248
• KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	250
• Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	252
• Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	254
• Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	256
• BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	258
• BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	260

Gesellschaft	ab Seite
12.Nordeifel Tourismus GmbH *2	262
13.Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	
• Jahresabschluss zum 31.12.2013	283
• Jahresabschluss zum 31.12.2014 *3	
14.LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR	285
15.Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts	294

*1 Wegen des geringen Beteiligungsanteils wird bei der RWE AG auf die Wiedergabe des Lageberichts verzichtet.

*2 Bei Beteiligungen über 50% (KKM, TAE und NeT) sind die Berichte über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung beigelegt.

*3 Der Jahresabschluss für 2014 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.14	31.12.13
Anlagevermögen	(1)		
Finanzanlagen		39.264	39.837
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(2)		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		5.206	4.869
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0	
Sonstige Vermögensgegenstände		481	436
Wertpapiere	(3)	1.784	450
Flüssige Mittel	(4)	2.149	2.564
		9.620	8.319
Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	385	427
Aktive latente Steuern	(6)	2.091	2.204
		51.360	50.787

0 = Betrag in geringer Höhe

Passiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.14	31.12.13
Eigenkapital	(7)		
Gezeichnetes Kapital			
Stammaktien		1.474	1.474
Vorzugsaktien		100	100
		1.574	1.574
Kapitalrücklage		2.385	2.385
Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen		4.994	4.959
Bilanzgewinn		615	615
		9.568	9.533
Rückstellungen	(8)		
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.120	1.283
Steuerrückstellungen		1.774	2.060
Sonstige Rückstellungen		803	937
		3.697	4.280
Verbindlichkeiten	(9)		
Anleihen		5.399	5.338
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.114	1.117
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		28	14
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		31.272	30.194
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			1
Sonstige Verbindlichkeiten		260	285
		38.073	36.949
Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	22	25
		51.360	50.787

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

in Mio. €	(s. Anhang)	2014	2013
Ergebnis aus Finanzanlagen	(14)	1.533	1.570
Zinsergebnis	(15)	-852	-1.218
Sonstige betriebliche Erträge	(16)	602	880
Personalaufwand	(17)	-67	-94
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	-420	-336
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		796	802
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(19)	-146	-98
Jahresüberschuss		650	704
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0	0
Einstellung in andere Gewinnrücklagen		-35	-89
Bilanzgewinn		615	615

0 = Betrag in geringer Höhe

Passiva

	30.06.2014	30.06.2013
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
Eigene Anteile	-2.556,45	-2.556,45
Eingefordertes Kapital	125.266,52	125.266,52
II. Kapitalrücklage	1.181.449,68	993.517,68
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	2.556,45	2.556,45
Ausgleichsrücklage	400.000,00	400.000,00
	402.556,45	402.556,45
IV. Bilanzverlust	-1.338.887,06	-1.091.493,57
	370.385,59	429.847,08
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	22.584,45	21.600,00
C. Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 6.307,27; 30.6.2013 € 3.882,35) (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 8.749,47; 30.6.2013 € 6.725,37)	8.749,47	6.725,37
	8.749,47	6.725,37
	401.719,51	458.172,45

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Essen

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014

	2013/14	2012/13
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	813,40	451,65
2. Personalaufwand		
a) Gehälter	-167.304,99	-164.812,97
b) Soziale Abgaben	-11.992,11	-12.011,31
	-179.297,10	-176.824,28
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	-683,66	-1.652,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-89.350,93	-91.754,30
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	19.610,00	16.650,00
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.514,80	2.541,92
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-247.393,49	-250.587,01
8. Jahresfehlbetrag	-247.393,49	-250.587,01
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-1.091.493,57	-840.395,27
10. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	0,00	-511,29
11. Bilanzverlust	-1.338.887,06	-1.091.493,57

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013/2014

1. Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

2. Ergebnis

Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2013/2014 ein Jahresfehlbetrag von € 247.393,49. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch Zuzahlung von € 187.932,00 in die Kapitalrücklage gestärkt worden und entspricht 92,0 % der Bilanzsumme.

3. Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 24. November 2011 zur Minimierung zukünftiger Fehlbeträge einstimmig beschlossen, die Nachschüsse der Gesellschafter ab dem Geschäftsjahr 2012/2013 um 50 % zu erhöhen.

Zurzeit werden Verhandlungen mit der Schwestergesellschaft VKA VEW (alt) (seit dem 1. Januar 2014 umbenannt in VKA RWE Westfalen) über eine zukünftige Kooperation und die Bündelung der Interessen der Gemeinden in Rheinland und Westfalen geführt. Die Ver-

handlungen sollen bis 2015 bzw. 2016 abgeschlossen und der Zusammenschluss der Gesellschaften bis zum 1. Januar 2017 vollzogen werden.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Essen, den 26. August 2014

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Geschäftsführer

Landrat a. D.
Roger Graef

Staatssekretär a. D.
Ernst Gerlach

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH Aachen

Bilanz zum 31. Dezember 2014

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
AKTIVA				PASSIVA
A. ANLAGEVERMÖGEN				Vorjahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				<u>EUR</u>
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8 921,00	174,00	3 253 000,00	3 253 000,00
II. Sachanlagen		174,00	-2 103 488,79	-2 103 488,79
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6 083 630,40	6 929 999,40	10 413,41	10 413,41
2. Technische Anlagen und Maschinen	7 127,00	13 750,00	1 538,39	1 538,39
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	62 653,26	91 750,31	1 159 924,62	1 159 924,62
III. Finanzanlagen		7 035 499,71		
1. Beteiligungen	48 996,38	48 996,38	2 904 196,24	2 904 196,24
B. UMLAUFVERMÖGEN				
1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48 996,38	48 996,38	243 118,85	331 051,80
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14 430,46	200 941,95	139 314,01	139 897,12
2. Forderungen gegen Gesellschafter	154 580,15	1 086 415,35	629 987,42	498 005,84
3. Sonstige Vermögensgegenstände	708 3042 L	877 315,18		
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	338 354,66	272 615,87		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	1 215 669,84	1 628 138,22		
	168,00	2 006,84		
	<u>8 921,00</u>	<u>8 714 815,15</u>	<u>3 916 616,52</u>	<u>4 479 581,33</u>
A. EIGENKAPITAL				
I. Gezeichnetes Kapital				
II. Verlustvortrag				
III. Jahresüberschuss				
B. SONDERPOSTEN FÜR ZUSCHÜSSE UND ZULAGEN				
C. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Sonstige Rückstellungen		92 700,00		174 600,00
D. VERBANDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				3 510 626,57
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern				
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
- davon aus Steuern:				
31.12.2014: EUR 175 719,13				
31.12.2013: EUR 29 350,05				
- davon im Rahmen sozialer Sicherheiten:				
31.12.2014: EUR 10 675,67				
31.12.2013: EUR 9 122,21				

**AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH
Aachen**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		3.534.699,60	3.697.228,51
4. Sonstige betriebliche Erträge		2.412.523,08	2.279.622,62
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-1.281.874,56		-1.324.604,21
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-340.999,15		-339.053,05
-davon für Altersversorgung: EUR 98.104,59 (LV. EUR 100.891,46)			
		-1.622.873,71	-1.663.657,26
7. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-900.408,23	-902.094,77
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-3.081.450,73	-3.147.144,94
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		470,19	270,08
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-113.305,58	-148.080,39
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		229.654,62	116.143,85
19. Sonstige Steuern		-228.116,23	-105.730,44
20. Jahresüberschuss		1.538,39	10.413,41

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Vorbemerkung zum Jahr 2014

Das Jahr 2014 war das Jahr 2 der AGITneu nach dem Restrukturierungsprozess der Region Aachen. Die AGIT hat sich von einem Teil ihrer Aufgaben getrennt und sich ihrem Auftrag gemäß neu aufgestellt. Die nach den Prinzipien des Profit Center zu führenden Geschäftsbereiche „Technologiezentrummanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ haben zu einer Veränderung der finanziellen Bewertung beider Bereiche geführt. Bei der Darstellung der AGIT-Leistungen wird auf diese Aufteilung so weit wie möglich Bezug genommen.

Dadurch ist das Jahr 2013 geprägt durch diese Aufgabenverteilung zwischen Zweckverband (ZV) der Region Aachen und der AGITneu bzw. AGIT 2.0. Mitarbeiter wurden vom ZV übernommen oder haben das Unternehmen verlassen; Aufgaben und Projekte wurden übergeben oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen weitergeführt. 2014 wurde dieser Prozess weitgehend abgeschlossen.

Mit dieser neuen Aufgabenteilung zwischen ZV und AGIT hat sich auch die AGIT einer strategischen Neuausrichtung unterworfen. Die sogenannte AGITneu oder AGIT 2.0 hat ihre Linie einer verstärkten Konzentration auf ihre klassischen Aufgaben konsequent weitergeführt und weiterentwickelt und den weltweit in Bewegung geratenen Umfeldbedingungen angepasst: der technologieorientierten Beratung, der Betreuung von Ansiedlungen, der Innovationsförderung und dem Business Development Support, aber auch dem klassischen Technologietransfer sowohl im regionalen als auch im überregionalen, grenzüberschreitenden Kontext einen großen Platz eingeräumt. Durch diese Arbeitsteilung mit dem ZV und der Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen hat die AGIT ihr Personal deutlich in 2013 gegenüber 2012 reduziert, jedoch in 2014 konnte das 2013er Niveau beibehalten werden.

Entsprechend diesem neuen Aufgabenprofil hat sich die AGIT in 2013 eine neue Organisationsstruktur mit den Geschäftsbereichen „Technologiezentrummanagement“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ gegeben, das in 2014 stabilisiert wurde. Beide Bereiche arbeiten finanziell streng getrennt als Profit Center. Der vorliegende Bericht nimmt deswegen weitgehend Bezug auf diese Geschäftsbereichsaufteilung.

Gleichzeitig konnte im Rahmen dieser Neuausrichtung die FH Aachen als neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden, so dass damit die regionalen Hochschulen erstmals als Gesellschafter in der AGIT vertreten sind. Dies bedeutet einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der AGIT und eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Aufgaben der AGIT, dem Technologie- und Wissenstransfer sowie der Innovationsförderung. Die FH Aachen verfügt über einen Sitz im Aufsichtsrat. Die Anzahl der Aufsichtsratssitze wurde damit wieder auf den ursprünglichen Stand von 17 heraufgesetzt. In 2014 gab es im Gesellschafterkreis und im Aufsichtsrat keine Veränderung. Bei den Beteiligungen gab es eine Veränderung, denn die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde verkauft; die aus dem Verkauf erzielte Einnahme (vollständige Rückerstattung des Gesellschafteranteils) wird als Sonderertrag jedoch erst 2015 bilanziell wirksam werden.

Betonen sollte man nochmals, dass sowohl inhaltliche als auch finanzielle Vergleiche zum Jahr 2012 wg. der Aufteilung der AGIT in AGITneu und Zweckverband Region Aachen (ZV) ab dem Jahre 2013 nur mit Einschränkungen möglich sind.

1. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist eine Agentur für Innovation und Technologietransfer, die eine technologieorientierte Wirtschaftsförderung betreibt. Gegenstand des Unternehmens sind laut Satzung die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationsrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Entsprechend diesem Aufgabenprofil hat die AGIT ab 2013 zwei finanziell streng voneinander geteilte Geschäftsbereiche:

- Der Geschäftsbereich „Technologiezentrenmanagement“ betreibt das TZA BA I, das sich im Eigentum der AGIT befindet, und das TZA BA II, das nach Auslauf des Leasingvertrages 7/2019 von der AGIT erworben wird. Das MTZ und das ZBMT werden von der AGIT als DL-Auftrag für die Stadt Aachen betrieben.
- Der Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ ist unterteilt in die Geschäftsfelder „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU), „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & 1) sowie „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS).

2. Forschung und Entwicklung

Die AGIT hat keine eigene F+E-Abteilung. Neue Dienstleistungen werden in Abstimmung mit der Region Aachen und den Stake- und Shareholdern der AGIT in Form von Pilotprojekten erarbeitet, die meist öffentlich gefördert und durch Eigenanteile der Gesellschafter hinterlegt sind. Nach dieser Pilot- und Testphase wird über die Einführung dieser Dienstleistung durch die AGIT und die Finanzierung der Dienstleistung entschieden. Auch in 2014 wurden neue Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Projekten entwickelt (z. B. TeTRRA, The Locator), die bereits als neue Dienstleistungen seitens der AGIT unseren Kunden angeboten werden.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Natürlich wirken sich die europäische Wirtschaftskrise und die Weltwirtschaftskrise auf das Nachfrageverhalten bei Ansiedlungen aus, in den letzten Jahren aber deutlich weniger als in der Phase nach dem 11. September 2001. Genau genommen ist sogar ein gegenläufiger Trend zu beobachten, denn Deutschland ist wirtschaftlich erstaunlich robust und damit für Investoren interessanter als andere vergleichbare europäische Länder.

Die gute Konjunktur in Deutschland und die hervorragenden beruflichen Chancen für Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen und technischen Disziplinen führen in ganz Deutschland zu einem Rückgang von innovativen und technologieorientierten Gründungen. Auch hier bildet die Region Aachen, zumindest was die Gründungsfirmen angeht, die die AGIT betreut, eine Ausnahme.

Im Bereich der Aufträge konnte die AGIT ihre Position in 2014 halten. In der öffentlichen Projektförderung ergeben sich in 2014 jedoch deutliche Einschränkungen, denn die Ziel-2-Programme und Interreg-Programme liefen in 2013 aus. Es wurden nur noch die laufenden Projekte bearbeitet, die jedoch wegen Projektverlängerungen noch in das Jahr 2014, teilweise in das Jahr 2015 hineinreichen. Die neue Programmperiode begann zwar offiziell in 2014, jedoch sind die Durchführungsbestimmungen zurzeit nur für die EFRE-Programme bekannt, jedoch noch nicht für die Interreg-Programme und viele Ausschreibungen stehen noch aus. Neue Projekte kommen somit nur verzögert zur Anwendung und deshalb fand ein deutlicher Rückgang dieser Projektaktivitäten in 2014 statt, da viele Projekte in der zweiten Jahreshälfte ausliefen. Erste Neuanträge in 2015 laufen gerade an. Zudem sind auch heute noch nicht nach aktuellem Stand die konkreten Zuwendungsbedingungen (z. B. Förderungsanteile) in vielen Details bekannt, so dass nicht gewährleistet ist, ob die AGIT-Gesellschafter ggf. diese deutlich höheren, jedoch notwendigen Eigenleistungsanteile aufbringen wollen und werden.

2. Geschäftsverlauf

Die zwei Geschäftsbereiche der AGIT „Technologiezentrummanagement“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die konkreten Projekte und Aufträge werden inhaltlich nur summarisch dargestellt. Sie sind im Jahresbericht aufgeführt und können auch auf der Internetseite der AGIT eingesehen werden.

Das Jahr 2014 war weiterhin geprägt von der Neuorientierung der AGIT und den Maßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig waren. Da zum 31.12.2012 viele Projekte ausgelaufen sind bzw. Projekte an den ZV überführt wurden, hat sich die Mitarbeiterzahl von ca. 40 Personen in 2012 auf ca. 28 Personen in 2014 reduziert. In 2015 wird sich der Personalbestand ein weiteres Mal möglicherweise reduzieren, weil dann alle Projekte endgültig auslaufen und die neuen Projektanträge noch nicht genehmigt sind.

Geschäftsbereich 1: Technologiezentrummanagement (TZM)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen und Technologieunternehmen nach Mietflächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2014 in den drei von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA, MTZ und ZBMT fort.

Die Auslastung des Technologiezentrums am Europaplatz konnte bezogen auf das gesamte Jahr wieder auf einem hohen Niveau von fast 100 % beibehalten werden, nachdem Mitte des Jahres 2013 der größte Mieter des TZA über 10 % der Fläche freigemacht hat. Der dadurch erwartete Erlösrückgang trat in 2014 nicht ein, im Gegenteil sind die realisierten Umsätze und das Ergebnis in Summe für das TZA positiv und deutlich besser als 2013. Das MTZ war in 2014 wie in den letz-

ten Jahren mit 100 % wieder voll ausgelastet und erzielte vor Umlage zentraler Dienste ein leicht negatives Ergebnis. Erfreulicherweise konnte auch das im Sommer 2011 in Betrieb genommene ZBMT in 2014 am Ende des Jahres Vollausslastung vermelden. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass wegen erheblicher technischer Mängel am Gebäude Mietminderungen entstanden sind. Trotzdem ist das Ergebnis um 58 T€ besser als 2013, so dass der Verlustausgleich durch die Stadt Aachen in 2014 mit -133 T€ deutlich geringer ausfällt.

Mehr als erfreulich entwickelt sich der Bereich Seminarraum- und Kongressraumvermietung im TZA. Mit über 45.000 Personen in 2014 (ca. 40.000 Personen in 2013) wurde nochmals eine Steigerung auf die bisher größte Teilnehmerzahl erreicht und der bisher höchste Umsatz erzielt.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld 1)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2014 qualitativ und quantitativ noch deutlich über dem hohen Niveau der Vorjahre und erreichte den bisher höchsten Wert. Die 47 (Vorjahr 27) neu gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 121 Arbeitsplätze (Vorjahr 67) schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 15,5 Mio. € (Vorjahr 4,4 Mio. €). Die Region Aachen bleibt damit bei den technologieorientierten Gründungen stabil, wogegen deutschlandweit ein deutlicher Rückgang der Gründer zu verzeichnen ist.

Im Auftrag der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen und der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg wurde in 2014 zum zweiten Mal das neue Konzept des **Innovationspreis Region Aachen** in Kooperation mit den AC²-Gründungs- und Wachstumswettbewerben durchgeführt.

b. Investorenberatung (Geschäftsfeld II)

Im Jahr 2014 betreute die AGIT 68 potenzielle Investoren (Vorjahr 60). Insgesamt 5 Unternehmen (Vorjahr 13), die von der AGIT oder den regionalen Partnern begleitet wurden, entschieden sich für eine Investition in der Technologieregion Aachen. Bei 9 Unternehmen (Vorjahr 4) handelt es sich um Unternehmen, die bereits in der Region Aachen ansässig waren und sich bei der kreisübergreifenden Suche nach einem neuen Standort an die AGIT gewandt haben.

Die Technologieregion Aachen beteiligt sich seit 2011 an der Marketingkampagne des Landes NRW, die von NRW.INVEST GmbH verantwortet wird und die mit dem Slogan "Germany at its best" wirbt, auch im Jahr 2014. In Kooperation mit NRW.INVEST wurden Investorenseminare in Russland, der Türkei und in China sowie Korea durchgeführt. 2014 besuchten 17 Delegationen (Vorjahr 14) aus dem In- und Ausland die AGIT.

c. Technologietransfer & Business Development Support (Geschäftsfeld III)

Neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region Aachen stellt die Betreuung der bereits hier ansässigen, insbesondere technologieorientierten, kleinen und mittleren Unternehmen für die AGIT eine wichtige Aufgabe dar. Dabei geht es einerseits um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen regionaler Hochschul- bzw. Forschungslandschaft und Wirtschaft (Science to Business – S2B), andererseits um die Förderung der Kooperation von Unternehmen untereinander (Business to Business - B2B).

Im Bereich S2B stehen Aktivitäten des Technologietransfers im Vordergrund. Im Jahr 2014 sind hier insbesondere die zahlreichen Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projektes TeTRRA hervorzuheben, das die Zusammenarbeit zwischen mittelständischem Gewerbe und Hochschulen

intensiv in der gesamten Region Aachen unterstützt. Dieses Projekt wurde bis Mitte 2015 als B-Projekt verlängert. Ebenfalls zu nennen sind die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath (GALILEO), die demselben Ziel dienen und die Chancen, die durch das europäische Satellitensystem möglich werden, in den Vordergrund der Aktivitäten rücken.

Nachdem die AGIT in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Business-Netzwerke in den technologischen Stärkefeldern der Region Aachen mit gegründet und unterstützt hat, die nunmehr eigene Strukturen und Aktivitäten entfalten, konzentrieren wir uns nunmehr im Bereich B2B vor allem auf die neuen Herausforderungen, die sich im erweiterten grenzüberschreitenden Umfeld stellen. Hier geht es insbesondere darum, die besonderen Stärken der „Hochtechnologie-Hot-Spots“ im gesamten Raum zwischen Eindhoven (NL), Leuven (B) und Aachen (D) noch deutlich stärker für die Wirtschaft zu erschließen. Mit zwei grenzüberschreitenden Modellprojekten, TTC und GCS, konnten hier in 2014 markante Zeichen gesetzt werden, in dem über zwanzig KMU-getriebene Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von rd. 15 Mio. € über die Grenzen hinweg stimuliert und begleitet werden konnten. Das Projekt GCS erhielt den europäischen Preis für eine vorbildliche europäische Zusammenarbeit (Sail of Papenburg). Die mit der südlimburgischen Industriebank LIOF (NL) in 2013 geschlossene strategische Partnerschaft wurde in 2014 konkretisiert und sie stärkt insbesondere die euregionale Zusammenarbeit deutlich.

Sowohl für Technologietransfer als auch Business Development Support relevant waren darüber hinaus die Aktivitäten im Rahmen des „Industrie-Dialogs Region Aachen“, die gemeinsam mit anderen Akteuren aus der gesamten Region initiiert worden sind, um die Bedürfnisse der Unternehmen aus dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe in den Mittelpunkt neuer Aktivitäten zu stellen.

Diese Aufgaben werden in wesentlichen Teilen mittels Dienstleistungsauftrag oder über Projekte durchgeführt. Dabei greift die AGIT auf die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel-2-Programm 2007-2013 (EFRE) bzw. auf die Interreg-Förderung zu, die ebenfalls von NRW kofinanziert wird. Die fehlende Implementierung dieser für die AGIT so wichtigen Förderprogramme, die beide ab 2014 in Kraft treten sollten – und es zurzeit immer noch nicht bzw. erst in ersten Ansätzen sind – haben dazu geführt, dass die AGIT über keine direkten Anschlussprojekte verfügt und deshalb in 2015 viele befristete Verträge nicht verlängern kann und damit Personal abbauen muss.

Unternehmenskommunikation

Im Rahmen ihrer Unternehmenskommunikation wurde wegen der regionalen Strukturreform das Magazin **Region Aachen 46** letztmalig 2013 mit dem neuen ZV der Region Aachen herausgegeben. Der im Mai 2012 **neu gestaltete Internetauftritt** wurde auf die AGIT 2.0 angepasst. Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2013 im Rahmen der **Pressearbeit** insgesamt 40 (Vorjahr 37) Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet und lanciert. Hieraus entstanden 144 (Vorjahr 176) Veröffentlichungen. In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern der Region Aachen konnten bis 2014 insgesamt 53 Firmen für die Standortwerbekampagne **„Wussten Sie schon, dass...?“** gewonnen werden, davon 12 in 2014. Für diese Kampagne wurde die AGIT in 2013 – wie bereits berichtet - mit dem zweiten „Platz des Aachener Marketingpreises“ ausgezeichnet.

3. Lage

a) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2014 brachte wiederum wie in 2013 eine deutliche Reduzierung des Projektvolumens, was mit der Strukturreform zusammenhängt. AGIT 2.0 wurde um wesentliche Aufgabengebiete, wie etwa die „Regionalagentur“ (RA) oder die Projekte „Frau und Beruf“, „SAG AN“, „Re-

gion Aachen Innovativ", „Region Aachen vis-a-vis", „Region Aachen.think" sowie die „Landesinitiative zur Fachkräftesicherung" etc. reduziert. Hierdurch ergaben sich natürlich entsprechend reduzierte Projekteinnahmen in 2013, die durch das Auslaufen vieler Projekte in 2014 nochmals erheblich rückläufig waren.

Die Umsatzerlöse nahmen deutlich gegenüber 2013 mit einem Wert von -162 T€ (Vorjahr 328 T€) auf jetzt 3.535 T€ (Vorjahr 3.697 T€) ab, was primär mit dem Auslaufen großer Projekte Mitte 2014 zusammenhängt, obwohl die Mieteinnahmen aufgrund der hohen Auslastung gegenüber 2013 und mit der Seminarraumvermietung im TZA, die in 2014 ihren bisher größten Umsatz erzielte, deutlich gestiegen sind. Für das ZBMT war 2014 das dritte volle Geschäftsjahr und die Auslastung stieg auf 100 % an. Die Umsatzerlöse im ZBMT stiegen leicht um 20 T€ gegenüber dem Jahr 2013 an und gleichzeitig stiegen die Mietaufwendungen nur leicht. Die Umsatzerlöse werden insbesondere im Bereich des Technologiezentrumsmanagement erwirtschaftet. Das Ergebnis für das TZM liegt bei 107 T€ (Vorjahr 41 T€), die nachrichtlich in die Instandhaltungsrücklage überführt wird. Dieser Wert ist deutlich besser als der Planwert für 2014, was mit der sehr guten Entwicklung der Umsatzerlöse im TZA in 2014 und geringeren Instandhaltungsaufwendungen in 2014 als in 2013 zusammenhängt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 133 T€ auf nunmehr 2.412 T€ (Vorjahr 2.280 T€). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuschüssen der Gesellschafter in Höhe von 1.056 T€ (Vorjahr 1.241 T€), Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von 647 T€ (Vorjahr 650 T€) sowie Zuschüssen aus dem Bundes- und Landeshaushalt in Höhe von 650 T€ (Vorjahr 308 T€) zusammen. Die Gesellschafterzuschüsse in der Grundfinanzierung der AGIT in 2014 konnten somit gegenüber 2013 deutlich reduziert werden. Gesellschafterzuschüsse und Projekterlöse werden primär im Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung" verausgabt.

Das Gesamtergebnis 2014 muss betrachtet werden unter der Prämisse der strikten Trennung der Geschäftsbereiche „TZM" und „Wirtschaftsförderung", die als jeweils eigene Profit Center fungieren. In dem Ergebnis laut GuV von knapp 2 T€ (Vorjahr 10 T€) hat die AGIT ihr Wirtschaftsziel in 2014 weitgehend erreicht, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass hierin das negative Ergebnis des TZA BA II in Höhe von -191 T€ (Vorjahr -286 T€) bereits enthalten ist. Hingewiesen werden sollte zudem noch auf die Tatsache, dass die jährlich steigende Leasingrate mit ihrem hohen Tilgungsanteil von 344 T€ (Vorjahr 310 T€) erheblich zur Reduzierung der Darlehensschuld des TZA BA II beiträgt, so dass 2019 der Rückkaufswert von 1.800 T€ erreicht werden kann. Das Ergebnis hätte deutlich besser ausfallen können, wenn in 2014 eine Umsatzsteuersonderprüfung nicht zu einer Rückerstattung an das Finanzamt in 2014 in Höhe von 65 T€ für die Jahre 2009-2013 geführt hätte.

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresüberschuss in Höhe von 2 T€ (Vorjahr 10 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich und er fällt nicht besser aus, da die AGIT in 2014 noch einige Projekte abschließen musste aufgrund der vertraglichen Bindungen, die von den Gesellschaftern jedoch nicht wie in 2013 mit den entsprechenden Eigenanteilen unterlegt wurden, sondern von der AGIT aus den laufenden Geschäften aufgebracht werden mussten.

Die sehr gute Leistung der AGIT drückt deshalb eher die Zahl für das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit" in der Gewinn- und Verlustrechnung aus, das gegenüber 2013 um 114 T€ auf 230 T€ gestiegen ist, sich somit fast verdoppelt hat.

GB „Technologiezentrumsmanagement" (TZM)

Trotz der hohen Instandhaltungsaufwendungen und des Auszugs des größten AGIT-Mieters im TZA BA II in 2013 sowie der Neuregelungen im Profit-Center-Bereich „TZM" mit der Verrechnung des negativen Ergebnisses vom TZA BA II mit dem Überschuss aus dem TZA BA 1 konnte ein Überschuss von insgesamt 107 T€ (Vorjahr 41 T€) erzielt werden; dieser Überschuss wird ver-

tragungsgemäß nachrichtlich in eine außerbilanzielle Instandhaltungsrücklage überführt. Das Geschäftsbereichsergebnis ist umso erfreulicher, als mit dem Auszug des größten Mieters des TZA in 2013 eine Fläche von über 10 % freigemacht wurde. Diese Lücke konnte jedoch noch in 2013 weitgehend durch eine schnelle Neuvermietung weitgehend geschlossen werden und hatte damit keine Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2014; durch eine nochmalige Steigerung der Seminarraum- und Kongressraumvermietung in 2014 kam dieses solide Ergebnis zustanden. Positiv wirkte sich zudem die Tatsache aus, dass verschiedene Darlehen ausliefen und neu verhandelt wurden, so ein Darlehen für das TZA 1 und das Darlehen für den Leasingvertrag für das TZA II in 2013. Letzteres führte zu deutlich besseren Finanzierungskonditionen (ca. 45 T€) in 2013 und für die folgenden Jahre. Die notwendigen und geplanten Instandhaltungsmaßnahmen wurden alle durchgeführt, wobei die Planungskosten mit den üblichen Abweichungen nach oben und unten eingehalten wurden.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten und der Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA 1 einen Überschuss in Höhe von 298 T€ (Vorjahr 327 T€) erzielt. Die Gründe für diesen relativ geringen Überschuss gegenüber 2013 liegen eindeutig in den erhöhten Instandhaltungsaufwendungen vom 35 T€ gegenüber 2013, die zur Ertüchtigung des über 21 Jahre alten TZA BA 1 jetzt jedes Jahr notwendig sind und von den Gesellschaftern auch so gewünscht und beschlossen wurden. Auch in 2014 wurde die Dachsanierung im TZA BA 1 weiter durchgeführt. Im TZA BA II entstand ein Verlust von rund -191 T€ (Vorjahr -286 T€), der deutlich geringer als in 2013 ausfiel und zu dem besseren Ergebnis in 2014 beiträgt. Gründe hierfür sind die gestiegenen Erlöse von 41 T€ und die um 48 T€ geringeren Instandhaltungsaufwendungen gegenüber 2013. Da durch die AGIT-Neuregelung die Zuschussregelung durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen für das negative Ergebnis des TZA BA II (2012 = -98 T€) nicht mehr angewendet, sondern durch die neue Regelung der Ergebnisverrechnung mit dem TZA BA 1 ersetzt wird, ergibt sich hier ein positives Ergebnis, das für die Instandhaltungsrücklage verwendet werden kann. Hierbei sollte zumindest erwähnt werden, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate in 2014 immerhin 344 T€ für das TZA BA II betrug und dem Ergebnis hinzugeschlagen muss.

Im MTZ, das in 2014 wiederum zu 100 % ausgelastet war, lag das Ergebnis vor Verlustübernahme bei knapp -21 T€ (Vorjahr -9 T€). Das negative Ergebnis, das gegenüber 2013 etwas schlechter ist, ergibt sich aus der Tatsache, dass trotz einer leichten Zunahme der Umsatzerlöse um 4 T€ in 2014 bei den Kosten die Leistungen der AGIT und GEWOGE aus dem Jahr 2015 mit einbezogen werden müssen, da das MTZ zum 31.12.2014 an die GEGRA zurückgegeben bzw. an das UKA übergeben wurde. Die Nebenkostenabrechnung für das MTZ für das Jahr 2014 erfolgt erst in 2015, die entstehenden Verwaltungskosten müssen jedoch im letzten Jahresabschluss (2014) berücksichtigt werden. Der Fehlbetrag wird von der Stadt, Aachen wegen der Vereinbarung über eine Verlustabdeckung, ausgeglichen.

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, was damit zu erheblichen Mietminderungen geführt hat. Auch in 2014 konnten nicht alle diese Mängel beseitigt werden, so dass weiterhin Mietminderungen entstanden sind, die das Ergebnis negativ beeinflussen. Ebenso mussten weiterhin wie in 2013 Forderungsverluste im Bereich der Nebenkosten eingeplant werden. Das Ergebnis von ca. -133 T€ vor Verlustübernahme durch die Stadt Aachen (Vorjahr -191 T€) ist jedoch deutlich besser als 2013, insbesondere auch weil ein leichtes Umsatzplus gegenüber 2013 erzielt werden konnte. Das Ergebnis ist noch nicht zufriedenstellend, wir erwarten aber 2015 deutlich geringere Aufwendungen, so dass auch hier eine akzeptable Verlusthöhe - ähnlich dem MTZ - eintreten wird. Es belastet die AGIT jedoch nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass ab 2013 trotz immer noch erheblicher Mietmängel im ZBMT der Vermietungsstand bei 100 % liegt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ konnte kein ausgeglichenes Ergebnis vorweisen, also ein Ergebnis, das dem Planergebnis entspricht. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Projekte aus AGITalt bzw. aus den Vorjahren zwar erfolgreich durchgeführt und die Zuwendungen fast vollständig realisiert werden konnten, jedoch oft verlängert werden mussten, was die Frage des Eigenanteils aufwirft. In 2014 haben die Gesellschafter nicht mehr den Eigenanteil für die Projekte übernommen, wie noch in 2013 mit 169 T€. Die Projekte, die oft zeitlich verlängert werden, müssen aber aufgrund vertraglicher Bindungen zu Ende gebracht werden. Forderungsverluste bei den Projekten, die an den Zweckverband weitergeben wurden, halten sich bisher im Rahmen, allerdings liegt in manchen Fällen noch keine offizielle Stellungnahme vor. 2014 haben die Gesellschafter nur noch die finanzielle Grundausstattung der AGIT in Höhe von 866 T€ (Vorjahr 845 T€) getragen, jedoch nicht die laut Zuwendungsbescheid aufzubringenden Eigenanteile für die auslaufen Projekte, die im Vorjahr 169 T€ betragen. Die AGIT musste in 2014 diesen Anteil selbst aufbringen. Bei einer Gesamtzuwendung seitens der AGIT-Gesellschafter in Höhe von 866 T€ (Vorjahr 1.014 T€) und bei einem Gesamtkostenblock für den Bereich „Wirtschaftsförderung“, einschließlich der durchgeführten Projekte, in Höhe von 1.569 T€ (Vorjahr 1.565 T€), wären höhere Gesellschafterzuschüsse erforderlich gewesen für den zu leistenden Eigenanteil im Rahmen der Projektabwicklung. Laut Gesellschaftervertrag sind diese Mittel von den Gesellschaftern aufzubringen. Insgesamt zeigt sich, dass die von den Gesellschaftern bereitgestellten Mittel für die Kernaufgaben der AGIT auskömmlich waren, jedoch nicht für die Projektaufgaben (Eigenanteile), die vertraglich zu Ende geführt werden mussten. Durch Transferleistungen aus dem anderen AGIT-Bereich konnte jedoch ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

b) Finanzlage

Auf Grund des Rückgangs der Projekte und der Projektförderung, die in der Vergangenheit zu hohen bis sehr hohen Außenstände geführt haben, und eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2014 hat sich eine deutliche Verbesserung der Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Der Kontokorrentkredit in Höhe von 850 T€ musste in 2014 selten mit mehr als 400 T€ in Anspruch genommen werden. Wenn man berücksichtigt, dass die durchgeführten Projekte meistens vorfinanziert werden müssen (die Forderungen aus Projekten zum Stichtag 31.12.2014 betragen 581 T€), so ist die Liquidität der AGIT für ihre Kernaufgaben ausgesprochen gut. Die daraus resultierende Zinsbelastung war mit ca. 10 T€ jedoch auf Grund des niedrigen Zinsniveaus überschaubar und lag noch unter dem Wert des Vorjahres (ca. 12 T€ in 2013). Insgesamt konnte die Zinsbelastung jedoch auch in 2014 deutlich reduziert werden, da ein Darlehen in 2013 für das TZA BA 1 neu verhandelt wurde; ebenso wurde der Leasingvertrag für das TZA BA II in 2013 neu verhandelt mit dem Ergebnis deutlich besserer Konditionen. An der oben angeführten immer noch zu niedrigen Liquidität hatten in 2014 auch zugestandene Mietminderungen im ZBMT und verminderte Nebenkostenzahlungen seitens der Mieter im ZBMT einen erheblichen Anteil.

GB „Technologiezentrisches Management“ (TZM)

Liquiditätsmäßig ergeben sich im TZA und MTZ keinerlei Probleme. Lediglich machen sich die baulichen Mängel im ZBMT noch negativ bemerkbar, denn die NK-Abrechnung für 2013 konnte noch nicht vollständig abgeschlossen werden. In 2014 konnte aber die NK-Vorauszahlung den Ist-Kosten angepasst werden. Teilweise bestehen noch Nebenkostenforderungen aus 2012 und 2013, jedoch nur noch in geringem Umfang in 2014, und belasten die Liquidität der Gesellschaft. Im Umfang von 156 T€ (Vorjahr 153 T€) wurden Darlehen für das TZA BA 1 zurückgezahlt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Im Bereich der Wirtschaftsförderung führt die AGIT öffentlich geförderte Projekte durch, meist mit Mitarbeitern, die über Zeitverträge vertraglich gebunden sind. Durch die späte und verzögerte Auszahlung der Zuwendungen in dem geförderten Projektbereich wurde die Liquiditätssituation der AGIT in 2014 immer noch stark belastet. Die Projektbearbeitung erfolgt nach dem Kostendeckungsprinzip. Jedoch müssen die Projekte größtenteils immer noch vorfinanziert werden, da die Projektabrechnung nach dem Kostenerstattungsprinzip sehr zeitverzögert stattfindet und Auszah-

lungen oft erst 1,5 Jahre nach erbrachter Leistung erfolgen; zudem gibt es keine Projektvorschüsse. Die Forderungen im Projektbereich haben sich gegenüber 2013 durch den Rückgang der Projekte jedoch deutlich entspannt; sie liegen zum Stichtag 31.12.2014 aber immer noch bei 581 T€ (Vorjahr 973 T€).

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) von 84 % (Vorjahr 81 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen durch die Abschreibung des Gebäudes rückläufig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich deutlich von 68 T€ in 2013 auf 14 T€ in 2014. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen verringerten sich deutlich aufgrund reduzierter Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln auf 581 T€ (Vorjahr 973 T€); sie sind aber immer noch sehr hoch und belasten die Liquidität der Gesellschaft erheblich. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Reduzierung bzw. der Beendigung vieler Projekte in 2014. Da sich der Bestand an liquiden Mitteln verglichen mit dem Vorjahr deutlich erhöht hat, war unterjährig nur noch etwa die hälftige Inanspruchnahme des Euribor-Kredites notwendig.

Das positive Ergebnis 2014 laut GuV hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das Eigenkapital nicht weiter aufgebraucht wird. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 15,6 % (Vorjahr 13 %). Unter Berücksichtigung des Sonderpostens ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 46 % (Vorjahr 47 %). Der Sonderposten wird entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst. Im Berichtsjahr ist der Sonderposten um 644 T€ gesunken.

Die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ in Höhe von 2.904 T€ in 2014 haben sich deutlich um 606 T€ gegenüber 2013 reduziert; ebenso reduziert haben sich die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ um 88 T€ (der Wert in 2014 betrug 243 T€), wogegen sich die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ um 132 T€ auf den Wert von 630 T€ erhöht haben, was steuerliche Gründe hatte.

Unter strategischen Gesichtspunkten hält die AGIT acht Beteiligungen an Betreibergesellschaften für TGZ (Technologie- und Gründerzentren) und Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Weitere wesentliche Sachverhalte zu diesen Beteiligungen als die beiden unten angeführten gibt es nicht zu berichten.

- Bei der Beteiligung an der TAE GmbH - Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen, ist die AGIT nachschusspflichtig. Aufgrund der negativen Geschäftsentwicklung hat die Gesellschafterversammlung der TAE GmbH die Abdeckung des Verlustes durch zu leistende Nachschüsse beschlossen. Die AGIT hat im abgelaufenen Jahr daher einen Nachschuss zur Verlustabdeckung von rd. 3,7 T€ (Vorjahr 1,8 T€) geleistet.
- Die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH in Alsdorf wurde in 2014 verkauft. Die AGIT erhält ihre Einlage vollständig zurück, jedoch wird der Zufluss dieses Sonderertrags erst in 2015 wirksam.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die AGIT arbeitet in jedem Geschäftsfeld mit Leistungsindikatoren, die anforderungsgerecht monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich erhoben und bewertet werden. Nach unserem QM-System steht der jeweilige „Kunde“ und Auftraggeber (AG) und dessen Zufriedenheit mit dem Ergebnis im Vordergrund. Folgende Kennzahlen werden, für jeden Geschäftsbereich (GB) spezifiziert, verwandt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzieller Leistungsindikator für den GB „TZM“ wird das Ergebnis herangezogen. Ein „positives Ergebnis“ wird unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Maßnahmen für die Werterhaltung des TZA durchgeführt werden, als Zielerreichung akzeptiert. In 2014 wurde dieses Ziel unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) in Höhe von 154 T€ (Vorjahr 200 T€) erreicht. Das TZA erwirtschaftete einen Überschuss von 107 T€, der in die Instandhaltungsrücklage nachrichtlich überführt wurde. Weiter wird die Anlagenintensität zur finanziellen Bewertung der AGIT hinzugezogen. Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität 84 % (Vorjahr 81 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig.

Für den GB „Wirtschaftsförderung“ wird als finanzieller Leistungsindikator die Budgeteinhaltung bzw. Kostendeckung als Kriterium festgelegt. Dies wird auf die einzelnen Aufgabenfelder (BTOU, A&I, TT&BDS) heruntergebrochen. Auch hier wurde in 2014 wie in 2013 das Ziel der Budgeteinhaltung erreicht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

GB „Technologiezentrummanagement“ (TZM)

Nach den Leistungsindikatoren „Auslastung“ sowie „Einzüge/Auszüge“ erfüllt die AGIT ihr Soll, denn alle Zentren sind mit 100 % voll ausgelastet (95 % gilt als „Vollauslastung“) und der Einzug von neuen Firmen mit 12 Einzügen (Vorjahr 12 Einzüge) bei einem durchschnittlichen Jahresbestand von 88 Firmen bzw. korrespondierend mit dem Auszug von etablierten Firmen liegt ebenfalls im Soll (> 12,5 % pro Jahr).

GB „Wirtschaftsförderung“

Nach dem Leistungsindikator „Gründung“ von Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU) liegt die AGIT mit 47 technologieorientierten Gründungen in 2014 deutlich über dem Durchschnitt und Soll der letzten Jahre. Das Jahr 2014 war ein Rekordjahr.

Nach dem Leistungsindikator „Angesiedelte Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) ist in 2014 erwartungsgemäß deutlich zurückgegangen, nachdem 2013 das bisher beste Ergebnis seit 10 Jahren festzustellen war. Bezogen auf die geschaffenen Arbeitsplätze war 2014 ein Durchschnittsjahr.

Im Geschäftsfeld „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS) werden insbesondere Aufträge und Projekte bearbeitet. Inhaltlich wird die „Zufriedenheit“ der Auftraggeber (AG) bzw. Zuwendungsgeber als Indikator verwendet. Je nach Auftrag und Projekt wird dies unterschiedlich ermittelt. In 2014 wurde dieses Ziel, bis auf kleine Schwankungen im Projektbereich, erreicht.

Weitere Parameter bzw. Indikatoren, die systematisch beobachtet werden, sind:

- Forecast: Projekte und Aufträge (vierteljährliche Erfassung)
- Liquiditätsplan (monatlich)
- Forderungsmanagement (Forderung aus Projekten / monatlich).

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Liquidität

Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben in den letzten Jahren zu einer angespannten Liquidität der AGIT geführt. In 2014 hat sich gezeigt, dass die getroffenen Maßnahmen einer deutlichen Reduzierung der Projekte, die in großen Teilen zum ZV übergegangen sind, zu einer deutlichen Verringerung der Vorfinanzierungsleistungen und damit auch zu einer deutlichen Verbesserung der Liquidität geführt haben. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen. Diese Inanspruchnahme resultiert auch weiterhin aus der Vorfinanzierung der Projekte, aber auch aus den NK des ZBMT. Die dargelegte Verbesserung ist auch dadurch eingetreten, dass die Gesellschafter den Eigenanteil der Projekte für 2013 durch zusätzliche Zuschüsse in Höhe von ca. 169 € finanziert haben, so dass sich für 2014 hieraus keine weiteren finanziellen Belastungen ergeben haben. Die Eigenanteile der Projekte in 2014 hat die AGIT selbst erwirtschaftet.

Projektprüfungen

In 2014 haben verschiedene Projektprüfungen im Auftrag der Zuwendungsgeber stattgefunden. Soweit die Ergebnisse der Prüfungen bekannt sind, wurden sie in den Jahresabschluss übernommen. Die Projektprüfungen fanden meist gemeinsam mit dem Zweckverband statt, da viele Projekte ab 2013 vom neu gegründeten Zweckverband mit den früheren AGIT Mitarbeitern übernommen wurden.

IV. Prognosebericht

Liquidität

Wie im Nachtragsbericht ausgeführt, hat sich durch die getroffenen Maßnahmen die Liquidität der AGIT in 2014 deutlich verbessert. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen. Die Situation hat sich seitdem deshalb deutlich entspannt. Die ZBMT-Problematik mit der NK-Vorauszahlung ist im Klärungsprozess begriffen und Mitte 2015 wird der notwendige Umbau bezüglich der neuen Verbrauchsmesseinrichtungen abgeschlossen sein. Damit werden verbrauchgerechte NK-Abrechnungen möglich. Ab Mitte 2015 dürften sich keinerlei Liquiditätsprobleme mehr für die AGIT ergeben, unter der Voraussetzung einer stabilen Wirtschaftslage.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Inspektionen am Technologiezentrum am Europaplatz, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 eine größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich wurde. Die ersten Dachsanierungen erfolgten in 2012. Weitere Sanierungen wurden in 2013 und 2014 entsprechend der Planung durchgeführt. Die vom Gutachten ermittelten Instandhaltungsaufwände von ca. 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre sind aus heutiger Sicht realistisch, da sich immer wieder neue Problemlagen auftun. Die hohe Auslastung von 100 % im TZA in 2015 hat die Kostensituation weiter gemildert, so dass in diesem Jahr unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen für das ZBMT (Stadt Aachen) auch mit einem positiven Ergebnis im TZM gerechnet werden kann. Dies gilt bei stabiler Wirtschaftslage auch für die nächsten Jahre. Auch wenn die Leasingrate im TZA BA II jährlich deutlich ansteigt, kann für die Jahre 2015 bis 6/2019 bei einer hohen Auslastung durchaus ein positives Ergebnis für das gesamte TZA erreicht werden.

Mittels Dienstleistungsvertrag betreut das Technologiezentrumsmanagement der AGIT auch das MTZ und ZBMT. Das MTZ ist vertragsgemäß zum 1.1.2015 an die GEGRA zurück bzw. das UKA übergeben worden. Der Betreuungsvertrag der AGIT mit GEGRA bzw. der Stadt Aachen und dem UKA endet damit. Alle Verträge wurden gekündigt. Ein Risiko besteht nicht mehr. Die AGIT betreut in 2015 noch die Nebenkostenabrechnung für das MTZ. Die hieraus entstehenden Kosten wurden im JA 2014 bereits berücksichtigt.

Obwohl erhebliche bauliche Mängel am ZBMT in 2013 und auch in 2014 zu Mietminderungen geführt haben, belasten diese nicht die AGIT, da die Stadt Aachen die Gesamtverluste mittels einer

Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht. In 2014 sind diese Mängel (Aufzug) inzwischen behoben, jedoch taten sich in 2013 im Zuge der Nebenkostenabrechnung neue Probleme auf. Somit ist in 2014 zwar eine deutliche Ergebnisverbesserung eingetreten, eine endgültige Klärung kann erst in 2015 erfolgen, da für eine verbrauchsgerechte Nebenkostenabrechnung neue Messeinrichtungen in 2015 eingebaut werden. Erst nach dieser Neuberechnung der Nebenkosten können die gesamten Forderungsverluste angemessen bewertet werden. Ende 2015 dürften alle Probleme mit den Mietern, die sich aus der Nebenkostenabrechnung ergeben haben, ausgeräumt sein.

Obwohl in 2014 wiederum 12 neue Mieter - davon 9 Gründerfirmen - in das TZA eingezogen sind, können wir die Nachfrage von Gründern nicht mehr alle befriedigen, da alle Aachener Zentren zu 100 % ausgelastet sind. Hier sollten perspektivisch Erweiterungsmöglichkeiten, ggf. auf dem CAMPUS-Gelände, geprüft werden.

GB „Wirtschaftsförderung“

Das im Jahre 2011 entwickelte Reformkonzept, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll, wurde ab dem 1.1.2013 mit der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen (ZV) und der AGITneu umgesetzt. Die AGITneu konzentriert sich im Bereich der technologieorientierten Wirtschaftsförderung auf ihre Kernaufgaben und führt deutlich weniger Projekte durch als bisher oder ausschließlich Projekte, die in ihr Kernportfolio passen und die zu 100 % finanziert sind. In 2013 betrug das Auftrags- und Projektvolumen für die AGITneu 1.070 T€ und in 2014 war der Ist-Wert 877 T€. In 2015 werden noch langlaufende Projekte zu Ende geführt. Neue Projekte, auch für die Folgejahre, die von den Gesellschaftern mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen, sind noch keine zugesagt, obwohl schon erste Projekte skizziert und Anträge gestellt wurden. Neue Projekte sind somit erst ab 2016 zu erwarten. Hierzu müssen die Gesellschafter allerdings die Eigenanteile noch beschließen. Dies betrifft insbesondere die Weiterführung von ARIC in Wegberg-Wildenrath, wo der Projektstand sehr stark zurückgegangen ist und erst 2016 mit neuen Aufträgen und Projekten gerechnet werden kann (ein Auftrag über ca. 160 T€ ab der zweiten Jahreshälfte liegt bereits vor). Eine Schließung des Standortes ist nicht mehr auszuschließen, wenn die Gesellschafter hier keine Sonderlösung finden. Hierzu hat die Geschäftsleitung ein Strategiepapier entwickelt, das dem Vorstand des Aufsichtsrates vorgelegt wurde.

In 2015 kann damit gerechnet werden, dass alle Projekte, die die AGIT noch aus 2012 aufgrund rechtlicher Verpflichtungen übernommen hat, vollständig geprüft sind. Erst dann kann definitiv gesagt werden, ob alle Leistungen anerkannt und genehmigt wurden. Die Prüfungen in 2013 und 2014 haben gezeigt, dass dies in dem einen oder anderen Falle eintritt und zu Forderungsverlusten geführt hat und somit können auch in 2015 weitere Forderungsverluste eintreten. Über das Volumen dieser möglichen Verluste können keine Aussagen getroffen werden, da erst die offiziellen Bescheide abgewartet werden müssen. Zudem mussten Projekte aufgrund von Verträgen über den ursprünglichen Zeitraum hinaus weitergeführt werden, die nicht durch Eigenanteile hinterlegt sind. Eindeutig zeichnet sich aber die Tatsache ab, dass durch die Beendigung von Projekten und das Fehlen von Anschlussprojekten der Personalbestand sich deutlich reduzieren wird. Dies bedeutet ein Substanzverlust der AGIT gegenüber früheren Jahren, auch wenn die von den Gesellschaftern finanzierten Kernaufgaben der AGIT auf sehr hohem Niveau fortgeführt werden. Gerade mittels der Projekte konnte die AGIT in der Vergangenheit wichtige Impulse für die regionale Wirtschaft und Industrie leisten.

Für 2015 laufen die Kernaufgaben der AGIT stabil. Die Ergebnisse im Arbeitsfeld BTOU lassen ähnlich hohe Gründerraten erkennen wie in 2014. Das Ansiedlungsgeschäft im ersten Halbjahr 2015 pendelt sich auf dem relativ niedrigen Niveau von 2014 ein, was oft der Fall ist nach einem sehr guten Jahr wie in 2013. Die vorhandenen Aufträge und Projekte werden in 2015 vertraglich zu Ende geführt. Neue Projekte wurden in geringem Umfang eingeworben und sie werden nur dann durchgeführt, wenn sie mit 100 % der Kosten durch Einnahmen gedeckt sind. Das Auftrags- und Projektvolumen kann aus heutiger Sicht planmäßig abgearbeitet werden. Hinsichtlich der Anerkennung der Projektkosten müssen die Projektprüfungen in 2015 abgewartet werden. Für 2015

lässt sich zurzeit die Prognose stellen, dass die geplanten Ziele und Ergebnisse des Wirtschafts- und Stellenplanes 2015 – verbunden mit dem geplanten Stellenabbau - erreicht werden können.

Gesamtergebnis 2015

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Nachdem das erste Quartalsergebnis vorliegt, kann diese Einschätzung bestätigt werden.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

In 2014 wurde ein Plan-Auftrags-/Projektvolumen von 876 T€ (Vorjahr 1.070 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2012 sowie 2013 deutlich – wie geplant – unterschritten. Das Projektvolumen wurde seitens der AGIT-Gesellschafter durch entsprechende Eigenanteile in 2013 hinterlegt, so dass nur noch durch nicht anerkannte Projektkosten Risiken entstehen. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt- und Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

Mit dem Beschluss der Gesellschafter vom 21.11.2012, den Eigenanteil der Projekte zzgl. Gemeinkosten in 2013 zu genehmigen, hat sich diese Problematik ab 2013 deutlich entschärft. Diese Regelung wurde 2014 jedoch nicht mehr beibehalten und hat damit das Gesamtergebnis 2014 negativ belastet. Die Liquidität ist aber wegen der guten Auslastung des TZA - nach einer begründbaren Übergangszeit in 2013 - ab Mitte 2014 deutlich verbessert, was sich auch in 2015 mehr als deutlich zeigt.

In 2015 liegt das Plan-Projektvolumen in der AGITneu mit etwas über 400 T€ deutlich unter dem Niveau von 2014. Dies reduziert deutlich etwaige Liquiditätsprobleme, da das Vorfinanzierungsvolumen geringer ausfällt. Natürlich können auch für 2015 – wie die Jahre 2013 und 2014 gezeigt haben – leichte Forderungsverluste in Projekten entstehen.

Hauptproblem im Projektbereich sind die fehlenden Projekte ab 7/2015. Sollten sich bis zu diesem Zeitpunkt keine neuen Folgeprojekte ergeben, sind aktuell 5 Arbeitsplätze gefährdet, auch wenn sich aufgrund der befristeten Verträge für die AGIT keine direkten finanziellen Auswirkungen ergeben. Neben diesen arbeitsrechtlichen Fragestellungen hat sich jedoch in 2014 gezeigt, dass ein wesentliches finanzielles Problem darin besteht, dass insbesondere die größeren Projekte in der Regel nicht im Rahmen der Laufzeit komplett abgeschlossen werden können, sondern Nacharbeiten nach Projektende erforderlich sind (Mittelanforderungen, Berichtswesen, Projektaudits), die von dem Projektpersonal bearbeitet werden müssen. Dadurch kann es zu höheren Personalkosten kommen, als im Projektrahmen kalkuliert; es hat sich gezeigt, dass der bürokratische Abwicklungsaufwand deutlich höher ist, als von Zuwendungsgeberseite vorgesehen.

Durch die in der Sitzung im Februar 2013 beschlossene weitergehende Neuregelung der Verlustabdeckung für TZA BA II im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen auf der einen Seite sowie den anderen Gesellschaftern auf der anderen Seite, ergeben sich bis 6/2019 (Dauer des Vertrages / Auslauf des Leasingvertrages) unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Risiken für die AGIT. Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des TZA BA 1 und BA II wurden auch in 2014 und werden in 2015 durchgeführt. Das in Auftrag gegebene Instandhaltungsgutachten hat einen Finanzierungsrahmen von 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre ermittelt. Diese Werte wurden bereits in die Wirtschaftspläne der nächsten Jahre übernommen.

Zur Verbesserung ihrer Prozessabläufe hat die AGIT im Rahmen der Neuausrichtung in 2013 ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) entwickelt, das als Test in 2014 eingeführt werden sollte. In 2015 wurde ein neues ERP/CRM-System eingeführt, das das QM-System in seinen

Prozessstabilität unterstützt. Teil des QM-Systems ist ein Risikomanagementsystem (RM-System), das wesentliche Kennzahlen periodisch verfolgt.

2. Chancenbericht

Auf Grund der vorgesehenen finanziellen Trennung von „Technologiezentrummanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ ergab sich die Notwendigkeit vollständig neuer Wirtschafts- und Stellenpläne ab 2013. In einer Arbeitsgruppe wurden alle Kostengruppen der „Zentralen Dienste“ (ZD) bewertet und weitgehend den Sparten zugeordnet. Die verbleibenden Kosten der „ZD“ wurden mit unterschiedlichen sachgerechten Schlüsseln auf die Bereiche verteilt. Gegenüber der bisherigen Vorgehensweise der Verteilung der „ZD“ auf die Bereiche nach „Personenanzahl“ (VZÄ) wurde der Schlüssel „Personalkosten“ gewählt, der als sachgerechter für die AGIT neu als der bisherige Schlüssel eingestuft wurde.

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2013 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA 1 / II und das MTZ sowie das ZBMT zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung von fast 100 % nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind, dass umgekehrt die Werte aber auch gehalten werden können. Die geplanten Maßnahmen zur Werterhaltung des TZA können damit wie vorgesehen durchgeführt werden. Ein Ankauf des TZA BA II ab 7/2019 durch die AGIT kann dann planmäßig erfolgen.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind entsprechende Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst.

Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (ARIC), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. In 2012 wurden eine Kooperationsvereinbarung mit der RWTH Aachen und ein Zuwendungsvertrag mit dem Kreis Heinsberg erarbeitet, die in 2013 unterzeichnet und in Kraft treten sollen. Dies ist nun in 2015 erfolgt. Der Zuwendungsbescheid wurde vom Kreis Heinsberg ab dem 01.07.2013 vollzogen. Der Kooperationsvertrag mit der RWTH Aachen konnte zwar nicht wie geplant Mitte 2014 unterzeichnet werden, jedoch jetzt Anfang 2015. Diese Vereinbarungen sind die Voraussetzungen für die Weiterführung der AGIT-Aktivitäten im Arbeitsbereich GALILEO vor Ort in Wegberg-Wildenrath, auch wenn hier der Auftragsvorlauf nur bis Mitte 2015 reicht, jedoch bereits Projekte für 2016 und 2017 genehmigt sind.

3. Gesamtaussage

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsfirmen, der Förderung von Innovation und Technologietransfer, der Ansiedlungswerbung und Investorenberatung sowie der Unterstützung des Business Development Supports in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten Aufgaben. Die weltweite Arbeitsteilung und die Wirtschaftskrise in Europa, die sich in Ansiedlungsveränderungen niederschlagen, und die hohe weltweite Innovationsdynamik, die eine rein regionale Innovationspolitik immer schwieriger macht, führen zu immer anspruchsvolleren Aufgabenstellungen, denen die AGIT begegnen muss. Der Lösungsraum für die Anforderungen wird immer komplexer.

Die Bewältigung dieser Aufgaben ist durch die Neuaufstellung der AGIT in 2013 und die Fokussierung der AGIT auf diese Schwerpunkte deutlich erleichtert und verbessert worden. Das neue Finanzierungsmodell der AGIT ab 2013, das eine konsequente finanzielle Trennung von „Technologiezentrummanagement“ (das quasi als Profit Center arbeitet) und technologieorientierter „Wirtschaftsförderung“ (die rein durch Zuwendungen der Gesellschafter getragen wird) vorsieht, hat

sich als richtige Entscheidung und Perspektive für die AGIT herausgestellt. Diese Aussage gilt nicht nur für die finanzielle Situation, sondern auch für die inhaltliche Ausrichtung der Fokussierung auf die Kernkompetenzen der AGIT.

Die Risiken im Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“, die sich noch aus den alten Vertragsbindungen ergeben können, insbesondere aus den Projekten aus dem Jahr 2012, die nicht alle an den ZV übergeben wurden und die in 2013 und 2014 von der AGIT fortgeführt werden mussten, sind überschaubar. Hier können nach erfolgter Projektprüfung durch die Zuwendungsgeber Forderungsverluste entstehen bzw. es sind auch in 2015 noch Eigenleistungen zu erbringen, die sich aus den Verträgen ergeben. Aufgrund der hohen Auslastung und der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland sowie der vertraglich vereinbarten Verlustübernahmeregeln ergeben sich für den Zeitraum bis Mitte 2019 im GB „Technologiezentrummanagement“ aus heutiger Sicht keine wesentlichen finanziellen Risiken für die AGIT.

Für 2015 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis erreichen kann, sofern keine gravierenden Sondereffekte eintreten. Die strategische Ausrichtung der AGIT 2.0 ist deshalb auf einem guten Weg.

Aachen, im April 2015

Dr. Helmut Greif
Geschäftsführer

TAE GmbH - Technik-Agentur Euskirchen, Euskirchen

Bilanz zum 31. Dezember 2014

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR		31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
AKTIVA			PASSIVA		
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,00	1,00	II. Kapitalrücklage	67.107,90	41.148,78
II. Sachanlagen			III. Jahresfehlbetrag	63.365,12	27.795,48
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	286,00	1.413,00	B. Rückstellungen		
B. Umlaufvermögen			sonstige Rückstellungen	10.810,50	5.819,75
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			C. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.305,59	52.242,44	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	3.191,19
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>281,95</u>	<u>82,35</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00 (EUR 3.191,19)		
	44.587,54	52.324,79	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.577,76	4.657,36
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 7.577,76 (EUR 4.657,36)		
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.093,82	2,02	3. sonstige Verbindlichkeiten	1.272,73	1.154,62
			- davon aus Steuern EUR 675,63 (EUR 1.154,62)	8.850,49	9.003,17
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.272,73 (EUR 1.154,62)		
	<u>48.968,36</u>	<u>53.740,81</u>		<u>48.968,36</u>	<u>53.740,81</u>

TAE GmbH - Technik-Agentur Euskirchen, Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	61.237,29	93.788,84
2. sonstige betriebliche Erträge	265,28	10.066,56
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.417,52	4.704,92
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	62.553,33	61.304,06
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>12.265,48</u>	<u>13.869,39</u>
	74.818,81	75.173,45
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	1.420,28	2.299,92
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	44.394,65	49.145,92
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>1.816,43</u>	<u>326,67</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	63.365,12-	27.795,48-
	<hr/>	<hr/>
9. Jahresfehlbetrag	63.365,12	27.795,48
	<hr/>	<hr/>



Lagebericht für das Jahr 2014

Vorbemerkungen

Die aktuellen Entwicklungen, Stichworte „Industrie 4.0“ und „Energiewende“, sind für die Unternehmen Chancen und Risiken zugleich, die Entwicklungen gehen rasant voran. Wenige Unternehmen haben sich auf den Markt vorbereitet und nutzen die Potentiale. Einige Unternehmen sind dabei, die Voraussetzungen für die Digitalisierung zu schaffen. Viele Unternehmen sind noch nicht informiert und/oder verunsichert. Alle bisher gesprochenen Fachleute sind sich einig, dass die meisten Führungskräfte in den Unternehmensleitungen noch nicht auf die Entwicklungen vorbereitet sind.

Für die TAE stellt sich deshalb zum einen die Aufgabe, in technischer Hinsicht die Unternehmen zu informieren und Kooperationen zu initiieren. Zum anderen soll in dem Bereich Weiterbildung und Schulung das Potential ausgelotet werden, wie Unternehmensleitungen unterstützt werden können. Hierzu zählen neben Informationsveranstaltungen zum Beispiel Strategie-Seminare und -Workshops für die obere Führungsebene.

Allgemeine Ausführungen

Die Weiterführung der Aktivitäten in den Projekten „TeTRRA“ (Technology Transfer and Recruiting in Rural Areas) und TeTRRA B waren im Jahr 2014 ein Arbeitsschwerpunkt in der Technik-Agentur Euskirchen TAE GmbH. Da zu Beginn 2014 von einer kostenneutralen Verlängerung ausgegangen wurde, wurde das Budget umgeschichtet zugunsten der Personalkosten.

Die geplante, aber nicht genehmigte kostenneutrale Verlängerung des Projektes TeTRRA beeinflussten das Geschäft der TAE GmbH. Damit sollte erreicht werden, dass der Personaleinsatz im Verlängerungszeitraum gewährleistet wäre. Im Frühjahr wurde diese Verlängerung gestoppt zugunsten der Aufforderung, ein Nachfolgeprojekt TeTRRA B für 9 Monate einzureichen. Die noch zur Verfügung stehenden Mittel mussten dazu zurückgegeben werden. Die endgültige Genehmigung verzögerte sich aufgrund der Wahlen in Belgien. Da wir aufgefordert waren, keine Kosten zu verursachen, solange das Projekt nicht genehmigt wurde, kam es zu einem Bruch in den Aktivitäten des Projektes und zu geringeren Mittelanforderungen.

Der Wechsel in der Geschäftsführung hatte zur Folge, dass nur noch ein Mitarbeiter für die Projektarbeit, das Technologiescouting und die Neukundengewinnung für Seminare zur Verfügung stand.

Das Themenfeld „Industrie 4.0“ wurde 2014 aufgegriffen. In Kooperation mit dem INT wurde eine Veranstaltung geplant, die im Januar 2015 mit großem Erfolg umgesetzt wurde. Daraus ergaben sich auch neue Möglichkeiten, Seminare und Workshops zu gestalten. Hierin ist eine Herausforderung für die Zukunft zu sehen, die große Potentiale bietet.

Aufgrund der stärkeren Aktivitäten in lokalen Gruppierungen kam es zu Anfragen im Seminarsgeschäft.

Das Gesamtergebnis der Geschäftstätigkeit der TAE im Jahr 2014 fällt negativer aus, als es im Wirtschaftsplan dargestellt wurde. Diese Abweichung ist im Wesentlichen durch Einbußen im Seminargeschäft begründet.

I. Geschäftsfeld Projekte

TeTRRA (Technology Transfer and Recruiting in Rural Areas)

Das Interreg-Projekt TeTRRA hat am 01.10.2010 begonnen, hatte ursprünglich eine Laufzeit von drei Jahren und endete nach einer bewilligten kostenneutralen Verlängerung am 30.09.2014. Ziel dieses Projektes war die Förderung des grenzüberschreitenden Technologietransfers und die erfolgreiche Rekrutierung von Fachkräften in der Euregio Maas-Rhein. Die Gesamtförderquote von TeTRRA betrug 80 %, wovon 50 % aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) stammten und 30 % durch das Land NRW kofinanziert waren.

Das **Nachfolgeprojekt TeTRRA B** hat dieselben Ziele und Förderbedingungen und dient dem Abschluss der in TeTRRA begonnenen Tätigkeiten.

Die TAE hat innerhalb des Projektes unter anderem die Aufgabe, Fachseminare und branchenspezifische Netzwerktreffen sowie weitere Veranstaltungen zur Förderung des Technologietransfers zu konzipieren und durchzuführen. Die Entwicklung und Durchführung neuer Veranstaltungsformate zur Rekrutierung von Fachkräften ist ein weiterer Schwerpunkt. Als Beispiele für die vielfältigen Aktivitäten der TAE GmbH innerhalb des Projektes TeTRRA und TeTRRA B in 2014 sind zu nennen:

- 40 Unternehmen wurden zur Unterstützung der Innovationsfähigkeit sowie zur Neuregistrierung im TeTRRA Technologieatlas online besucht;
- Aktive / Passive Teilnahme an insgesamt 45 Veranstaltungen mit Unternehmenskontakten
- Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung Jobexpedition am 08.01.2014 in Kooperation mit der FH Aachen, Studiengang Energietechnik bei der Firma Pfeifer & Langen in Euskirchen mit 11 Teilnehmern;
- Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ am 14. Mai 2014 in Kooperation mit der FH Aachen im Bildungszentrum Euskirchen mit 64 Teilnehmern.
- Leitung der TeTRRA-Arbeitsgruppe Technologietransfer, aktive Mitarbeit in den anderen TeTRRA-Arbeitsgruppen,
- Mitarbeit bei der Entwicklung und Durchführung des „Absolventenpreis ländlicher Raum“ für Studierende der FH Aachen, Vergabe des Preises am 06.11.2014 im Rahmen der Nacht der Unternehmen im Technologiezentrum am Europaplatz Aachen.

AixHighTIng (Aachener High Tech Ingenieure)

Das Projekt AixHighTIng der GründerRegion Aachen hat am 01.02.2010 begonnen und wurde seitens der TAE planmäßig zum 30.11.2012 beendet, obwohl die Laufzeit für das Projekt insgesamt bis zum 30.04.2013 verlängert wurde. Zum 30.06.2014 wurde der Schlussverwendungsnachweis zum Abschlussbericht AixHighTIng fertiggestellt.

II. Geschäftsfeld Seminare

Die Seminarreihe zum Führungskräfte-Training mit insgesamt sechs thematisch unterschiedlichen Modulen wurde im Jahr 2014 weitergeführt. Für diese Seminarreihe gibt es einen Hauptkunden im Kreis Euskirchen. Dieser hat die Teilnehmerzahl drastisch reduziert, es wurden nur 42 Teilnehmer geschult. Nach dem Ende der 28. Staffel wurde eine Zeitlang kein Seminar nachgefragt. Als Grund wurde genannt, dass bereits alle in Frage kommenden Mitarbeiter die Schulung absolviert hätten.

Mit dem Referenten Herrn Peterson wurde deshalb im Juli zwei neue Module entwickelt und eine neue Vergütungsregelung vereinbart. Aufgrund der neuen Kostenstruktur ist die TAE GmbH nun in der Lage, die Seminare auch für eine geringere Teilnehmerzahl durchzuführen, die 29. Staffel ist im November 2014 angelaufen.

Dieses Angebot macht die TAE für weitere Kunden interessant, für die allerdings neue Konzepte entwickelt werden mussten. So wurde für das Schoeller Werk ein spezielles Angebot für die Trainee über 12,0 T€ unterbreitet. Die Vergabe ist noch nicht entschieden, die TAE gehört zu den letzten beiden in Frage kommenden Anbietern.

III. Weitere Geschäftsfelder

Durch die Besetzung der Stelle „Technologiescout“ konnte die Kontaktaufnahme mit den Unternehmen im Kreis Euskirchen intensiviert werden. Die enge Zusammenarbeit des Technologiescouts mit den Unternehmen im Kreis Euskirchen bot die Möglichkeit, aus den aktuellen technologischen Fragestellungen der Unternehmen innovative Technologieprojekte zu entwickeln und für deren Durchführung Fördermittel zu beantragen. Es wurden Fördermittel zum „Innovationsgutschein.NRW.Handwerk, A und B“, „Building integrated High Tech Systems“ (BIHTS, NL) und „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) beantragt.

Neben der Projektarbeit und dem Seminargeschäft bringt sich die TAE aktiv in die Netzwerk- und Gremienarbeit in der Region mit ein.

So wurden 10 weitere Veranstaltungen mitgewirkt bzw. aktiv teilgenommen,

Durch die aktive Netzwerk- und Gremienarbeit der TAE wird das Dienstleistungsangebot den entsprechenden Institutionen und Unternehmen stärker bekannt gemacht und führt damit zu einer weiteren Ausweitung des Kundenkreises der TAE im Kreis Euskirchen.

IV. Kooperation BZE (Berufsbildungszentrum Euskirchen)

Seit Februar 2012 gab es eine intensive Beteiligung der TAE an den Aktivitäten zur Entwicklung und Aufbau des Studiengangs Holzingenieurwesen der FH Aachen im BZE in Euskirchen. Neben der Teilnahme bei Unternehmensbesuchen in der Holzbranche wurden insbesondere die Veranstaltung „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ mit der FH Aachen im BZE geplant, organisiert und durchgeführt. Kontakte zum Holzkompetenzzentrum in St. Vith wurden aufgebaut.

Seitens des BZE werden für die TAE unterschiedliche Dienstleistungen des Sekretariats, der Verwaltung und der Buchhaltung durchgeführt. Die Arbeitsstunden werden erfasst und quartalsweise mit den entsprechenden Stundensätzen der Mitarbeiter an die TAE weiterbelastet. Die von der TAE für das BZE geleisteten Arbeitsstunden werden in gleicher Weise per Rechnung an das BZE ausgeglichen, was allerdings 2014 nicht zum Tragen kam.

V. Ertragslage

Die Umsatzerlöse der letzten drei Jahre stellen sich wie folgt dar:

	2012	2013	2014
Umsatzerlöse ges.	138,4 T€	93,8 T€	61,2 €
Projekte	65,9 T€	41,8 T€	38,6 T€
Sachkosten	18,8 T€	6,4 T€	3,7 T€
Seminare	53,7 T€	45,6 T€	19,0 T€

Der Rückgang des Gesamtergebnisses um 32,6 T€ im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen in Rückgang der Seminarteilnehmer begründet.

VI. Vermögen

Das Vermögen entwickelte sich im Berichtszeitraum wie folgt:

	2012	2013	2014
Forderungen per 31.12.	67,4 T€	52,3 T€	44,6 T€
Rücklagen per 31.12	66,0 T€	41,1 T€	67,1 T€
gezeichnetes Kapital per 31.12.	25,6 T€	25,6 T€	25,6 T€

Im April wurden 13,2 T€ EFRO-Mittel aus dem Projekt TeTRRA von der AGIT an die TAE GmbH ausgezahlt, (Forderung von 19,9 T€ abzüglich eines vereinbarten 5%-Einbehaltes) die Auszahlung der NRW-Mitte wird in Kürze erwartet.

VII. Personal

Im Berichtszeitraum war bei der TAE ein wissenschaftlicher Mitarbeiter beschäftigt, der für die Aktivitäten im Projekt TeTRRA und als Technologiescout für den Kreis Euskirchen zuständig ist.

Frau Maria Breuer hat die TAE als Geschäftsführerin zum 30. Juni 2014 verlassen. Herr Michael Franssen führte die Geschäfte als Interimsgeschäftsführer weiter.

Seit Januar 2015 ist Frau Dagmar Grömping als Halbtagskraft eingestellt. Sie unterstützt im Projekt TeTRRA B und organisiert die Führungskräfte-seminare. In Zukunft soll sie weitere Aufgaben im Bereich Seminare und der Pflege der Homepage übernehmen.

VIII. Beispiel

Neben vielen anderen Unternehmen ist die Unterstützung der LOKISA Smart Energy hervorzuheben. Bereits seit Herbst 2013 wird das Unternehmen betreut. Nicht zuletzt durch die Unterstützung der TAE GmbH hat das Unternehmen seine ehrgeizigen Pläne entwickeln können und ist nun nach der Begutachtung von zwei unabhängigen Gutachtern und einer Vorstellungsrunde vor dem Gremium für den Wachstumspreis in AC-Quadrat nominiert. Die Anzahl der Mitarbeiter und der Umsatz von LOKISA sollen bis 2017 signifikant ansteigen. Ohne Unterstützung wäre die Entwicklung in dem sich rasch entwickelnden Markt nicht in dieser Zeit und Qualität möglich gewesen.

Voraussichtliche Entwicklung - Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2015 nimmt weiterhin die inhaltliche Bearbeitung der Aufgaben im Projekt TeTRRA B einen großen Raum ein. Durch die Bewilligung des Nachfolgeprojektes bis zum 30.06.2015 stehen der TAE noch Projektmittel noch zur Verfügung. Ein weiteres Interreg-Projekt ist für 2015 nicht in Aussicht. Erst 2016 kann wieder mit Nachfolgeprojekten wie TeTRRA 2.0 gerechnet werden.

Auf Grund der umfangreichen guten Kontakte der TAE zu den Unternehmen in der Region bieten die Entwicklung von Forschungsprojekten und die Projektbegleitung Potential für die zukünftige Arbeit der TAE. Dabei kann die TAE bei der Akquisition von Projektpartner aus dem Bereich Forschung und Entwicklung auf die guten Kontakte zu den Hochschulen in der Region zurückgreifen. Eine Aufgabe der TAE könnte neben dem Projektmanagement auch die vorgeschriebene Verbreitung von Projektergebnissen sein. Die Erfahrungen machen die TAE als Projektpartner in anderen Projektkonstellationen interessant.

I. Geschäftsfeld Projekte

Die Fortsetzung der Aktivitäten im Projekt TeTRRA mit der weiteren Ausgestaltung der neu entwickelten Veranstaltungsformate werden im Jahr 2015 einen wesentlichen Teil der Geschäftstätigkeit der TAE ausmachen. Die Durchführung weiterer Netzwerktreffen der Netzwerke „Maschinenbau-Mechatronik“ und „Kunststoff“ stehen dabei im Vordergrund.

Auch weiterhin sollen Fördermittel für Unternehmen aus der Region beantragt werden. Insbesondere die Förderung von Deutsch-Niederländischen Kooperationen im Baubereich hat sich als handhabbar erwiesen.

Es werden Anstrengungen unternommen, Partner in Forschungsprojekten zu werden. Dabei soll die Aufgabe übernommen werden, die Ergebnisse in Form von Veranstaltungen und Workshops zu verbreiten. Damit können lokale Unternehmen unmittelbar an Forschungsergebnissen teilhaben.

Potentiale für neue Projekte

Es werden zurzeit verschiedene Ansätze verfolgt, neue Projekte zu gewinnen, die für die Unternehmen im Kreis Euskirchen von Vorteil sein können:

- ProSMART / Neue Materialien:
Mitarbeit zur Verbreitung der Ergebnisse (Smart Materials)
- Interreg-V-Projekte als Nachfolge von TeTRRA, TTC und GCS
- Weitere Projekte

II. Geschäftsfeld Seminare

Im Bereich der Führungskräfte-seminare ist für das Jahr 2015 nach bisherigem Stand mit etwa gleich bleibenden oder leicht steigenden Teilnehmerzahlen gegenüber 2014 zu rechnen. Diese Entwicklung wird zu einem Umsatzerlös im Geschäftsfeld Seminare von 27,0 T€ führen. Die Ausweitung der Unternehmerkontakte des Technologiescouts werden dazu genutzt, den Kundenkreis für die Standard-Führungskräfte-seminare weiter zu vergrößern.

Aufgrund der guten Vorstellung in 2014 konnte 2015 zwei weitere Seminarangebote abgegeben werden: Eine Reihe für Abteilungsleiter über 3,8 T€/Seminar sowie eine maßgeschneiderte Schulungsreihe für die untere Führungsebene über 21,6 T€.

Eine Ausweitung des Seminargeschäftes z. B. im Bereich Strategieentwicklung ist geplant, mit einigen potentiellen Referenten bereits gesprochen worden. Zudem wird die Möglichkeit geprüft, ob spezielle Seminare im Themenfeld „Industrie 4.0“ sinnvoll sein können.

III. Weitere Geschäftsfelder

Die drittgrößte Branche in Euskirchen ist die Baubranche. Der Aufbau eines Netzwerks „Bauwirtschaft“ analog zu den bereits vorhandenen Netzwerken ist in Planung, ein gemeinsamer Auftritt auf der Internationalen Bauausstellung in den Niederlanden ein Ziel.

IV. Ausblick

Zur Ausweitung und Etablierung der momentan bestehenden Angebote und Dienstleistungen der TAE ist die Fortführung der Tätigkeit eines Technologiescouts von großer Bedeutung. Während der bisherigen Laufzeit des Projektes TeTRRA wurde eine solide Basis geschaffen, auf der nun weitere Technologieprojekte mit und für Unternehmen entstehen können, die über das Projektende von TeTRRA hinaus weitergeführt werden oder an dieses anknüpfen. Dies ist insbesondere vor den großen Herausforderungen von Bedeutung, die durch die „Industrie 4.0“ gestellt werden. In diesem Handlungsfeld sind neben Informationsveranstaltungen auch Projekte und weiterführende Seminare nötig, um die Unternehmen auf die neuen Anforderungen vorzubereiten.

Trotz Drittmittel für die Projektaktivitäten und positiver Entwicklung des Seminargeschäfts wird die TAE mittelfristig keine Gewinne erzielen können.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 weist einen Verlust von 77,5 T€ aus, der auch nach den aktuellen Stand erreicht wird. Diese Summe wird durch den vertraglich festgelegten maximalen Betriebskostenzuschuss der Gesellschafter in Höhe von insgesamt 85,5 T€ abgedeckt sein.

SWOT-Analyse

<p>Stärken der TAE:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Gute Kooperation mit der Stabstelle 802. Direkter Kontakt zu den Unternehmen3. Gut vernetzt4. Ermittlung von Potentialen5. Matchen / Vermitteln von Kooperationspartnern6. Durchführen von Informationsveranstaltungen7. Zielgerichtete Seminare8. Strategische Ausrichtung	<p>Schwächen</p> <ol style="list-style-type: none">1. Personalsituation2. Vertretungssituation GF3. Wenig Eigenmittel für Projekte4. Überschaubare Anzahl potentieller Kunden für die Standard-Seminare5. Keine „alteingesessene“ Geschäftsführung.
<p>Chancen</p> <ol style="list-style-type: none">1. Neue Seminare2. Neue Drittmittelprojekte, Mitarbeit in Vorbereitungsgruppen3. Neue Forschungsprojekte, Mitarbeit im Bereich Projektmanagement und Dissemination4. Durchführung von Veranstaltungen5. Matchen / Vermitteln von Kooperationspartnern	<p>Risiken</p> <ol style="list-style-type: none">1. Keine Projekte2. Kein Partner im AGIT-Interreg V A-Projekten3. Keine Neukundengewinnung im Seminargeschäft4. Personalabwanderung5. Probleme, geeignetes Personal zu finden

Euskirchen, 4. Mai 2015


Michael Franssen
Geschäftsführer TAE GmbH

Bericht
über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung der TAE-GmbH
Technik-Agentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2014

Zu den Zielen und der Ausrichtung der Gesellschaft beinhaltet der Gesellschaftervertrag der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen folgende Bestimmungen:

§ 2
Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.


Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2014 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftervertrages entsprochen hat.

Euskirchen, 11. September 2015

TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen

Jochen Kupp
Geschäftsführer



Euskirchen gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Euskirchen

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva	31.12.2013		Vorjahr		Passiva
	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Schutzrechte und ähnliche Rechte		35.807,00		38.642,00	
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke mit Wohnbauten	38.201.734,63		39.150.222,34		
2. Grundstücke mit Geschäftsbauten	6.428.426,97		4.196.319,56		
3. Grundstücke ohne Bauten	1.649.640,65		1.545.745,69		
4. Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	153.122,75		153.122,75		
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	136.481,00		116.195,00		
6. Anlagen im Bau	797.471,94		812.738,50		
7. Bauvorbereitungskosten	47.543,08		53.633,23		
	<u>47.414.421,02</u>		<u>46.027.977,07</u>		
III. Finanzanlagen					
Andere Finanzanlagen	170,00		170,00		
	<u>47.450.398,02</u>		<u>46.066.789,07</u>		
B. Umlaufvermögen					
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte					
1. Grundstücke ohne Bauten	346.685,53		471.924,60		
2. Bauvorbereitungskosten	29.483,50		35.464,83		
3. Grundstücke mit unfertigen Bauten	829.262,62		144.426,35		
4. Grundstücke mit fertigen Bauten	6.965,60		57.791,78		
5. Unfertige Leistungen	2.251.262,98		2.225.818,49		
6. Andere Vorräte	11.830,18		6.397,48		
	<u>3.475.490,41</u>		<u>2.941.823,53</u>		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Vermietung	17.257,72		9.673,49		
2. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	129.567,54		104.025,71		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	185.708,63		358.069,84		
	<u>332.533,89</u>		<u>471.769,04</u>		
III. Liquide Mittel					
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.705.365,11		3.433.178,14		
	<u>5.513.389,41</u>		<u>6.846.770,71</u>		
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
1. Geldbeschaffungskosten	2.040,00		2.209,00		
2. Andere Rechnungsabgrenzungsposten	4.435,01		3.244,23		
	<u>6.475,01</u>		<u>5.453,23</u>		
	<u>52.970.262,44</u>		<u>52.919.013,01</u>		
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital					
1. Nominal	2.610.500,00		2.610.500,00		
2. Nennbetrag eigene Anteile	-2.760,00		-2.070,00		
	<u>2.607.740,00</u>		<u>2.608.430,00</u>		
II. Gewinnrücklagen					
Gesellschaftsvertragliche Rücklagen					
1. Bauerneuerungsrücklage	1.305.250,00		1.305.250,00		
2. Andere Gewinnrücklagen	5.789.800,85		5.607.250,48		
3. Andere Gewinnrücklagen	4.033.541,77		4.041.851,77		
	<u>11.128.592,62</u>		<u>10.954.352,25</u>		
III. Jahresüberschuss					
	405.795,38		495.561,97		
	<u>14.142.128,00</u>		<u>14.058.344,22</u>		
B. Rückstellungen					
Sonstige Rückstellungen	180.743,56		128.740,44		
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.443.239,24		26.435.412,35		
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	8.238.347,49		8.409.473,93		
3. Erhaltene Anzahlungen	3.262.108,04		2.411.958,60		
4. Verbindlichkeiten aus Vermietung	135.248,18		180.857,07		
5. Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit	306.886,73		612.970,11		
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	212.596,41		586.553,27		
7. Sonstige Verbindlichkeiten	48.563,01		94.703,02		
davon aus Steuern:					
EUR 48.097,96 (Vorjahr: EUR 84.566,31)					
	<u>38.646.989,10</u>		<u>38.731.928,35</u>		
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
	201,78		0,00		
	<u>52.970.262,44</u>		<u>52.919.013,01</u>		

Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		
a) aus der Hausbewirtschaftung	7.702.071,51	7.201.916,11
b) aus dem Verkauf von Grundstücken	186.840,00	271.258,00
c) aus Betreuungstätigkeit	201.539,29	214.560,77
2. Erhöhung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	528.275,30	256.060,19
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	590,24
4. Sonstige betriebliche Erträge	159.410,82	135.498,98
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.836.521,03	3.693.187,33
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	662.719,01	168.937,03
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	2.476,63	1.893,92
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	988.039,07	919.871,94
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 61.415,86 (Vorjahr: EUR 57.444,76)	259.132,68	258.157,38
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.151.320,82	1.003.285,42
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	414.576,00	343.475,68
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	10,28	10,28
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.340,86	26.004,03
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	926.754,11	908.365,14
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	559.948,71	808.724,76
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-64.394,11	149.403,11
14. Sonstige Steuern	218.547,44	163.759,68
15. Jahresüberschuss	405.795,38	495.561,97

BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

Rahmenbedingungen Allgemeine Angaben

Die Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mbH wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 5. Dezember 2008 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben - der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung - nachgekommen ist.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des GmbH-Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages sowie der Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung den Aufsichtsrat geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Das im ersten Halbjahr 2013 etwas erhöhte Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion dürfte in der zweiten Jahreshälfte und auch im Jahr 2014 gehalten werden. Die zu beobachtende Verbesserung der Stimmung hat wohl auch fundamentale Ursachen: Manches, was seit der Finanzkrise die wirtschaftliche Aktivität belastet hat, verliert langsam an Bedeutung.

Im zweiten Quartal 2013 nahm die reale Wirtschaftsleistung im Euroraum erstmals seit anderthalb Jahren wieder zu. Sie stieg um 0,3 Prozent gegenüber der Vorperiode, nachdem sie in den sechs vorangegangenen Quartalen um insgesamt 1,3 Prozent zurückgegangen war. Die Verbesserung der Konjunktur ist zu einem guten Teil auf die Außenwirtschaft zurückzuführen. Die Ausfuhren nahmen im

zweiten Quartal deutlich zu, und trotz anziehender Importnachfrage stiegen auch die Nettoexporte des Euroraums. Allerdings legte auch die Binnennachfrage leicht zu, und zwar zum ersten Mal seit zwei Jahren. Der private Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen wurden geringfügig ausgeweitet.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen: Um 0,4 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP noch kräftiger gewachsen (2012 um 0,7 % und 2011 sogar um 3,3 %). Der sonst so robuste deutsche Außenhandel büßte im Jahresdurchschnitt 2013 angesichts eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds an Dynamik ein: Deutschland exportierte preisbereinigt zwar insgesamt 0,6 % mehr Waren und Dienstleistungen als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stiegen die Importe aber um 1,3 %. Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – bremste dadurch mit einem negativen Beitrag von – 0,3 Prozentpunkten das BIP-Wachstum 2013. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten 2013 davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft am Beginn eines Aufschwungs befindet. Dies wird damit begründet, dass die Weltwirtschaft wieder etwas stärker expandiert und die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum deutlich abgenommen hat. Für den Jahresdurchschnitt 2014 erwarten die Institute einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 %.

Branchenspezifische Entwicklung Im Kreis Euskirchen wurden in 2013 rund 618 Wohnungen erstellt (Vorjahr: 409). Weiterhin wurden in 2013 für 673 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt (Vorjahr: 483).

Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern.

Wohnungsmarkt Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein "Vermietermarkt". Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungsbau Mit dem Bau eines Mehrfamilienhauses mit elf Wohnungen in der Thüringer Str.11 in Euskirchen wurden in 2013 begonnen. Mit der Fertigstellung ist im 2. Halbjahr 2014 zu rechnen. Außerdem wurden erste bauvorbereitende Maßnahmen für die Errichtung eines Miethauses mit 14 Wohnungen in der Frauenberger Straße 91, Euskirchen getroffen.

Sonstiger Neubau Das in 2012 begonnene Bauprojekt Kindertagesstätte Mitbachau, Am Mitbach 8 in Euskirchen wurde in 2013 fertiggestellt und an den Kinderschutzbund als Mieterin zum 01.08.2013 übergeben.

Instandhaltung / Instandsetzung	Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2013 betragen einschließlich der Aufwendungen für die Modernisierungen TEUR 1.682. Eigene Verwaltungsleistungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.
Modernisierung	<p>Das Quartier Hubert-Salentin-Straße/Appelsgarten in Euskirchen mit elf Häusern wird zurzeit modernisiert. Die in 2012 begonnene Modernisierung und Instandhaltung der Liegenschaft Hubert-Salentin-Str. 27 in Euskirchen wurde in 2013 abgeschlossen. Mit der Modernisierung des Hauses Hubert-Salentin-Str. 36 wurde in 2013 begonnen. Außerdem wird das im Sanierungsgebiet "Viehplätzchen" liegende Gebäudes "Bischofstr. 12" instandgesetzt.</p> <p>Bei den Mietobjekten Erftstr.6-8 und Charleviller Platz 2 in Euskirchen wurden außerdem in 2013 notwendige Strangsanierungen und damit verbundene Badmodernisierung vorgenommen. Bei dem Objekt Charleviller Platz 3 erfolgt dies in 2014.</p>
Trägerbau	Für den Bau eines Mehrfamilienhauses mit elf Eigentumswohnungen in der Trierer Str. 11a, Euskirchen, wurden in 2012 erste bauvorbereitende Maßnahmen getroffen. Mit dem Bau wurde im März 2013 begonnen. Die Übergabe an die Eigentümer soll Mitte 2014 erfolgen.
Entwicklung des Wohnungsbestandes	<p>Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2013 insgesamt 1.327 Wohnungen, 10 gewerbliche Einheiten und 374 Garagen. Von den Wohnungen waren 684 freifinanziert, die anderen unterliegen öffentlich-rechtlicher Zweckbindung.</p> <p>Zum Wohnungsbestand der Gesellschaft kam in 2013 durch den oben genannten Neubau eine gewerbliche Einheit hinzu. Außerdem erwarb die Gesellschaft ein Haus mit drei Wohnungen und einer gewerblichen Einheit. Im Gegenzug veräußerte die Gesellschaft ein sanierungsbedürftiges Einfamilienhaus. Die in 2010 erworbene ehemalige Kreisnebenstelle Blankenheimer Str. 2-4 in Schleiden wird 2014 abgerissen. Über Zeitpunkt und Art der Neubebauung kann noch keine Aussage getroffen werden.</p>
Fremdverwaltung	Ende 2013 wurden von der Gesellschaft Gebäude mit 373 Wohnungen, vier gewerblichen Einheiten, 91 Garagen für Dritte verwaltet.
Verwaltung nach WEG	Weiterhin war in 2013 die Gesellschaft für 13 Wohnungseigentümergeinschaften mit 225 Wohnungen und 129 Garagen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt.
Unbebaute Grundstücke	Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über vier baureife Grundstücke mit 1.412 qm, drei Grundstücke im Zustand der Erschließung mit 20.906 qm, zwei Ackerlandflächen mit 28.272 qm, zwei Waldgrundstücke mit 27.532 qm, eine Parzelle von 4.507 qm, die zurzeit von der Stadt Euskirchen erschlossen wird und im Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche ausgewiesen ist, sowie zwei Gartenparzellen von 663 qm.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2013 ein Jahresüberschuss von 406 TEUR (Vorjahr: 496 TEUR) ausgewiesen.

In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2013 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	1.672	1.667	5
- Bauträgertätigkeit	35	125	-90
- Betreuungstätigkeit	200	213	-13
- Sonstigem	16	10	6
	1.923	2.015	-92
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	1.658	1.482	-176
Betriebsergebnis	265	533	-268
Ergebnis der Finanzrechnung	23	26	-3
Ergebnis der neutralen Rechnung	54	86	-32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-64	149	213
Jahresergebnis	406	496	-90

Die Mietausfälle von TEUR 181 betragen 2,3 % (Vorjahr: 2,2 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 1,9 % (Vorjahr: 1,0 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2013.

Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und der Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2013 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage

Die in der Bilanz ausgewiesenen langfristigen Vermögenswerte, hauptsächlich Sachanlagen, sind fristgerecht durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel finanziert. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2013 um TEUR 51 auf TEUR 52.970 erhöht.

Es wurde für die durchgeführten Modernisierungen und Neubautätigkeiten in erheblichem Maß Eigenkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 89,6 % (Vorjahr: 87,1 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) 26,1 % (Vorjahr: 26,0 %).

Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind z.B. die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) mit 26,1 %, die Gesamtkapitalrentabilität mit 2,4 %, der Cash Flow mit TEUR 1.502, die Fluktuationsquote mit 10,6 % und die Leerstandsquote mit 1,9 %.

Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Besondere Ereignisse im Geschäftsjahr Besondere Ereignisse sind im Geschäftsjahr 2013 nicht eingetreten.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB Betriebswirtschaftlich werden die Geschäftsprozesse mittels des ERP-Systems "Immotion" der GAPmbH weiterhin automatisiert. Auch in 2014 sollen Optimierungen durchgeführt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft nehmen auch in 2014 verstärkt an Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teil.

Ergänzende Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31. Dezember 2013 nicht eingetreten.

Risikobericht und Risikomanagement / Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.

Nach dem Gesetz zu Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.

Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Unverkäuflichkeit fertiggestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.

Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.

Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierearm und seniorengerecht zu erstellen.

Die eigenen innerstädtischen Grundstücke werden zukünftig einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt und nachfragegerecht bebaut. Hierzu gehören die Grundstücke der Quartiere Wilhelmstraße und Frauenbergerstraße.

Die Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand der Gesellschaft werden auch weiterhin zu einer stetigen und nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung der Gesellschaft führen.

Die Anforderungen der Basel II – Ratingprozesse müssen weiterhin beachtet werden.

Prognosebericht

Gemäß des aktuellem Erfolgsplanes wird mit einem Ergebnis für 2014 von ca. TEUR 584 gerechnet. Das bessere Ergebnis beruht im Wesentlichen aus höheren Erlösen aus der Hausbewirtschaftung bei niedrigeren Instandhaltungskosten. Der geplante Modernisierungsumfang eines Objektes in 2014 wurde durch den Anbau von Balkonen erweitert und damit wurde die Aktivierung der Maßnahme erforderlich. Für 2015 ist weiterhin mit steigenden Aufwendungen bei den Instandhaltungen zu rechnen. Das Ergebnis 2015 wird daher sinken.

Euskirchen, 31. März 2014

Die Geschäftsführung:

(Knuth)

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2014

	2014 EUR	2013 EUR
1. Erlöse aus Altenpflege, Altenpfliegewohnungen und geriatrischer Rehabilitation	17.417.472,46	16.507.249,05
2. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	72.423.775,27	57.190.849,55
3. Erlöse aus Wahlleistungen	2.295.800,68	1.987.170,15
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.928.085,40	2.549.212,89
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.950.054,30	1.100.203,01
6. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen/unfertigen Leistungen	-19.087,00	-35.300,00
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.944.414,53	1.753.046,94
8. Umsatzerlöse	697.518,68	688.889,00
9. sonstige betriebliche Erträge	6.050.227,59	3.733.759,35
	105.688.261,91	85.475.079,94
10. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-52.685.710,33	-41.337.328,78
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: EUR 3.681.259,54; 2013: EUR 3.007.648,97)	-12.733.172,78	-10.185.661,99
11. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-11.954.346,99	-10.267.887,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-11.144.802,28	-9.455.825,67
	-88.518.032,38	-71.246.703,76
Zwischenergebnis	17.170.229,53	14.228.376,18
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.321.141,34	1.870.098,30
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.452.384,30	2.945.664,90
14. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehnsförderung	61.343,00	0,00
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-2.490.259,70	-1.997.741,25
16. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-215.674,28	-198.748,17
	3.128.934,66	2.619.273,78
17. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.517.939,08	-4.664.092,90
18. sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.772.215,03	-8.471.768,06
	-17.290.154,11	-13.135.860,96
Zwischenergebnis	3.009.010,08	3.711.789,00
19. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 4.777,00; 2013: EUR 10.880,00)	138.023,61	288.263,72
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 2.208,53; 2013: EUR 1.439,00)	-1.106.597,48	-1.063.507,78
21. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.040.436,21	2.936.544,94
22. Steuern	-45.585,34	-45.731,59
23. Konzern-Jahresüberschuss	1.994.850,87	2.890.813,35
24. auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-294.235,37	-233.750,67
25. Konzerngewinn	1.700.615,50	2.657.062,68

Zusammengefasster Lagebericht zum Jahresabschluss der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH per 31. Dezember 2014 und des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2014

Vorbemerkung: Die Geschäftsführung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat von der Regelung des § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht und den Lagebericht der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zusammengefasst.

1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Zweck der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Sitz in Mechernich.

Im Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 24. November 2005 ist die abgestimmte Struktur des Kreiskrankenhauses Mechernich krankenhauserplanerisch umgesetzt worden. Nach den Festlegungen wird das Kreiskrankenhaus Mechernich ab dem 01. Januar 2006 mit 413 Betten/Plätzen im Krankenhausplan geführt. Mit Bescheid der Bezirksregierung vom 17. März 2014 ist die Erweiterung der Intensivpflegebetten für Erwachsene ohne Änderung der Gesamtbettenzahl von 14 auf 18 Betten auch im Betten-Ist mit Wirkung 01. August 2013 nachvollzogen worden. Der Bescheid vom 17. März 2014 ist bereits auf der Grundlage der Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 erstellt worden. Im Bescheid vom 17. März 2014 ist vorgegeben, dass die Erbringung der Leistungsangebote vom Versorgungsauftrag nur dann erfasst ist, wenn und soweit die diesbezüglichen qualitativen Vorgaben des Krankenhausrahmenplans (Krankenhausplan 2015) vom 22. Juli 2013 bei der Leistungserbringung erfüllt sind.

An der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH war die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 bis zum 31. Dezember 2013 mit 49 % am Stammkapital in Höhe von TEUR 30 beteiligt (Anteil: TEUR 14,7). Die übrigen Geschäftsanteile in Höhe von 51 % hielt die Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH. Durch notariellen Vertrag vom 30. Oktober 2013 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Wirkung 01. Januar 2014 ihren Anteil am Stammkapital der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH von 49 % auf 93,33 % erhöht; die übrigen 6,67 % sind bei dem vorherigen Mehrheitsgesellschafter

Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH verblieben. Bis zum 31. Dezember 2015 soll der Krankenhausbetrieb der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH mit allen Aktiva und Passiva in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH integriert werden. Danach verfügt die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH über zwei Betriebsstätten, nämlich das Krankenhaus Mechernich und das Krankenhaus Schleiden.

Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH ist durch Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 20. Januar 2011 aktuell mit 105 Betten in den Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Von den 105 Betten sind 48 Betten der Chirurgie und 57 Betten der Inneren Medizin zugeordnet.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hält an der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH einen Anteil am Stammkapital in Höhe von 93,99 %; dies entspricht einem Betrag von 5.361 TEUR. Die verbleibenden 6,01 % oder 343 TEUR des Stammkapitals der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält die Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn. Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatriischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülpich) an. Seit April 2008 betreibt die Gesellschaft zudem das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Kreiskrankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Dermatologie und Chirurgie. Im Rahmen einer Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums zum 01. April 2013 ist ein orthopädischer Versorgungsbereich in das MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich überführt worden. Weiterhin ist im Jahre 2013 eine gynäkologische Praxis käuflich erworben worden; diese hat zum 01. Oktober 2014 den Betrieb in einer Zweigpraxis ca. 250 m von der Hauptpraxis aufgenommen. Während in der Hauptpraxis seitdem die Versorgungsbereiche Innere Medizin, Chirurgie und Orthopädie vorgehalten werden, sind in der Zweigpraxis die Dermatologie und die Gynäkologie angesiedelt. Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH. Deren Stammkapital beträgt 27,6 TEUR. Die Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co.KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloss Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt. Mit Wirkung 01. Januar 2015 ist am 22. Dezember 2014 eine Gesamtprokuristin (Vertretungsberechtigung gemeinsam mit einem Geschäftsführer) bestellt worden.

An der Liebfrauenhof Schleiden GmbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 am Stammkapital von 100 TEUR einen Geschäftsanteil von 51 %. Die übrigen 49 TEUR des Stammkapitals werden vom Familienpflege der Franziskusschwestern e. V., Essen, gehalten. Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH betreibt zwei Altenpflegeheime, nämlich den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatriischen Zentrums in Zülpich mit 61 Plätzen. Durch notariellen Vertrag vom 09. Dezember 2003 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Zusammenhang mit der Übernahme des Geschäftsanteils der St. Antonius

Betreiber-gesellschaft Schleiden mbH an der Liebfrauenhof Schleiden GmbH auch deren Verlustausgleichsverpflichtung übernommen. Diese besagt, dass die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verpflichtet ist, die Verluste der Liebfrauenhof Schleiden GmbH, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 250 TEUR auszugleichen. Mit Wirkung 01. Januar 2015 ist am 22. Dezember 2014 ein Gesamtprokurist (Vertretungsberechtigung gemeinsam mit einem Geschäftsführer) bestellt worden. Mit notariellem Vertrag vom 22. Dezember 2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH den bis dahin von dem Familienpflege der Franziskusschwestern e. V., Essen, gehaltenen Geschäftsanteil in Höhe von 49 TEUR mit Wirkung 01. Januar 2015 übernommen. Ab dem 01. Januar 2015 ist damit das Stammkapital zu 100 % bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH angesiedelt. Infolge der Übernahme des gesamten Stammkapitals durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat die Liebfrauenhof Schleiden GmbH mit Wirkung ab dem 01. Januar 2015 ihre „Kirchlichkeit“ verloren. Ab diesem Zeitpunkt ist die Gesellschaft nunmehr ein kommunales Unternehmen.

An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von 25,05 TEUR hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 50,9 % (12,75 TEUR). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile in einer Größenordnung von jeweils 6,15 TEUR. Die VIVANT gGmbH betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülpich, Weilerswist und Schleiden sowie Tagespflegeeinrichtungen in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich (seit 2010), in Verbindung zum Liebfrauenhof in Schleiden (seit 2012) und auf dem Gelände des Geriatriischen Zentrums in Zülpich (seit 2013).

Bei der im Jahre 2008 neu strukturierten AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH nach der Neuordnung das Stammkapital von 25 TEUR zu 100 % in ihrem Besitz. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Wohlfahrtspflege. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich und durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) an der Olefmündung in Gemünd mit den Versorgungsbereichen Allgemeinmedizin und Frauenheilkunde erfüllt. Zum 01. Juli 2014 hat es im MVZ einen Wechsel in der ärztlichen Zuständigkeit für den Versorgungsbereich Allgemeinmedizin gegeben. Weiterhin ist durch Beschluss vom 22. Dezember 2014 mit Wirkung 01. Januar 2015 ein Gesamtprokurist (Vertretungsberechtigung gemeinsam mit einem Geschäftsführer) bestellt worden.

Das Stammkapital der im Jahre 2002 gegründeten KKM Servicegesellschaft mbH von 25 TEUR ist zu 100 % im Besitz der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH. Gegenstand dieser Gesellschaft ist die Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen. Serviceleistungen in dem Sinne sind Personalgestellung, Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung. Als 100 %ige Tochtergesell-

schaft der KKM Servicegesellschaft mbH ist mit notariellem Vertrag vom 15. März 2006 mit einem Stammkapital von 25 TEUR die KKM Gebäudedienste GmbH gegründet worden. Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach einem guten Start in das Jahr 2014 hat die deutsche Konjunktur im Laufe des Jahres einen Dämpfer erhalten. Nach Feststellungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2014/2015 dürften dafür sowohl geopolitische Risiken als auch ungünstige Entwicklungen im Euroraum maßgeblich sein. Dennoch hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahre 2014 positiv entwickelt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % erhöht und lag damit über dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre von 1,2 %. Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass sich die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung mit einer Zuwachsrate von 1,0 % im Jahr 2015 fortsetzt.

Die für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH relevante Situation sowie die maßgeblichen Rahmenbedingungen im **Gesundheitssektor** stellen sich für 2014 wie folgt dar:

Nach den vom Bundesministerium für Gesundheit im März 2015 veröffentlichten vorläufigen Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sind diese im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 % je Versicherten gestiegen. Der Ausgabenzuwachs für die Krankenhausbehandlung betrug im Vergleich zum Vorjahr 3,9 % je Versicherten und liegt damit trotz der für die bundesdeutschen Krankenhäuser eingeführten Finanzhilfen unter den durchschnittlichen Leistungsausgabensteigerungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Ausgaben der GKV für den Bereich Krankenhaus sind absolut um 3 Mrd. EUR gestiegen und trugen unter Berücksichtigung der Zuzahlung der Versicherten in 2014 insgesamt 68,55 Mrd. EUR. Trotz der Steigerung der Ausgaben für die Krankenhausbehandlung und damit einhergehend der Steigerung der Umsätze der bundesdeutschen Krankenhäuser hat fast die Hälfte der Krankenhäuser in 2014 ihr Planziel nicht erreicht. Nur noch 53 % schrieben nach der im April 2015 veröffentlichten Roland-Berger-Krankenhaus-Restrukturierungsstudie 2015 im Jahr 2014 schwarze Zahlen. 26 % der Krankenhäuser waren defizitär. Die Erwartungen für 2015 sind pessimistisch: Nur noch 46 % der bundesdeutschen Krankenhäuser rechnen in dem laufenden Jahr mit einem Überschuss. Nach der Roland-Berger-Studie steigt der Anteil der Kliniken, deren Liquidität als kritisch einzustufen ist, von 29 % im Jahr 2014 auf 36 % im Jahr 2015.

Die finanzielle Problematik der bundesdeutschen Krankenhäuser ist nicht nur auf eine unzureichende Finanzierung der Betriebskosten, sondern auch auf eine seit Jahren unzureichende Investitionsförderung durch die zuständigen Bundesländer zurückzuführen. Den Kliniken fehlen – mittlerweile auch von der Politik anerkannt – weiterhin jedes Jahr rund 3 Mrd. EUR; die von den Ländern bereitgestellten Investitionsmittel in Höhe von ca. 2,7 Mrd. EUR sind demnach bei weitem nicht ausreichend, notwendige Investitionen zu refinanzieren.

Eine zur Vorbereitung einer umfassenden Krankenhausreform eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat am 05. Dezember 2014 ein Eckpunktepapier vorgelegt, in dem die Leitlinien für den folgenden Gesetzgebungsprozess festgelegt sind. Einen Schwerpunkt der Reform soll die nachhaltige Sicherung des Qualitätsniveaus der medizinischen Versorgung in den Krankenhäusern bilden. Dazu soll unter anderem Qualität als ergänzendes Kriterium in der Krankenhausplanung der Länder gesetzlich verankert werden. Weitere Verbesserungen sollen mit der Einführung einer qualitätsorientierten Vergütung erreicht werden. Vorgesehen ist ein Modell, nach dem Krankenhäuser für außerordentlich gute Qualität mit finanziellen Zuschlägen bedacht werden sollen, während unzureichende Leistungen Abschläge nach sich ziehen. Um den Abbau bestehender Überkapazitäten entweder durch Schließung oder durch Umwidmung von Krankenhäusern in sogenannte nicht akutstationäre Versorgungseinrichtungen zu finanzieren, wollen Bund und Länder einen gemeinsamen Strukturfonds mit einem Gesamtvolumen bis zu 1 Mrd. EUR auflegen. Damit sich für Kliniken auch in strukturschwachen ländlichen Regionen die als erforderlich angesehene Versorgung rechnen lässt, sollen besondere Sicherstellungszuschläge für entsprechende Leistungsangebote gewährt werden. Damit die Krankenhäuser zusätzliches Personal für die „Pflege am Bett“ einstellen, wollen Bund und Länder im Rahmen eines Pflegestellenförderprogramms insgesamt 660 Mio. EUR – verteilt über einen Förderzeitraum von 3 Jahren – bereitstellen. Parallel dazu soll eine beim Bundesgesundheitsministerium angesiedelte Expertenkommission bis spätestens 2017 darüber entscheiden, ob der Pflegebedarf in den Kliniken im DRG-System oder über Zusatzentgelte entsprechend abgebildet werden kann oder gegebenenfalls alternative Vorschläge erarbeiten. Schließlich soll über entsprechende Instrumente die Zunahme der Leistungen in bundesdeutschen Krankenhäusern gedämpft werden.

Die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe werden derzeit intensiv diskutiert. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) kritisiert in einer ersten Stellungnahme vom 05. Dezember 2014, dass die von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorgelegten Eckpunkte eine breit gefächerte Sammlung von Maßnahmen mit Verbesserungs-, aber auch mit Verschlechterungs- und Belastungspotential darstelle. Den Verbesserungen zur Refinanzierung der Betriebskosten ständen die ungelöst bleibende Investitionsfinanzierung, überzogene Maßnahmen zur Leistungsmengendämpfung sowie die versorgungspolitisch höchst bedenklichen Qualitätsabschläge gegenüber. Für die beabsichtigten Vergütungsabsenkungen bei vermeintlich schlechten Behandlungserfolgen gäbe es weltweit keine Indikatoren, die eine

zweifelsfreie Bewertung der Behandlungsergebnisse ermögliche. Nach Auffassung der DKG führe ein solches Verfahren zur Risikoselektion und zu einer ethisch und sozial höchst fraglichen Ökonomisierung medizinischer Behandlungen. Der Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands e. V. sieht das Grundproblem in einem fehlenden Ordnungsrahmen für die bundesdeutschen Krankenhäuser. Der Gesetzgeber müsse sich irgendwann entscheiden, ob er ein Marktsystem oder ein Versorgungssystem präferiere. Nur so könnten die vielen widersprüchlichen Regelungen – wie sie auch in dem Eckpunktepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu finden sind - vermieden werden.

Mit Datum vom 28. April 2015 hat das Bundesministerium für Gesundheit einen Referentenentwurf für ein Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhaus-Strukturgesetz – KHSG) vorgelegt, mit dem die vorstehenden Eckpunkte umgesetzt werden.

Für den **Altenpflegesektor** ist Folgendes auszuführen:

Die Nachfrage nach Altenpflegeleistungen steigt aufgrund des demographischen Wandels ständig an. War im Jahr 2010 erst jeder 5. Bewohner in der Bundesrepublik Deutschland 65 Jahre und älter, steigt der Anteil der über 65-Jährigen gemäß koordinierter Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahre 2040 auf nahezu 33 %. Damit unter diesen sich ändernden Bedingungen auch in der Zukunft eine gute Versorgung pflegebedürftiger Menschen sichergestellt werden kann, sind erhebliche gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse zu bewältigen. Mit der Zielsetzung, die Pflegeversicherung zukunftssicher zu gestalten und die Situation der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zu verbessern, haben daher sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 verschiedene Gesetze und Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht. Die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Erbringung stationärer Altenpflegeleistungen waren hierdurch im Jahr 2014 allerdings kaum betroffen.

Positive Änderungen für stationäre Altenpflegeeinrichtungen werden insbesondere infolge des Fünften SGB XI-Änderungsgesetzes mit Wirkung ab dem 01. Januar 2015 resultieren. Danach wurde die Anzahl der Betreuungskräfte gemäß § 87 b SGB XI im Verhältnis zur Zahl der Bewohner/Bewohnerinnen von 1 zu 24 auf 1 zu 20 verbessert. Zugleich kommt die Betreuung nicht nur den an Demenz erkrankten Pflegebedürftigen, sondern allen Heimbewohnern zugute. Mit dem Pflegestärkungsgesetz I sollen letztendlich die Leistungen für ca. 2,6 Mio. Pflegebedürftige weiter verbessert werden. Das neue Gesetz umfasst die Erhöhungen der Pflegeleistungen um 4 % und begründet neue Ansprüche für Pflegebedürftige mit der Stufe 0, Anpassungen in der häuslichen und stationären Pflege und den Pflegevorsorgefonds. Mit dem Pflegestärkungsgesetz II beabsichtigt die Bundesregierung in einem nächsten Reformschritt einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umzusetzen. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit 5 Pflegegraden (bisher 3 Stufen) soll

individuellere Einstufungen und damit passgenauere Leistungen in der Pflege ermöglichen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Oktober 2014 ein Artikelgesetz erlassen, mit dem die rechtlichen Grundlagen des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) und des Alten- und Pflegegesetzes (APG) und in der Folge der zugehörigen Durch- und Ausführungsverordnungen neu gefasst werden. Kernpunkt der Reform sind Maßnahmen zur Vermeidung einer stationären Unterbringung von Pflegebedürftigen durch die Schaffung und Stärkung von alternativen Versorgungsformen (Wohnformen mit Pflege- und Unterstützungsangeboten, Betreuung im häuslichen Umfeld, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen). Mit dem Gesetz verbunden ist zudem eine Neuregelung der Investitionskostenfinanzierung für Altenpflegeeinrichtungen, die aufgrund aktueller BSG-Rechtssprechung erforderlich war.

Für das **Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** und den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** ist vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen Folgendes festzuhalten:

Im Jahre 2014 haben die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH umfassend die Grundlagen für die Umsetzung der Krankenhausstrukturen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Krankenhausplans 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Bereits im März 2014 sind den zuständigen Landesverbänden der Krankenkassen die wesentlichen Unterlagen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH zugeleitet worden. In einer regionalen Planungskonferenz am 19. Februar 2015 sind für den Kreis Euskirchen einvernehmliche Regelungen zwischen den beteiligten Krankenhäusern und den Landesverbänden der Krankenkassen zur Umsetzung des Krankenhausplans 2015 abgeleitet und beschlossen worden. Danach verfügt das Kreiskrankenhaus Mechernich in Zukunft statt über 413 nunmehr über 418 Betten. Für das St. Antonius Krankenhaus in Schleiden konnte die Etablierung von 15 geriatrischen Betten im Rahmen einer Dependancelösung mit der Klinik für Geriatrie in Mechernich erreicht werden. Die Gesamtplanbettenzahl von 105 blieb unverändert. Die Ergebnisse der regionalen Planungskonferenz vom 19. Februar 2015 sind der Bezirksregierung Köln zur Abstimmung und zur Einleitung der weiteren Verfahrensschritte nach den Regelungen des Krankenhausgestaltungsgesetzes NRW zugeleitet worden. Es ist davon auszugehen, dass die entsprechenden Feststellungsbescheide noch im Jahre 2015 ausgestellt werden.

Darüber hinaus hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Jahre 2014 die Voraussetzungen für die Erweiterung des Versorgungsauftrages „Kardiologie“ über die Einrichtung eines 24-Stunden-Betriebs am Linksherzkathetermeßplatz geschaffen. Die 24-stündige Bereitschaft am Linksherzkathetermeßplatz ist Anfang April 2015 umgesetzt worden.

Im Laufe des Jahres 2014 sind die Zertifizierungsverfahren des Kreiskrankenhauses Mechernich auf der Grundlage der DIN-ISO-Vorgaben sowie der Klinik für Orthopädie als Endoprothetikzentrum der Maximalversorgung, der Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie als Hernienzentrum und der Medizinischen Klinik 2 (Kardiologie) als Hypertonie-Zentrum DHL erfolgreich abgeschlossen worden. Im April 2015 ist das Überwachungsaudit für die DIN-ISO-Zertifizierung ebenfalls positiv durchgeführt worden. Im Jahre 2015 gilt es, die Zertifizierung als Gefäßzentrum abzuschließen. Darüber hinaus ist nach Erreichen der erforderlichen Behandlungszahlen die Zertifizierung als Darmkrebszentrum weiter zu verfolgen.

Mit der Übernahme des St. Antonius Krankenhauses Schleiden zum 01. Januar 2014 und der bis zum 31. Dezember 2015 vorzunehmenden Integration des Krankenhausbetriebes in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung des Einzugsgebietes der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bis nach Rheinland-Pfalz und bis zur Landesgrenze Belgien geschaffen worden.

Zur weiteren Absicherung der Patientenzahlen für die Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe ist bereits im Jahre 2013 eine weitere gynäkologische Praxis erworben worden; diese Praxis ist zum 01. Oktober 2014 in die Nutzung überführt worden. Damit verfügt der Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH neben dem bereits seit mehreren Jahren betriebenen gynäkologischen Versorgungsbereich im Medizinischen Versorgungszentrum an der Olefmündung in Gemünd über eine weitere gynäkologische Praxis am Standort Mechernich.

b) Geschäftsverlauf

Im Mutterunternehmen **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat die Zahl der in den Fachabteilungen behandelten Fälle (S4-Statistik) von 18.694 in 2013 auf 19.260 in 2014 zugenommen (+ 566; + 3,0 %). Der Case-Mix-Index, d. h. die Fallschwere ist von 1,022 in 2013 auf 1,006 in 2014 zurückgegangen (./ 0,016; ./ 1,6 %); durch den Rückgang beim Case-Mix-Index ist die Zahl der Case-Mix-Punkte nicht so stark gestiegen wie die Fallzahl, nämlich von 18.312 Case-Mix-Punkten in 2013 auf 18.655 Case-Mix-Punkte in 2014 (+ 343; + 1,9 %). Die mit den Kostenträgern in den Entgeltverhandlungen für 2014 vereinbarten Case-Mix-Punkte (18.354 Punkte) konnten damit deutlich übertroffen werden. Größere Fallzahlsteigerungen haben insbesondere die Klinik für Chirurgie (+ 216; + 9,7 %), die Klinik für Unfallchirurgie (+ 158; + 9,0 %), die Klinik für Orthopädie (+ 72, + 4,7 %) sowie die Kliniken für Kinder- und Jugendmedizin (+ 66; + 3,1%) und für Urologie (+ 61; + 3,1 %) zu verzeichnen. Die Ergebnisse der übrigen Kliniken bewegen sich in etwa auf Vorjahresniveau.

In der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** wurden im Jahre 2014 insgesamt 4.555 Patienten in den Fachabteilungen behandelt und damit das Vorjahresergebnis von 4.503 leicht übertroffen. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum waren Fallzahlsteigerungen in den Kliniken für Unfallchirurgie (+ 71; + 11,3 %), für Fußchirurgie (+ 19; + 5,7 %) sowie für Schmerztherapie (+ 16; + 4,9 %) zu verzeichnen. Während die Fallzahl verglichen mit dem Vorjahr noch um 1,15 % gestiegen ist, sind die Case-Mix-Punkte mit 4.109 Punkten aufgrund eines leicht rückläufigen Case-Mix-Index (\cdot 0,012; \cdot 1,3 %) verglichen mit dem Vorjahr (4.159 Punkte) leicht gesunken. Insbesondere die Viszeralchirurgie hat aufgrund eines Rückgangs beim Case-Mix-Index einen deutlichen Rückgang bei den Case-Mix-Punkten von 752 im Jahr 2013 auf 649 in 2014 zu verzeichnen (\cdot 103 Case-Mix-Punkte, \cdot 13,7 %). Insgesamt wurde der mit den Kostenträgern in der Entgeltvereinbarung für 2014 vereinbarte Planwert von 4.260 Case-Mix-Punkten um 151 Case-Mix-Punkte unterschritten.

In der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** konnte die Inanspruchnahme der Geriatrischen Rehabilitation in 2014 mit durchschnittlich 43,6 Betten gegenüber 43,1 im Vorjahr nochmals gesteigert werden. Die am Standort Zülpich solitär betriebene Kurzzeitpflegeeinrichtung mit insgesamt 13 Plätzen konnte mit durchschnittlich 8,7 Plätzen auf dem Vorjahresniveau (8,8 Plätze) gehalten werden.

Die Gesamtbelegung in der Dauerpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich lag bei 65,0 Plätzen (100,0 %) gegenüber 64,7 Plätzen im Vorjahr. Von den darin enthaltenen 22 Pflegeplätzen für geistig Behinderte waren insgesamt 21,5 Plätze (97,7%) und damit 0,2 Plätze mehr als im Vorjahr ausgelastet.

Von den insgesamt 66 betreuten Seniorenwohnungen waren in 2014 durchschnittlich 62,4 Wohnungen (94,5 %) belegt, damit liegt der Auslastungsgrad um 2,5 %-Punkte über dem Vorjahreswert.

Die Belegung bei den von der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** getragenen Altenpflegeheimen stellte sich in 2014 wie folgt dar: Die Inanspruchnahme des Liebfrauenhofes in Schleiden lag in 2014 bei 103,0 Plätzen (Vorjahr: 103,2 Plätze) und damit auf dem Niveau der durchschnittlichen Auslastung des Vorjahres. Das Brabenderstift in Zülpich war bei 61 Sollplätzen im Durchschnitt des Jahres 2014 mit 60,3 Plätzen und somit um 0,4 Plätze oberhalb der durchschnittlichen Auslastung 2013 (59,6 Plätze) belegt. Beide Pflegeheime konnten im Jahre 2014 die den Entgeltkalkulationen zugrunde zu legenden Soll-Auslastungsgrade von 98 % erreichen bzw. sogar überschreiten.

Der Geschäftsverlauf der **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ist auch im Jahre 2014 weiterhin positiv. Wie bereits in den vergangenen Jahren, konnte auch im Berichtsjahr die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle aller Sozialstation gegenüber dem Vorjahr nochmals um ca. 200 erhöht werden. Bei einem leichten Leistungsrückgang im Bereich der SGB XI-Leistungen resultiert die gestiegene Leistungsnachfrage allerdings vollständig aus einem Anstieg der

Abrechnungsfälle im SGB V-Bereich. Zur Steigerung der Abrechnungsfälle trugen insbesondere die Sozialstationen Zülpich, Mechernich und Schleiden bei. Der Leistungsanstieg in der Sozialstation Schleiden ist u. a. im Zusammenhang des Umzugs der Sozialstation aus ihren ehemaligen Räumlichkeiten in Hellenthal-Blumenthal in das St. Antonius Krankenhaus Schleiden zu sehen. Durch die neue räumliche Lage der Sozialstation können mehr Pflegebedürftige bzw. deren Angehörige erreicht werden. Die Auslastung aller drei Tagespflegeeinrichtungen betrug im Berichtsjahr 55 % (19,2 Plätze) und konnte damit gegenüber dem Vorjahr um 17,3 %-Punkte oder 5,2 belegte Plätze erhöht werden. Die Inanspruchnahme der Tagespflege im Barbarahof lag bei 92,9 % (Vorjahr: 82,5 %), der im Liebfrauenhof Schleiden bei 25,2 % (Vorjahr: 12,5 %) und der Tagespflegeeinrichtung im Geriatrischen Zentrum Zülpich bei 46,1 % (Vorjahr: 25,4 %).

Im von der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** getragenen Ambulanten OP-Zentrum Zülpich war die Leistungsentwicklung im Jahre 2014 nochmals rückläufig. Die Zahl der im Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich operierten Patienten hat sich von 1.345 im Jahre 2013 auf 1.300 (./ 3.3 %) im Jahre 2014 reduziert. Leistungsrückgängen der Kliniken für Handchirurgie des Kreiskrankenhauses Mechernich, für Unfallchirurgie und für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie stand die zusätzliche Inanspruchnahme des AOPZ durch die Klinik für Handchirurgie des St. Antonius Krankenhauses Schleiden gegenüber, die dort seit Ende Oktober 2014 Leistungen erbringt. Trotz weiterhin bestehender Anlaufverluste des Medizinischen Versorgungszentrums an der Olefmündung in Gemünd, die unter anderem auf Abschreibungsaufwendungen für die immateriellen Vermögenswerte (Praxiswerte) zurückzuführen sind, konnte die AmbuMed im Jahre 2014 insgesamt ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 11 erzielen.

Die Konzernunternehmen **KKM Servicegesellschaft mbH** (Einkauf und Zentrallager) sowie **KKM Gebäudedienste GmbH** (Unterhaltsreinigung) erbringen Leistungen für das Mutterunternehmen Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzerngesellschaften. Die Leistungserbringung beider Gesellschaften beruht auf Kostenerstattungsvereinbarung mit dem Konzernunternehmen.

c) Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die **Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH** hat im Jahre 2014 ein Jahresergebnis von 1.428 TEUR erwirtschaftet (Vorjahr: 1.467 TEUR). Bei dem Jahresergebnis ist ein Zuschuss, den die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH mit Wirkung 31. Dezember 2014 in Höhe von 500 TEUR gewährt hat, bereits berücksichtigt. Der Zuschuss soll zur Tilgung konzerninterner, über das Cashmanagement im Konzern Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH gewährter Darlehen eingesetzt werden. Weiterhin sind in dem Ergebnis Verlustüber-

nahmen für die Tochtergesellschaften (insgesamt 118 TEUR für das von der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH getragene Medizinische Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich und für das von der AmbuMed getragene Medizinische Versorgungszentrum in Gemünd) sowie die Mietreduzierung für den Liebfrauenhof in Schleiden mit 189 TEUR enthalten. Das positive Jahresergebnis der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist vorrangig auf die vorstehend dargestellte positive Leistungsentwicklung im Jahre 2014 zurückzuführen. Daneben wurde das Ergebnis auch durch periodenfremde Erträge insbesondere aus Spitzabrechnungen von Erlösausgleichen nach dem Krankenhausentgeltgesetz für frühere Jahre und aufgrund von Nachzahlungen der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO) für Notfallambulanzleistungen (insgesamt 399 TEUR) positiv beeinflusst.

Für die **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** resultiert nach einem negativen Ergebnis im Jahre 2013 von 1.097 TEUR für das Jahr 2014 ein Jahresfehlbetrag von 535 TEUR. Leicht reduzierten Erlösen aus Krankenhausleistungen – die Erlöse sanken um 35 TEUR (./ 0,27 %) auf 12.985 TEUR – stand ein Rückgang der Personalkosten von 27 TEUR (./ 0,24 %) gegenüber. Die erhebliche Abnahme des Jahresfehlbetrages ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Ergebnisbelastungen aus Rückstellungsbildung in Höhe von insgesamt 571 TEUR, die im Jahre 2013 erstmals durchgeführt worden, im Berichtsjahr entfallen sind. Allerdings war die Ertragslage 2014 infolge von Straßenbauarbeiten einmalig durch Aufwendungen für auf eigenem Grund durchzuführende Kanal- und Leitungssanierungsmaßnahmen (256 TEUR) belastet. Ertragserhöhend wirkte sich ein positiver Saldo periodenfremder Aufwendungen und periodenfremder Erträge in Höhe von 268 TEUR aus.

Durch die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Jahresüberschuss in Höhe von 459 TEUR nach einem Vorjahresüberschuss in Höhe von 729 TEUR erwirtschaftet. Beide Jahresergebnisse sind maßgeblich durch Unterstützungsleistungen der Mehrheitsgesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Höhe von 500 TEUR im Jahr 2014 bzw. 750 TEUR im Vorjahr beeinflusst. Das Jahresergebnis 2014 ohne den Ertrag aus dem Zuschuss der Mehrheitsgesellschafterin zur Darlehenstilgung beträgt ./ 41 TEUR (Vorjahr ./ 21 TEUR). Positive Jahresergebnisse konnten mit dem Betrieb des Altenpflegeheims Barbarahof und in den übrigen Leistungsbereichen (Rehabilitation, Betreutes Altenwohnen, Vermietungen) erreicht werden. Aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums resultierte im Geschäftsjahr 2014 wiederum ein Jahresfehlbetrag. Negativ beeinflusst wurde das Jahresergebnis des MVZ durch die mit der Inbetriebnahme des gynäkologischen Leistungsbereichs zum 01.10.2014 verbundenen Anlaufverluste. Weiterhin wirkten sich Einmalkosten im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Zweigpraxis am Standort ‚Im Distelchen 1‘ und dem Umbau der Hauptpraxis am Standort ‚Stiftsweg 17‘ negativ auf das Ergebnis aus.

Die Einrichtungen der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** haben im Jahre 2014 einen Jahresüberschuss von 286 TEUR im Vergleich zu 182 TEUR im Vorjahr erwirtschaftet. Davon entfällt auf das Brabenderstift in Zülpich ein Überschuss von 14 TEUR (Vorjahr: ./ 2 TEUR) und auf die Altenpflegeeinrichtungen im und am Schloss Schleiden ein Überschuss von 272 TEUR (Vorjahr: + 184 TEUR). Ursächlich für den Überschuss im Liebfrauenhof in Schleiden ist – wie bereits in den Vorjahren – ein positives Ergebnis im Investitionskostenbereich. Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat auch im Jahre 2014 eine Mietreduzierung für die Räumlichkeiten des Altenpflegeheims in Schleiden mit einem Entlastungsbetrag von 189 TEUR gewährt.

Die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** hat im Jahre 2014 einen Jahresüberschuss von 330 TEUR (Vorjahr: + 205 TEUR) erwirtschaftet. Die Sozialstationen in Mechernich, Zülpich und Weilerswist erzielten wie bereits in den Vorjahren wiederum positive und gegenüber dem Vorjahr verbesserte Jahresergebnisse. Die Sozialstation Schleiden schloss dagegen erwartungsgemäß mit einem Jahresfehlbetrag ab; für die Tagespflegeeinrichtungen in Mechernich, Zülpich und Schleiden resultiert – wie in den Vorjahren – insgesamt noch ein Jahresfehlbetrag, der aufgrund der gestiegenen Auslastungssituation mit ca. ./ 20 TEUR aber deutlich unterhalb des Vorjahresfehlbetrages liegt.

Die **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** hat im Jahre 2014 einen Jahresüberschuss von 11 TEUR nach einem Vorjahresüberschuss in Höhe von 296 TEUR erwirtschaftet. Das Vorjahresergebnis war maßgeblich durch einen Darlehenserlass der Mehrheitsgesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Höhe von 250 TEUR beeinflusst. Das positive Jahresergebnis in 2014 von 11 TEUR entfällt vollständig auf den Betrieb des Ambulanten OP-Zentrums in Zülpich, da die Verluste des MVZ an der Olefmündung in Gemünd auch im Jahre 2014 durch die Alleingesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich ausgeglichen wurden.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergebnisse ein Konzerngewinn in Höhe von 1.701 TEUR nach 2.657 TEUR in 2013 erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2014 Gewinnanteile in Höhe von 423 TEUR zugewiesen. Hiervon entfallen 129 TEUR auf Fremdgesellschaftern zuzuordnende Ergebnisanteile aus der Erstkonsolidierung der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH zum 01.01.2014 und 294 TEUR auf Gewinnanteile aus dem Geschäftsjahr 2014.

Die Gesamtleistung des Konzerns konnte in 2014 um 17.873 TEUR (+21,9%) deutlich gesteigert werden. Auf den Gesamtanstieg entfällt ein Anteil von 14.452 TEUR auf das St. Antonius Krankenhaus, dessen Erträge im Rahmen der Vollkonsolidierung erstmals in den Konzernabschluss einzubeziehen waren. Der weitere Anstieg der Gesamtleistung in Höhe von 3.421 TEUR ist mit 2.248 TEUR (+3,9%) auf den

Bereich der stationären und der ambulanten Krankenhausleistungen und mit 910 TEUR (+5,5%) auf die Bereiche der Altenpflege, der betreuten Seniorenwohnungen und der Geriatrischen Rehabilitation zurückzuführen.

Mit 13.889 TEUR (+27,0%) lag der prozentuale Anstieg der Personalaufwendungen deutlich oberhalb des Anstiegs der Gesamtleistung. Ohne den auf die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH entfallenden Personalkostenanteil (10.708 TEUR) erhöhten sich die Personalaufwendungen um 3.181 TEUR (6,2%). Neben tariflichen Kostensteigerungen wirkten sich hier insbesondere auch leistungsbezogene Erhöhungen der Mitarbeiterzahl aus. In den Krankenhäusern konnten tarifliche Personalkostensteigerungen wiederum nicht über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen vollständig refinanziert werden. Maßgeblich für die rückläufige Ergebnisentwicklung ist insbesondere der in der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH erzielte Jahresfehlbetrag in Höhe von 535 TEUR, der unter Herausrechnung der Ergebnisanteile fremder Gesellschafter den Konzerngewinn mit 499 TEUR belastet. Zur Abnahme des Jahresergebnisses trug des Weiteren die Verschlechterung des Finanzergebnisses um 193 TEUR (-24,9%) bei, die zum einen auf sinkende Zinseinnahmen (- 150 TEUR) und zum anderen auf steigende Zinsaufwendungen (+ 43 TEUR) insbesondere infolge von Darlehensaufnahmen zur Finanzierung von Baumaßnahmen zurückzuführen ist.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des **Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH** hat sich durch den Konzerngewinn und infolge der erstmaligen Einbeziehung der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH in den Konzernabschluss weiter verbessert. Das Eigenkapital hat sich insgesamt um 3.482 TEUR (+13,3%) erhöht. Von dem Gesamtanstieg entfällt ein Betrag in Höhe von 1.701 TEUR auf den Konzerngewinn und ein Betrag von 423 TEUR auf Fremden Gesellschaftern zugewiesenen Gewinnanteile. 1.358 TEUR führen als Passivischer Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH zu einem weiteren Anstieg des Eigenkapitals, dass nunmehr zum Bilanzstichtag TEUR 29.722 beträgt. Davon entfällt ein Anteil von 25.007 TEUR (84,1%) auf die Konzernmutter. Insbesondere aufgrund der Erstkonsolidierung der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH steigt die Bilanzsumme um 13.914 TEUR (+14,3%) auf 97.255 TEUR. In der Folge sinkt die Eigenkapitalquote trotz der nominalen Erhöhung um 3.482 TEUR von 31,5% zum Vorjahresbilanzstichtag auf 30,6%.

Die Erhöhung der Konzern-Bilanzsumme ist neben der erstmaligen Einbeziehung der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH auch auf einen Anstieg in der Bilanz des Mutterunternehmens (+ 4.623 TEUR; +6,7%) zurückzuführen. Der Finanzmittelfonds der Muttergesellschaft erhöhte sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag um 4.764 TEUR auf 8.722 TEUR. Wesentliche Ursachen dieser Entwicklung ist zum einen die Auszahlung eines Darlehens zur Finanzierung

der Baumaßnahme Zentralsterilisation in Höhe von 4.000 TEUR. Die Mittel waren zum Bilanzstichtag lediglich mit einem Anteil von 1.177 TEUR verwendet worden. Zum anderen wirkte sich eine zum Bilanzstichtag zügigere Begleichung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch die Gesetzlichen Krankenversicherungen positiv aus. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag per 31.12.2014 um 1.306 TEUR (-16%). Infolge fortgesetzter Bautätigkeit erhöhte sich das Anlagevermögen der Muttergesellschaft um 1.209 TEUR. Der Wert resultiert als Saldo der Investitionen 2014 in Höhe von 5.348 TEUR, der Abschreibungsaufwendungen in Höhe von 4.073 TEUR sowie der Abgänge von Sachanlagen (66 TEUR).

Entsprechend der Entwicklungen in der Bilanz der Muttergesellschaft und unter Herausrechnung des erstmalig für die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH einzubeziehenden Betrages in Höhe von 1.995 TEUR nehmen auch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen des Konzerns deutlich ab. Auf der Passivseite ist neben dem gestiegenen Eigenkapital (3.482 TEUR) und den Sondereffekten aus der erstmaligen Vollkonsolidierung des Jahresabschlusses der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH insbesondere die Zunahme der Darlehensverbindlichkeiten (3.709 TEUR) zu nennen. Darlehensaufnahmen zur Finanzierung von Baumaßnahmen in Höhe von 4.570 TEUR und dem Zugang der Darlehensverbindlichkeiten der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH mit Wirkung zum 01.01.2014 in Höhe von 1.125 TEUR standen dabei planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von 1.986 TEUR gegenüber. Zum Anstieg der Rückstellungen (+ 1.372 TEUR) trug neben dem Effekt aus der erstmaligen Einbeziehung der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH (+ 988 TEUR) insbesondere die Erhöhung der Werte für Abrechnungsrisiken (MDK-Verfahren), aus Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern insbesondere aus zukünftigen Zahlungen für tarifliche Leistungsentgelte und Jubiläumszuwendungen sowie aus Rückstellungen für ausstehende Rechnungen für durchgeführte, aber noch nicht abgerechnete Bautätigkeiten.

Der Finanzmittelbestand des Konzerns betrug zum Bilanzstichtag 11.078 TEUR (31.12.2013: 4.524 TEUR). Von dem Anstieg entfallen 1.454 TEUR auf die erstmalige Einbeziehung der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH im Rahmen der Vollkonsolidierung. Dem Finanzmittelbestand stehen für laufende bzw. beschlossene Baumaßnahmen entsprechende Bau- bzw. krankenhausfinanzierungsrechtliche Ausgabeverpflichtungen im Volumen von 6.600 TEUR gegenüber. Im Vergleich zum Vorjahr wurden sowohl im Mutterunternehmen wie auch im Konzern wiederum deutliche Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit erzielt. Diese wurden eingesetzt, um den Mittelbedarf für die Finanzierung der Investitionen in das Anlagevermögen zu finanzieren. Zusätzlich zur Finanzierung der Investitionstätigkeit erforderliche Mittel wurden dem Finanzmittelfonds zugeführt.

Die Ertrags- und Ergebnissituation und auch die Vermögens- und Finanzlage des Mutterunternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als sehr stabil zu bezeichnen. Die Liquidität der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

Investitionen

Im Mutterunternehmen **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** sind im Jahre 2014 folgende Baumaßnahmen fertiggestellt, begonnen, weitergeführt sowie beschlossen worden:

- Die Errichtung einer weiteren Wahlleistungsstation mit insgesamt 18 Betten (10 Einzelzimmer, 4 Zweibettzimmer) für den internistischen Bereich mit einem Kostenvolumen von 1.750 TEUR ist im Wesentlichen im Dezember 2014 abgeschlossen worden; der als Station Elisabeth bezeichnete Bereich ist in den ersten Januartagen 2015 in die Nutzung überführt worden.
- Die Baumaßnahme „Neugestaltung und Erweiterung der Eingangshalle“ mit einem Kostenvolumen von 1.417 TEUR konnte ebenfalls Ende 2014 abgeschlossen werden. Zum gleichen Termin wurde die Neugestaltung des am Haupteingang gelegenen großen Konferenzzimmers mit einem Kostenvolumen von 110 TEUR fertiggestellt. Die Neugestaltung der Außenanlagen vor der Eingangshalle soll im Mai 2015 fortgeführt und im Herbst des Jahres 2015 abgeschlossen werden; hierfür ist ein maximales Kostenvolumen von 480 TEUR angesetzt. Die letzte Teilmaßnahme bei dem Umbau von 40 Patientenbädern soll Ende April/Anfang Mai 2015 abgeschlossen werden. Für diese Teilmaßnahme ist ein Kostenvolumen von 240 TEUR geplant.
- Die Bautätigkeiten zu der im Jahre 2013 beschlossenen Errichtung einer neuen Zentralsterilisation für alle Einrichtungen des Unternehmensverbundes Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind im Jahre 2014 planmäßig verlaufen. Die mit einem Kostenvolumen von 4.030 TEUR geplante Baumaßnahme soll nach aktuellen Überlegungen im Juni 2015 abgeschlossen werden. Im Juli 2015 soll zunächst der Betrieb für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH aufgenommen werden, während die anderen Einrichtungen im August 2015 folgen sollen.

Für die **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** sind in 2014 folgende Baumaßnahmen beschlossen worden:

- Neugestaltung des Erdgeschosses mit einem Gesamtkostenvolumen von 3,28 Mio. €.

- Errichtung einer interdisziplinären Wahlleistungsstation im 3. OG des Krankenhauses mit 11 Betten und einem Kostenvolumen von 930 TEUR.
- Erweiterung der Parkplätze vor dem Krankenhaus von 65 auf 111 über ein Parkdeck sowie die Neugestaltung des ebenerdigen vorhandenen Parkplatzes mit einem Gesamtkostenvolumen von 827 TEUR.

Während die beiden letzten Maßnahmen bis Ende 2015 abgeschlossen sein sollen, wird sich die Neugestaltung des Erdgeschosses unter Berücksichtigung der Umsetzung der Baumaßnahme im laufenden Betrieb des Krankenhauses über einen Zeitraum von mehreren Jahren realisieren. Mit der Baumaßnahme „Erneuerung der Brandmeldeanlage“ - mit einem Kostenvolumen von 235 TEUR - ist bereits im Jahr 2014 begonnen worden; die Baumaßnahme soll bis Mitte 2015 abgeschlossen werden. Gleichfalls ist die Erweiterung der Endoskopie mit einem Kostenvolumen von 125 TEUR im Jahre 2014 begonnen worden; die Maßnahme ist im April 2015 abgeschlossen worden.

In der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** ist im Jahre 2014 die Baumaßnahme zur Erweiterung von vermieteten Räumlichkeiten für den Betrieb einer Physiotherapiepraxis mit einem Kostenvolumen von 113 TEUR in der ersten Jahreshälfte 2014 abgeschlossen worden. Die mit dem Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH kooperierende Logopädiepraxis wird ab dem Jahre 2015 auf dem Gelände des Geriatrischen Zentrums in Zülpich eine Schule für Logopädie betreiben. Hierzu wurde mit Datum vom 24. April 2014 ein langfristiger Mietvertrag mit der Logopädiepraxis abgeschlossen. Die Schulräume werden in einem bisher nicht genutzten Gebäudeteil des ehemaligen Krankenhausgebäudes an der Kölnstraße eingerichtet. Die von der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH zu tragenden Baukosten in Höhe von 570 TEUR werden über ein Darlehen finanziert. Mit der Baumaßnahme ist Mitte 2014 begonnen worden; sie soll bis spätestens Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

Personal- und Sachkostenbereich

In 2014 wurden konzernweit 1.569 Mitarbeiter in den Dienstarten ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 73,6 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Dienstarten.

3. Nachtragsbericht

Im Rahmen einer regionalen Planungskonferenz am 19. Februar 2015 wurde zur Umsetzung des Krankenhausplans 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen für die Krankenhäuser des Kreises Euskirchen ein geeinigtes Konzept zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und dem Verband der Ersatzkassen in Nordrhein auf der einen Seite und den Krankenhäusern auf der anderen Seite abgestimmt. Die Bettenzahl der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH wurde dabei von 413 auf 418 Betten erhöht, für die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH bleibt es bei dem Ausweis von 105 Planbetten. Für das St. Antonius Krankenhaus in Schleiden ist bei Beibehaltung der Gesamtbettenzahl von 105 der Ausweis von 15 geriatrischen Betten erreicht worden. Die 15 geriatrischen Betten werden im Rahmen einer Dependence-lösung von der Klinik für Geriatrie des Kreiskrankenhauses Mechernich mit betrieben. Die Umsetzung soll zum 01. Januar 2016 erfolgen. Das am 19. Februar 2015 geeinigte Planungskonzept liegt aktuell der Bezirksregierung Köln sowie dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen zur Prüfung und Einleitung der weiteren Verfahrensschritte vor.

Mit Wirkung 01. Januar 2015 ist der Familienpflege der Franziskusschwestern e. V., Essen, wunschgemäß aus der Liebfrauenhof Schleiden GmbH ausgeschieden und hat seinen Geschäftsanteil (49 %) zum Nennwert auf die bisherige Mehrheitsgesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen. Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hält damit nunmehr 100 % der Gesellschaftsanteile. Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH wurde in der Folge ab dem 01. Januar 2015 eine kommunale Gesellschaft. Zum gleichen Zeitpunkt wurde der Gesellschaftsvertrag der Liebfrauenhof Schleiden GmbH neu gefasst.

In der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin hat die Chefarztin für Neuropädiatrie, Frau Dr. Stephanie Zippel, mit Wirkung 31. März 2015 ihre Tätigkeit beendet. Mit Wirkung 01. Mai 2015 ist mit Herrn Wael Shabanah ein neuer Chefarzt bestellt worden. Herr Shabanah verfügt über die Schwerpunktbezeichnung „Kinderkardiologie“ sowie die Zusatzqualifikation „Diabetologie“. Er wird die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin im Kollegialsystem mit dem weiterhin tätigen Chefarzt Dr. Herbert Schade führen.

Im März 2015 hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH der Errichtung einer neuen Liegendkrankenfahrt am Krankenhaus Mechernich mit einem voraussichtlichen Kostenvolumen von 320 TEUR zugestimmt. Die vorhandene Liegendkrankenfahrt entspricht mit ihren jetzigen Abmessungen nicht mehr den Anforderungen der neuen Rettungswagen, welche in Länge, Breite und Höhe deutlich größer geworden sind.

Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH hat entschieden, das im Wesentlichen von der Lebenshilfe Zülpich-Bürvenich genutzte ehemalige Personalwohnheim zu

veräußern. Es wird angestrebt, den Verkauf des Personalwohnheims im Laufe des Jahres 2015 umzusetzen.

Im Rahmen von Aufgabenneuorganisationen ist Herr Hermann Gemke in der KKM Servicegesellschaft mbH mit Wirkung 31. Januar 2015 als Geschäftsführer der Gesellschaft abberufen worden. Zum 01. Februar 2015 ist der Leiter des Zentraleinkaufs der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Herr Lothar Jentges, zum weiteren gesamtvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt worden. Mit Wirkung 31. Dezember 2014 ist Herr Dr. Hans Rossels als Geschäftsführer der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH abberufen worden; zum 01. Januar 2015 ist Herr Hermann Gemke neben Herrn Joachim Stiller zum weiteren einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH bestellt worden.

4. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

a) Risikobericht

Die branchenbezogenen Risiken der Krankenhausbranche und des Altenpflege-sektors sind grundlegend in Kapitel 2. a) dargestellt worden.

Über die in der regionalen Planungskonferenz für die Krankenhäuser im Kreis Euskirchen am 19. Februar 2015 erreichte Erweiterung der Gesamtbettenzahl des Krankenhauses Mechernich und des Krankenhauses Schleiden von 518 auf 523 Betten sowie die Zuordnung von 15 geriatrischen Betten in das St. Antonius Krankenhaus Schleiden sind beide Krankenhausstandorte krankenhaushausplanerisch für die weitere Zukunft als gesichert anzusehen.

Unter Berücksichtigung der weiterhin zunehmenden Leistungsanspruchnahme des Kreiskrankenhauses Mechernich werden für das Krankenhaus Mechernich keine größeren Risiken gesehen.

Für das St. Antonius Krankenhaus Schleiden wird erwartet, dass sich die bis zum 31. Dezember 2015 umzusetzende Integration in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH positiv auswirkt. Durch die krankenhaushausplanerische Zusammenführung der beiden Krankenhausstandorte innerhalb der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und dem Entstehen eines Gesamtkrankenhauses mit 523 Betten soll zum Einen den Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 im Bereich der dort abgeleiteten Strukturvorgaben begegnet werden. Zum Anderen wird erwartet, dass durch das Entstehen größerer Einheiten die negativen Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems für kleinere Krankenhausstandorte zumindest teilweise für das St. Antonius Krankenhaus Schleiden aufgehoben werden können.

Im Altenpflegesektor bewirken die in Kapitel 2. a) dargestellten gesetzgeberischen Änderungen gesamtwirtschaftlich primär eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote. Dies könnte sich für die VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH positiv auswirken, für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH sowie die Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH als Träger von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen sind hier eher höhere Risiken zu sehen. Aus der Neuregelung der rechtlichen Grundlagen zur Refinanzierung von Investitionskosten, die durch das ab dem 01. Januar 2015 geltende Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) und die damit verbundene Durchführungsverordnung (APG DVO) vorgegeben ist, resultieren für die Einrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH sowie der Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH aufgrund einer gesetzlich fixierten Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 2019 zunächst keine erheblichen Auswirkungen. Für Folgejahre ab dem Jahre 2020 bleibt insgesamt insbesondere vor dem Hintergrund erwarteter rechtlicher Überprüfungen die Zulässigkeit und Angemessenheit der Übergangsregelungen abzuwarten, welche Änderungen sich hinsichtlich der Refinanzierung von Investitionskosten tatsächlich ergeben. Spezielle Risiken können sich durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime ergeben. Für die VIVANT gGmbH besteht trotz der positiven gesetzgeberischen Veränderungen mittel- und langfristig nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Konkurrenzsituation zum Einen durch andere Pflegedienste im Kreis Euskirchen und zum Anderen durch privat beschäftigte Mitarbeiter aus den sogenannten „Billiglohnländern“, die zu einer Reduzierung der Leistungsanspruchnahme im SGB XI-Bereich führen können.

b) Chancen- und Prognosebericht

Vor dem Hintergrund der weiteren positiven Leistungsentwicklung im Jahre 2014 und in den ersten Monaten des Jahres 2015 sowie der auf dieser Grundlage zu erwartenden Entgeltvereinbarung für das Jahr 2015 geht die **Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH** davon aus, dass auch im Jahre 2015 zumindest das im Wirtschaftsplan ausgewiesene positive Ergebnis von 759 TEUR erreicht werden kann.

Für die **übrigen Konzernunternehmen** ist Folgendes festzuhalten:

Die **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** hat in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 eine Belegung erreicht, die mit ca. 50 Case-Mix-Punkten oberhalb der Vorjahresbelegung liegt. Positiv wirkten sich insbesondere eine erhöhte Leistungsnachfrage infolge der Grippewelle sowie die durchgängige Schaffung der Voraussetzungen zur Abrechnung multimodaler Schmerztherapien aus. Trotz der positiven Leistungsentwicklung im ersten Quartal 2015 und der Einleitung weiterer Maßnahmen zu einem effizienteren Ressourceneinsatz wird für das Gesamtjahr 2015 weiterhin eine Verlustsituation erwartet; im Wirtschaftsplan wird von einem Jahresdefizit von 458 TEUR ausgegangen.

Die Leistungsanspruchnahme der von der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** getragenen Einrichtungen hat sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in einzelnen Leistungsbereichen leicht verschlechtert. In den ersten drei Monaten 2015 konnte in der Geriatrischen Rehabilitation das hohe Vorjahresbelegungsniveau (43,6 Plätze) mit 43,0 durchschnittlich belegten Plätzen nicht erreicht werden. Auch in der Kurzzeitpflege sank die Inanspruchnahme von durchschnittlich 8,7 Plätzen in 2014 auf 8,1 Plätze. Im Barbarahof lag die Auslastung bei durchschnittlich 63,7 Plätzen (98,0 %) und damit um 1,3 Plätze unter der durchschnittlichen Belegung in 2014. Gemessen an dem den Entgeltvereinbarungen für die Einrichtungen zugrunde liegenden Sollauslastungsgrad von 98 % stellt sich die Belegungssituation in der Geriatrischen Rehabilitation und im Barbarahof aber nach wie vor positiv dar. Von den insgesamt 66 Betreuten Wohnungen waren im ersten Quartal 2015 insbesondere infolge zahlreicher Umzüge von Bewohnern in Dauerpflegeeinrichtungen lediglich 90,5% vermietet.

Wie in den Vorjahren werden die aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich resultierenden Verluste bis zu maximal 75 TEUR durch die Mehrheitsgesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen. Den Betrag von 75 TEUR übersteigende Verlustanteile müssen durch die Gesellschaft getragen werden. Positiv auf die Ergebnissituation der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH im Jahre 2015 wirkt sich die Zinsreduzierung aus, die auf den Zuschuss der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Höhe von 500 TEUR zurückzuführen ist. Der Belegung in den ersten Monaten des Jahres 2015 Rechnung tragend, wird für das Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet (Ansatz im Wirtschaftsplan: + 4 TEUR).

Die von **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** getragenen Altenpflegeheime in Schleiden mit 102 Planplätzen und in Zülpich mit 61 Planplätzen waren in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 voll ausgelastet. Mit Wirkung 01. April 2015 wurden mit den zuständigen Pflegekassen und dem Landschaftsverband Rheinland für die Altenpflegeeinrichtungen neue Entgelte vereinbart. Die Entgelterhöhungen führen bei einer gegenüber dem Jahr 2014 unveränderten Pflegetagestruktur zu Erlössteigerungen von 2,89 % für den Liebfrauenhof in Schleiden und 3,57 % für das Brabenderstift in Zülpich. Trotz dieser Steigerung verbleiben Ergebnisunterdeckungen im Leistungsbereich der Einrichtungen, insbesondere aufgrund der Aufrechterhaltung des Präsenzkraftkonzeptes. Vor diesem Hintergrund hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH beschlossen, die Mietreduzierung für die Gebäude des Liebfrauenhofs in Schleiden auch in 2015 fortzuführen, allerdings reduziert von 25 auf 12,5 %. Für das Jahr 2015 wird bei einer kalkulierten Sollauslastung von 98 % für die Einrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH unter Berücksichtigung des Überschusses im Investitionskostenbereich insgesamt ein leicht positives Ergebnis von 11 TEUR erwartet.

Für die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** wird vor dem Hintergrund der zu erwartenden steigenden Nachfrage nach qualifizierten Pflege- und Betreuungsleistungen – insbesondere bedingt durch die Pflegestärkungsgesetze I und II – bei gegebener hoher Leistungsqualität weiterhin ein positiver Rahmen für eine gute Entwicklung sowohl im Bereich der ambulanten Pflege als auch in der Tagespflege gesehen. Dabei wird die Entwicklung der Sozialstationen Zülpich, Mechernich und Weilerswist auch in 2015 positiv bewertet. Hier werden auch für 2015 Überschüsse erwartet. Für die Sozialstation Schleiden wird infolge der Standortverlegung in das St. Antonius Krankenhaus Schleiden eine weitergehende Verbesserung der Leistungsanspruchnahme und damit auch der wirtschaftlichen Situation erwartet. Die Entwicklung der Tagespflegeeinrichtungen an allen drei Standorten ist positiv, so dass 2015 von einer weiteren Verbesserung der Ergebnissituation auch für diesen Bereich auszugehen ist. Vor dem Hintergrund der guten Inanspruchnahme der bereits langjährig etablierten Sozialstationen ist insgesamt davon auszugehen, dass die VIVANT gGmbH auch in 2015 ein positives Jahresergebnis – im Wirtschaftsplan sind 152 TEUR ausgewiesen – erreichen wird.

In dem von der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** getragenen Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich konnte die rückläufige Leistungsentwicklung der Vorjahre mit 456 Operationen im ersten Quartal gegenüber 356 Operationen im entsprechenden Vorjahresquartal deutlich umgekehrt werden. Hier wirkt sich insbesondere die starke Leistungsanspruchnahme durch die Klinik für Handchirurgie des St. Antonius Krankenhauses Schleiden aus. Hinsichtlich des von der AmbuMed getragenen Medizinischen Versorgungszentrums an der Olefmündung in Gemünd wird davon ausgegangen, dass etwaige Verluste nicht den Betrag der von der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Jahr 2015 gewährten Verlustübernahme in Höhe von maximal 75 TEUR übersteigen. Damit wird das Ergebnis der AmbuMed ausschließlich von der Ergebnisentwicklung im Ambulanten OP-Zentrum bestimmt. Im Wirtschaftsplan der AmbuMed wird für das Jahr 2015 ein leicht positives Ergebnis von 4 TEUR erwartet.

Sowohl für das **Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** als auch für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH werden im Jahre 2015 – trotz der weiterhin defizitären Situation der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH – positive Ergebnisse erwartet.

Mechernich, den 07. Mai 2015

gez. Dr. Hans Rossels
Hauptgeschäftsführer

gez. Hermann Gemke
Geschäftsführer

gez. Manfred Herrmann
Geschäftsführer

Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung des Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2014

Der Gesellschaftsvertrag der Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH enthält in der für das Jahr 2014 geltenden Fassung (Notarurkunde vom 15. Juli 2010) in § 2 zum Gegenstand der Gesellschaft folgende Bestimmungen:

§ 2 – Gegenstand der Gesellschaft, Gemeinnützigkeit

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe.


Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die dem Zweck der Gesellschaft dienen. Darüber hinaus darf sie sich an anderen Gesellschaften beteiligen sowie die Betriebsführung von anderen Einrichtungen übernehmen, soweit damit der Zweck nach Absatz 1 erfüllt wird.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung des Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH im Geschäftsjahr 2014 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrags entsprochen hat.

Mechernich, den 03. Juni 2015

Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH


(Dr. Hans Rossels)
Hauptgeschäftsführer


(Hermann Gemke)
Geschäftsführer


(Manfred Herrmann)
Geschäftsführer

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
der
Kreis Krankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich

	2014		2013	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	59.438.485,72		57.190.849,55	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	2.027.123,41		1.987.170,15	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.563.231,91		2.549.212,89	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.093.983,11		1.100.203,01	
5. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	3.600,00		-35.300,00	
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand, soweit nicht unter Nr. 10	1.843.202,85		1.648.464,62	
7. sonstige betriebliche Erträge	<u>5.065.455,78</u>	72.035.082,78	<u>4.322.432,94</u>	68.763.033,16
8. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	34.555.821,85		32.872.696,48	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung EUR 2.739.726,55 (im Vorjahr: EUR 2.649.677,46)	<u>8.503.304,14</u>	43.059.125,99	<u>8.107.397,51</u>	40.980.093,99
9. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.977.449,42		8.982.491,55	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>9.085.424,45</u>	18.062.873,87	<u>8.748.270,63</u>	17.730.762,18
Zwischenergebnis		10.913.082,92		10.052.176,99
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen, davon Fördermittel nach dem KHG EUR 1.876.213,30 (im Vorjahr: EUR 1.870.098,30)	1.876.213,30		1.870.098,30	
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	<u>3.012.246,03</u>	4.888.459,33	<u>2.945.430,90</u>	4.815.529,20
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.041.842,77		1.997.741,25	
13. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	189.927,67		198.748,17	
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.073.189,95		3.908.545,80	
15. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>7.569.653,18</u>	13.874.613,57	<u>6.974.724,69</u>	13.079.759,91
Zwischenergebnis		1.926.928,68		1.787.946,28
16. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen EUR 21.761,29 (im Vorjahr: EUR 34.818,54)	146.537,83		305.919,12	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen,	628.537,67		596.665,52	
		<u>-481.999,84</u>		<u>-290.746,40</u>
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.444.928,84		1.497.199,88
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00		12.801,00	
20. sonstige Steuern	<u>17.286,78</u>	17.286,78	<u>17.856,25</u>	30.657,25
21. Jahresüberschuss		<u>1.427.642,06</u>		<u>1.466.542,63</u>

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2014

	2014	2013
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.738.173,44	6.479.905,93
2. sonstige betriebliche Erträge	3.363.591,47	3.420.699,36
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-691.407,16	-723.884,39
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.486.150,06	-1.427.429,56
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.359.830,73	-3.139.216,66
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung: EUR 230.524,37; Vorjahr: EUR 217.647,51	-902.113,02	-836.331,36
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-668.774,39	-626.615,71
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.073.396,90	-1.943.143,26
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.694,98	16.315,32
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 162,80; Vorjahr: EUR 162,80 davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 4.773,00; Vorjahr: EUR 10.880,00		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-459.944,62	-483.823,49
davon an verbundene Unternehmen: EUR 30.127,33; Vorjahr: EUR 43.935,51		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	467.843,01	736.476,18
9. sonstige Steuern	-8.754,32	-7.824,06
Jahresüberschuss	459.088,69	728.652,12

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungs-gesellschaft mbH, Mechnich

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva	31.12.2013		31.12.2012		Passiva	
	€		€		31.12.2013	
A. Umlautvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Sonstige Vermögensgegenstände	49.491,73		47.660,75		27.609,76	27.609,76
II. Guthaben bei Kreditinstituten	235,52		1.058,54		14.948,06	13.782,27
	49.727,25		48.719,29		1.162,11	1.165,79
					43.719,93	42.557,82
					435,76	239,38
					1.300,00	1.300,00
					1.735,76	1.539,38
					1.569,13	1.092,66
					2.702,43	3.529,43
					4.271,56	4.622,09
	49.727,25		48.719,29		49.727,25	48.719,29

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2013

	2013	2012
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	11.150,49	12.206,54
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-8.583,60	-9.501,60
b) Soziale Abgaben	-695,76	-953,04
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.871,13	-1.751,90
4. Erträge aus Beteiligungen	1.380,49	1.380,49
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	3,60
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.380,49	1.384,09
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-218,38	-218,30
Jahresüberschuss	1.162,11	1.165,79

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechnernich

Bilanz zum 31. Dezember 2014

		Aktiva		Passiva	
		31.12.2014 €	31.12.2013 €	31.12.2014 €	31.12.2013 €
A. Umlaufvermögen				A. Eigenkapital	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital	27.609,76
1. Sonstige Vermögensgegenstände	57.893,81	49.491,73		II. Gewinnvortrag	16.110,17
II. Guthaben bei Kreditinstituten	644,31	235,52		III. Jahresüberschuss	1.162,11
	58.538,12	49.727,25			44.882,04
				B. Rückstellungen	
				1. Steuerrückstellungen	436,76
				2. Sonstige Rückstellungen	11.128,17
					11.564,93
				C. Verbindlichkeiten	
				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.453,35
				2. Sonstige Verbindlichkeiten	637,80
				davon aus Steuern: € 410,76; Vorjahr: € 410,76	
				davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00;	
				Vorjahr: € 2.121,39	2.091,15
	58.538,12	49.727,25			58.538,12
					49.727,25

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2014

	2014	2013
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	20.962,72	11.150,49
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-8.583,60	-8.583,60
b) Soziale Abgaben	-9.565,93	-695,76
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.813,19	-1.871,13
4. Erträge aus Beteiligungen	1.380,49	1.380,49
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.380,49	1.380,49
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-218,38	-218,38
Jahresüberschuss	1.162,11	1.162,11

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2013

	2013	2012
	€	€
1. Umsatzerlöse	492.219,61	494.312,03
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-194.971,00	-203.710,20
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-92.710,49	-75.863,21
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32,97	187,81
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-129.967,69	-134.904,71
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	74.603,40	80.021,72
6. Sonstige Steuern	-12.403,10	-10.244,96
Jahresüberschuss	62.200,30	69.776,76
7. Gutschrift auf Kapitalkonten	-62.200,30	-69.776,76
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2014

	2014	2013
	€	€
1. Umsatzerlöse	494.618,52	492.219,61
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-192.045,00	-194.971,00
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-117.123,05	-92.710,49
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61,88	32,97
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-124.759,42	-129.967,69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	60.752,93	74.603,40
6. Sonstige Steuern	-12.403,10	-12.403,10
Jahresüberschuss	48.349,83	62.200,30
7. Gutschrift auf Kapitalkonto	-48.349,83	-62.200,30
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVSEITE

	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.436,00	23
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	4.724.863,35	4.835
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	471.781,85	508
3. Technische Anlagen	119.601,00	109
4. Einrichtungen und Ausstattungen	969.457,00	1.057
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>144.508,70</u>	<u>242</u>
	6.430.211,90	6.751
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	72.097,17	79
2. Unfertige Leistungen	<u>97.793,00</u>	<u>120</u>
	169.890,17	199
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.994.974,52	1.733
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht - davon nach KHEntgG/BPflV 36.859,00 EUR (Vorjahr 302 TEUR)	36.859,00	302
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>102.081,02</u>	<u>92</u>
	2.133.914,54	2.127
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.453.963,13	1.029
C. AUSGLEICHSPOSTEN NACH DEM KHG		
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	166.563,42	167
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>8.809,41</u>	<u>13</u>
	<u>10.380.788,57</u>	<u>10.309</u>

PASSIVSEITE

	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	30.000,00	30
II. Kapitalrücklagen	272.483,22	272
III. Gewinnrücklagen	3.063.913,89	3.064
IV. Verlustvortrag	-1.430.495,75	-333
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>-534.943,48</u>	<u>-1.097</u>
	1.400.957,88	1.936
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	2.906.845,03	3.026
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	62.707,00	88
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	<u>222.510,00</u>	<u>255</u>
	3.192.062,03	3.369
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	95
2. Steuerrückstellungen	3.000,00	8
3. Sonstige Rückstellungen	<u>987.775,53</u>	<u>1.209</u>
	990.775,53	1.312
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	862.240,11	1.125
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
79.564,73 EUR (Vorjahr 262 TEUR)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	556.017,98	405
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
556.017,98 EUR (Vorjahr 405 TEUR)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.785,00	11
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
1.785,00 EUR (Vorjahr 11 TEUR)		
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	1.021.572,50	837
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
1.021.572,50 EUR (Vorjahr 837 TEUR)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	968.335,64	35
- davon mit einer Restlaufzeit von einem Jahr		
968.335,64 EUR (Vorjahr 35 TEUR)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten	563.838,90	394
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
563.838,90 EUR (Vorjahr 394 TEUR)		
- davon aus Steuern		
190.617,84 EUR (Vorjahr 184 TEUR)		
	<u>3.973.790,13</u>	<u>2.807</u>
E. AUSGLEICHSPOSTEN AUS DARLEHENSFÖRDERUNG		
	<u>823.203,00</u>	<u>885</u>
	<u>10.380.788,57</u>	<u>10.309</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	<u>2014</u> EUR	<u>2013</u> TEUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	12.985.289,55	13.020
2. Erlöse aus Wahlleistungen	268.677,27	321
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	364.853,49	364
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	856.071,19	955
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-22.687,00	-103
6. Sonstige betriebliche Erträge	1.462.684,38	1.185
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre 0,00 EUR (Vorjahr 2 TEUR)		
	<u>15.914.888,88</u>	<u>15.742</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.760.975,89	8.842
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.947.287,63	1.802
- davon für Altersversorgung 568.712,77 EUR (Vorjahr 425 TEUR)		
	<u>10.708.263,52</u>	<u>10.644</u>
8. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.618.540,16	1.704
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.379.143,65</u>	<u>2.076</u>
	<u>2.997.683,81</u>	<u>3.780</u>
Zwischenergebnis	2.208.941,55	1.318
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	444.928,04	455
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	439.904,27	441
11. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	61.343,00	61

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVSEITE

	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖ		
GEN Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.593,00	3
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>193,00</u>	<u>0</u>
	2.786,00	3
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16.373,82	16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	153.696,60	106
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.103.642,98	971
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>3.288,16</u>	<u>11</u>
	1.260.627,74	1.088
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	288.010,44	233
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>1.396,42</u>	<u>1</u>
	<u><u>1.569.194,42</u></u>	<u><u>1.341</u></u>

PASSIVSEITE

	<u>31.12.2014</u> EUR	<u>31.12.2013</u> TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100
II. Gewinnrücklagen	1.070,00	1
III. Gewinnvortrag	677.585,75	496
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>286.162,42</u>	<u>182</u>
	1.064.818,17	779
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS	2.593,00	3
C. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	233.171,00	264
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	76.383,17	102
- davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr 76.383,17 EUR (Vorjahr 102 TEUR)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.255,14	16
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 12.255,14 EUR (Vorjahr 16 TEUR)		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	163.744,86	135
- davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr 163.744,86 EUR (Vorjahr 135 TEUR)		
- davon aus Steuern 36.088,47 EUR (Vorjahr 25 TEUR)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 20,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
	<u>252.383,17</u>	<u>253</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>16.229,08</u>	<u>42</u>
	1.569.194,42	<u><u>1.341</u></u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	<u>2014</u>	<u>2013</u>
	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	7.175.501,06	6.925
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>370.251,64</u>	<u>263</u>
	7.545.752,70	7.188
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	514.708,28	502
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>884.736,23</u>	<u>859</u>
	1.399.444,51	1.361
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.770.413,40	2.624
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung 140.650,71 EUR (Vorjahr 135 TEUR)	698.634,13	662
	<u>3.469.047,53</u>	<u>3.286</u>
Zwischenergebnis	2.677.260,66	2.541
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	234,00	0
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	526,00	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.408.954,74</u>	<u>2.372</u>
Zwischenergebnis	268.013,92	169
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen 18.003,10 EUR (Vorjahr 14 TEUR)	18.648,50	14
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus der Aufzinsung 500,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)	500,00	1
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, zugleich Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>286.162,42</u>	<u>182</u>

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Meckernich

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva	31.12.2014		31.12.2013		Passiva	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital	
i. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
1. Lizenzen	685,44	1.430,38			II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	110.515,72
2. Geschäftswert	0,00	8.437,00			III. Jahresüberschuss	11.084,84
	685,44	9.867,38				146.600,56
ii. Sachanlagen					B. Rückstellungen	
1. Bauten auf fremden Grundstücken	756.515,66	793.357,73			1. sonstige Rückstellungen	35.957,44
2. technische Anlagen	24.291,35	31.578,75				35.957,44
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.480,31	35.020,39			C. Verbindlichkeiten	
	804.287,32	859.956,87			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	389.847,30
	804.972,76	869.824,25			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.700,40
B. Umlaufvermögen					3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	339.523,73
i. Vorräte					4. sonstige Verbindlichkeiten	7.661,67
1. Waren	15.550,82	18.539,95			davon aus Steuern: € 4.977,53; Vorjahr: € 3.889,28	
	15.550,82	18.539,95			davon Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00;	
					Vorjahr: € 0,00	743.733,10
ii. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	83.061,73	107.779,49				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	17.341,93	21.202,86				
3. sonstige Vermögensgegenstände	397,61	5.854,03				
	100.801,27	134.836,38				
iii. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.942,29	11.795,69				
	121.294,38	165.172,02				
C. Rechnungsabgrenzungsposten	23,96	23,96				
	926.291,10	1.035.020,23				
	926.291,10	1.035.020,23				

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2014

	2014	2013
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	702.169,47	776.609,54
2. sonstige betriebliche Erträge	44.207,33	331.012,67
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-105.421,44	-126.152,62
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-36.955,24	-41.516,33
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-300.745,48	-304.237,86
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung: EUR 0,00; Vorjahr: EUR 0,00	-48.376,16	-47.307,56
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-65.138,91	-106.293,04
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-155.222,81	-150.419,06
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	92,53	97,20
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 88,00; Vorjahr: EUR 88,00		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-23.524,45	-35.312,46
davon an verbundene Unternehmen: EUR 5.269,04; Vorjahr: EUR 10.283,59		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.084,84	296.480,48
Jahresüberschuss	11.084,84	296.480,48

KKM Servicegesellschaft mbH, Mechernich

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva		31.12.2014	31.12.2013	Passiva	
		€	€	31.12.2014	31.12.2013
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.033,00	962,00	25.000,00	25.000,00
		1.033,00	962,00	63.683,27	54.460,82
II. Finanzanlagen				8.995,71	9.222,45
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00	25.000,00	97.678,98	88.683,27
		25.000,00	25.000,00		
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte				0,00	47,00
1. Waren		254.939,22	260.663,77	22.500,00	22.400,00
		254.939,22	260.663,77	22.500,00	22.447,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		20.516,73	21.737,46	106.891,32	196.416,79
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		27.659,27	37.617,48	220.641,09	46.384,75
3. sonstige Vermögensgegenstände		325,79	906,89	4.976,99	6.946,84
		48.501,79	60.261,83	332.509,40	249.748,38
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		123.214,37	13.991,05		
		426.655,38	334.916,65		
		452.688,38	360.878,65	452.688,38	360.878,65
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital					
II. Gewinnvortrag					
III. Jahresüberschuss					
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen					
2. sonstige Rückstellungen					
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					
3. sonstige Verbindlichkeiten					
davon aus Steuern: € 262,76; Vorjahr: € 570,67					
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00;					
Vorjahr: € 0,00					

KKM Servicegesellschaft mbH, Mechnich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2014

	2014	2013
	€	€
1. Umsatzerlöse	6.434.958,43	6.564.494,38
2. Sonstige betriebliche Erträge	875,10	453,80
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-5.981.461,64	-6.096.336,49
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-253.760,00	-269.900,94
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-65.191,11	-64.621,96
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung: € 0,00; Vorjahr: € 0,00	-13.793,07	-14.642,59
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-914,11	-938,65
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-98.793,07	-96.058,94
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	316,97	119,80
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.200,00	-9.210,18
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.037,50	13.358,23
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.041,79	-4.135,78
Jahresüberschuss	8.995,71	9.222,45

KKM Gebäudedienste GmbH, Mechnernich

Bilanz zum 31. Dezember 2014

	Aktiva		Passiva	
	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	17.268,00	25.000,00	25.000,00
	0,00	17.268,00	30.906,90	26.685,89
	0,00	17.268,00	6.746,80	4.221,01
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	499,90	85,68	473,54	724,76
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	66.265,05	90.754,64	32.284,33	22.005,44
3. sonstige Vermögensgegenstände	103,21	814,01	32.757,87	22.730,20
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	66.868,16	91.654,33	34.440,64	28.748,79
	142.496,68	49.558,59	79.512,63	51.095,03
	209.364,84	141.212,92	113.953,27	79.843,82
	209.364,84	158.480,92	209.364,84	158.480,92
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital				
II. Gewinnvortrag				
III. Jahresüberschuss				
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen				
2. sonstige Rückstellungen				
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
2. sonstige Verbindlichkeiten				
davon aus Steuern: € 4.731,93; Vorjahr: € 3.863,87				

KKM Gebäudedienste GmbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2014

	2014	2013
	€	€
1. Umsatzerlöse	1.570.751,59	1.064.041,15
2. sonstige betriebliche Erträge	220,08	206,55
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.066.167,85	-714.038,91
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung: € 0,00; Vorjahr: € 0,00	-245.815,90	-163.572,62
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,00	-1.746,24
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-249.378,75	-178.891,30
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	134,38	94,13
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.743,55	6.092,76
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.996,75	-1.871,75
Jahresüberschuss	6.746,80	4.221,01

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVSEITE

	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13.349,00	6
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	52.093,00	60
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	452.724,94	461
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.000.534,40	862
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>36.429,58</u>	<u>12</u>
	1.489.688,92	1.335
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	217.781,11	145
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>5.112,43</u>	<u>5</u>
	<u>1.778.024,46</u>	<u>1.551</u>

PASSIVSEITE

	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.050,00	25
II. Gewinnrücklagen	610,00	1
III. Gewinnvortrag	1.015.031,75	810
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>330.073,83</u>	<u>205</u>
	1.370.765,58	1.041
B. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	286.368,00	379
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.644,26	50
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
15.644,26 EUR (Vorjahr 50 TEUR)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	34.432,82	33
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
34.432,82 EUR (Vorjahr 33 TEUR)		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	70.813,80	48
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
70.813,80 EUR (Vorjahr 48 TEUR)		
- davon aus Steuern		
29.518,73 EUR (Vorjahr 14 TEUR)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
949,64 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
	<u>120.890,88</u>	<u>131</u>
	<u>1.778.024,46</u>	<u>1.551</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	<u>2014</u>	<u>2013</u>
	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	3.503.797,96	3.102
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	101.211,68	105
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>227.644,83</u>	<u>127</u>
	3.832.654,47	3.334
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	182.549,55	167
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>191.432,21</u>	<u>153</u>
	373.981,76	320
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.806.564,02	1.619
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	373.848,73	354
- davon für Altersversorgung		
1.645,14 EUR (Vorjahr 5 TEUR)		
	<u>2.180.412,75</u>	<u>1.973</u>
Zwischenergebnis	1.278.259,96	1.041
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	17.589,48	19
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>944.546,24</u>	<u>829</u>
Zwischenergebnis	316.124,24	193
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.546,82	14
- davon aus verbundenen Unternehmen		
15.882,00 EUR (Vorjahr 14 TEUR)		
- davon aus der Abzinsung		
4,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	290,00	1
- davon aus der Aufzinsung		
290,00 EUR (Vorjahr 1 TEUR)		
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>332.381,06</u>	<u>206</u>
11. Sonstige Steuern	<u>2.307,23</u>	<u>1</u>
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>330.073,83</u>	<u>205</u>

Bilanz

Aktiva

Passiva

	31.12.2014		31.12.2013	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	6.148,00	8.256,00		
II. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	43.432,00	46.869,00		
III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59 75.144,59	25.564,59 80.689,59		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	5.567,18		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 188.483,27 (i. V. EUR 213.716,69)	1.211.054,61	1.451.631,43		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	31.195,04 1.242.249,65	18.233,89 1.475.432,50		
II. Kassenbestand	194,74 1.242.444,39	144,91 1.475.577,41		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	1.250,00	1.750,00		
	1.318.838,98	1.558.017,00		
A. EIGENKAPITAL				
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	511.291,88	511.291,88		
II. Rücklagen der Kommanditisten	611.487,07	924.435,41		
III. Verlustsonderkonten der Kommanditisten	-22.272,09	-122.778,95		
	1.100.506,86	1.312.948,34		
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Steuerrückstellungen	0,00	12.310,00		
2. Sonstige Rückstellungen	43.300,00	39.900,00		
	43.300,00	52.210,00		
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26.248,95	27.066,03		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon gegenüber verbundenen Unternehmen EUR 101.663,27 (i.V. EUR 96.918,07)	135.165,56	149.272,40		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.517,18	1.135,36		
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 5.694,88 (i.V. EUR 6.538,07)	12.100,43	15.384,87		
	175.032,12	192.858,66		
	1.318.838,98	1.558.017,00		

Radio Euskirchen GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	914.897,30	977.982,86
2. Sonstige betriebliche Erträge	19.648,34	17.165,88
3. Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	2.337,50	2.509,08
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13.548,07	15.146,92
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	758.435,93	728.022,83
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.611,25	1.444,57
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.381,25	3.242,85
davon an verbundene Unternehmen EUR 2.417,96 (i.V. EUR 2.298,34)		
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	157.454,14	247.671,63
9. Steuern vom Ertrag	23.228,99	38.020,65
10. Sonstige Steuern	216,00	233,67
11. Jahresüberschuss	134.009,15	209.417,31
12. Gutschrift auf Verlustsonderkonten der Kommanditisten	100.506,86	157.062,98
13. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	33.502,29	52.354,33
14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Lagebericht 2014

Radio Euskirchen GmbH & Co.

Kommanditgesellschaft, Euskirchen

I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW.

Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist.

Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, insbesondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde.

Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogrammzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet.

Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat

die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland verzeichnet im Jahr 2014 insgesamt ein Wachstum von 4,2%. Die Tageszeitungen weisen ein leichtes Umsatzwachstum von 0,5% aus. TV-Werbeerlöse steigen zum Vorjahr um 8,0%. Die Internetwerbeumsätze sind nur leicht um 1,2% gestiegen.

Die Gattung Radio erzielte 2014 bei den Bruttowerbeerlösen ein Umsatzwachstum von 2,2%. Während die Vermarktungsumsätze der RMS nur um 0,5% steigen, konnte die AS & S ihre Umsätze um 6,0% erhöhen.

Der Marktanteil der Gattung Radio liegt mit 5,9% leicht unter dem Vorjahreswert von 6,0%. Der Verbund der lokalen Radiosender in NRW erreichte mit Radio NRW einen Marktanteil von 5,4% bei einem Umsatzplus von 2,4%. Auch die Rheinland Kombi Köln - als Verband von sieben lokalen Radiosendern, zu denen auch Radio Euskirchen gehört - konnte ihren Marktanteil mit 1,3% halten.

Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 134 ab. Damit wird das gute Ergebnis des Vorjahres von TEUR 209 deutlich unterschritten.

Die Umsatzerlöse sind in Summe um TEUR 63 (-6,1%) auf nun TEUR 915 gesunken. Hiervon entfallen TEUR 618 (-TEUR 28 bzw. -4,7% zum Vorjahr) auf die lokalen und regionalen Werbeumsätze und TEUR 287 (-TEUR 47 bzw. -14,7% zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH. Hierin enthalten sind die Erlöse aus der Flexibilisierung von Werbezeiten von Radio NRW mit TEUR 26 (Vorjahr TEUR 28).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 758 um 4,2% (TEUR 30) höher als im Vorjahr. Die Kostenerhöhung resultiert mit TEUR 8 aus den auf TEUR 337 gestiegenen Kosten der Veranstaltergemeinschaft.

Die Gesellschaft hatte für 2014 ein Ergebnis von TEUR 137 geplant. Somit wird das geplante Ergebnis fast erreicht.

Die Reichweite „Hörer gestern Montag bis Freitag“ des Senders lagen im März 2014 (E.M.A. I/2014) bei 33,2% und im Juli 2014 (E.M.A. II/2014) bei 32,4%. Damit ist der Sender in seinem Verbreitungsgebiet Marktführer vor den öffentlich-rechtlichen Sendern des WDR.

b. Liquidität und Finanzstruktur

Neben dem Kommanditkapital von TEUR 511 bestehen weitere Kapitalrücklagen von TEUR 611 und ein Verlustvortrag von -TEUR 22 der Gesellschafterin RRB Rheinische Rundfunk Beteiligungs GmbH & Co. KG.

Damit weist die Gesellschaft zum 31.12.2014 ein Eigenkapital von TEUR 1.101 und eine Eigenkapitalquote von 83,5% aus.

Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

c. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Lage der Gesellschaft nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 103.

Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit TEUR 598 enthalten und liegen damit etwas niedriger. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW sind mit TEUR 257 im Plan enthalten und liegen nochmals um TEUR 30 niedriger als in 2014.

Die Einbuchungen der Werbeerlöse im Januar und Februar zeigen, dass die geplanten Umsatzziele erreichbar sind. Im Januar liegen die Werbeumsätze über Plan und Vorjahr.

IV. Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW.

Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden.

Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzende Hörer-Reichweite aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlösrisiken führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme.

Für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 sieht die Geschäftsführung keine besonderen Risiken, die die Gesellschaft außerordentlich gefährden.

Euskirchen, 9. März 2015

Geschäftsführung

Bilanz

AKTIVA	31.12.2014	31.12.2013	PASSIVA	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR		EUR	EUR
UMLAUFVERMÖGEN			A. RÜCKSTELLUNGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Sonstige Vermögensgegenstände	5.445,35	7.268,05	Sonstige Rückstellungen	4.800,00	4.100,00
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	7.792,78	6.200,73	B. VERBINDLICHKEITEN	8.438,13	9.368,78
			Sonstige Verbindlichkeiten		
			- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr -		
			- davon aus Steuern EUR 7.727,35 (i. V. EUR 8.677,75) -		
			- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
			EUR 710,78 (i. V. EUR 691,03) -		
	13.238,13	13.468,78		13.238,13	13.468,78

Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V., Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 EUR	2013 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	336.806,81	328.863,30
2. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	85.787,66	73.231,39
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	198.851,88	201.397,10
b) Soziale Abgaben	38.717,29	38.890,33
	237.569,17	240.287,43
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.449,98	15.344,48
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit = Jahresüberschuss	0,00	0,00

**Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Schleiden**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014

	<u>2014</u>	<u>2013</u>
€	€	€
1. Umsatzerlöse	102.970,97	81.545,67
2. sonstige betriebliche Erträge	480.291,00	549.474,97
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	83.046,45	116.559,81
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>19.705,80</u>	<u>26.676,54</u>
- davon für Altersversorgung € 0,00 (€ 2.640,00)	102.752,25	143.236,35
4. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	10.012,66	11.006,43
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	447.607,85	442.060,40
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>333,69</u>	<u>781,08</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23.222,90	35.498,54
8. sonstige Steuern	700,96	197,04
9. Jahresüberschuss	<u><u>22.521,94</u></u>	<u><u>35.301,50</u></u>

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Lagebericht für das Jahr 2014

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild **vogelsang ip** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die ursprünglich bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde zunächst um fünf Jahre bis Ende 2013, dann um ein weiteres Jahr bis Ende 2014 und zuletzt um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2016 verlängert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

1.1 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2014

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2014 war die Projektentwicklung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe.

Die im Jahr 2012 begonnen Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Besucher- und Bildungszentrum mit den beiden Kernaussstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum verlaufen nicht so zügig wie geplant. Diverse bautechnische Probleme führen zu Mehrkosten von mehr als 3,0 Mio. € und damit zu einem Investitionsvolumen von insgesamt über 45,0 Mio. €. Die Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination vogelsang ip ist im Dezember 2015 geplant. Der Baubetrieb sowie Infrastrukturmaßnahmen, wie die neue Buswendeschleife, haben Auswirkungen auf den Gesamtbetrieb und bedürfen der intensiven Abstimmung durch die SEV.

Für die als Internationale Begegnungsstätte geplante Jugendherberge konnte sich auch im Jahr 2014 mit dem Deutschen Jugendherbergswerk Landesverband Rheinland nicht auf ein endgültiges Finanzierungskonzept verständigt werden. Ziel ist die Einigung in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2015.

Für das Kernprojekt Nationalparkforstamt hatte sich das Land NRW Ende des Jahres 2013 entgegen bisheriger Absprachen auf die Realisierung eines Neubaus festgelegt. Nachdem eine grundsätzliche Klärung zwischen dem Land NRW und der BImA Ende des Jahres 2014 erfolgte, kann mit der Projektierung des Neubaus im Jahr 2015 begonnen werden.

Mit dem Rotkreuz-Zentrum Schleiden im ehemaligen NBC-Gebäude westlich des Malakoff-Komplexes konnte am Standort bereits die dritte Nutzung durch das DRK realisiert werden. Das DRK hat das Areal im Jahr 2014 erworben und wird es nach Umbauarbeiten im Jahr 2015 in Betrieb nehmen.

Die Ansiedlung privater Nutzer bleibt weiterhin schwierig. Allerdings war im Jahr 2014 im Gegensatz zu den Vorjahren ein deutlich gestiegenes Interesse privater Investoren zu verzeichnen. Für die sogenannten Kameradschaftshäuser befinden sich mehrere Nutzungskonzepte in der Entwicklung. Die Astronomie-Werkstatt „Sterne ohne Grenzen“ hat im Frühjahr 2014 ihren Betrieb aufgenommen, nachdem der Nationalpark Eifel in einem ersten Schritt von der International Dark-Sky Association als Sternenpark anerkannt wurde.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen konnte die SEV die Sanierung des Schmutzwassernetzes abschließen. Die Baumaßnahmen für die Versickerung der Regenwässer für einen Teil der nicht übertragenen Gebäude wurden im Frühjahr 2014 durchgeführt. Im Sep-

tember 2014 wurde nach Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden mit der Erstellung der neuen ÖPNV-Wendeschleife am Forum Vogelsang begonnen.

Zum Erhalt der historischen Bausubstanz am Schwimmbad wurden im Sommer 2014 die aufwendigen Sanierungsmaßnahmen der unterirdischen Räume durchgeführt. Für die Denkmalsubstanz wurde ein Schadenskataster erstellt.

Das ab Mai 2011 betriebene Geländemanagement-Modell „Bürgerarbeit“ musste im Frühjahr 2014 wegen der Einstellung der Förderung durch das Bundesverwaltungsamt beendet werden. Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes wurde im Jahr 2014 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern mit reduziertem eigenem Personal fortgeführt.

Die Eintragungen der Liegenschaft Vogelsang als Flächendenkmal und des nördlichen, etwa 54 ha umfassenden Bereichs als Bodendenkmal in die Denkmalliste der Stadt Schleiden sind Anfang 2014 erfolgt.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Trotz der Großbaustelle für das neue Forum Vogelsang und der derzeitigen unattraktiven Besucherführung sind die Besucherzahlen am Standort im Jahr 2014 wieder angestiegen. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2011 noch 200.000 betrug, sank 2012 zunächst auf 172.500 und 2013 nochmals auf 150.000 ab. Nach einer vorläufigen Auswertung der vogelsang ip gemeinnützige GmbH besuchten im Jahr 2014 mit ca. 165.000 wieder mehr Menschen Vogelsang. Mit Eröffnung des „Forum Vogelsang“ im Dezember 2015 wird für die kommenden Jahre ein stetiger Anstieg der Besucherzahlen auf 300.000 erwartet.

Ungebrochen ist nach wie vor auch im Jahr 2014 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino vogelsang ip weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als fünfzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der letzten Jahre im Jahr 2014 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren hat deutlich zugenommen. Für die „Astronomie-Werkstatt“ wurde die erste Phase realisiert, das DRK hat für sein Rotkreuz-Zentrum Schleiden das sogenannte NBC-Gebäude erworben. Die Projektentwicklungen für zwei Kameradschaftshäuser durch Privatpersonen aus der Region sollen im Jahr 2015 realisiert werden. Weitere Nutzungsideen für Bestandsgebäude befinden sich in der Entwicklungsphase.

Gleichzeitig führt allerdings die teilweise sehr negative Berichterstattung in der Presse über die Kostenentwicklung und Bauverzögerungen beim Forum Vogelsang zu Irritationen und Verunsicherung bei potenziellen Nutzern. Umso wichtiger für die weitere Gesamtentwicklung ist es daher, dass bei dem Leitprojekt „Forum Vogelsang“ und der Vogelsang ip gemeinnützige GmbH wieder Ruhe einkehrt.

Darüber hinaus wird es für den Verlauf des weiteren Entwicklungsprozesses entscheidend sein, ob es gelingt, die Finanzierungsfragen im Falle der Jugendherberge zeitnah zu lösen und eine klare Umsetzungsperspektive zu schaffen. Auch für die Realisierung des Neubaus des Nationalparkforstamtes sollten kurzfristig die weiteren Planungsschritte gegangen werden.

Die Impulse, die von der Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe für die Privatwirtschaft zu erwarten sind, werden dringend zur Akquisition weiterer Nutzungen benötigt.

1.3 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2014 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betragen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 22.521,94 € (Vorjahr: Jahresüberschuss von 35.301,50 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten - blieben stabil. Bei einer Bilanzsumme von 265.886,50 € (Vorjahr: 304.438,37 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 15.372,00 € (Vorjahr: 20.175,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 250.514,50 € (Vorjahr: 284.263,37 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 205.699,18 € (Vorjahr: 183.177,13 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 60.187,32 € (Vorjahr: 121.261,13 €) gegenüber.

Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 196.564,65 € (Vorjahr: 230.914,97 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 205.699,18 € (Vorjahr: 183.177,24 €) gegenüber.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2014 entsteht ein Jahresüberschuss in Höhe von 22.521,94 € gegenüber einem Jahresüberschuss in Höhe von 35.301,50 € im Jahr 2013. Erträgen in Höhe von 583.595,66 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 561.073,72 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das gesunkene Jahresergebnis ist ein Rückgang von Fördermitteln für „Bürgerarbeit“.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,04 € (Vorjahr: 302.260,00 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 102.752,25 € (Vorjahr 143.236,35 €) im Jahr 2014 für die Personalkosten.

2.3. Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 265.886,50 € (Vorjahr: 304.438,37 €) beträgt das Eigenkapital 205.699,18 € (Vorjahr: 183.177,24 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 77 % (Vorjahr: 60 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 196.564,65 € (Vorjahr: 230.914,97 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich grundsätzlich um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 23 % (Vorjahr: 40 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken

Mit dem sich im Bau befindlichen Forum Vogelsang zum zentralen Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wird das Leitprojekt des Standorts voraussichtlich im Dezember 2015 in Betrieb genommen. Die reale Konversion, die vor neun Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit den schon betriebenen Einrichtungen Kulturkino vogelsang ip, Rotkreuz Museum, Umweltbildungshaus „Transit 59“, DRK-Zentrum Schleiden, Astronomie-Werkstatt und Schwimmbad auf einem guten Weg. Gute Chancen auf eine zeitnahe Umsetzung werden weiterhin für die Kernprojekte Internationale Begegnungsstätte, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt gesehen. Erfreulich ist auch, dass für zwei der sogenannten Kameradschaftshäuser private, leitbildkonforme Nutzungskonzepte vorliegen. Die Infrastruktur des Standortes konnte gegenüber dem Jahr 2006 qualitativ entscheidend verbessert werden.

Insgesamt verläuft die Konversion der ca. 100 ha großen „Camp Vogelsang“-Fläche aber langsamer als zu Beginn des Prozesses prognostiziert. Die vergangenen zwölf Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass die Überführung des geschichtsbeladenen, mitten im Nationalpark Eifel gelegenen Ortes in eine tragfähige zivile Zukunft eine besondere Herausforderung darstellt.

Um das Vertrauen des Marktes in den Standort zu stärken und damit auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zu beleben, ist es entscheidend, dass das Forum Vogelsang mit den beiden zentralen Ausstellungen den Betrieb aufnimmt und dass für die schon lange angekündigten Kernprojekte Internationale Begegnungsstätte, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen wird. Die zeitnahe Inbetriebnahme der in der Entwicklung befindlichen privaten Nutzungen würde die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination vogelsang ip stärken.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die perma-

nent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer fast ausschließlich öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und der kommunalen Gesellschafter finanziert. Die Mittel sind von allen Gesellschaftern bis Ende des Jahres 2016 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern ebenfalls bis Ende 2016. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis Ende des Jahres 2016 nicht erkennbar.

5. Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2016 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Insbesondere die letzten Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass vor allem die Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe nicht so zügig verläuft wie im Jahr 2008 geplant. Der Großteil der sich interessierenden privaten Nutzer macht seine Investitionsentscheidung von einem funktionierenden Forum Vogelsang abhängig. Mit der Inbetriebnahme im Dezember 2015 wird sich die Nachfrage Privater weiter beleben. Gleichzeitig be-

nötigt der Standort für einen nachhaltigen Bildungs- und Kulturbetrieb dringend die Errichtung der Internationalen Begegnungsstätte, d.h. die Schaffung ausreichender Übernachtungsmöglichkeiten. Auch das Investitionsumfeld muss noch verbessert, d. h. die Infrastruktur in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

Innerhalb der bestehenden Laufzeit bis Ende 2016 wird die Gesellschaft nicht alle in der Entwicklung befindlichen Nutzungen und Infrastrukturprojekte umsetzen können und auch nicht für alle Bestandsgebäude eine neue Nutzung finden. Die Gesellschafter sollten sich darum frühzeitig darüber verständigen, wie und durch wen der Konversionsprozess im Jahr 2017 fortgeführt wird.

Für das kommende Geschäftsjahr werden geringe Überschüsse erwartet.

Schleiden, 12. Mai 2015

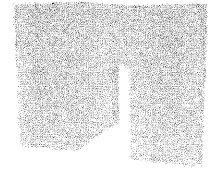


Thomas Fischer-Reinbach
Geschäftsführung

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

vogelsang ip gemeinnützige GmbH
Schleiden

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		375.901,46	412.099,90
2. andere aktivierte Eigenleistungen		21.116,55	0,00
3. sonstige betriebliche Erträge		1.525.041,50	1.690.911,80
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	56.618,74		39.779,66
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>0,00</u>	56.618,74	406,70
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.022.204,09		1.036.926,09
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>227.540,84</u>	1.249.744,93	218.757,39
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen		104.304,32	110.174,61
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		501.457,46	696.969,51
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4.468,26	8.519,20
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>14.402,32</u>	<u>8.516,94</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		0,00	0,00
11. Jahresüberschuss		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>



vogelsang ip gemeinnützige GmbH

LAGEBERICHT 31.12.2014

- 1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT**

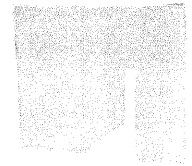
- 2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE**
 - 2.1. Geschäftsverlauf
 - 2.1.1 Laufender Betrieb
 - 2.1.2 Investitionsprojekte
 - 2.1.3 Geschäftsergebnis
 - 2.2 Vermögenslage
 - 2.3 Finanzlage
 - 2.4 Ertragslage

- 3. NACHTRAGSBERICHT**

- 4. PROGNOSEBERICHT**

- 5. CHANCEN/RISIKOBERICHT**

- 6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN**



1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang
- sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

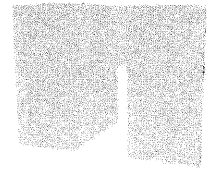
Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 ihres Gesellschaftsvertrages zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Im Jahr 2014 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR | (50 %)
- Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR | (28,57%)
- StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR | (7,14%)
- Kreis Düren mit 1.300 EUR | (4,76%)
- Kreis Heinsberg mit 650 EUR | (2,38%)
- Stadt Schleiden mit 1.300 EUR | (4,76%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR | (2,38%)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wird im jährlichen Wechsel durch Vertreter des LVR und des Kreises Euskirchen wahrgenommen.



2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von vogelsang ip sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums von vogelsang ip mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
 - das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
 - die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
 - die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen
- und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

2012 erfolgte der temporäre Umzug des gesamten Betriebes vom Forum Vogelsang in das Kulturkino. Bedingt war dieser Umzug durch die zum gleichen Zeitpunkt beginnenden Sanierungs- und Umbauarbeiten im Bereich des „Forum Vogelsang“, was mit einer kompletten Einzäunung und Sperrung dieses zentralen Geländeteils sowie gravierenden Einschränkungen für den Besucherbetrieb einher ging (Wegfall der zentralen Besucherattraktion am „Adlerhof“, Wegfall der Turmaufstiege, Einschränkungen bei den Geländeführungen, baustellenbedingte Störungen, diversen Provisorien, etc. ...).

Trotz der wesentlich eingeschränkten Nutzungsbedingungen und der damit einhergehenden negativen Mund-zu-Mund-Propaganda unter potenzieller Besuchern konnte die Nachfrage auch in 2014 auf hohem Niveau gehalten werden, mit

- +/- 156.500 Besuchern,
das sind plus 4% zum Vorjahr bzw. minus 22% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit 200.500 Besuchern),
- +/- 1.260 Bildungsformaten mit +/- 23.700 Teilnehmenden,

das sind minus 5% zum Vorjahr bzw. minus 43% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit +/- 2.200 Bildungsformaten mit +/- 38.000 Teilnehmenden),

- +/- 300 Formaten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen, das sind gegenüber dem Vorjahr annähernd gleichviele.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2014 zudem mehrere Sonderprojekte durchgeführt. Neben einem größeren, bildungsbezogenen

- Förderprojekt „Mensch, hast Recht!“ (gefördert durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft) sowie
- diversen vertiefenden Jugendbildungsprojekten (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter)

war die GmbH zusammen mit dem Kreis Euskirchen

- Partner im Landeskulturprogramm „Kulturrucksack NRW“ und kulturpädagogischer Träger bei den dortigen Kulturprogrammen.

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

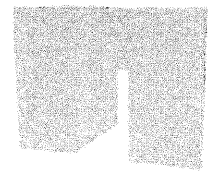
Neben dem laufenden Betrieb wurden im Jahr 2014 die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem Fördersatz von jeweils 90% geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (Volumen: 35,1 Mio. EUR zzgl. 3 Mio. EUR Mehrkosten durch Unvorhergesehenes),
 2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (Volumen: 3 Mio. EUR)
- und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (Volumen: 1,2 Mio. EUR)

durchgeführt. Der 10%ige Eigenanteil wird durch Finanzierungsanteile der Gesellschafter sichergestellt.

Im Jahre 2014 sind Mehrkosten von 3 Mio. EUR im Projekt Sanierung und Umbau absehbar. Die Klärung und Sicherstellung der Finanzierung der 3 Mio. EUR ist zum 31.12.2014 noch im Gange. Ein Nachfinanzierungsantrag an das Land NRW ist in Vorbereitung, erste kommunale Beschlüsse zur Gewährung des darauf entfallenden 10%igen Eigenanteils sind bereits gefasst. Die Sicherstellung der - bei Nichtförderung - ggf. erforderlichen Eigenfinanzierung durch die GmbH ist in Vorbereitung.

Der Abschluss der o.g. investiven Maßnahmen ist für August 2015 avisiert.



Die Rohbaumaßnahmen zum Umbauprojekt sind nahezu abgeschlossen, der Innenausbau des Forums ist gestartet. Ende 2014 sind +/- 70 % der Mittel für Sanierung und Umbau verausgabt.

Die Projekte NS-Dokumentation und Besucherzentrum sind aktuell innerhalb des jeweiligen finanziellen, förder technisch gesicherten Rahmens realisierbar. Wesentliche Gewerke der beiden Ausstellungsprojekte sind vergeben.

2.2.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Der lfd. Betrieb im Jahr 2014 kann angesichts der unter 2.2.1 genannten Nachfragewerte trotz der enorm eingeschränkten Besuchersituation durch die Großbaustelle am Forum noch als erfolgreich bewertet werden. Laufender Betrieb und Förderprojekte konnten im satzungsgemäß vorgegebenen Finanzrahmen realisiert werden.

ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Im Geschäftsjahr 2014 wurde zusätzlich zum laufenden Betrieb insbesondere durch die Verfolgung der drei o.g. infrastrukturellen Projekte die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut.

Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 24.689 TEUR (Vorjahr 14.532 TEUR; + 70 %) geprägt, darüber hinaus durch das
 - Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Umsatzsteuerforderungen in Höhe von 311 TEUR, durch
 - Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 671 TEUR (Vorjahr 780 TEUR; - 14 %)
- sowie
- liquide Mittel in Höhe von 1.842 TEUR (Vorjahr 844 TEUR, + 118 %)

geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 21.326 TEUR (Vorjahr 11.754 TEUR; + 81 %),
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 5.204 TEUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 4.401 TEUR; + 18 %),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 820 TEUR (Vorjahr 240 TEUR; + 242 %)

sowie

- Rückstellungen in Höhe von 53 TEUR (Vorjahr 58 TEUR; - 9 %)

gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
 - eines investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des Landschaftsverband Rheinland LVR
- sowie
- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

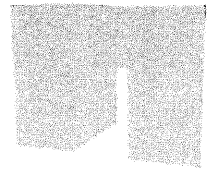
jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

2.4 ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2014 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Die im Oktober 2014 in dieser Dimension offenkundig gewordenen investiven Projektmehrkosten für Unvorhergesehenes bei Sanierung und Umbau des Forum wurden bei der Aufsichtsratssitzung und nachfolgenden Gesellschafterversammlung am 21.11.2014 zur Kenntnis genommen und die Schritte zur Sicherung der Finanzierung (siehe oben) eingeleitet.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber



Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2014 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 498.764,75 EUR (Vorjahr 498.202,46 EUR) aus. Der Verlust liegt geringfügig unter dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird. Der Verlustvortrag aus den Vorjahren von insgesamt 6.891,62 EUR wird vorgetragen.

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2014 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 375.901 EUR, d.h. – 9 %
2. Sonstige betriebliche Erträge | 1.525.042 EUR, d.h. -10 %
3. Materialaufwand | 56.619 EUR, d.h. + 41 %
4. Personalaufwand | 1.249.745 EUR, d.h. - 0 %
5. Abschreibungen | 104.304 EUR, d.h. - 5 %
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 501.457 EUR, d.h. – 28 %
7. Zinserträge | 4.468 EUR, d.h. – 48 %

sowie

8. Zinsaufwand | 14.402 EUR, d.h. + 69 %

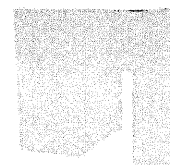
3. NACHTRAGSBERICHT

Mit Stand 31.03.2015 sind die zur Sicherung der Finanzierung der Mehrkosten im Projekt Sanierung und Umbau erforderlichen gesellschafterseitigen bzw. kommunalen Beschlüsse gefasst; die Durchführung der Maßnahme ist hierdurch gesichert.

Dies betrifft zum einen den am 30.01.2015 durch den Kreis Euskirchen beim Land NRW eingereichten Nachfinanzierungsantrag über 3 Mio. EUR an baufachlich hinterlegten Mehrkosten. Komplementär zu diesem Antrag konnte zwischenzeitlich durch positive Beschlüsse bei den sieben Gesellschaftern der GmbH die Sicherstellung des im Förderfall erforderlichen 10%igen Eigenanteils der Gesellschafter gewährleistet werden.

Um auch für den eventuellen Fall der Versagung der landesseitigen Nachförderung die Durchführbarkeit der Maßnahmen zu gewährleisten, erfolgte die Sicherung einer in diesem Fall erforderlichen Darlehensaufnahme durch die GmbH. Hierzu ergingen entsprechende Beschlüsse der GmbH-Gremien einerseits sowie Beschlüsse für die eventuelle Übernahme von Bürgschaften durch kommunalpolitische Gremien der beiden Hauptgesellschafter LVR und Kreis Euskirchen andererseits.

Hierdurch sowie durch Berücksichtigung dieser Option in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung der GmbH ist die Durchführung der Maßnahmen bis zu einem Volumen von 40,1 Mio. EUR (35,1 Mio. EUR + „max. 5 Mio. EUR) gesichert.



4. PROGNOSEBERICHT

In 2015 wird der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die konzentrierte Durchführung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des Umbaus des "Forums Vogelsang" sowie den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ unverändert an Volumen behalten, d.h. sich weitestgehend auf dem Niveau 2014 bewegen.

Die durch die Maßnahmen am Forum bedingte, bis Spätsommer 2015 andauernde Verlagerung der wesentlichen Aktivitäten der GmbH sowie des Besucherzentrums in das „Kulturkino“ einerseits sowie die anhaltende Baustellensituation rund um das Forum andererseits werden weiterhin zu Einschränkungen im Besucherverhalten und möglicher Weise auch im Jahre 2015 – zumindest bis zur Geländeöffnung rund um das Forum – das Besucherverhalten beeinträchtigen.

Wir erwarten auch für das Geschäftsjahr 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis im Rahmen des durch die Satzung definierten Rahmens von „500.000 EUR“ an maximalem Gesellschafterzuschuss. Basis für das prognostiziert ausgeglichene Ergebnis sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Umsatzerlöse,
- Projektförderungen sowie
- die Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Im Geschäftsjahr 2015 wird der Geschäftsbetrieb von zwei wesentlichen Komponenten geprägt sein:

- 1.) den Abschluss der investiven Maßnahmen und den damit verbundenen, sukzessiven Umzug zurück ins Forum; hierdurch werden grundsätzlich neue betriebliche Randbedingungen eintreten.
- 2.) die mit dem Forum Vogelsang zuwachsenden neuen räumlichen Dimensionen, zusätzlichen Nutzungskomponenten (insbesondere NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum, aber auch Besucherzentrum sowie Panoramagastronomie und -terrasse) sowie die insgesamt deutlich aufwändigere Haustechnik; hierdurch werden der Personal- und Betriebsaufwand, aber auch die Erlöse deutlich steigen.

Durch die insgesamt wesentlich erhöhte, im Jahresverlauf sukzessive steigenden Attraktivität wird bereits für das Jahr 2015 mit einer insgesamt erhöhten Anzahl an Besuchern gerechnet.

5. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Wirtschaftsplanung 2015 beinhaltet insofern ein Risiko, als die genaue Prognose des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte in diesem „Übergangsjahr“ nicht exakt prognostizierbar sind.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang werden nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente werden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und dort beschlossen. Durch die Unwägbarkeiten im Bauablauf und die Komplexität der Projekte können Kostensteigerungen und Förderrisiken nicht in Gänze ausgeschlossen werden. Durch die erfolgten Beschlüsse der Gesellschaft und Gesellschafter sowie die mittelfristig bestehenden Spielräume in der Personaldisposition können auch unvorhergesehene Entwicklungen bei den Investitionsprojekten bis zu einem Mehraufwand von 2 Mio. EUR notfalls aufgefangen werden.

Im Förderbereich kann angesichts der förderrechtlichen Vorgaben und der Dimension der Projekte erfahrungsgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne, zunächst anerkannte und abgerechnete Projektausgaben im Nachhinein, z.B. im Rahmen von Prüfungen durch übergeordnete Stellen wie LRH, BRH oder EU-Prüfstellen, als nicht förderfähig erkannt werden.

Durch die gesellschafterseits gesicherten, frühzeitigen Zahlungen der Eigenanteile der Gesellschafter an dem Gesamtprojekt „Forum Vogelsang“ sowie ein für die Investitionsprojekte genehmigtes Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters LVR bis zu einer Höhe von 6,7 Mio. € ist für das Jahr 2015 von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

Im Jahr 2015 werden zur Zeit außer den oben genannten keine besonderen Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und der Aufsichtsrat bei jeder Sitzung über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten ein kontinuierliches Projektcontrolling mit Berichten an den Aufsichtsrat und die Fördergeber, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel bzw. des Finanzierungsrahmens sicherzustellen.

6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 05.05.2015
gez. Albert Moritz | Geschäftsführer

Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA	Stand		PASSIVA	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	817.555,00	1.007.340,00	3.579.200,00	3.579.200,00
2. Geleistete Anzahlungen	<u>36.500,00</u>	<u>854.055,00</u>	7.882.583,45	8.098.583,45
II. Sachanlagen			710.944,13	710.944,13
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.435.234,94	1.861.490,96		
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	6.528.652,00	7.030.429,00		
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	27.401.622,00	32.351.681,00	5.703.084,54	3.269.300,42
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	10.057,00	14.656,00	17.875.812,12	15.656.026,00
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.568.510,36	3.192.146,48		
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>12.000,00</u>	<u>37.956.076,30</u>		
		<u>1.562.993,69</u>		<u>46.013.397,13</u>
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	50.000,00	50.000,00		
2. Sonstige Ausleihungen	<u>13.444,37</u>	<u>63.444,37</u>	9.280.888,37	9.423.406,38
		<u>38.873.575,67</u>		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Hilfs- und Betriebsstoffe	179.424,39			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.661.613,19	2.029.176,54	696.402,00	667.496,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	3.350.385,25	2.838.415,24	9.522.847,00	9.903.667,00
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	78.016,76	130.526,73		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>649.559,49</u>	<u>6.739.574,69</u>	19.560.052,75	22.901.188,58
		<u>966.936,01</u>	2.855.640,26	3.011.332,09
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			1.318.740,23	596.075,45
	17.149.638,83	11.104.481,34	<u>2.154.972,19</u>	<u>2.996.050,59</u>
	<u>24.068.637,91</u>	<u>17.419.155,49</u>		
C. Rechnungsabgrenzungsposten			502.792,22	537.243,59
	129.331,56	117.649,45		
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
	0,00	44.916,08		
		<u>63.071.545,14</u>	<u>63.071.545,14</u>	<u>64.694.487,68</u>

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014
Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	64.063.272,52	66.550.743,91
2. Sonstige betriebliche Erträge	20.425.262,66	19.398.743,03
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	6.284.718,91	8.173.247,71
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>26.665.149,09</u>	<u>27.287.104,71</u>
	32.949.868,00	35.460.352,42
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	26.371.834,22	27.865.557,69
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.489.492,46	5.677.968,84
	<u>31.861.326,68</u>	<u>33.543.526,53</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.852.963,48	7.735.475,41
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.166.660,17	7.961.650,73
7. Betriebsergebnis	3.657.716,85	1.248.481,85
8. Erträge aus Beteiligungen	3.000,00	3.000,00
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.481,92	17.010,91
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	671.733,90	661.420,59
12. Finanzergebnis	-647.251,98	-641.409,68
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.010.464,87	607.072,17
14. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
16. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
17. Steuern	0,00	0,00
18. Sonstige Steuern	39.938,90	33.977,92
19. Jahresüberschuss	<u>2.970.525,97</u>	<u>573.094,25</u>

Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2014

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2014 weiterhin durch die Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und die Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Die in den letzten Jahren erfolgte Veränderung des Rechtsrahmens zur Finanzierung des ÖPNV brachte wesentliche Veränderungen im Hinblick auf die künftige Finanzierung der Verkehrsleistungen der RVK. Insbesondere ist hervorzuheben, dass die Eigentümer mittelbar oder unmittelbar Empfänger von zuvor an die RVK direkt zugewiesenen Fördermittel oder Ausgleichszahlungen geworden sind. Wie in der Vergangenheit steht es im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt. Diese Entwicklung ist sachgerecht und verstärkt die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen dem RVK-Konzern und ihren Gesellschaftern.

Zu beachten sein wird künftig insbesondere die EU-Verordnung 1370/2007 für den öffentlichen Personennahverkehr und die mit Wirkung zum 01. Januar 2013 erfolgte Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Im Hinblick auf die für die künftige Finanzierung des ÖPNV maßgeblichen Vorgaben der EU-VO 1370/2007 hat die RVK in Zusammenarbeit mit ihren Gesellschaftern Vorbereitungen zur Sicherstellung einer Direktvergabefähigkeit begonnen. Hierzu ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK unter Berücksichtigung der Vorgaben der EU-VO 1370/2007 eingeleitet worden.

Wie bereits seinerzeit durch Unterzeichnung von Vereinbarungen bzw. durch Betrauungsakte, unter Berücksichtigung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 24. Juli 2003 in Sachen Altmark-Trans, mit den Gebietskörperschaften Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis (via Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH) und Kreis Euskirchen den geänderten

rechtlichen Erfordernissen nach der im Jahre 2009 geltenden Rechtslage entsprochen worden ist, wird nun zur Sicherstellung von für die Zukunft rechtssicheren Gestaltungen für die Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der RVK für den Gesellschafter- bzw. Aufgabenträgerkreis ein Vorschlag unter Berücksichtigung der EU-VO (EG) 1370/2007, des neuen PBefG, des ÖPNVG NRW, des TVgG NRW und der aktuellen Rechtsprechung erarbeitet.

Unverändert betreibt die RVK GmbH Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen erbracht.

Ein strategischer Aufgabenschwerpunkt des Jahres 2014 lag in der Umsetzung der Neuorganisation des Bedienungsgebietes Oberbergischer Kreis. Die RVK hat sich zum 31. Dezember 2013 aus dem operativen Geschäft im dortigen Verkehrsgebiet nahezu vollständig zurückgezogen. Die Verkehrserbringung der bisher von der RVK gefahrenen Leistungen erfolgt nach einem Betriebsübergang gemäß § 613 a BGB seit dieser Zeit durch die Verkehrsgesellschaft Bergisches Land GmbH (VBL). Weitere Einzelheiten hierzu siehe unter Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Seite 9).

Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifrahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) eingebunden. Tarifgestaltung und Ticketangebot innerhalb des aktuellen Tarifrahmens entsprechen nicht (mehr) den Anforderungen an ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes, also, eines an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung im Verkehrsgebiet der RVK orientierten Systems. Insbesondere die gravierenden demografischen Veränderungen in den eher ländlich strukturierten Bereichen unserer Region, machen ein nahezu ausschließlich nachfrageorientiertes Nahverkehrsangebot notwendig, wenn das Ziel, allen Menschen, ganz gleich in welcher Lebenssituation oder welchen Alters, einen Zugang zum öffentlichen Verkehrsangebot zu sichern, umsetzbar bleiben soll.

Hierzu sind intelligente Vertriebslösungen, wie z.B. der „Ticket- und bargeldlose Zugang“ seitens der Verkehrsunternehmen ebenso erforderlich wie Öffnungsklauseln im Rechtsrahmen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen (BO Kraft), die es z.B. ermöglichen „ad hoc-Haltestellen“ einzurichten oder die Anforderungen an das einzusetzende Verkehrsmittel zu flexibilisieren.

Geschäftsverlauf

Im RVK-Konzern sind die Gesamtfahrleistungen im Berichtsjahr 2014 deutlich gesunken und umfassen insgesamt 24,84 Mio. Km (Vorjahr 26,79 Mio. Km). In den einzelnen Verkehrsarten waren im Berichtsjahr sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Die Linienverkehre nach § 42 PBefG sind im Vorjahresvergleich geringfügig um 0,26 % (+26.805 Km) gestiegen. Bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG ist ein weiterer Rückgang in Höhe von 1,96 % (-69 Km) zu verzeichnen.

Eine Minderung hat sich auch bei den AST-Verkehren ergeben. Diese sind um 12,04% (- 7.305 Km) zurückgegangen. Auch bei den TaxiBus-Leistungen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Dieser beträgt 2,74% (-28.378 Km). Eine Zunahme in Höhe von 2,00% (+1.393 Km) ist beim Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG festzustellen.

Beim Notverkehr beträgt die Veränderung 23,49 % (-30.176 Km).

Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind um 12,92 % (-1.924.461 Km) zurückgegangen. Grund für diesen Rückgang ist im Wesentlichen der Betriebsteilübergang der Niederlassung Gummersbach und der Zweigniederlassung Waldbröl an die Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) zum 01. Januar 2014.

Wie in den Jahren zuvor wird die RVK angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot anregen, wenn und soweit durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder TaxiBus) ein öffentliches Mobilitätsangebot

sichergestellt werden kann. Bei entsprechender Berücksichtigung in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften und entsprechender Beschlusslage des Aufgabenträgers wird die RVK diese Angebote umsetzen. Auch die flexiblere Verwendung von verschiedenen Größen der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, ist eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.

Zusammenfassend kann der Verlauf des Geschäftsjahres 2014 als insgesamt positiv bezeichnet werden.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind lediglich auf der Ebene der Muttergesellschaft und in einem Umfang von ca. 1.562 T€ getätigt worden.

Auf Konzernebene ergibt sich somit ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von 1.562 T€. Die Investitionen wurden überwiegend im Bereich Busbeschaffung (1.144 T€) und Software (228 T€) getätigt.

Die finanziellen Mittel haben sich im Vorjahresvergleich im Konzern um 6.045 T€ erhöht.

Wesentliche Rückstellungen sind im Anhang erläutert.

Die Höhe der Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 1.623 T€ auf 63.072 T€ gesunken. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung um 1.820 T€ auf 62.975 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2014 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 33,23% (Vorjahr 28,33%). Bei der Muttergesellschaft beträgt die Eigenkapitalquote 33,26 % (Vorjahr 28,25%).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgt grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, sowie aus Abschreibungen und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung.

Bei den in Vorjahren in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen für die Busbeschaffung und für das Bauvorhaben in Meckenheim ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 3.341 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 19.560 T€.

Von der RVK wurden für Zwecke der Zinssicherung zwei Zinsbegrenzungsgeschäfte (Cap) mit Laufzeiten bis 2014 (endete am 30. November 2014) bzw. 2017 abgeschlossen. Der Abschluss der Zinssicherungsgeschäfte erfolgte in Zusammenhang mit Darlehen zu Busbeschaffungen der Jahre 2004 und 2007. Im Berichtsjahr wurden Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Die voraussichtliche Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel, bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung der Muttergesellschaft RVK ist aus heutiger Sicht – auf Grund der unterjährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Geschäftsjahr 2014 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2014	2013
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.210	10.359
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.846	-9.882
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-3.209	4.471
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	5.847	4.948
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	10.998	6.050
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	16.845	10.998

Ertragslage

Das positive handelsrechtliche Jahresergebnis 2014 in Höhe von rd. 2.971 T€ ist geprägt von den im Geschäftsjahr erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Nahverkehr der Gebietskörperschaften Kreis Euskirchen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis, sowie durch außerordentliche Erträge im Zusammenhang mit der Veräußerung von Anlagevermögen (Betriebsteilübergang Oberberg). Außerdem erfolgte im Geschäftsjahr 2014 eine Anpassung/Minderung der Rückstellung für das Risiko einer Rückzahlungsverpflichtung der RVK an den Verkehrsverbund Rhein-Sieg für die Jahre 2009 bis 2013 in Höhe von insgesamt 938 T€. Eine steuerrechtliche Verpflichtung der Gesellschaft ergibt sich aufgrund dieses Ergebnisses allerdings nicht, da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von rd. 11.128 T€ keiner ertragsteuerlichen

Berücksichtigung unterliegen und außerhalb der handelsrechtlichen Bilanz (für Zwecke der Besteuerung) abzusetzen sind.

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Die Umsatzerlöse sind im RVK-Konzern um insgesamt ca. 2.487 T€ auf 64.063 T€ gesunken, bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung um ca. 2.555 T€ auf 66.203 T€. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen eine Folge des Betriebsteilübergangs im Oberbergischen Kreis.

In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG eine Steigerung zu verzeichnen (+9,74%). Im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG ist eine Steigerung zu verzeichnen (+22,51%). Beim freigestellten Schülerverkehr ergibt sich eine Minderung (-12,08 %). Aufgrund des Betriebsteilübergangs im Oberbergischen Kreis sind die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen im Vorjahresvergleich gesunken (-9,34 %).

Bei den Abgeltungen nach SGB IX ist nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen eine Steigerung um 107 T€ (+14,39%) zu verzeichnen.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.664 T€ (+10,91%).

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 3.870 T€ auf 80.831 T€ vermindert. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung um 3.967 T€ auf 83.022 T€, im Wesentlichen verursacht durch geringere Aufwendungen in den Bereichen Dieseleinkauf und Personalaufwand.

Auf Konzernebene beträgt der Rückgang bei den Personalkosten 1.682 T€. Bei der Muttergesellschaft ist ein Rückgang um 2.901 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Eine

Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Minderung um 69 Personen (RBR +22, RVK -91).

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 2.510 T€ gesunken. Auf der Ebene der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung in Höhe von 1.408 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern um 205 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 224 T€ gestiegen.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 611 T€ aufgewendet.

Den Zinsaufwendungen stehen auf Konzernebene Zins- und Beteiligungserträge in Höhe von 24 T€ gegenüber. Diese Erträge betreffen nur die Muttergesellschaft RVK.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Neuorganisation im Oberbergischen Kreis

Seit Gründung der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land GmbH (VBL) als gemeinsame Tochter der RVK und der OVAG am 15. November 2001 bestand die Absicht, den Betrieb von VBL, OVAG und RVK auf einem gemeinsamen Betriebshof zu organisieren. Hierzu wäre es erforderlich gewesen, den Betriebshof der RVK in Gummersbach, Kölner Straße 260 - 264, aufzugeben und ihn in den Betriebshof der OVAG auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu integrieren, bei gleichzeitiger Verwertung der RVK-Liegenschaft. Darüber hinaus sollte für einen integrierten Betrieb auch das RVK-Grundstück in Waldbröl, Brölbahnstr.17, auf die OVAG übergehen.

Unabhängig von den vorstehenden Überlegungen, die aber bis Mitte 2013 nicht zum Erfolg geführt haben, hat die OVAG mitgeteilt, dass der Kreistag des Oberbergischen Kreises die

OVAG mit Beschluss vom 10. Oktober 2013 veranlasst hat, ihren Anteilsbesitz an der RVK abzugeben. Damit wurde der Rückzug der RVK aus dem Oberbergischen Kreis unumgänglich, da eine Vergabe der Verkehrsleistungen durch die OVAG an die RVK über 2016 hinaus nach einer Anteilsabgabe rechtskonform nicht gestaltbar ist.

Ausgestaltet durch eine „Rahmenvereinbarung“ wurden u.a. folgende konkretisierende Regelungen und Maßnahmen entwickelt und in 2014 planmäßig und beschlussgemäß umgesetzt:

Die hierdurch erforderlich gewordene Neuorganisation auf oberbergischem Verkehrsgebiet wurde auf der Basis der Beschlüsse von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung von Dezember 2013 im Rahmen eines Übergangs des RVK-Betriebsteils im Oberbergischen Kreis auf die VBL gemäß § 613 a BGB zum 01. Januar 2014 sozialverträglich, d. h. ohne betriebsbedingte Kündigungen, umgesetzt.

a. Personal

Die VBL hat von der RVK das gesamte Fahrpersonal und den betriebsnahen Verwaltungsdienst mit Ausnahme von zwei in den Ruhestand wechselnden Personen übernommen. Bereits im November 2013 wurde für alle Reinigungskräfte der RVK eine Beschäftigungssicherung über einen privaten Dienstleister realisiert, der die Reinigung der Omnibusse für die VBL übernimmt.

b. Fahrzeuge

Die VBL hat von der RVK 21 teilabgeschriebene Busse (KOM) erworben und für eine Übergangszeit bis Oktober 2014 weitere 4 KOM und 2 GOM der an den Standorten Gummersbach und Waldbröl bisher eingesetzten RVK-Omnibusse angemietet.

Die restlichen Busse wurden zum Bestpreis an private Käufer veräußert.

c. Grundstücke und Gebäude

Ursprünglich war beabsichtigt, beide Grundstücke im Paket an die OVAG zum Preis von 1.550 T€ zu veräußern. Da es aber gelungen ist, für das Grundstück in Gummersbach ein Kaufangebot eines anderen Interessenten zu erhalten, das über dem ursprünglichen Angebot der OVAG lag, hat der Aufsichtsrat der RVK in seiner 146. Sitzung am 25. März beschlossen, diesem Angebot den Zuschlag zu erteilen. Beide Verkäufe wurden in 2014 abgewickelt und die Kaufpreise sind eingegangen.

Über die Veräußerungserlöse hinaus sind Mieterträge bis zu den Zeitpunkten der Veräußerungen für Waldbröl (vom 01.01.2014 bis 30.11.2014) in Höhe von 27.500 € und Gummersbach (vom 01.01.2014 bis 10.11.2014) in Höhe von 88.000 € erzielt worden, die in dem ursprünglichen Restrukturierungspotenzial nicht enthalten waren.

Die Erträge zur Abdeckung der Restrukturierungskosten erhöhen sich somit um die Mieterträge und den zusätzlich generierten Veräußerungserlös für Gummersbach um insgesamt rd. 225.000 €.

d. Remanenz-Kosten und zusätzliche Erträge

Durch den oben beschriebenen Betriebsübergang ist bezogen auf die Niederlassung Gummersbach und die Zweigniederlassung Waldbröl weder betrieblich noch wirtschaftlich eine Remanenz entstanden. Wenn die verkehrliche Leistung und alle den Niederlassungen Waldbröl und Gummersbach zuzurechnenden Personale, Betriebsmittel und Liegenschaften auf die VBL/OVAG übertragen werden, bleiben hiervon jedoch die Kosten der Hauptverwaltung zunächst unberührt. Auf Basis des bei der RVK anzuwendenden fahrleistungsbasierten Umlageschlüssels wurden bisher Personal- und Sachkosten der Hauptverwaltung in Höhe von insgesamt 800 T€ p.a. auf den Auftragsverkehr VBL/OVAG umgelegt. Diese Summe verbleibt zunächst als Remanenz. Nahezu die Hälfte dieses Betrages konnte durch die Erbringung von Dienstleistungen für die VBL in 2014 ausgeglichen werden.

Mittelfristig ist der verbleibende Kostenüberhang zu eliminieren und durch zusätzliche Erträge auszugleichen. Das hierzu beschlossene Remanenzkostenkonzept ist im Jahre 2014 eingehalten, bzw. leicht übertroffen worden.

e. gesellschaftsrechtliche Veränderungen

In den Sitzungen von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung im Dezember 2013 ist die Geschäftsführung beauftragt worden, mit dem Oberbergischen Kreis und der OVAG Gespräche über das Ansinnen der OVAG, ihren Geschäftsanteil an der RVK zu veräußern, zu führen. Hintergrund dieses Wunsches ist die europarechtliche Notwendigkeit gegenseitige gesellschaftsrechtliche Beteiligungen der RVK und der OVAG zu vermeiden. Diese Notwendigkeit besteht sowohl für die OVAG zur Erlangung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages durch den Oberbergischen Kreis als auch für die RVK zur Erlangung öffentlicher Dienstleistungsaufträge durch ihre Gesellschafter bzw. dahinter stehende Aufgabenträger, aktuell des Rhein-Sieg-Kreises.

Im Verlauf der Gespräche im Jahre 2014 hat der Oberbergische Kreis signalisiert, einen Anteil von 2,5 % an der RVK von der OVAG übernehmen zu wollen. Ein entsprechender Beschluss ist im Kreistag des Oberbergischen Kreises in der Sitzung am 11.12.2014 gefasst worden. Um die gesellschaftsrechtliche Entflechtung von RVK und OVAG zügig vornehmen zu können, ohne dass bereits ein Gesellschafter bzw. mögliche neue Gesellschafter an die Stelle treten müssen, wurde seitens der Geschäftsleitung der RVK vorgeschlagen den verbleibenden Anteil von 10 % durch die RVK selbst erwerben zu lassen.

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der RVK haben in Ihren Sitzungen im Dezember 2014 sowohl der Abtretung eines Geschäftsanteils von 2,5 % von der OVAG an den Oberbergischen Kreis, wie auch dem Erwerb eigener Geschäftsanteile in Höhe von 10% durch die Gesellschaft selbst zugestimmt. Die Umsetzung erfolgt unverzüglich, sobald die erforderlichen Genehmigungen der für den jeweiligen Gesellschafter zuständigen Gremien vorliegen.

Zusammenfassende Bewertung der Maßnahme

Die Neuorganisation ist, sowohl bezogen auf die betrieblichen Abläufe als auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in 2014 planmäßig verlaufen bzw. umgesetzt worden. Die zur Erlangung öffentlicher Dienstleistungsaufträge europarechtlich erforderliche gesellschaftsrechtliche Entflechtung ist weit fortgeschritten und wird im Jahre 2015 abgeschlossen.

Umsetzung von Ergebnissen der Organisationsanalyse

Zum Abbau von durch den Wegfall des Fahrleistungsauftrages im Oberbergischen Kreis entstehenden Remanenz-Kosten und zur Verbesserung der Kostenstruktur der RVK wurde die Einleitung von Restrukturierungsmaßnahmen in der allgemeinen Verwaltung der RVK angestoßen.

Die Geschäftsführung der RVK hat die, in dieser Fragestellung renommierte, Unternehmensberatung Prof. Wieselhuber und Partner, München, mit einer Organisationsanalyse zur Feststellung von Kostensenkungs- und Effizienzpotentialen beauftragt. Zur Umsetzung wurden durch Tätigkeitsstrukturanalysen (TSA) stellenbezogene Profile erstellt, Schnittstellenaufwand überprüft und Organisationsstrukturen analysiert. Als Ergebnis wurden Potentiale festgestellt, die durch Organisationsänderungen gehoben werden könnten. Die Sachkosten wurden auf sinnvolle Einsparmöglichkeiten geprüft und mögliche Einnahmenverbesserungen identifiziert.

Die Geschäftsführung hat hieraus eine Veränderung der Organisationsstruktur erarbeitet.

Insbesondere sollen Einspareffekte im Personalbereich erzielt werden durch Zusammenführung von Führungsebenen insbesondere im Bereich Betrieb, Zuordnung typischer Stabsfunktionen und Entlastung der Linie von Stabs- und Projektfunktionen, Eingliederung von Betriebs- und Einsatzplanung in den Geschäftsbereich „Produktion“ und IT=Informationstechnik in den Geschäftsbereich „Wirtschaft“, Verkürzung EBE-Prozess (EBE=Erhöhtes Beförderungsentgelt „Schwarzfahrer“), Verstärkung des Bereichs „Personalentwicklung“ und „Ausbildung“ zur Steigerung der multiplen Verwendbarkeit

vorhandener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer ganzheitlich durchzuführenden Ausbildung neu einzustellenden Fahrpersonals.

Insgesamt wird mit einem positiven, mittelfristigen Effekt von ca. 695.000,- Euro gerechnet.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Umsetzung aufgrund vertraglicher Bindungen (z.B. im Auftragsunternehmerbereich oder Mietverträgen bei den Sachkosten oder Arbeitsverträgen) nicht sofort, sondern schrittweise erfolgen wird und dass identifizierte Potentiale nicht gleichzusetzen sind mit sofortigen Einsparungen. Zudem ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Potentiale nicht inflationiert sind und tarifvertragliche Veränderungen nicht antizipiert sind.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen wurde unmittelbar begonnen. Zum Stand 1.4.2015 sind 7 Vollzeitstellen (VZ) konkret vorgesehen mit einem Volumen von ca. 330.000,- Euro, wobei die vollständige Ergebniswirksamkeit erst im Jahre 2016 eintritt. Letzteres hängt mit der arbeitsrechtlichen Umsetzung zusammen.

Bei Verfolgung des Zieles, keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, rechnet die Geschäftsführung damit, bis zum Jahre 2018 die Potentiale zu heben.

Es ist jedoch darauf aufmerksam zu machen, dass sich weitere gesetzliche, bürokratische oder beauftragte Anforderungen an den Personalbestand nicht abschließend absehen lassen.

Im Bereich der Sachkosten ist ein Einsparpotential von ca. 500.000,- Euro identifiziert worden. Die Umsetzung dieser zum Teil nur abschätzbaren Kostensenkungen wird durch Arbeitsgruppen und Prüfaufträge angegangen. Der wesentliche Teil der Einsparung wird im Bereich des Kraftstoffverbrauchs unter konsequenter Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen wie „clever lenken, Kosten senken“, Schulungsmaßnahmen und weitere Umstellung der Fahrzeugflotte auf kraftstoffsparende Antriebsarten gesehen. Weiter sind Buswartungskosten durch Umstellung der Systematik von Wartungsverträgen und Verjüngung der Busflotte einsparbar. Die sinkenden Personalzahlen werden Senkung von Mietkosten und ggf. Konsequenzen im Fuhrpark erzeugen. Schließlich sind laufende Anpassungen im Bereich Serverkosten und Kommunikationskosten vorgesehen.

Auch in diesem Bereich ist darauf hinzuweisen, dass die Effekte ggf. durch gegenläufige Tendenzen (insbesondere bei Kraftstoffkosten und Kosten der Buswartung) neutralisiert werden.

Weiterhin wird durch die Geschäftsführung eine grundsätzliche Änderung der Rahmenbedingungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung des Fahrpersonals forciert, welche externe Kosten in erheblichem Umfang einsparen soll.

Auf der Einnahmenseite sollen im Bereich der Dienstleistungen, der Werbung und der Mieteinnahmen Effekte von insgesamt ca. 100.000,- Euro erzielt werden. Hierbei ist jedoch die Marktlage nicht abschließend absehbar.

Zusammenfassend werden nachfolgend die aktuellen Maßnahmenschritte aufgeführt:

- Ab 01. Januar 2015 hat die Geschäftsführung eine neue Organisationsstruktur in Kraft gesetzt (neues Organigramm)
- Erste personelle Entscheidungen zum Abbau identifizierter Kapazitäten sind in Umsetzung begonnen (7 VZ)
- Projektgruppen im Sachkostenbereich und im Erlösbereich sind vorgesehen bzw. eingesetzt.

Die vollständige Ergebniswirksamkeit wird ab Geschäftsjahr 2019 erwartet.

Zukunftskonzepte für die Mobilitätsversorgung der ländlichen Region

Die durch die RVK seit 2008 initiierten Zukunftsprojekte, welche sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels in den Städten und Gemeinden unserer Region beschäftigen, wurden auch im Jahr 2014 fortgeführt.

Hierbei handelte es sich sowohl um die auf spezifische kommunale Interessen angelegte Untersuchungsreihe „Mobilitätssicherung und sichere Mobilität älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen (MoSiM)“ als auch um die Untersuchung „Regionale Mobilitätssicherung 2030 (RegioM 2030)“.

Die Abschlussveranstaltung „RegioM 2030“ hat am 20. März 2014 mit über 100 Teilnehmern in Kooperation mit dem Verein Region Köln/Bonn stattgefunden. Im Sinne der Übertragbarkeit auf andere Kommunen steht die Palette der Maßnahmensteckbriefe zur Überprüfung der Adaptierbarkeit im Mittelpunkt der weiteren Projektumsetzung. Die RVK wird die weiteren Schritte in ihrem Bedienungsgebiet und auf Anfrage auch darüber hinaus begleiten.

In diesem Sinne hat sich die RVK mit einem eigenen Projektbeitrag an dem gemeinsamen Antrag des Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreises im Rahmen des Leader-Wettbewerbs 2015 beteiligt. Im Projektraum des Bergischen Talsperrenlandes wird ein (Fahrrad-)Busverkehr (Titel: Bergischer Wasserbus) angeboten, der sowohl für Wanderer als auch für Rad- und Mountainbiker die Freizeitwege um die Große Dhünntalsperre und die Talsperren des Wasserquintetts erschließt und somit die Erreichung des jeweiligen Ausgangspunktes garantiert. Das Projekt erhält eine energetische Komponente durch den Einsatz emissionsfreier Fahrzeuge. Es wird eine „blaue Linie“ kreiert, auf deren (Teil-) Streckenverlauf ein Wasserstoffbus die Erschließung unter dem Titel „Mit Wasserstoff ins Wasserland“ sichert. Über den Antrag wird im Rahmen des Leader-Wettbewerbs im Sommer 2015 entschieden.

Umweltschutz und Ressourcenschonung

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern.

Konzernweit wurde, in enger Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Umweltbeauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge getroffen, um Notfälle zu vermeiden. Gleichzeitig haben wir uns verpflichtet transparent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeit zu informieren.

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse müssen mindestens die Grenzwerte der Schadstoffklasse Euro 6 einhalten.

Zudem fördert die RVK erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten durch praxisnahe Projekte, wie z. B. den Einsatz der ersten beiden Brennstoffzellen-Hybridbusse im regulären Linienverkehr in NRW seit September 2011 und die Inbetriebnahme von Photovoltaikanlagen an den RVK-Standorten Bergheim (Rhein-Erft-Kreis), Euskirchen (Kreis Euskirchen), Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) und Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) in den Jahren 2011 und 2012. Am Standort in Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) wurde zudem im Jahre 2013 ein Solarcarport inklusive zwei Elektro-Ladestellen installiert.

Dieser Weg der stetigen Verbesserung der Umweltbilanz soll auch in Zukunft konsequent weitergegangen werden.

Projektumsetzung E-PKW

Im Zuge des Förderprojekts „colognE-Mobil“ hat die RVK im Juli 2013 drei E-Pkw (Ford Focus Electric, zwei C-Max Plug-In Hybrid) angeschafft. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird mit 50 % durch den Bund bezuschusst.

Bereits seit April 2013 kommt in Hürth ein Ford Transit Connect Electric aus der Phase I des Projekts „colognE-Mobil“ als „Fahrertaxi“ zum Einsatz und ersetzt das bisher eingesetzte Diesel-Fahrzeug. Dieses Fahrzeug wird der RVK durch die Ford Werke GmbH kostenneutral zur Verfügung gestellt. Die Leihvereinbarung galt bis zum 31. Dezember 2014, und wurde bis zum 31. Dezember 2015 verlängert.

Im Oktober 2013 wurden der RVK zwei weitere rein elektrische Fahrzeuge durch die Firma e-Wolf übergeben. Im Dezember 2013 desselben Jahres und im März 2014 folgten zwei weitere E-Nutzfahrzeuge. Die Fahrzeuge der Firma e-Wolf hat die RVK im Zuge des Projekts NiVVE

(Nutzfahrzeuge im Vergleich – Verbrennungs- vs. Elektromotor) bezogen. Dieses Projekt wird mit einer Förderquote von 50 % durch das Land NRW gefördert und hat eine Laufzeit bis Mitte 2015.

Ein weiterer E-PKW wurde der RVK von Ford im April 2015 kostenlos zur Verfügung gestellt.

Ab dem 30. April 2015 hat die RVK den ersten Brennstoffzellen-PKW in ihrem Fuhrpark aufgenommen. Es handelt sich um einen ix 35 der Firma Hyundai mit einer Reichweite von ca. 600 km. Somit verfügt die RVK zurzeit über 10 E-Pkw.

Zusätzlich zum Erwerb und Einsatz von E-Fahrzeugen ist es auch Ziel der Bemühungen der RVK, den Ausbau der Ladeinfrastruktur voranzutreiben. Zusätzlich zu der bereits auf dem Betriebshof in Meckenheim eingerichteten E-Ladesäule ist im September 2013 eine weitere an der Hauptverwaltung der RVK am Theodor-Heuss-Ring in Köln aufgestellt worden.

Projektumsetzung Brennstoffzellen-Hybridbusse auf Wasserstoffbasis

Seit September 2011 hat die RVK zwei Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs „Phileas“ von VDL im Linienverkehr im Rhein-Erft-Kreis im Einsatz. Der Einsatz der Fahrzeuge und die innovative Brennstoffzellen-Technologie werden seither kontinuierlich evaluiert und optimiert.

Um den eingeschlagenen Weg des Aufbaus eines nachhaltigen und emissionsfreien ÖPNV konsequent weiterzugehen, wurden im April 2014 zwei weitere Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs A330 FC von Van Hool beschafft. Die Fahrzeuge wurden am 06. Mai 2014 der Öffentlichkeit in Brühl vorgestellt. Seit Mai 2014 werden diese im Linienverkehr in Brühl und Hürth eingesetzt.

Um die hochgesteckten Umweltziele zu erreichen, wurde das ambitionierte Projekt „Null Emission“ ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, ab 2030 ausschließlich Null-Emissions-Fahrzeuge zu beschaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt, soll die notwendige Infrastruktur

aufgebaut sowie bereits eine signifikante Anzahl an Null-Emissions-Fahrzeugen beschafft werden.

Im Oktober 2014 hat deshalb die RVK, gemeinsam mit anderen Organisationen und Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen, eine Absichtserklärung mitgezeichnet, in welcher die verstärkte Nutzung des Brennstoffzellenantriebs in den Bussen des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen und die namhafte Förderung der Anschaffung von rund einhundert Brennstoffzellenbussen und einem entsprechenden Tankstellenetz bis 2020, gefordert wird.

Damit möchte die RVK in allen Städten und Kreisen ihres Bedienungsgebietes den Einsatz von Brennstoffzellenbussen ermöglichen, womit gleichzeitig die strategische Vision verbunden ist, künftig die bislang getrennten Sektoren Energie und Verkehr zu verknüpfen.

Aktuell ist die RVK der einzige Betreiber von Bussen mit Brennstoffzellenantrieb in Nordrhein-Westfalen und verfügt dadurch über einen nicht hoch genug einzuschätzenden organisatorischen, betrieblichen und technischen Wissensvorsprung.

Aufgrund der im November 2014 verabschiedeten gemeinsamen Erklärung der führenden europäischen Nutzfahrzeughersteller, bis zum Jahr 2020 etwa 1.000 Brennstoffzellenbusse herzustellen und mit Partnern eine flächendeckende Tankstelleninfrastruktur schaffen zu wollen, ist offensichtlich ein entscheidender Durchbruch bei der Nutzung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie im straßengebundenen Nahverkehr erreicht worden.

Die RVK handelt, soweit irgend möglich, in allen Konzern-Bereichen umweltbewusst und ressourcenschonend. Neben dem Einkauf und Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeuge und Kraftstoffe zählt hierzu u. a. auch die Nutzung von Regen- und Brauchwasser in allen unseren Fahrzeugwaschanlagen sowie die strikte Trennung sämtlicher Abfallarten, sofern diese nicht zu vermeiden sind.

Der schonende und sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen ist ebenfalls Teil der Unternehmensphilosophie. So ist Energieeinsparung in den Betriebs- und Verwaltungsbereichen gelebte Praxis.

Die geschilderten Maßnahmen und Projekte, die Ganzheitlichkeit des Ansatzes, die erfolgreichen bisherigen Bemühungen sowie der Nachweis über deren Nachhaltigkeit haben dazu beigetragen, dass die Konzernunternehmen der RVK im März 2011 Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001:2009 haben.

Warum gerade die Themen „Kraftstoffverbrauch“, „Suche nach alternativen Treibstoffen“ und Nachhaltigkeit, insbesondere auch aus wirtschaftlicher Sicht von grundlegender Bedeutung für die RVK und ihre kommunalen Eigentümer sind, zeigt alleine die Tatsache, dass der RVK-Konzern am Ende des Berichtsjahres über 286 eigene Omnibusse verfügte, mit denen 51 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Hierfür wurden, trotz einer breit angelegten und intensiv betriebenen Einsparkampagne, ca. 5,8 Millionen Liter Dieselmotorkraftstoff verbraucht. Für die weiteren 49 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 325 Omnibusse von privaten Omnibusunternehmen eingesetzt, wobei der Anteil der Leistungserbringung durch eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also der so genannte Regieverkehr, strukturell bedingt in den verschiedenen Gebietskörperschaften unseres Bedienungsgebietes sehr unterschiedlich ist.

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Die Situation der Einnahmenaufteilung im VRS ist immer noch von der Diskussion über die Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 geprägt. Es ist insgesamt eine Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlich geprägten Raum in die Ballungsräumen einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene festzustellen, was naturgemäß negative Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten hat. Das formal erforderliche Schiedsverfahren nach dem zwischen den Verkehrsunternehmen geschlossenen Einnahmenaufteilungsvertrag hat nicht zu einer abschließenden Beschlussfassung über die Einnahmenaufteilung geführt. Eine

einstimmige Feststellung des Ergebnisses der Jahresabrechnung 2009, in der Folge des Schiedsgutachtens, ist in der Sitzung des Beirates der Unternehmen im VRS am 13. März 2014 endgültig gescheitert.

Inzwischen sind mehrere Klageverfahren anhängig gemacht worden.

Der Verfahrensverlauf ist verzögert, so dass erst im Mai 2015 ein erster Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt ist.

Die RVK ist an keinem dieser Verfahren, weder als Klägerin, noch als Beklagte, beteiligt, da sie der Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 zugestimmt hat.

Das Risiko einer Zahlungsverpflichtung der RVK für die Jahre 2009 ff in den „Verbundtopf“ wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 für die Geschäftsjahre 2009 – 2014 in Höhe von jährlich rd. 1,07 Mio. Euro berücksichtigt.

Nach einer, aus Sicht des Berichterstatters, verlässlichen mündlichen Zusage der Vertreter der anspruchsberechtigten Verkehrsunternehmen (prägend sind dies die DB Regio NRW AG und die Kölner Verkehrs-Betriebe AG) entstehen dem RVK-Konzern keine Zinsverpflichtungen aus diesen, nach wie vor von einigen Unternehmen bestrittenen „offenen Forderungen“, da sie ihre Zustimmung zur Ergebnisfeststellung der Verkehrserhebung 2009 gegeben hat.

Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Das am 01. Mai 2012 in Kraft getretene Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) konnte inzwischen bezüglich seiner Auswirkungen auf die künftigen Beauftragungen von Unternehmen durch die RVK und der Beauftragungen der RVK durch ihre Eigentümer tiefgreifender analysiert werden.

Öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne der Verordnung (EG)1370/2007 dürfen künftig nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, „die sich bei Angebotsabgabe schriftlich

verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen.“

Durch die Verordnung zur Feststellung der Repräsentativität von Tarifverträgen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (repräsentative Tarifverträge VO – RepTVVO) vom 31. Oktober 2012 wurde festgelegt, dass der repräsentative Tarifvertrag im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs der Spartenarbitrarentwurf Nahverkehrsbetriebe (TV-N) ist.

Zwar ist für die RVK davon auszugehen, dass grundsätzlich bei künftigen Beauftragungen der RVK auf der Basis der EU-VO (EG) 1370/2007 der TV-N als repräsentativer Tarifvertrag anzuwenden wäre. Gleichzeitig würde gelten, dass die RVK als Auftragnehmerin bei zukünftigen Vergaben ihre Subunternehmer ebenfalls zur Tariftreue verpflichtet.

Insoweit die RVK öffentliche Dienstleistungsaufträge durch ihre Eigentümer erhält, ist jedoch davon auszugehen, dass diese öffentlichen Dienstleistungsaufträge – im Rahmen einer Inhouse-Beauftragung - nicht von der Verpflichtung zur Anwendung des TV-N erfasst werden. Dennoch ist die Tendenz zum Abschluss deutlich höherer Tarifabschlüsse – auch aufgrund des Drucks der Gewerkschaften in Richtung TV-N – zu erkennen mit entsprechender Wirkung auf die Kosten.

Zwischenzeitlich eingereichte Klagen des Arbeitgeberverbandes AGVDE, an welcher die RVK maßgeblich beteiligt ist und des NWO gegen die Anwendung des Tariftreuegesetzes bzw. der TVVO werden ebenso zu beobachten sein, wie Vorlageverfahren vor dem EuGH aufgrund von Entscheidungen von OLG-Vergabesenaten.

Unstrittig findet das TVgG nicht Anwendung bei vorhandenen Beauftragungen durch die Aufgabenträger und bei vorhandenen Subunternehmerverträgen. Für das Jahr 2015 wird deshalb nicht mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Kostenstruktur gerechnet, sondern mit

– allerdings nicht genau zu beziffernden - Mehrkosten im Hinblick auf die Tariflandschaft allgemein.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (R&C-Management)

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Früherkennungssystem eingerichtet. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind ein Risikokatalog, der alle wesentlichen Risiken der einzelnen Konzernbereiche umfasst, sowie ein Maßnahmenkatalog, aus dem für jedes erfasste Risiko die notwendigen Handlungen im Falle eines Risikoeintritts abzuleiten sind.

Die bestehenden Risiken werden monatlich von der Arbeitsgruppe „Risiko- und Chancen-Management“ untersucht und ggf. neu bewertet. Über die Ergebnisse wird der Aufsichtsrat der RVK in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des R&C-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage

Im Zuge der Umsetzung des Betriebsteilübergangs im Oberbergischen Kreis kam es im Bereich dieser Auftragsabwicklung zu einem entsprechenden Personalrückgang (-69 Personen) und das bisher bei der RVK in diesem Bereich notwendige Betriebsvermögen wurde veräußert. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um die Grundstücke und Gebäude in Gummersbach und Waldbröl, sowie die bisher für die Auftragsabwicklung benötigten 39 Standardlinienbusse

(davon 2 Gelenkbusse) und die entsprechende Betriebs- und Geschäftsausstattung / Technik.

Für die Jahre 2015 und 2016 werden lt. beschlossenen Wirtschaftsplan positive Betriebsergebnisse in Höhe von ca. 1.140 T€ bzw. 1.055 T€ erwartet. Wesentliche Veränderungen der Vermögens- und Finanzlage sind weder auf Ebene der Muttergesellschaft noch im Konzern zu erwarten. Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dieser Jahre kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Die geplanten Gesamtfahrleistungen für die Jahre 2015 und 2016 liegen in einer Größenordnung von jeweils rd. 25,1 Mio. Wagenkilometer.

Arbeitsziele der Geschäftsführung

Die wesentlichen Arbeitsziele der Geschäftsführung des RVK- Konzerns sind:

1. Den Eigentümern bzw. Aufgabenträgern sowie allen sonstigen Auftraggebern des Konzerns unter dem Vorsatz des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen, welche den spezifischen Wünschen und Anforderungen der uns Beauftragenden gerecht wird.
2. Die Erbringung von Dienst- und Fahrleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden sowie den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden, als die zentrale Aufgabenstellung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.

4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.
6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen und marktgerechten Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.
7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern.

Um die Zukunftsfähigkeit zu sichern werden u.a. die Inhalte der Projekte: „Überarbeitung der Verbundstruktur und des Tarif- und Vertriebssystems im VRS“, MoSiM, RegioM, Null Emission“ weiter verfolgt und ständig aktualisiert, als wesentliche Teilaspekte zur Verdeutlichung der Innovationsfähigkeit des RVK-Konzerns. Hierzu zählt insbesondere die Weiterentwicklung der Wasserstoff-Technologie. Zur weiteren, intensiveren Nutzung dieser emissionsfreien Zukunftstechnologie wird die Geschäftsführung daher ein Handlungskonzept für die einzelnen Verkehrsgebiete entwickeln und mit den jeweils betroffenen Aufgabenträgern bzw. Auftraggebern abstimmen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich, sofern nicht bereits ausgeführt, erkennbar nicht ergeben.

Köln, 18. Mai 2015

Regionalverkehr Köln GmbH

Eugen Puderbach

Geschäftsführer

RVK-Bilanz zum 31. Dezember 2014

	31.12.2014		31.12.2013	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Waren, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	817.553,00	1.007.338,00		
2. Geleistete Anzahlungen	36.500,00	29.287,00	1.036.625,00	
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.435.234,94	1.861.490,96		
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	6.528.652,00	7.030.429,00		
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	27.401.622,00	32.351.681,00		
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	10.057,00	14.656,00		
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.565.876,00	3.188.758,00		
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.000,00	1.562.993,69	46.010.008,65	
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	227.000,00	227.000,00		
2. Beteiligungen	50.000,00	50.000,00		
3. Sonstige Ausleihungen	13.444,37	290.444,37	12.740,53	289.740,53
		39.097.939,31		47.336.374,18
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	179.424,39		349.619,63	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.661.613,19	2.029.176,54		
2. Forderungen gegen Gesellschafter	3.350.385,25	2.838.415,24		
- aus Lieferungen und Leistungen -				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	78.016,76	130.526,73		
- aus Lieferungen und Leistungen -				
4. Sonstige Vermögensgegenstände	632.901,77	6.172.916,97	949.735,25	5.947.853,76
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				
	16.844.860,11	10.989.280,61		
	23.747.301,47	17.235.754,00		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	129.331,56	117.649,45		
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
	0,00	44.918,08		
	62.974.572,34	64.794.695,71		
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital				
	3.579.200,00	3.579.200,00		
II. Kapitalrücklage				
	7.885.454,76	8.101.454,76		
III. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen	710.470,13	710.470,13		
IV. Bilanzgewinn				
	5.685.992,64	3.252.208,52		
	17.861.117,53	15.643.333,41		
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse				
	9.280.688,37	9.423.405,38		
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen	696.402,00	667.496,00		
2. Sonstige Rückstellungen	8.451.515,00	8.535.414,00		
	9.147.917,00	9.202.910,00		
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.560.052,75	22.901.186,58		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.853.542,15	3.002.164,81		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.318.740,23	586.075,45		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	358.280,29	549.813,69		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.091.461,80	2.938.559,80		
- davon aus Steuern EUR 602.495,19 (i. Vj. EUR 327.803,25) -				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 4.989,32 (i. Vj. EUR 4.155,89) -				
	26.182.057,22	29.987.802,33		
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
	502.792,22	537.243,59		

**Regionalverkehr Köln
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln**

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	2014		2013	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse				68.758.122,45
2. Sonstige betriebliche Erträge		66.203.200,84		19.460.919,62
3. Materialaufwand		20.449.449,00		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	6.332.940,75		8.222.355,29	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	40.170.263,68	46.503.204,43	39.688.958,26	47.911.313,55
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	17.022.184,12		19.518.961,16	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung EUR 183.818,24 (i. Vj. EUR 122.470,19) -	3.615.865,75	20.638.049,87	4.019.904,14	23.538.865,30
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		7.852.209,36		7.734.623,89
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		8.028.951,50		7.804.915,58
7. Betriebsergebnis		3.630.234,68		1.229.323,75
8. Erträge aus Beteiligungen		3.000,00		3.000,00
9. Erträge aus Gewinnabführung		25.600,75		18.041,81
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.168,40		16.680,20	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	669.699,96		660.134,59	
12. Zinsergebnis		-648.531,56		-643.454,39
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.010.303,87		606.911,17
14. Sonstige Steuern		39.777,90		33.816,92
15. Jahresüberschuss		2.970.525,97		573.094,25
16. Gewinnvortrag		1.852.208,52		1.545.144,69
17. Entnahme aus Kapitalrücklage		863.258,15		1.133.969,58
18. Bilanzgewinn		5.685.992,64		3.252.208,52

Konzernbilanz der Energie Norddeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2014

		Anhang	31.12.2014	31.12.2013	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
A k t i v a :								
Anlagevermögen		1				6		
Immaterielle Vermögensgegenstände			679.093,00 €	772.750,00 €	Kapitalanteile		7.849.602,00 €	7.849.188,98 €
Sachanlagen			21.237.466,62 €	21.944.711,45 €	Bilanzgewinn		3.923.875,50 €	3.464.475,60 €
Finanzanlagen			11.051.618,94 €	7.970.571,25 €	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		411.303,89 €	577.834,80 €
			32.968.178,56 €	30.688.032,70 €			12.184.781,39 €	11.891.499,38 €
Umlaufvermögen					Empfangene Ertragszuschüsse	7	1.862.776,33 €	2.777.343,62 €
Vorräte			613.651,08 €	526.205,65 €	Rückstellungen	8		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe					Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.020.522,00 €	3.032.240,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2				Steuerrückstellungen		1.926.170,82 €	1.580.167,60 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			4.109.706,26 €	5.734.213,03 €	Sonstige Rückstellungen		11.657.540,00 €	7.125.747,14 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			100.679,03 €	8.158,96 €			16.604.232,82 €	11.738.154,74 €
Forderungen gegen Gesellschafter			163.514,08 €	53.313,05 €	Verbindlichkeiten	9		
Sonstige Vermögensgegenstände			1.565.268,08 €	4.282.061,81 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		6.246.471,57 €	4.376.157,61 €
			5.939.167,45 €	10.077.746,85 €	Erhaltene Anzahlungen		799.733,71 €	- €
Flüssige Mittel	3		20.110.637,97 €	8.534.139,79 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		6.376.044,76 €	4.900.167,11 €
					Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		560,38 €	12,49 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4		5.853,63 €	9.021,00 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		3.600,61 €	1.488,26 €
					Sonstige Verbindlichkeiten		14.836.284,51 €	13.174.732,77 €
Aktiver Unterschiedsbeitrag aus der Vermögensverrechnung	5		298.812,05 €	31.409,68 €			28.262.695,54 €	22.452.558,24 €
			59.936.500,74 €	49.866.555,67 €	Rechnungsabgrenzungsposten	10	1.022.014,66 €	1.006.999,69 €
							59.936.500,74 €	49.866.555,67 €

Konzern-Gewinn- u. Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01.-31.12.2014

	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse		79.345.628,95 €	77.622.876,53 €
Stromsteuer		- 5.229.907,86 €	- 5.474.140,24 €
	12	<u>74.115.721,09 €</u>	<u>72.148.736,29 €</u>
Andere aktivierte Eigenleistungen		537.044,68 €	19.787,55 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	<u>3.640.179,37 €</u>	<u>1.265.313,75 €</u>
		<u>78.292.945,14 €</u>	<u>73.433.837,59 €</u>
Materialaufwand	14	55.906.653,73 €	51.446.440,32 €
Personalaufwand	15	7.968.283,68 €	7.812.198,75 €
Abschreibungen	16	2.227.976,21 €	2.215.904,38 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	<u>5.482.895,16 €</u>	<u>5.623.866,12 €</u>
		<u>6.707.136,36 €</u>	<u>6.335.428,02 €</u>
Erträge aus assoziierten Unternehmen		40.855,82 €	- €
Finanzergebnis	19	<u>- 540.332,36 €</u>	<u>- 905.440,23 €</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		6.207.659,82 €	5.429.987,79 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	1.787.392,88 €	1.928.128,31 €
Sonstige Steuern		30.895,60 €	40.551,16 €
Konzernjahresüberschuss		4.389.371,34 €	3.461.308,32 €
auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn / Verlust		465.495,84 €	3.167,28 €
Konzerngewinn *		3.923.875,50 €	3.464.475,60 €

* (auf Gesellschafter der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG entfallend)

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall (ene) ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, welche in 2004 aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall (KEV GmbH) hervorgegangen ist. Sie ist unter der Nummer HRA 2498 im Handelsregister des Amtsgerichts Düren eingetragen.

Am ene-Konzern waren zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 der Kreis Euskirchen, Euskirchen und die RWE Deutschland AG, Essen, zu gleichen Teilen beteiligt. Beide Kommanditisten sind darüber hinaus zu gleichen Teilen an der Komplementärin der ene, die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH, Kall beteiligt.

Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen.

Hierzu gehört ferner das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH, Kall (KEV Energie) sowie die Verwaltung der Beteiligungen.

Die ene hält an der KEV GmbH eine Beteiligung von rd. 95 % und an der KEV Energie eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen und die RWE Deutschland AG sind jeweils mit 2,5% an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 08. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV GmbH und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV Energie und der ene ein Gewinnabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls sie nicht jeweils spätestens sechs Monate vor ihrem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt werden.

Am 10. Dezember 2013 wurden beide Ergebnisabführungsverträge dahingehend geändert, dass im § 2 ein Verweis auf § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung enthalten ist.

Der Unternehmensteil Vertrieb der KEV GmbH ist im Rahmen einer Abspaltung rückwirkend zum 01. Januar 2012 nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes auf die KEV Energie übertragen worden. Der entsprechende Abspaltungsvertrag zwischen der KEV GmbH und der KEV Energie ist am 15. August 2012 abgeschlossen worden. Mit der Eintragung der Ab-

spaltung in das Handelsregister des Amtsgerichts Düren am 24. August 2012 ist das gesamte, dem Unternehmensbereich Vertrieb zuzuordnende Vermögen der KEV GmbH auf die KEV Energie im Wege der sog. Sonderrechtsnachfolge übergegangen.

Die BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG wurde am 20. Dezember 2013 gegründet. Die Geschäftsführung der Gesellschaft erfolgt durch die ebenfalls im Dezember 2013 gegründeten BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH als Komplementärin ohne Kapitalanteil. An dieser Gesellschaft hält die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB GmbH) 100%.

Die KEV Energie hielt einen Anteil von 51% in Höhe von 255 T€ am Gesamtkommanditkapital der BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG von zunächst 500 T€. Das gesamte Kommanditkapital wurde im Laufe des Jahres 2014 auf 5.620 T€ aufgestockt. Zum Jahresende wurden 9,25 % der Anteile an die eegon - Eifel Energiegenossenschaft eG veräußert, so dass sich der Anteil der KEV Energie auf 46,37 % reduziert.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 23. Juni 2014 wurde Herr Markus Böhm mit Wirkung zum gleichen Tag als weiterer Geschäftsführer bestellt. Durch den Tod von Geschäftsführer Dieter Hinze am 25. Juni 2014 ist Herr Böhm seitdem alleiniger Geschäftsführer der ene. Er ist berechtigt, die Gesellschaft alleine zu vertreten.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften in 2014:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

Konzerngesellschaften	Anteil Mitarbeiter in %	Mitarbeiter 2014 im Jahresdurchschnitt T€	Betriebliches Ergebnis 2014 T€	Gezeichnetes Kapital / Kommanditkapital T€	Kerngeschäft
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	33	49	-3.723	2.945	Energiedienstleistungen und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall	56	84	7.812	3.100	Regionale Energieversorgung und Asset Owner
KEV Energie GmbH	11	17	1.086	300	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	0	0	147	25	Entwicklung, Planung, Bau von Anlagen zur Energieerzeugung
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	0	0	363	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG (at equity in den ene-Konzern einbezogen)	0	0	1030	5613	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	0	0	0,6	25	Komplementär der BWP Schleiden GmbH & Co. KG
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (at equity in den Konzern einbezogen)	0	0	80	200	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG (at equity in den ene-Konzern einbezogen)	0	0	204	360	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage

1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens

Der Energiesektor befindet sich in Deutschland – insbesondere aufgrund der Energiewende – in einem stetig wandelnden Umfeld. Die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen verändern sich schneller und umfassender als in den vergangenen Dekaden. Dies nimmt erheblichen Einfluss auf die Markt- und Wettbewerbsstrukturen. Vor diesem Hintergrund ist der ene-Konzern gehalten, die Geschäftsmodelle entlang der Wertschöpfungskette (Energieerzeugung, Netzbetrieb, Vertrieb und Dienstleistungen) ständig zu prüfen und ggf. auf neue Marktgegebenheiten auszurichten. Hierbei verfolgt der ene-Konzern eine ausgewogene und langfristig orientierte Unternehmensstrategie mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Die Strategie berücksichtigt die Interessen der Kunden, des kommunalen Umfeldes, der Gesellschafter sowie der Mitarbeiter.

Wesentliche Elemente der strategischen Ausrichtung des ene-Konzerns spiegelt das Beteiligungsportfolio der KEV Energie wieder. So wird in der KEVER PBB GmbH als Kerngeschäftsfeld die Entwicklung, die Umsetzung und der Betrieb von regenerativen Energieerzeugungsprojekten im regionalen Umfeld fokussiert. Durch die Projektierung, den Bau und die Betriebsführung des Bürgerwindparks Schleiden gelang in 2014 der Einstieg in die regenerative Stromerzeugung durch Windenergie.

Dezentrale Erzeugungskonzepte sowie eine Ausweitung von Energiedienstleistungen sind politisch erwünscht und werden gefördert. Insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz in Industrie, Handel und Gewerbe wird durch die jüngsten gesetzlichen Entwicklungen verpflichtend. Ziel ist, am steigenden Bedarf an energieeffizienten und klimafreundlichen Versorgungskonzepten und der resultierenden Nachfrage an spezialisierten Dienstleistungen zu partizipieren.

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex im Dienstleistungssegment ist die Technische Gebäudeausrüstung. Neben Industrie, Handel und Gewerbe rückt hier zunehmend das kommunale Umfeld in den Vordergrund.

Die strategische Ausrichtung der KEV GmbH wird im Wesentlichen durch die Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes bestimmt, wodurch eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sichergestellt werden soll.

Die seit dem 01. Januar 2011 mit der Westnetz GmbH, Dortmund, erfolgreich bestehende vertragliche Aufgabenteilung führt zu Pacht- und Dienstleistungserlösen für das Stromnetz der KEV GmbH. Dafür stehen der Westnetz GmbH die Netznutzungserlöse sowie die Erlöse aus Messung und Abrechnung zu. Die gesamte technische und kaufmännische Betriebsführung für das verpachtete Netz erfolgt durch die KEV GmbH. Zur Stabilisierung der Pacht- und Dienstleistungserlöse innerhalb des regulatorischen Rahmens verfolgt die KEV GmbH eine Optimierungsstrategie in den Bereichen Instandhaltung, Investitionen und Kostenmanagement.

Erstmals in 2013 hatte die KEV GmbH Interessensbekundungen auf Gaskonzessionen in angrenzenden Städten und Gemeinden abgegeben. Das damit verfolgte Ziel, die KEV GmbH zum Mehrspartenunternehmen zu entwickeln, wurde auch in 2014 weiter verfolgt. Weitere Bewerbungen sind für 2015 und in den Folgejahren vorgesehen.

1.3 Forschung und Entwicklung

Aufgrund der Gesellschaftsstruktur und der ausschließlich operativen Unternehmensausrichtung fanden im Berichtszeitraum keine Aktivitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung statt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat zum Jahresende weiter an Fahrt gewonnen und lag gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,6 Prozent höher. Dies führte für das Gesamtjahr 2014 zu einem Wirtschaftswachstum von ebenfalls 1,6 Prozent. Auch im 4. Quartal 2014 kamen die Wachstumsimpulse weiterhin aus dem Inland. Sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Konsumausgaben des Staates legten zu, die Investitionen entwickelten sich ebenfalls positiv. Zudem lieferte auch der Außenhandel einen positiven Wachstumsbeitrag. Sowohl die Abwertung des Euro als auch die niedrigen Ölpreise sorgen derzeit für insgesamt positive Impulse, daher geht die Bundesregierung in ihrem aktuellen Jahreswirtschaftsbericht von einem BIP-Wachstum von 1,5 Prozent im Jahr 2015 aus. Dennoch ist nur vorsichtiger Optimismus angebracht, da es sich um Sondereinflüsse handelt, die ihre Wirkung auch schnell wieder verlieren können, denn die wirtschaftlichen und politischen Risiken im Euroraum sowie rund um den Ukraine Konflikt sind weiterhin hoch.

[Quelle: BDEW Energie-Info März 2015; Konjunktur und Energieverbrauch]

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Primärenergieverbrauch

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ging 2014 verglichen mit dem Vorjahr um 4,7 Prozent zurück. Hauptursache für diese Entwicklung war die im Vergleich zum sehr kalten Jahr 2013 die deutlich mildere Witterung im Berichtsjahr. Laut Deutschem Wetterdienst war 2014 mit einer Durchschnittstemperatur von 10,3°C das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen 1881. Die Konjunktur der deutschen Wirtschaft entwickelte sich 2014 insgesamt positiv. Dem stand aber ein Produktionsrückgang von fast 7 Prozent in der Chemischen Grundstoffindustrie gegenüber, der für einen sinkenden Energieverbrauch sorgte. Bereinigt um die Witterungseinflüsse sank der Primärenergieverbrauch um etwa ein Prozent. Tendenziell ist der effektive Primärenergieverbrauch seit 1990 rückläufig. Nach dem Krisenjahr 2009 stieg der Verbrauch 2010 zwar sichtbar, erreichte aber noch nicht wieder das Niveau der Jahre 2007 und 2008. 2013 gab die sehr kühle Witterung zwar einen Verbrauchsschub, die sinkende Tendenz setzte sich 2014 jedoch fort.

[Quelle: BDEW Energie-Info März 2015; Entwicklung der Energieversorgung 2014]

Stromerzeugung

In Deutschland wurden 2014 nach ersten Zahlen brutto 614,0 Mrd. kWh Strom erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Stromerzeugung damit um 19,2 Mrd. kWh – das entspricht 3,0 Prozent – ab. Der Rückgang verteilte sich in unterschiedlicher Höhe auf nahezu alle konventionellen Energieträger. Zuwächse konnten die regenerativen und die sonstigen Energieträger erzielen.

Die Steinkohlekraftwerke lieferten 2014 weniger Strom als im vorangegangenen Jahr. Sie produzierten 109,0 Mrd. kWh – 12,7 Mrd. kWh weniger als im Vorjahr. Das entspricht im Vergleich mit 2013 einem Minus von 10,4 Prozent. Der Anteil der Steinkohle am Energieträgermix der deutschen Stromversorgung betrug 17,8 Prozent.

Die Stromerzeugung der Braunkohlekraftwerke belief sich 2014 auf 155,8 Mrd. kWh. Das entspricht einem Rückgang von 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreswert. Der Beitrag der Braunkohlekraftwerke zur Bruttostromerzeugung betrug 25,4 Prozent. Braunkohle war somit auch im vergangenen Jahr der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix.

Der Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung betrug im Berichtsjahr 97,1 Mrd. kWh. Die Kernkraftwerke lieferten damit annähernd die gleiche Strommenge wie 2013 (97,3 Mrd. kWh). Der Anteil der Kernkraft an der Bruttostromerzeugung Deutschlands betrug 15,8 Prozent.

Aufgrund des Mehreinsatzes anderer Energieträger und des 2014 insgesamt niedrigeren Strombedarfs wurde deutlich weniger Erdgas zur Strom- und Wärmeerzeugung in den Kraftwerken der allgemeinen Versorgung eingesetzt. Im Berichtsjahr wurden 58,3 Mrd. kWh Strom aus Erdgas erzeugt. Das entsprach einem Rückgang von 13,7 Prozent. Der Anteil dieses Energieträgers an der Stromerzeugung betrug 9,5 Prozent.

2014 wurde aus Erneuerbaren Energiequellen 5,4 Prozent mehr Strom erzeugt als im Jahr zuvor. Den größten Zuwachs konnte die Stromerzeugung aus Windenergie verzeichnen. Mit 56,0 Mrd. kWh wurden 4,3 Mrd. kWh Strom mehr erzeugt als im Vorjahr. Das entspricht einem Anstieg um 8,2 Prozent. Insgesamt war 2014 im langjährigen Vergleich wie schon 2013 ein eher schwaches Windjahr. Photovoltaikanlagen lieferten 2014 34,9 Mrd. kWh Strom. Diese Strommenge beinhaltet nicht nur die Einspeisungen in das Netz der allgemeinen Versorgung, sondern auch den Selbstverbrauch – unabhängig davon, ob dieser EEG-vergütet wurde oder nicht. Verglichen mit 2013 waren das 3,9 Mrd. kWh mehr. Der Beitrag der Solarenergie zum deutschen Strommix betrug 5,7 Prozent. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 160,6 Mrd. kWh Strom aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Der Beitrag der Erneuerbaren

Energien zur Deckung des Brutto-Inlandsstromverbrauchs belief sich nach ersten Zahlen 2014 somit auf 27,8 Prozent (2013: 25,4 Prozent).

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch aus dem Netz der allgemeinen Versorgung (einschließlich Netzverluste) ging um 3,7 Prozent auf 509,4 Mrd. kWh zurück. Der Stromverbrauch von Industrie, Handel und Gewerbe sank von 321,4 Mrd. kWh im Jahr 2013 um 2,0 Prozent auf 315,0 Mrd. kWh im Berichtsjahr. Hauptgrund für diese Entwicklung war die schwache Konjunktur energieintensiver Industrien. Deutlich stärker sank der Stromverbrauch der privaten Haushalte: von 136,0 Mrd. kWh um 6,4 Prozent auf 127,3 Mrd. kWh. Ein wichtiger Grund war die im Vergleich zu 2013 insgesamt mildere Witterung. Hinzu kamen Sparmaßnahmen bei den Verbrauchern sowie Effizienzverbesserungen. Der Verbrauch in den übrigen Sektoren öffentliche Einrichtungen, Verkehr und Landwirtschaft ging um 3,6 Prozent zurück. Insgesamt sank der Stromverbrauch um 3,3 Prozent.

Entwicklung des Wettbewerbs

Der Wettbewerb im Endkundenmarkt ist weiterhin dynamisch: Die kumulierte Wechselquote der Haushalte betrug im Oktober 2014 bei Strom 36 Prozent und lag damit um knapp 3 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Auch im Erdgasmarkt wechseln die Kunden: Hier haben bis September 2014 knapp 28 Prozent der Haushalte mit eigenem Vertragsverhältnis den Anbieter gewechselt. Ein Jahr zuvor waren es noch knapp 26 Prozent. Am Terminmarkt der EEX stieg das gehandelte Volumen im Jahr 2014 weiter auf inzwischen 1.570,4 Mrd. kWh. Das ist ein Zuwachs um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei nahm sowohl das Volumen im Parketthandel (+28 Prozent) als auch das Volumen in bilateral geschlossenen Handelsgeschäften, die an der EEX zum Clearing registriert wurden, gegenüber 2013 deutlich zu (+20 Prozent).

Preisentwicklung

Die Strompreise im Spotmarkt an der Strombörse sind auch 2014 weiter gesunken und lagen im Mittel bei 32,78 Euro/MWh (Phelix Day Base/Marktgebiete Deutschland/Österreich) gegenüber 37,82 Euro/MWh 2013. Das entspricht einem Rückgang um 13,3 Prozent. Der mittlere Preis des Phelix Day Peak 2014 betrug 36,82 Euro/MWh (2013: 43,18 Euro/MWh) und verlor damit 14,7 Prozent.

Am Strom-Terminmarkt waren die Preise gegenüber dem Vorjahr ebenfalls weiter rückläufig. Der durchschnittliche Preis 2014 für eine Jahreslieferung Grundlast-Produkt im Folgejahr

(Phelix-Base-Year-Future) lag bei 35,09 Euro/MWh gegenüber 39,07 Euro/MWh im Vorjahr). Für das Jahresband tagsüber von 8 bis 20 Uhr (Phelix-Peak-Year-Future) wurde am Terminmarkt ein durchschnittlicher Preis von 44,40 Euro/MWh bezahlt (2013: 49,67 Euro/MWh).

Der Preis für CO₂-Emissionsberechtigungen hat hingegen zugelegt, bewegt sich aber immer noch auf niedrigem Niveau. Im Jahresdurchschnitt 2014 lag der Preis bei 5,96 Euro/t CO₂ und damit um ein Drittel höher als im Vorjahr.

Die Gaspreise für Haushalte blieben 2014 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert, die Gaspreise für Industriekunden sanken um gut 4 Prozent.

Die Strompreise für Industriekunden sind 2014 leicht um ein Prozent gestiegen. Trotz deutlich gesunkener Beschaffungspreise am Großhandelsmarkt konnte der neuerliche Anstieg der EEG-Umlage 2014 von 5,3 Ct/kWh auf 6,2 Ct/kWh nicht vollständig kompensiert werden. Die steigende Belastung durch Steuern und Abgaben bei gleichzeitig rückläufigen Beschaffungskosten hat den Anteil der staatlichen Belastungen am Strompreis für Industriekunden von 42 Prozent im Jahr 2013 auf 50 Prozent im Jahr 2014 (ohne Stromsteuer) ansteigen lassen. Dementsprechend ist der Anteil der Stromversorgung von 58 Prozent auf 50 Prozent gesunken.

Auch die Strompreise für Haushalte stiegen leicht um ein Prozent an. Damit fiel der Preisanstieg deutlich moderater als noch in den Jahren zuvor aus. Wie bei den Industriekunden war auch bei den Haushaltskunden der Anteil der Stromversorgung am Strompreis rückläufig, konnte aber den neuerlichen Anstieg der Steuern, Abgaben und Umlagen nicht kompensieren, sodass deren Anteil auf nunmehr 52 Prozent angestiegen ist. Damit haben sich Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis 2014 gegenüber 1998 nahezu vervierfacht. Im Jahr 2015 sinken Steuern, Abgaben und Umlagen erstmals seit langem geringfügig, zum einen aufgrund des leichten Rückgangs der EEG-Umlage, vor allem aber wegen der Offshore-Haftungsumlage, welche aufgrund der Rückverrechnung des Vorjahres im Jahr 2015 sogar mit negativem Vorzeichen in die Preiskalkulation einberechnet wird.

[Quelle: BDEW Energie-Info März 2015; Entwicklung der Energieversorgung 2014]

2.3 Geschäftsverlauf 2014 (ene Konzern)

Die in das Verteilnetz des Konzerns (Tochtergesellschaft KEV GmbH) eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 389 GWh (Vorjahr 387 GWh). Insgesamt lag die Netznutzung bei 324 GWh (Vorjahr 334 GWh). Aus erneuerbaren Energien werden 208 GWh (Vorjahr 187 GWh) in unser Netz eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 53%.

Für den ene-Konzern als regionaler Energieversorger (Tätigkeit wird über die KEV Energie ausgeübt) war auch in 2014 das regionale Umfeld wichtigster Absatzmarkt für Strom und energienahe Dienstleistungen.

Die Preise in der Grundversorgung der KEV Energie wurden zum 01. April 2014 angepasst. Gesunkenen Marktpreisen im Strombezug standen Mehrkosten aus den gesetzlichen Umlagen (insbesondere die EEG-Umlage 2014) gegenüber. Darüber hinaus erhöhten sich für das Grundversorgungssegment die Kosten für die Netznutzung. Für einen Durchschnittshaushalt mit 3.500 kWh/Jahr bedeutete diese Anpassung Mehrkosten von rd. 1,9 % für das Kalenderjahr 2014. Die Preiserhöhung führte zu keinem überproportionalen Wechselverhalten. Mit den Grundversorgungspreisen bewegten wir uns im NRW-weiten Mittelfeld.

Bei Sonderverträgen im Privat- und Gewerbekundensegment außerhalb der Grundversorgung wurden die Preise mit Beginn der Vertragsverlängerung angepasst.

Im Geschäfts- und Industriekundensegment (Lieferstellen mit registrierender Leistungsmessung) wurden geänderte Umlagen und Aufschläge und angepasste Netznutzungsentgelte über entsprechende Anpassungsklauseln in den Verträgen im Markt weitergegeben.

Trotz massivem Wettbewerb und hartem Konkurrenzdruck im Markt konnten zahlreiche Schlüsselkunden weiterhin vertraglich gebunden werden. Die jahrelange Erfahrung in diesem Segment ermöglichte es, sehr individuell auf die Kunden zugeschnittene Angebote zu erstellen.

Durch eine insgesamt gute Auftragslage einiger Schlüsselkunden ist die Stromverkaufsmenge bei leistungsgemessenen Geschäfts- und Industriekunden insgesamt gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierbei konnte die außerhalb des Grundversorgungsgebietes gelieferte Menge auf 26,6 GWh (Vorjahr 17,8 GWh) gesteigert werden. Dennoch konnten der Mengenrückgang, bezogen auf alle Liefersegmente des Unternehmens, nicht kompensiert werden.

Im Jahresverlauf konnten erste Gaslieferverträge im Privat- und Gewerbekundensegment im Rahmen eines Pilotprojektes gewonnen werden. Die Absatzmenge im Berichtsjahr betrug 181 MWh. Die Gaserlöse betrugen insgesamt 8,9 T€.

Im 2. Halbjahr 2014 wurde durch die Beratungsgesellschaft imug, Hannover, gemeinsam mit 16 weiteren Stadtwerken bzw. regionalen Versorgern eine Kundenzufriedenheitsanalyse über alle Kundensegmente der KEV Energie durchgeführt. Die Teilnahme an der Vergleichsstudie bot eine gute Möglichkeit zur seriösen, effizienten und kostengünstigen Befragung von Kunden der beteiligten Unternehmen.

2.4 Geschäftsverlauf 2014 (ene Jahresabschluss)

In 2013 war letztmalig die Belieferung einiger Stromkunden durch die ene erfolgt. Diese werden seit Jahresbeginn 2014 durch die KEV Energie beliefert.

Die Umsätze im externen Dienstleistungsgeschäft der ene (Anlagenbau, Straßenbeleuchtung, Beratungsleistungen, Arbeitsschutz, Planungsleistungen im Bereich technischer Gebäudeausrüstung usw.) wurden in der bewährten vertrieblichen Kooperation mit der KEV Energie realisiert.

Wichtigste Ertragssäule der ene war unverändert das konzerninterne und konzernexterne Dienstleistungsgeschäft.

Am 19. Februar 2008 hatte die ene für 164 T€ einen 0,3%igen Kommanditanteil an dem Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG, Essen (GSH) erworben und damit entsprechend der Beteiligungsquote einen Kraftwerksanteil mit einer Leistung von 5 MW erhalten. Zur Finanzierung des Kraftwerkbaus wurde der GSH ein Darlehen mit einem Bestand zum Bilanzstichtag von 6.649 T€ (Vorjahr 6.774 T€) zur Verfügung gestellt.

Block E ist am 02. Juli 2014 in Betrieb gegangen. Die Inbetriebnahme von Block D verzögert sich aufgrund zwischenzeitlich aufgetretener technischer Probleme weiter. Die kommunalen Gesellschafter stimmen sich regelmäßig über das weitere gemeinsame Vorgehen ab.

Die Gesamtinvestitionen in das Kraftwerk liegen inzwischen deutlich über der ursprünglichen Planung; auch Brennstoffkosten und Zinsaufwand übersteigen die Planansätze. Durch die vorrangige Einspeisung erneuerbarer Energien ins Stromnetz und den daraus resultierenden geringeren Betriebszeiten für konventionelle Kraftwerke sind neue Kohlekraftwerke ohne Wärmeauskoppelung derzeit nicht rentabel. Auf diese Entwicklung hat die ene mit einer weiteren Zuführung zur Drohverlustrückstellung hinsichtlich der Stromabnahmeverpflichtung aus der Kraftwerksbeteiligung über rd. 4.000 T€ reagiert. Der Gesamtbetrag der Rückstellung beträgt zum 31. Dezember 2014 7.747 T€. Die Zuführung zur Drohverlustrückstellung ist wesentlicher Grund für die Verschlechterung des Ergebnisses der ene in 2014 gegenüber der Vorjahresprognose.

Grundsätzlich besteht die Erwartungshaltung, dass mit Blick auf längerfristige Entwicklungen an den Strommärkten der spätere Betrieb des Gemeinschaftskraftwerkes Hamm auf Steinkohlebasis Möglichkeiten zur kostendeckenden Erzeugung von Strom bietet. Chancen ergeben sich ggfs. aus der Etablierung eines sog. Kapazitätsmarktes für vorgehaltene Kraft-

werksleistungen und aus preislichen Entwicklungen an der Strombörse nach geplanten Stilllegung von AKW-Kapazitäten, aber auch konventioneller Kraftwerke.

Die ene hatte sich mit Gesellschaftsvertrag vom 16. Februar 2010 mit einem 2,1%igen Anteil an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (SBG) beteiligt. Komplementärin der SBG ist die Green GECCO Stadtwerke Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Troisdorf, weitere Kommanditisten sind andere kommunale Energieversorgungsunternehmen. Mittelbar ist die ene damit durch den Eintritt der SBG in die von RWE Innogy GmbH gegründete Green GECCO GmbH & Co. KG, Essen (GG) und den Erwerb eines Geschäftsanteils an deren Komplementärin (Green GECCO Verwaltungs-GmbH) an der GG beteiligt. Durch Eintritt weiterer Energieversorger in die Gesellschaft war die Anteilsquote der ene in 2012 leicht gesunken und liegt seitdem bei rd. 1,7258 %.

Der ursprünglich für 2012 geplante Kauf des Windparks Düşorner Heide erfolgte zu Jahresbeginn 2014. Das von der ene zur Finanzierung der Green GECCO bereitgestellte Kapital per 31. Dezember 2014 beträgt nach einer weiteren unterjährigen Einlage zur Finanzierung des Windparks Düşorner Heide 991 T€ (Vorjahr 788 T€).

2014 war für die ene und den ene-Konzern ein gutes Jahr. Das prognostizierte Jahresergebnis der ene sowie das Konzernjahresergebnis konnten erreicht werden.

2.5 Lage des Unternehmens

Neben dem operativen Netzgeschäft der KEV GmbH, dem Stromvertriebsgeschäft der KEV Energie und der Erbringung von Dienstleistungen inner- und außerhalb des Konzerns durch die ene selber, entwickeln sich die Aktivitäten der KEVER PBB GmbH im Bereich der Projektierung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen zunehmend zu einem weiteren wirtschaftlichen Standbein des ene-Konzerns.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage im abgelaufenen Geschäftsjahr als gut bezeichnet werden.

2.5.1 Ertragslage (Konzern)

Die Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer) des Konzerns betragen im Berichtszeitraum 74.116 T€ (Vorjahr 72.149 T€). Sie lagen damit im Wesentlichen preisbedingt rd. 2,73% über denen des Vorjahres. Der Konzernjahresüberschuss erreichte 4.389 T€ (Vorjahr 3.461 T€). Der Konzernbilanzgewinn 2014 beträgt unter Berücksichtigung der Anteile anderer Gesellschafter 3.924 T€ (Vorjahr 3.464 T€).

Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 2: Außenumsätze ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns

in T €	2014	2013	Veränderung
Außenumsätze			
ene	2.583	2.553	30
KEV GmbH	18.146	18.524	-378
KEV Energie	51.095	50.202	893
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	92	66	26
SunParkKalenberg GmbH & Co. KG	875	804	71
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	1.325	0	1.325
∑ Konzern	74.116	72.149	1.967
Betriebliches Ergebnis			
ene	-3.723	-167	-3.556
KEV GmbH	7.812	4.607	3.205
KEV Energie	1.086	1.582	-496
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	147	12	135
SunParkKalenberg GmbH & Co. KG	363	308	55
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	1.030	-7	1.037
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs- GmbH	1	0	0
∑ Konzern	6.716	6.335	380

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Konzernumsatzerlöse ohne Stromsteuer) betrug im Geschäftsjahr 5,92% (Vorjahr 4,80 %). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Verteilnetz:

Das Netzaufkommen im Verteilnetz des Konzerns (Netzbetreiber KEV GmbH) ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte Netz) gekennzeichnet.

Die ins Verteilnetz der KEV GmbH eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 389 GWh (Vorjahr 387 GWh). Insgesamt lag die Netznutzung bei 324 GWh (Vorjahr 334 GWh).

Aus erneuerbaren Energien wurden 208 GWh (Vorjahr 187 GWh) in unser Netz eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 53 %.

Im Zusammenhang mit der Verpachtung des Netzes an die Westnetz GmbH, Dortmund, erzielte der Konzern aus Dienstleistungen Erlöse in Höhe von 17.377 T€ (Vorjahr 17.845 T€).

Der Anteil der Konzessionsabgaben bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen beträgt im Berichtsjahr 2.163 T€ (Vorjahr 2.329 T€).

Stromvertrieb:

Die Umsatzerlöse des Stromvertriebs des Konzerns (KEV Energie) ohne Stromsteuer betragen im Berichtszeitraum 50.774 T€ (Vorjahr 50.684 T€), wobei der Umsatzanstieg im Wesentlichen preisbedingt ist.

Stromverkauf	2014	2013	Abweichung	
	GWh	GWh	GWh	%
Kunden mit Standardlastprofil (SLP)	113,5	119,5	-6,0	-5,0
Kunden mit temperaturabhängigen Lastprofil (TLP)	17,5	23,3	-5,8	-24,9
Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM)	142,7	133,3	9,4	7,1
Summe Stromverkauf	273,7	276,1	-2,4	-0,9

Wesentliche Einflussfaktoren für eine Verschlechterung des Ergebnisses gegenüber der Vorjahresprognose war die Zuführung zu einer Drohverlustrückstellung, die die Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf des Stromnetzes in Mechernich im Wesentlichen kompensierte.

2.5.2 Finanzlage (Konzern)

Die Veränderung des Finanzmittelfonds zeigt die nachfolgende Tabelle:

Tab. 3: Veränderung des Finanzmittelfonds

in T€	2014	2013	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	18.636	5.583	13.053
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-33.811	90	-33.901
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	26.752	-6.482	33.234
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	11.577	-809	12.386
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.534	9.343	-809
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	20.111	8.534	11.577

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielte der Konzern 2014 einen Cashflow in Höhe von 18.636 T€ (Vorjahr 5.583 T€). Der Anstieg ist im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der Rückstellungen für drohende Verluste sowie übrigen Verbindlichkeiten, Rückgang der Forderungen sowie Buchgewinnen aus der Veräußerung des Netzes in Mechernich.

Der negative Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert insbesondere aus Investitionen in den Windpark Schleiden vor Entkonsolidierung der BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co KG. Korrespondierend hat sich der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit durch die Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung dieser Investitionen erhöht.

Im Saldo ist der Bestand an liquiden Mitteln von 8.534 T€ auf 20.111 T€ gestiegen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften im Konzern war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Alle Beteiligungen - insbesondere die KEV GmbH und die KEV Energie - sind in das Liquiditätsmanagement des ene-Konzerns eingebunden.

Die Anlagenzugänge im Konzern resultieren im Wesentlichen aus Investitionen in die Stromversorgungsanlagen und Geschäftsausstattung. Die Anlagenabgänge im Konzern ergeben sich hauptsächlich aus dem Abgang des Netzes Mechernich, der Demontage von Leitungsnetzanlagen, Teilabgängen der Geschäftsausstattung und des Fuhrparks. Am Bilanzstichtag waren die Sachanlagen zu 74,5 % abgeschrieben. Die Anlagenintensität beträgt 55,0 %.

Der Zuwachs bei den Finanzanlagen resultiert hauptsächlich aus den im Berichtsjahr erfolgten Erhöhungen der Kommanditbeteiligung BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG

und den Ausleihungen an die Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG in Höhe von 325 T€ Die Ausleihungen an GSH Hamm betragen zum 31.Dezember 2014 insgesamt 6.649 T€ (Vorjahr. 6.774 T€).

Die Konzern-Bilanzsumme steigt um 10.686 T€ auf 59.937 T€. Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt 20,3% (Vorjahr 23,9%).

2.6 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)

Insgesamt erreichte die ene mit dem internen und externen Dienstleistungsgeschäft einen Umsatz von 11.573 T€ (Vorjahr 11.795 T€).

Eine Übersicht der Eckdaten des Einzelabschlusses der ene zeigt nachfolgende Darstellung:

Tab. 4: Eckdaten des Einzelabschlusses

Angaben vor Konsolidierung in T €	2014	2013	Veränderung
Anlagevermögen	11.232	11.215	17
Umlaufvermögen	14.047	8.364	5.683
Eigenkapital (ohne Jahresüberschuss)	2.947	2.947	0
Rückstellungen	9.929	5.897	4.032
Verbindlichkeiten (einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Jahresüberschusses)	12.405	10.735	1.670
Eigenkapitalquote in Prozent	25,2	32,8	-7,6
Umsatzerlöse	11.573	11.795	-222
Jahresüberschuss	3.412	3.468	-56

Die Vermögenslage der ene ist geprägt durch die Beteiligung an der KEV GmbH und der KEV Energie und die Ergebnisabführungsverträge mit diesen Gesellschaften.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Im vergangenen Jahr haben wir unseren Finanzbedarf fast vollständig mit dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt.

2.7 Leistungsindikatoren

2.7.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Umsatzerlöse der ene haben sich von 11.795 T€ auf 11.573 T€ vermindert. Das Controlling der ene stellt dem Management in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüber hinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

Für die interne Unternehmensteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzerlöse sowie Jahres- bzw. Konzernüberschuss und Cashflow. Die Cashflows sind bereits in dem Abschnitt Finanzlage dargestellt.

Aufgrund der oben geschilderten Entwicklung des Jahres- bzw. Konzernergebnisses, ist die Bruttoumsatzrendite der ene im Vergleich zum Vorjahr von 29,4 % auf 29,5 % gestiegen. Im Konzern lag die Bruttoumsatzrendite bei 7,5 % (Vorjahr 7,5 %). Die Nettoumsatzrendite im Konzern beträgt 5,3 % (Vorjahr 4,8 %)

2.7.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren eruieren wir die Kundenzufriedenheit durch regelmäßige Rückfragen bei unseren Kunden.

Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängt wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeiter ab. Damit wir weiterhin qualifizierte Mitarbeiter/innen an unser Unternehmen binden können, haben wir in 2014 mit strategischen Personalentwicklungsmaßnahmen, Laufbahnplanungen und Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen verstärkt begonnen, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gleichermaßen zu fördern. Ein Schwerpunkt in 2014 war u.a. die Qualifizierungsmaßnahme „Führung für Teamleiter“, die wir gemeinsam mit einem externen Beratungsunternehmen erfolgreich durchgeführt haben. Seit dem Jahre 2013 sind wir von der Bertelsmann-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 GO NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Der ene-Konzern erfüllt im Kreisgebiet einen öffentlichen Zweck durch den Betrieb des Stromverteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb regenerativer Stromerzeugungsanlagen und die Erzeugung erneuerbarer Energien in diesen Anlagen.

Gleiches gilt für die ene selbst, die durch die Errichtung von Photovoltaikanlagen in den Gemeindegebieten sowie die Erbringung von energienahen Dienstleistungen im kommunalen Umfeld einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringt.

Tätigkeiten

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe des § 6b Abs. 1. EnWG war die ene gemäß § 6 Abs. 3 EnWG zur Kontentrennung verpflichtet. Seit der vollständigen Übertragung der Stromkunden auf die KEV Energie zum 01. Januar 2014 und der Veräußerung des Sun Parks Herhahn an die SPH in 2013 betreffen die geschäftlichen Aktivitäten der ene ausschließlich „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“, sodass der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 allein diese Tätigkeit reflektiert.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 150 Mitarbeiter (Vorjahr 148) inklusive Auszubildende.

Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung

	2014	2013	Veränderung
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt			
ene	49	50	-1
KEV GmbH	68	67	1
KEV-Energie GmbH	17	17	0
Konzern	134	134	0
Auszubildende			
ene	0	0	0
KEV GmbH	16	14	2
Konzern	16	14	2

Von unseren Mitarbeitern befanden sich im Jahresdurchschnitt 31 (Vorjahr 30) in einer Teilzeitbeschäftigung, von denen wiederum 8 Mitarbeiter (Vorjahr 9) in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis standen.

Am Jahresende beschäftigten wir im Konzern 6 Mitarbeiter (Vorjahr 6) mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Zum 31. Dezember 2014 sind 14 Mitarbeiter (Vorjahr 18) befristet beschäftigt.

Die Fluktuationsquote lag im Berichtsjahr bei 0 % (Vorjahr 2,2 %).

Bereinigt um die in Altersteilzeit (Freizeitphase) befindlichen Mitarbeiter ergibt sich zum 31. Dezember 2014 ein aktives Arbeitsvermögen von 114,6 Mitarbeiteräquivalente (MÄ) (Vorjahr 113,5 MÄ).

Es wurden Personalentwicklungs- und Qualifikationsmaßnahmen sowie notwendige Pflichtschulungen und Unterweisungen durchgeführt. Insgesamt nahmen im Berichtsjahr 61 Mitarbeiterinnen an Personalentwicklungs- und Qualifikationsmaßnahmen teil. Sechs Mitarbeiter absolvieren derzeit ein berufsbegleitendes Studium. Das Unternehmen unterstützt durch anteilige Übernahme von Studiengebühren bzw. Kosten für Fachliteratur. Wir nutzen intensiv interne Besprechungen, um über Arbeitsschutz zu informieren und zu motivieren. Im Berichtsjahr wurden die leistungsorientierte Vergütungsstruktur sowie die Systematik der Jahresgespräche unter Einbindung der Mitarbeitervertretung neu eingeführt und angewendet.

4 Nachtragsbericht

Nach dem 31. Dezember 2014 sind keine Ereignisse oder Vorgänge mit wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der ene und des Konzerns eingetreten. Am 01. Januar 2015 wurde das Teilstromnetz der RWE Deutschland AG im Stadtgebiet Bad Münstereifel übernommen.

5 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den wesentlichen Finanzinstrumenten des ene-Konzerns zählen neben Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen insbesondere auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten sowie mit anderen Gesellschaften innerhalb des ene-Konzerns.

Grundsätzliches Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Risiken, die im Rahmen unseres Geschäftes bestehen, begrenzen wir durch konservative Anlageformen mit 100%iger Kapitalgarantie auf Rückzahlung zum Nominalwert.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Finanzplanung kontinuierlich überwacht. Die Überwachung der verbundenen Unternehmen sowie der Beteiligungen erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen des Unbundling. Der ene-Konzern verfügt für sich selbst und seine Beteiligungen über gute Finanzierungsmöglichkeiten und -modelle. Mit der Budgetplanung für das Folgejahr und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird das Unternehmen erfolgreich gesteuert. Dies zeigt sich bei turnusmäßigen Aktualisierungen und den in diesem Zusammenhang angefertigten Plan-/Ist-Vergleichen sowie Abweichungsanalysen.

Das Versicherungssystem wird grundsätzlich einer jährlichen Überprüfung unterzogen. Insbesondere wurde in 2014 die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organmitglieder überprüft und optimiert. Die Haftpflichtversicherungen der KEVER PBB GmbH und der von ihr betriebsgeführten Beteiligungen wurden an die jüngsten Entwicklungen angepasst. Auf Konzernebene erfolgte eine Optimierung der bestehenden Rechtsschutzversicherungen. Die bestehende Warenkreditversicherung (für Forderungsausfälle größerer Stromkunden) wurde an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

Seit dem 02. Juli 2014 ist Block E im Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG, Essen (GSH) in Betrieb. Die auf ene entfallenden Strommengen werden von Quantum GmbH vorwiegend am Terminmarkt vermarktet. Wesentlich für die durch die GSH in Zukunft fakturierten Stromarbeitspreise sind die Kosten für den Hauptbrennstoff Steinkohle. Zur Minimierung der Risiken aus möglichen Preisschwankungen bei der Steinkohle bis zum Erfüllungszeitpunkt des Stromgeschäfts werden entsprechende Sicherungsinstrumente eingesetzt.

Weitere derivative Finanzinstrumente kommen im ene-Konzern nicht zum Einsatz.

6 Prognose, Risiko- und Chancenbericht

6.1 Prognosebericht (Konzern sowie Beteiligungen der ene)

Der Sachverständigenrat erwartet für das Jahr 2015 eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 1,8 %, nachdem im Jahresgutachten 2014/15 lediglich von einem Zuwachs von 1,0 % ausgegangen wurde. Die Anhebung um 0,8 Prozentpunkte im Vergleich zur Prognose im Jahresgutachten 2014/15 ist auf drei Gründe zurückzuführen: Erstens stellte sich aufgrund von Datenrevisionen durch das Statistische Bundesamt das konjunkturelle Bild der ersten Jahreshälfte 2014 etwas besser dar als noch zum Zeitpunkt der Prognose im Oktober. Zweitens haben sich die Konjunkturindikatoren zum Jahresende deutlich aufgehellt, sodass die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2014 kräftig stieg, während im Jahresgutachten aufgrund der vorlaufenden Indikatoren noch von einer Stagnation ausgegangen worden war. Diese beiden Faktoren führen dazu, dass der statistische Überhang um 0,5 Prozentpunkte höher ausfällt als zunächst prognostiziert. Drittens haben sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen erheblich verbessert. So ist der Ölpreis deutlich gefallen. Zudem wirkt die Abwertung des Euro stimulierend. Insgesamt stellt sich der konjunkturelle Ausblick für dieses Jahr deutlich besser dar als im November des vergangenen Jahres. Die Risiken sind nach wie vor hoch, die mittelfristigen Risiken insbesondere für die Finanzstabilität sind infolge der ausgesprochen lockeren Geldpolitik der EZB gestiegen.

(Quelle: Aktualisierte Konjunkturprognose des Sachverständigenrates für das Kalenderjahr 2015 vom 26.03.2015)

Trotz der positiven konjunkturellen Entwicklung setzt sich der rückläufige Trend beim Stromverbrauch in Deutschland weiter fort. Die höhere Produktionsauslastung der Industrie wurde durch verbrauchsmindernde Faktoren infolge des milden Winters überkompensiert. Anders als noch im Zeitraum 1971-1990 ist seit Anfang der 90er Jahre der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleistung und Stromverbrauch nicht mehr so stark. Es zeigt sich eine zunehmende Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung des Stromverbrauchs. Gründe hierfür sind der Einsatz effizienterer Technik, der steigende Anteil des weniger energieintensiveren Dienstleistungssektors und der bewussterer Umgang der Verbraucher mit Energie. Weiterhin werden die Entwicklung der Eigenerzeugung und der Selbstverbrauch von Strom zunehmend Einfluss auf den Letztverbraucherabsatz nehmen. Neben einer schwächeren konjunkturellen Entwicklung in den energieintensiven Industrien und der vergleichsweise milden Witterung kommen auch Effizienzverbesserungen bei den Verbrauchern zum Tragen.

(Quelle: BDEW Energie-Info, Konjunktur und Energieverbrauch vom 12.03.2015)

Im Rahmen der Netzübergänge der Stromverteilnetze in Mechernich und Bad Münstereifel hat kein Netzbetreiberwechsel stattgefunden, daher war keine Entflechtung erforderlich. Die technische und kaufmännische Bewirtschaftung der beiden Teilnetze verbleibt bei den bisherigen Verantwortlichen. Somit wird das abgegebene Stromverteilnetz in Mechernich und das Teilnetzgebiet in Bad Münstereifel weiterhin von der KEV GmbH betrieben.

Zur Stabilisierung der künftigen Ergebnisse beabsichtigt die KEV GmbH, da das Pacht- und Dienstleistungsverhältnis mit der Westnetz GmbH zum 31.12.2015 endet, das Netz ab dem 01.01.2016 neu zu verpachten. Erste Sondierungsgespräche wurden Anfang 2015 bereits geführt.

Es besteht weiterhin hoher Investitionsbedarf in die Netze der KEV.

Ein Vergleich der beschriebenen Entwicklung des Stromverbrauches in Deutschland zeigt für das Grundversorgungsgebiet der KEV Energie einen noch deutlicheren Trend. Der bislang einmalige und rapide Einbruch der Konjunktur in den produzierenden Industrie- und Gewerbesegmenten im Jahr 2009 hatte gravierende Folgen für die Absatzentwicklung. Gemäß veröffentlichten Zahlen des Verteilnetzbetreibers sank der Letztverbraucherabsatz im Grundversorgungsgebiet über alle Kundensegmente innerhalb von fünf Jahren von ca. 412,0 GWh im Jahr 2008 auf ca. 334,0 GWh im Jahr 2013. Es zeichnet sich ab, dass sich dieser Trend in 2014 fortgesetzt hat und in 2015 anhält. Das bedeutet für die KEV Energie im Kernvertriebsgebiet einen Verlust von Verkaufsmengenpotential in Höhe von ca. 20% bzw. ca. 80 GWh in knapp 5 Jahren.

Dieser Entwicklung im „heimischen“ Stromgeschäft versucht die KEV Energie durch verstärkte Akquise von Strommengen außerhalb des Grundversorgungsgebietes entgegen zu wirken.

Die Preise der Grundversorgung konnten über den Jahreswechsel 2014/2015 stabil gehalten werden. Die im Dezember 2014 veröffentlichten Netzentgelte des Netzbetreibers für das Jahr 2015 wirken sich für das Grundversorgungssegment kostensteigernd aus. Dem gegenüber stehen jedoch preisentlastende Komponenten aus der Anpassung der gesetzlichen Umlagen und Aufschläge sowie günstigere Strombezugskosten. Im Privat- und Gewerbesegment wird weiter zunehmender Wettbewerb erwartet, der zu weiteren Kundenverlusten führen wird.

Mit dem Bürgerwindpark Schleiden konnte Mitte Oktober 2014 ein Leuchtturmprojekt in der Region fertig gestellt werden. Die KEV Energie hält aktuell eine Beteiligung an der BWP

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG in Höhe von 2.606.200 T€ bzw. 46,37%. In den kommenden Jahren werden stabile Erträge aus diesem Beteiligungsengagement erwartet. Es ist beabsichtigt im Jahr 2015 Kommanditanteile an interessierte Bürger im Stadtgebiet Schleiden, an die Stadt Schleiden und an weitere lokale institutionelle Akteure zu veräußern.

Die Umsatzerlöse der ene im internen Dienstleistungsgeschäft werden auf Vorjahresniveau prognostiziert.

Block E der ene-Beteiligung Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm (GSH) ist zur Jahresmitte 2014 in Betrieb gegangen. Die Inbetriebnahme von Block D verzögert sich weiterhin. Es gilt, die Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Blocks D zu beobachten und die weitere Entwicklung im Gesellschafterkreis aktiv mitzugestalten.

Sofern das aktuell niedrige Preisniveau am Strommarkt fortbesteht, werden sich Belastungen ergeben aus der Differenz zwischen den Marktpreisen und den Gestehungskosten der von GSH abzunehmenden Strommengen. Es wird ständig zu prüfen sein, ob die bestehende Risikovorsorge über die gebildete Drohverlustrückstellung ausreichend ist. Für bestehende Risiken wurde bis zum 31.12.2014 eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 7.747 T€ gebildet.

6.2 Risikobericht

Das Risikomanagementsystem ist konzernumfassend in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert und gewährleistet so weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken. In diesem Rahmen werden potenzielle Risiken identifiziert, dokumentiert und nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und –ausprägung analysiert. Einzelbezogene Meldungen aktualisieren das Risikoportfolio regelmäßig. Die vorhandenen Steuerungs- und Kontrollsysteme werden durch den Prozess zur Risikosteuerung ergänzt.

Der ene-Konzern unternimmt alle Anstrengungen, um die Auswirkungen der in diesem Rahmen identifizierten Risiken zu minimieren.

Aufgrund der steigenden Komplexität in der Energiewirtschaft wird weiterhin der Umstieg auf eine andere Softwarelösungen geprüft, um künftig eine bessere Verzahnung mit dem ERP-System unter Berücksichtigung der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) zu gewährleisten.

6.2.1 Branchenspezifische Risiken

Branchenspezifische Risiken betreffen neben der ene selber die beiden Tochtergesellschaften KEV GmbH und KEV Energie.

Neben den allgemeinen energiepolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich für die KEV GmbH mögliche Risikopotenziale insbesondere aus Änderungen im regulatorischen Umfeld. Hier gilt es, solche Änderungen frühzeitig zu identifizieren und die Unternehmensstrategie den neuen Gegebenheiten anzupassen. Betriebsrisiken begegnet die KEV GmbH durch ihr risikoorientiertes Management.

Auf den liberalisierten Energiemärkten ergeben sich für die KEV Energie neben Preis- und Mengenrisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern. Tägliche Bedarfsaktualisierungen im Stromeinkauf begrenzen diese Risiken. Die Wertung der Marktpartner hinsichtlich ihrer Bonität und Eigenkapitalausstattung werden in die Risikobewertung einbezogen. Während der laufenden Geschäftsbeziehung werden die Kunden der KEV Energie durch ein automatisiertes Mahnverfahren überwacht.

Die Beschaffungsstrategie der KEV Energie ist eine deckungsbeitragsorientierte Beschaffung. Für die größeren Kunden im Geschäfts- und Industriekundensegment wird im Regelfall eine back-to-back Beschaffung am Terminmarkt durchgeführt. Die Beschaffung für die Privat-, Gewerbe- und Raumheizungskunden erfolgt im Rahmen eines Portfoliomanagements, bei dem Teilmengen zu vorher definierten Termin- und Preiskorridoren gekauft werden. Diese sind in einem Beschaffungshandbuch definiert.

Zusätzliches Risikopotential in Verträgen mit Privat- und Gewerbekunden außerhalb der Grundversorgung sehen wir in einem Urteil des BGH vom 31. Juli 2013. Der EuGH hatte im Vorfeld mit Urteil vom 31. März 2013 dem BGH den Weg gewiesen, Preisanpassungsklauseln in Sonderkundenverträgen, die sich an die Regelungen der StromGVV orientieren, für unwirksam zu erklären. Wir haben zwischenzeitlich die AGB in unseren Sonderverträgen außerhalb der Grundversorgung für Neukunden, in Bezug auf die implementierten Preisanpassungsklauseln, angepasst. Bei bestehenden Kundenverträgen erfolgt eine AGB-Anpassung im laufenden Vertrag. Der Kunde kann wegen der AGB-Änderung das vertraglich zugesicherte Sonderkündigungsrecht in Anspruch nehmen. Eine weitere Entscheidung des EuGH vom 23.10.2014 hat massive Auswirkungen auf die Preisanpassungsregelung innerhalb der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV). Der EuGH hat dabei entschieden, dass die bestehende gesetzliche Regelung nicht mit dem Europarecht vereinbar ist. Die Ur-

teile des EuGH werden für die Zukunft kaum noch Bedeutung haben. Eine mittlerweile in Kraft getretene Novelle der Strom- (und Gas-) GVV beinhaltet die Anforderungen des EuGH an eine rechtskonforme Preisanpassungsklausel. Auch für die Vergangenheit folgt aus den Urteilen nicht automatisch die Nichtigkeit GVV-Regelungen oder die Unwirksamkeit der darauf gestützten Preisanpassungen. Der EuGH hat nur über die an die BRD und die anderen Mitgliedstaaten gerichteten Binnenmarktrichtlinien entschieden. Richtigerweise offengelassen hat er die Frage der Auswirkung auf zivilrechtliche Rechtsstreitigkeiten. Es ist nun vielmehr Sache des BGH, über die konkreten Klagen der Kunden zu entscheiden. Dabei wird der BGH auch die weiteren Voraussetzungen für Rückforderungsansprüche nach nationalem Recht zu prüfen haben. Der BGH wird dabei zu berücksichtigen haben, dass der EuGH mit seiner Entscheidung hervorgehoben hat, dass die wirtschaftlichen Interessen der Versorger insoweit zu berücksichtigen sind, als sie sich im Bereich der Grundversorgung ihren Vertragspartner nicht aussuchen können.

Um die täglichen Anforderungen an die Geschäftsprozesse im ene-Konzern rentabel zu gewährleisten, ist es notwendig, die benötigten Kommunikations- und Informationstechnologien risikominimiert zu nutzen. Bedeutende Risiken in der IT sind dabei etwaige Softwaredefekte, Hardwareausfälle, Bedienungsfehler, Wartungsdefizite oder Einflüsse höherer Gewalt. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, wird im ene-Konzern in modernste Kommunikations- und Informationstechnologien investiert. Ebenso werden tägliche Wartungen an den Systemen vorgenommen und Erfahrungen aus Störungen unverzüglich zur Verbesserung der IT-Systeme verarbeitet. Mitarbeiter der ene werden regelmäßig bei Anpassungen von Softwareprodukten geschult.

Weitere mögliche Risiken verbergen sich bei IT-Dienstleistern, die durch fehlerhafte Programmierungen, nicht fristgerechte Anpassungen von gesetzlichen Regularien oder benötigten Erweiterungen eine Erhöhung von Ressourcenaufwendungen personeller und finanzieller Art notwendig machen. Durch enge Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistungspartnern und genauer Ausarbeitung der benötigten Anforderungen in Form von Lastenheften können fehlerhafte Programmierungen minimiert werden. Des Weiteren wird durch intensive Testphasen vor Abnahme des Produktes oder der Erweiterung gewährleistet, dass die eingesetzten Applikationen möglichst fehlerfrei arbeiten. Notwendige Anpassungen an gesetzliche oder behördliche Regularien werden nach Bekanntgabe sofort in Auftrag gegeben und fristgemäß umgesetzt.

6.2.2 Ertragsorientierte Risiken

Erkennbaren Risiken wird - soweit handelsrechtlich zulässig - durch eine angemessene Dotierung von Rückstellungen Rechnung getragen.

Der Wettbewerb um Kunden der KEV Energie hält in allen Kundengruppen unvermindert an. Die Insolvenzen von TelDaFax und Flexstrom bewirkten zwar mehr Wechselbewusstsein und dämpfen die Bereitschaft, zu Vorkassemodellen zu wechseln. Dem Kundenkauf mittels Bonuszahlung stehen die Kunden jedoch unverändert positiv gegenüber. Risiken für das Kundenportfolio ergeben sich daher insbesondere durch Kundengewinnungsaktionen beim Eintritt neuer Marktteilnehmer.

Die Wirtschaftlichkeit von Wärmepumpenheizungen ist nach wie vor schwierig darzustellen. Aufgrund der gestiegenen Steuern- und Abgabenlast im Wärmepumpenstrompreis sind deutliche Nachteile gegenüber Heizungsanlagen auf Erdgasbasis erkennbar. Durch die Folgen der Energiewende sind strombasierte Heizungsanlagen gegenüber anderen Energieträgern benachteiligt.

Sofern das aktuelle Preisniveau am Strommarkt unverändert besteht, werden sich Belastungen ergeben aus der Differenz zwischen den Marktpreisen und den Gestehungskosten der von GSH abzunehmenden Strommengen. In Abhängigkeit von der weiteren Marktpreisentwicklung sind in den kommenden Jahren permanente Chancen- und Risikobewertungen durchzuführen, bis hin zu einem möglichen Desinvestment.

6.3 Chancenbericht

Die systematische und dauerhafte Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen stellt für die KEV GmbH ein wichtiges Ziel dar. Hier eröffnen sich Möglichkeiten zur Hebung von Effizienzen und zur Steigerung der Ergebnisse. Hinzu kommen die Teilnahme an Konzessionsverfahren und Kooperationsmodellen.

Die starke Position der KEV Energie GmbH im Grundversorgungsgebiet bietet Chancen, über die klassische Rolle als reiner Energielieferant, im Verbund mit der ene verstärkt Energieberater und Energiedienstleister zu sein. Neben den bisher bereits vermarkteten Dienstleistungen, bietet der Themenkomplex Energieeffizienz noch weitere Wachstumspotentiale, die es zu erschließen gilt. Aber auch die EU-Energieeffizienzrichtlinie, die aktuell ihre Umsetzung in nationales Recht durch die Neufassung des Energiedienstleistungsgesetzes findet, bietet neue Ertragspotentiale. Alle großen Unternehmen werden zu regelmäßigen Energie-

audits verpflichtet, die von Fachleuten durchgeführt werden müssen. Die ene-Unternehmensgruppe verfügt über entsprechend qualifizierte personelle Ressourcen.

Die aktive Mitgestaltung der Energiewende stellt einen wesentlichen Eckpfeiler der Strategie im ene-Konzern dar. Dies soll mit der Beteiligungsgesellschaft KEVER PBB GmbH vorangetrieben werden, vorrangig beim Bau von Windenergieanlagen in der Region. Nachdem die neue Bundesregierung das EEG 2.0 auf den Weg gebracht hat, stellt sich die Chancenlage etwas verschlechtert dar. Trotzdem wird es voraussichtlich auch in Zukunft möglich sein, Windenergieanlagen in der Region unter wirtschaftlichen Bedingungen bauen und betreiben zu können.

Weitere Möglichkeiten können darin bestehen, den aus erneuerbaren Quellen erzeugten Strom außerhalb des EEG-Mechanismus zu Marktpreisen zu verkaufen. Hier bietet sich speziell im Privat- und Gewerbekundensegment die Vermarktung von attraktiven Produkten an, z.B. die Umsetzung von Bürgerstrommodellen in Kooperation mit regionalen regenerativen Erzeugungsanlagen. Mit der Region verbundene Kunden können so langfristig gebunden werden.

Hier bestehen für den ene-Konzern gute Chancen, als Dienstleister für energiewirtschaftliche Prozesse (Portfoliobewirtschaftung, Marketing- und Vertriebsleistungen, Kundenwechselmanagement, Call- und Billingleistungen, Energieaudits usw.) für Projektgesellschaften (z.B. Bürgerwindparks) zu agieren.

7 Gesamtaussage

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand bestehen für 2015 keine die Substanz gefährdenden Risiken.

8 Ausblick

Für die ene wird in 2015 mit leicht steigenden Umsatzerlösen gerechnet. Dies liegt begründet in den unverändert hohen Investitionen der KEV GmbH, welche in den Innenumsätzen mit Konzerngesellschaften abgebildet sind, sowie in der positiven Entwicklung im externen Dienstleistungsgeschäft. Auf Konzernebene wird für 2015 mit Umsatzerlösen etwa auf dem Niveau von 2014 gerechnet.

Nach dem Wegfall der Sondereffekte durch den Netzverkauf Mechernich und der damit verbundenen Normalisierung der Ertragslage wird für die ene und auf Konzernebene ein Ergebnis leicht unter dem Vorjahresniveau erwartet.

Kall, 31.03.2015

(Markus Böhm, Geschäftsführer)

Gewinn- und Verlustrechnung der Energie Nordteifel GmbH & Co. KG vom 01.01. - 31.12.2014

	Anhang		2014	2013
Umsatzerlöse			11.573.143,14€	11.857.990,86€
Stromsteuer	12		- €	- 62.555,38€
			11.573.143,14€	11.795.435,48€
Andere aktivierte Eigenleistungen			129,60€	19.787,55€
Sonstige betriebliche Erträge	13		85.395,31€	410.531,58€
			11.658.668,05€	12.225.754,61€
Materialaufwand	14		9.205.334,63€	5.589.381,64€
Personalaufwand	15		3.167.909,54€	3.139.205,44€
Abschreibungen	16		95.892,38€	235.863,43€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17		2.912.782,97€	3.428.191,41€
			- 3.723.251,47€	- 166.887,31€
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	18		8.802.126,13€	5.375.518,91€
Finanzergebnis	19		- 73.065,99€	- 468.658,58€
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			5.005.808,67€	4.739.973,02€
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20		1.593.581,64€	1.270.765,84€
Sonstige Steuern			706,02€	1.647,83€
Jahresüberschuss			3.411.521,01€	3.467.559,35€

Bilanz der Energie Norddelfel Beteiligungs-GmbH per 31.12.2014

Aktiva:	Anhang	31.12.2014	31.12.2013	Passiva:	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
Umlaufvermögen				Eigenkapital			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	28,58 €	65,07 €	Gezeichnetes Kapital	3	25.000,00 €	25.000,00 €
Flüssige Mittel	2	29.549,94 €	29.833,72 €	Jahresüberschuss		1.008,24 €	1.800,93 €
						26.008,24 €	26.800,93 €
				Rückstellungen	4		
				Steuerrückstellungen		188,00 €	294,00 €
				Sonstige Rückstellungen		2.600,00 €	2.400,00 €
						2.788,00 €	2.694,00 €
				Verbindlichkeiten			
				Sonstige Verbindlichkeiten	5	782,28 €	403,86 €
						29.578,52 €	29.898,79 €
						29.578,52 €	29.898,79 €

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Anhang	2014	2013
Sonstige betriebliche Erträge	7	4.500,24 €	4.576,05 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8	3.341,49 €	2.490,00 €
Finanzergebnis	9	<u>35,68 €</u>	<u>53,88 €</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.194,43 €	2.139,93 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>186,19 €</u>	<u>339,00 €</u>
Jahresüberschuss		<u><u>1.008,24 €</u></u>	<u><u>1.800,93 €</u></u>



Bilanz der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH zum 31. Dezember 2014

		Anhang	31.12.2014	31.12.2013	Anhang		31.12.2014	31.12.2013
A k t i v a :								
Anlagevermögen		1						
Immaterielle Vermögensgegenstände			648.011,00 €	706.195,00 €				
Sachanlagen			13.629.321,00 €	13.546.798,77 €				
Finanzanlagen			27.831,15 €	31.668,34 €				
			14.305.163,15 €	14.284.662,11 €				
Umlaufvermögen								
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2		400.841,12 €	1.391.888,84 €				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			5.426,40 €	5.564,35 €				
Forderungen gegen Gesellschafter			729.262,95 €	3.320.271,36 €				
Sonstige Vermögensgegenstände			1.135.530,47 €	4.717.724,55 €				
Flüssige Mittel	3		1.790.239,42 €	4.131.179,10 €				
Rechnungsabgrenzungsposten	4		4.006,63 €	7.266,00 €				
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5		298.812,05 €	31.409,68 €				
			<u>17.533.751,72 €</u>	<u>23.172.241,44 €</u>				
P a s s i v a :								
Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	6		3.100.000,00 €	3.100.000,00 €				
Kapitalrücklage			4.397.954,84 €	4.397.954,84 €				
Gewinnrücklagen			99.791,14 €	99.791,14 €				
			7.597.745,98 €	7.597.745,98 €				
Empfangene Ertragszuschüsse	7		1.862.776,33 €	2.777.343,62 €				
Rückstellungen		8						
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			2.659.522,00 €	2.695.240,00 €				
Steuerrückstellungen			650.000,00 €	650.000,00 €				
Sonstige Rückstellungen			2.624.850,00 €	1.996.089,51 €				
			5.934.372,00 €	5.341.329,51 €				
Verbindlichkeiten		9						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			161.479,69 €	215.867,64 €				
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			277.799,16 €	5.496.608,62 €				
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern			2.538,78 €	495,39 €				
Sonstige Verbindlichkeiten			675.025,12 €	735.850,99 €				
			1.116.842,75 €	6.448.822,64 €				
Rechnungsabgrenzungsposten	10		1.022.014,66 €	1.006.999,69 €				
			<u>17.533.751,72 €</u>	<u>23.172.241,44 €</u>				


Gewinn- und Verlustrechnung der Kreis-Energie-Versorgung Schleidener GmbH vom 01.01. - 31.12.2014

	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse	12	19.993.308,14 €	20.834.112,62 €
Aktivierete Eigenleistungen	13	536.915,08 €	- €
Sonstige betriebliche Erträge	14	<u>3.404.233,94 €</u>	<u>534.037,77 €</u>
		23.934.457,16 €	21.368.150,39 €
Materialaufwand	15	5.281.259,97 €	5.447.847,44 €
Personalaufwand	16	3.740.184,87 €	3.715.715,89 €
Abschreibungen	17	1.609.711,71 €	1.529.858,31 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18	<u>5.490.999,97 €</u>	<u>6.067.917,69 €</u>
		7.812.300,64 €	4.606.811,06 €
Finanzergebnis	19	- 117.077,66 €	- 140.040,41 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		7.695.222,98 €	4.466.770,65 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	- 4.345,03 €	644.671,21 €
Sonstige Steuern		18.189,47 €	22.658,13 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		7.681.378,54 €	3.799.441,31 €
Jahresüberschuss		- €	- €

Bilanz für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

		Anhang		Anhang	
A k t i v a :		31.12.2014	31.12.2013	P a s s i v a :	
Anlagevermögen				4	
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.153,00 €	8.681,00 €	Gezeichnetes Kapital		
Sachanlagen	480.907,62 €	519.296,62 €	Kapitalrücklage		
Finanzanlagen	2.955.715,94 €	605.359,66 €			
	<u>3.441.776,56 €</u>	<u>1.133.337,28 €</u>	<u>300.000,00 €</u>		
			<u>157.114,50 €</u>		
			<u>457.114,50 €</u>		
Umlaufvermögen				5	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			Rückstellungen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.146.472,68 €	3.829.839,00 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	92.746,45 €	276.892,81 €	Sonstige Rückstellungen		
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.133,30 €	2.263,98 €			
Forderungen gegen Gesellschafter	45.146,07 €	15.403,96 €			
Sonstige Vermögensgegenstände	3.836,38 €	85.816,47 €			
	<u>3.296.334,88 €</u>	<u>4.210.216,22 €</u>	<u>28.000,00 €</u>		
			<u>619.820,00 €</u>		
			<u>647.820,00 €</u>		
Flüssige Mittel				6	
	8.099.672,96 €	3.111.978,50 €	Verbindlichkeiten		
			Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
			Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
			Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
			Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		
			Sonstige Verbindlichkeiten		
	<u>14.837.784,40 €</u>	<u>8.455.532,00 €</u>	<u>2.040.000,00 €</u>		
			<u>4.967.405,69 €</u>		
			<u>2.672.261,47 €</u>		
			<u>558,83 €</u>		
			<u>911,83 €</u>		
			<u>4.051.712,08 €</u>		
			<u>13.732.849,90 €</u>		
			<u>7.558.507,50 €</u>		
			<u>14.837.784,40 €</u>		
			<u>8.455.532,00 €</u>		

	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse		56.618.603,97 €	56.095.674,60 €
Stromsteuer		- 5.229.907,86 €	- 5.411.584,86 €
	8	51.388.696,11 €	50.684.089,74 €
Sonstige betriebliche Erträge	9	- 168.159,63 €	- 323.831,67 €
		51.556.855,74 €	51.007.921,41 €
Materialaufwand	10	46.390.419,15 €	45.882.060,02 €
Personalaufwand	11	1.060.189,27 €	957.277,42 €
Abschreibungen	12	47.322,21 €	47.258,23 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13	- 2.972.369,28 €	- 2.539.117,87 €
		1.086.555,83 €	1.582.207,87 €
Finanzergebnis	14	46.191,87 €	10.114,93 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>1.132.747,70 €</u>	<u>1.592.322,80 €</u>
Sonstige Steuern		12.000,11 €	16.245,20 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		1.120.747,59 €	1.576.077,60 €
Jahresüberschuss		<u>- €</u>	<u>- €</u>



**Bilanz der
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH
zum 31. Dezember 2014**

		Anhang		Anhang	
		31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
A k t i v a :				P a s s i v a :	
Anlagevermögen				Eigenkapital	
Sachanlagen	1	921,00 €	815,00 €	Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €
Finanzanlagen		25.000,00 €	25.000,00 €	Gewinnvortrag	47.103,62 €
		<u>25.921,00 €</u>	<u>25.815,00 €</u>	Jahresüberschuss	107.416,73 €
Umlaufvermögen					<u>179.520,35 €</u>
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2	154,26 €	23.800,00 €	Rückstellungen	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		44.682,15 €	396.201,26 €	Steuerrückstellungen	31.618,00 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen				Sonstige Rückstellungen	4.600,00 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		75.237,24 €	5.287,38 €		<u>36.218,00 €</u>
Sonstige Vermögensgegenstände		123.231,11 €	44.436,78 €	Verbindlichkeiten	
		<u>243.304,76 €</u>	<u>469.725,42 €</u>	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	178.243,28 €
Flüssige Mittel	3	1.386.421,62 €	32.857,92 €	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.063.823,56 €
		<u>1.655.647,38 €</u>	<u>528.398,34 €</u>	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	79.709,07 €
				Sonstige Verbindlichkeiten	118.133,12 €
					<u>1.439.909,03 €</u>
					<u>1.655.647,38 €</u>
					<u>528.398,43 €</u>



**Gewinn- und Verlustrechnung der
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft GmbH
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse	7	1.382.770,62 €	442.937,74 €
Sonstige betriebliche Erträge	8	50.906,81 €	13.998,94 €
		1.433.677,43 €	456.936,68 €
Materialaufwand	9	1.135.848,08 €	323.068,51 €
Abschreibungen		105,97 €	62,13 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	150.760,00 €	121.489,57 €
		146.963,38 €	12.316,47 €
Finanzergebnis	11	139,08 €	147,70 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		147.102,46 €	12.464,17 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		39.685,73 €	1.991,26 €
Jahresüberschuss		107.416,73 €	10.472,91 €



**Bilanz der
Sunpark Kalenberg GmbH & Co. KG
zum 31. Dezember 2014**

A k t i v a :	Anhang	31.12.2014	31.12.2013	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
Anlagevermögen				Eigenkapital			
Sachanlagen	1	6.694.030,00 €	7.097.564,00 €	Kapitalanteile		250.832,52 €	260.912,87 €
Umlaufvermögen				Jahresüberschuss/-feh betrag	4	45.867,85 €	10.080,35 €
Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	2					296.700,37 €	250.832,52 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		11.728,96 €	25.597,15 €	Rückstellungen	5		
Forderungen gegen Gesellschafter		98.706,40 €	123,91 €	Steuerrückstellungen		10.813,00 €	10.700,00 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		100.525,34 €	- €	Sonstige Rückstellungen		44.400,00 €	39.900,00 €
Sonstige Vermögensgegenstände		11.855,82 €	13.110,49 €			55.213,00 €	50.600,00 €
Flüssige Mittel				Verbindlichkeiten	6		
	3	477.652,78 €	480.527,40 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		7.004.224,93 €	7.302.800,25 €
				Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		38.289,60 €	12.618,78 €
				Sonstige Verbindlichkeiten		71,40 €	71,40 €
		7.394.499,30 €	7.616.922,95 €			7.042.585,93 €	7.315.490,43 €
						7.394.499,30 €	7.616.922,95 €

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Sunpark Kalenberg GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse	7	874.891,29 €	804.468,31 €
Sonstige betriebliche Erträge	8	4.178,67 €	18.411,39 €
Materialaufwand	9	19.107,87 €	27.534,95 €
Abschreibungen		403.534,00 €	402.862,28 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		92.950,89 €	84.819,67 €
		<hr/>	<hr/>
		363.477,20 €	307.662,80 €
Finanzergebnis	10	- 296.121,40 €	- 307.043,15 €
		<hr/>	<hr/>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		67.355,80 €	619,65 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		21.487,95 €	10.700,00 €
		<hr/>	<hr/>
Jahresüberschuss/-fehlbetrag		45.867,85 €	- 10.080,35 €
		<hr/>	<hr/>



**Bilanz der
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
zum 31. Dezember 2014**

A k t i v a :	Anhang	31.12.2014	31.12.2013	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
Anlagevermögen				Eigenkapital			
Sachanlagen	1	1.540.665,00 €	1.630.413,00 €	Kapitalanteile		206.107,82 €	178.795,38 €
Umlaufvermögen				Jahresüberschuss		34.553,41 €	27.312,44 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2					240.661,23 €	206.107,82 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		3.194,37 €	8.298,64 €	Rückstellungen	5	4.855,00 €	- €
Forderungen gegen Gesellschafter		60,55 €	32,38 €	Steuerrückstellungen		14.900,00 €	13.300,00 €
Sonstige Vermögensgegenstände		4.727,09 €	2.189,35 €	Sonstige Rückstellungen		19.755,00 €	13.300,00 €
Flüssige Mittel				Verbindlichkeiten	6		
		7.982,01 €	10.520,37 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		1.456.098,70 €	1.501.975,96 €
	3	167.939,32 €	80.521,81 €	Sonstige Verbindlichkeiten		71,40 €	71,40 €
		<u>1.716.586,33 €</u>	<u>1.721.455,18 €</u>			<u>1.456.170,10 €</u>	<u>1.502.047,36 €</u>
						<u>1.716.586,33 €</u>	<u>1.721.455,18 €</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse	7	219.785,09 €	202.106,51 €
Sonstige betriebliche Erträge		402,35 €	- €
Materialaufwand	8	3.280,72 €	3.416,42 €
Abschreibungen		89.748,00 €	89.748,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>46.770,05 €</u>	<u>39.030,63 €</u>
		80.388,67 €	69.911,46 €
Finanzergebnis	9	- 40.980,26 €	- 42.599,02 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>39.408,41 €</u>	<u>27.312,44 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>4.855,00 €</u>	- €
Jahresüberschuss		<u>34.553,41 €</u>	<u>27.312,44 €</u>
Gutschrift auf Kapitalkonten		<u>34.553,41 €</u>	<u>27.312,44 €</u>
Ergebnis nach Verwendungsrechnung		<u>- €</u>	<u>- €</u>



**Bilanz der
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG
zum 31. Dezember 2014**

A k t i v a :	Anhang	31.12.2014	31.12.2013	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
Anlagevermögen				Eigenkapital			
Sachanlagen	1	3.394.290,00 €	3.576.127,00 €	Kapitalanteile		325.440,29 €	360.000,00 €
Umlaufvermögen				Jahresüberschuss / -fehlbetrag	4	96.652,41 €	- 34.559,71 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2					422.092,70 €	325.440,29 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		5.212,13 €	13.567,66 €	Rückstellungen	5		
Forderungen gegen Gesellschafter		88,90 €	9,44 €	Steuerrückstellungen		11.800,00 €	- €
Sonstige Vermögensgegenstände		6.833,35 €	1.324,58 €	Sonstige Rückstellungen		22.700,00 €	20.200,00 €
		12.134,38 €	14.901,68 €			34.500,00 €	20.200,00 €
Flüssige Mittel	3	338.247,54 €	59.318,60 €	Verbindlichkeiten	6		
				Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3.256.146,08 €	3.300.000,00 €
				Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		- €	966,58 €
				Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		31.858,14 €	3.740,41 €
				Sonstige Verbindlichkeiten		75,00 €	- €
		<u>3.744.671,92 €</u>	<u>3.650.347,28 €</u>			<u>3.288.079,22 €</u>	<u>3.304.706,99 €</u>
						<u>3.744.671,92 €</u>	<u>3.650.347,28 €</u>



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Sunpark Herhahn GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Anhang	2014	30.08.2013 - 31.12.2013
Umsatzerlöse	7	466.221,15 €	98.274,89 €
Sonstige betriebliche Erträge		604,35 €	- €
Materialaufwand	8	10.969,64 €	17.609,02 €
Abschreibungen		181.837,00 €	60.612,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		70.109,55 €	23.821,92 €
Finanzergebnis	9	203.909,31 € - 95.456,90 €	- 3.768,05 € - 30.791,66 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		108.452,41 €	- 34.559,71 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		11.800,00 €	
Jahresüberschuss / -fehlbetrag		96.652,41 €	- 34.559,71 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Anhang	2014	20.12.2013- 31.12.2013
Umsatzerlöse	7	1.384.510,84 €	- €
Materialaufwand	8	101.560,44 €	- €
Abschreibungen	9	71.409,94 €	- €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	181.064,63 €	6.893,88 €
		<u>1.030.475,83 €</u>	<u>- 6.893,88 €</u>
Finanzergebnis	11	- 96.950,92 €	37,47 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>933.524,91 €</u>	<u>- 6.856,41 €</u>
Steuern vom Einkommen und Ertrag		136.818,00 €	- €
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag		<u>796.706,91 €</u>	<u>- 6.856,41 €</u>
Gutschrift / Belastung auf Kapitalkonten		796.706,91 €	- 6.856,41 €
Ergebnis nach Verwendungsrechnung		<u>- €</u>	<u>- €</u>

**Bilanz der
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
zum 31. Dezember 2014**

		Anhang	31.12.2014	31.12.2013	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2014	31.12.2013
A k t i v a :									
<i>Umlaufvermögen</i>					<i>Eigenkapital</i>		3		
Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	1		- €	2.380,00 €	Gezeichnetes Kapital			25.000,00 €	25.000,00 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen					Gewinnvortrag			212,82 €	- €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			5.720,93 €	- €	Jahresüberschuss			492,75 €	212,82 €
Sonstige Vermögensgegenstände			13,44 €	119,98 €				25.705,57 €	25.212,82 €
			5.734,37 €	2.499,98 €	Rückstellungen		4		
					Steuerrückstellungen			104,00 €	- €
					Sonstige Rückstellungen			1.200,00 €	1.000,00 €
Flüssige Mittel	2		27.703,45 €	25.001,29 €				1.304,00 €	1.000,00 €
					Verbindlichkeiten		5		
					Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			- €	908,45 €
					Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			6.392,55 €	- €
					Sonstige Verbindlichkeiten			35,70 €	380,00 €
								6.428,25 €	1.288,45 €
								33.437,82 €	27.501,27 €

**Gewinn- und Verlustrechnung der
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Anhang	1.1.2014 - 31.12.2014	20.12.2013- 31.12.2013
Sonstige betriebliche Erträge	6	14.730,00 €	2.000,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7	14.122,09 €	1.788,99 €
		607,91 €	211,01 €
Finanzergebnis	8	49,43 €	1,81 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		657,34 €	212,82 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		164,59 €	- €
Jahresüberschuss		492,75 €	212,82 €

Handelsbilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Geschäftsjahr 2014	Vorjahr 2013
	EUR	EUR
A Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutz- und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	39.175,00	15.442,00
	39.175,00	15.442,00
II. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.009,00	22.109,00
	14.009,00	22.109,00
	53.184,00	37.551,00
B Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. fertige Erzeugnisse und Waren	17.032,51	5.921,87
	17.032,51	5.921,87
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.772,71	10.564,44
2. sonstige Vermögensgegenstände	5.787,17	4.529,46
	12.559,88	15.093,90
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
1. Kasse	1.270,12	3.450,89
2. Guthaben bei Kreditinstituten	59.202,42	65.818,15
	60.472,54	69.269,04
	90.064,93	90.284,81
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.241,07	3.151,65
Summe Aktiva	144.490,00	130.987,46

Handelsbilanz zum 31.12.2014

Passiva		Geschäftsjahr	Vorjahr
		2014	2013
		EUR	EUR
A Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital			
1. Stammkapital	26.400,00	26.400,00	26.400,00
II. Kapitalrücklage		1.741.383,00	1.324.233,00
III. Bilanzgewinn / Bilanzverlust (Bilanz)		-1.678.654,16	-1.259.651,33
		89.128,84	90.981,67
B Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	559,68		1.642,09
2. sonstige Rückstellungen	14.212,50		6.330,00
		14.772,18	7.972,09
C Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35,00		0,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 35,00 (VJ EUR 0,00)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25.760,82		22.617,55
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 25.760,82 (VJ EUR 22.617,55)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	13.033,16		5.076,22
davon aus Steuern EUR 3.503,28 (VJ EUR 4.371,06)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 190,46 (VJ EUR 625,16)			
davon mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 13.033,16 (VJ EUR 5.076,22)			
		38.828,98	27.693,77
D Rechnungsabgrenzungsposten		1.760,00	4.339,93
Summe Passiva		144.490,00	130.987,46

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

	Geschäftsjahr 2014	Vorjahr 2013
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	234.458,74	235.751,71
2. sonstige betriebliche Erträge	10.897,30	578,16
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-22.144,32	-12.981,97
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-298.499,92	-292.827,57
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersver- sorgung und für Unterstützung	-68.514,57	-66.227,72
	-367.014,49	-359.055,29
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-12.325,95	-12.631,63
Abschreibungen auf Sachanlagen, davon So- fortabschreibung GWG EUR 200,95 (VJ EUR 2.151,63)		
Abschreibungen auf Sachanlagen, davon Auflö- sung GWG-Sammelposten EUR 160,00 (VJ EUR 488,00)		
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-263.115,79	-265.170,94
davon Spenden EUR 36,60 (VJ EUR 25,00)		
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	258,85	527,81
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-18,01
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-418.985,66	-413.000,16
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,59	0,00
11. sonstige Steuern	-17,76	-172,34
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-419.002,83	-413.172,50
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-1.259.651,33	-846.478,83
14. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-1.678.654,16	-1.259.651,33

Nordeifel Tourismus GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

- I. Grundlagen des Unternehmens
 - 1. **Geschäftsmodell des Unternehmens**
 - 2. **Ziele und Strategien**
 - 3. **Forschung und Entwicklung**

 - II. Wirtschaftsbericht
 - 1. **Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**
 - 2. **Geschäftsverlauf**
 - 3. **Lage**
 - a) **Ertragslage**
 - b) **Finanzlage**
 - c) **Vermögenslage**
 - 4. **Finanzielle Leistungsindikatoren**

 - III. Nachtragsbericht

 - IV. Prognosebericht

 - V. Chancen- und Risikobericht
 - 1. **Risikobericht**
 - 2. **Chancenbericht**
 - 3. **Gesamtaussage**

 - VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

 - VII. Bericht über Zweigniederlassungen
-

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen. Es wird weiterhin das Ziel verfolgt, auch die Kommunen Bad Münstereifel und Dahlem für eine Beteiligung zu gewinnen. Weitere Gespräche mit Verantwortlichen in der Stadt Bad Münstereifel haben im Jahresverlauf, bislang ergebnisoffen, stattgefunden.

Die Nordeifel Tourismus GmbH fungiert als Touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG) im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm und bildet mit den benachbarten Organisationen Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. die Erlebnisregion Nationalpark Eifel.

2. Ziele und Strategien

Im Sinne der Tourismusstrategie Eifel und zur Erreichung der im Gesellschaftervertrag verankerten Ziele nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC) der Stufe III folgende Aufgaben für die Gesellschafter und die Region Nordeifel wahr:

Produktentwicklung, gesamtes Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation / Reservierung, Beratung bei der touristischen Infrastrukturkanzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern*, Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen und das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter, Betriebliches Qualitätsmanagement, Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd

3. Forschung und Entwicklung

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat im Jahr 2014 keine eigenen Forschungstätigkeiten durchgeführt. Mit Ausnahme von Gästebefragungen durch die Nordeifel Tourismus GmbH werden eifelbezogene Marktforschungstätigkeiten durch die Eifel Tourismus GmbH, NRW Tourismus e.V. und das Nationalparkforstamt Eifel veranlasst.

Das Gutachten aus dem Jahr 2012, das den Wirtschaftsfaktor Tourismus im Kreis Euskirchen näher beleuchtet hat, soll in nächster Zeit erneuert werden. Damit würde wieder eine neue, fundierte Grundlage über die Bedeutung des Tourismus im Kreisgebiet vorliegen.

*** Funktionalpartner sind: Nationalparkforstamt Eifel, Naturparke Nordeifel und Rheinland, Kreis Euskirchen (ÖPNV und Fahrradfreundlicher Kreis)**

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Tourismus in Nordrhein-Westfalen und in der Eifel entwickelt sich weiterhin positiv. Dieser Eindruck wird untermauert durch die Statistik, die NRW-Tourismus e.V. für das Jahr 2014 vorgelegt hat. Dabei verzeichnen die Eifel mit der Region Aachen sowie die Stadt Köln mit dem Rhein-Erft-Kreis das höchste Wachstum im Bereich Gästeankünfte und Übernachtungen. Bei den absoluten Übernachtungszahlen lagen im Betrachtungszeitraum Köln & Rhein-Erft-Kreis (6,9 Mio.), der Teutoburger Wald (6,6 Mio.) und das Sauerland (6,2 Mio.) vorne. Hier sei angemerkt, dass für die Eifel die Zahlen von Rheinland-Pfalz nicht berücksichtigt werden.

Bei der prozentualen Entwicklung der Gästeankünfte weisen die Eifel und die Region Aachen (+ 9,2 Prozent) sowie die Stadt Köln mit dem Rhein-Erft-Kreis (+ 10,8 Prozent) die höchsten Wachstumsraten auf. Bei der Übernachtungsentwicklung lagen ebenfalls die Eifel und die Region Aachen (+ 12,4 Prozent) sowie die Stadt Köln mit dem Rhein-Erft-Kreis (+ 11,3 Prozent) vorn.

Im Kreis Euskirchen konnte in 2014 ein Übernachtungsplus von 5,6 Prozent erzielt werden. Im Bereich der Ankünfte kann ein Anstieg um 5,3 Prozent verzeichnet werden. In absoluten Zahlen ausgedrückt haben 291.604 Gäste insgesamt zu 888.285 Übernachtungen beigetragen, was zu einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 3 Tagen führt.

Entgegen des Trends auf Landesebene, dass mehr ausländische Gäste NRW bereist haben, sind die Zahlen für das Kreisgebiet im Jahresverlauf 2014 rückläufig gewesen. Bei den Ankünften ist ein Rückgang von -6,4 Prozent und bei den Übernachtungen von -12,3 Prozent festzustellen.

Es bleibt festzuhalten, dass die amtliche Übernachtungsstatistik die touristische Entwicklung nur lückenhaft abbilden kann, da Übernachtungen in Betrieben unter 10 Betten, die in der Eifel die Basis im Übernachtungssegment bilden, nicht erfasst werden.

Entwicklung der Übernachtungszahlen in den Jahren 2013 und 2014 in NRW, im Kreis Euskirchen und in der Nordeifel:

	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	21.234.311	+4,2	47.924.391	+3,9	2,3
Kreis Euskirchen	291.604	+5,3	888.285	+5,6	3,0
Teilregion Nordeifel Tourismus	210.454	+7,3	656.992	+8,5	3,0

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik des Landes NRW, Februar 2015

2. Geschäftsverlauf 2014

Die Unternehmensziele und -strategie wurden im Jahresverlauf mit folgenden Maßnahmen verwirklicht:

- Umsetzung des Marketingplans 2014 gemäß der Vorgaben im Marketingkonzept 2010 – 2015 mit Maßnahmen wie Herstellung von Printprodukten, Anzeigenschaltungen, Direktmarketing, Onlinemarketing, Projektbeteiligungen, Pressearbeit, Prospektauslage und Messen / Präsentationen
- Eigene Gremienarbeit: Gesellschafterversammlung (2 x pro Jahr), Verkehrsamtsleiter-Beirat (5 x pro Jahr), Marketingausschuss (2 x pro Jahr), AG Kulturelle Höhepunkte (2 x pro Jahr)
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen: Q-Team Eifel, Angebotsgruppe Eifelsteig, Routenteam Römerkanal-Wanderweg, AG TAG Nationalpark-Region, AG Tourismus Römerkanal-Wanderweg, Routenteam Erft-Radweg, Routenteam Eifel-Höhen-Route, AG Nationalpark-Tore, Angebotsgruppe Nationalpark-Gastgeber, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Arbeitskreis-Sitzungen Nordeifel der Eifel Tourismus GmbH, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln, Expertenteam Deskline 3.0, Prüfungsausschuss der IHK Köln
- Umsetzung des Relaunchs der Homepage www.nordeifel-tourismus.de mit Arbeiten wie Textredaktion, Bild- und Videoauswahl, Abstimmung mit dem Auftragnehmer, Schulung und Implementierung der Inhalte inkl. Suchmaschinenoptimierung und Erarbeitung englischsprachiger Übersetzung
- Teaminterner Facebook-Workshop
- Go-Live der Homepage der Eifel-Höhen-Route
- Zusammenarbeit mit 166 Gastgebern in Deskline 3.0
- Betrieb der Homepages www.nordeifel-tourismus.de, www.roemerkanal-wanderweg.de, www.eifel-hoehen-route.de, www.die-wasserburgen-route.de
- Veröffentlichung der Printprodukte „Gästepjournal Nordeifel“, Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“, Flyer „Eifel-Höhen-Route“, Flyer „Ahr-Radweg“, Flyer „GästeTicket“, Flyer „Nordeifel frühlingshaft“, „Nordeifel sommerlich“, „Nordeifel herbstlich“ und „Nordeifel winterlich“, Flyer Tages- und Mehrtagesangebote im Rahmen des Projektes „KlimaTour Eifel“, Flyer „Auf einen Blick“, Flyer Beratungstage 2015
- Produktion des Sommerprogramms „Familienspaß 2014“ mit Sehenswürdigkeiten, Freizeiteinrichtungen und weiteren Dienstleistern
- Unterstützung bei der Produktion der Wanderkarte „Zülpicher Börde“
- Produktentwicklung neuer Angebote: Drei Mehrtagesarrangements „Landesgartenschau 2014“, „Wandern ohne Gepäck auf dem EifelBahnSteig“, zwei Tagesarrangements „Wilder Kermeter“, „Wandern auf dem AhrSteig“

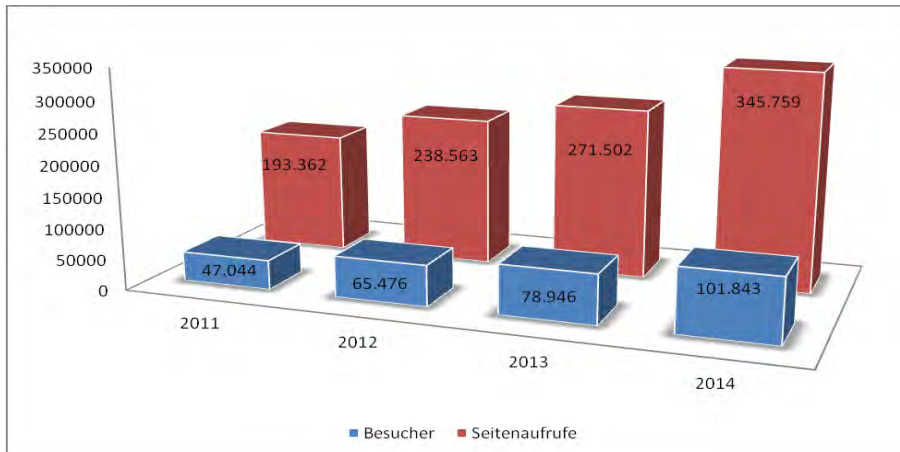
- Koordination der Standbesetzung des Infopavillons auf dem Eifeler Landschaftsgarten/ Rheinlandgarten während der gesamten Dauer der Landesgartenschau 2014
- Betreuung von Drittpartnern im Vorfeld der Präsentation am Infopavillon auf dem Eifeler Landschaftsgarten / Rheinlandgarten während der gesamten Dauer der Landesgartenschau 2014
- Verkauf von Eintrittskarten für die Landesgartenschau in der Geschäftsstelle in Kall und im Nationalpark-Tor Gemünd
- Präsentation bei folgenden Veranstaltungen: NRW Tag Bielefeld, LAGA 2014 Globeboot Brühl, 10 Jahre Nationalpark Eifel, Innenstadteinsätze Köln, Essen und Bonn, Burgfest Reifferscheid, Tour de Ahrtal, Euskirchener Burgenfahrt, Kräutertag Nettersheim, Country Homes in Mechernich, Gewerbeschau in Kall
- Durchführung von sechs Beratungstagen mit 27 Teilnehmern als potenzielle Existenzgründer von Übernachtungsbetrieben in Zusammenarbeit mit dem Startercenter NRW Kreis Euskirchen
- 41 DTV-Klassifizierungen, 4 Zertifizierungen „Wanderbares Deutschland“ und 4 Zertifizierungen „Regionalmarke Eifel“
- 3 Schulungstermine für die Counterkräfte der Tourist-Informationen: Produktschulung in Nettersheim, Touristiker-Tag in Zülpich sowie Informationsveranstaltung mit Baustellenführung in Vogelsang IP
- Teaminterne Weiterbildung auf dem „Wilden Weg“ im Nationalpark Eifel
- Akquisition von touristischen Leistungsträgern für die Seminare der Aktivakademie von Tourismus.NRW in Vogelsang
- Mitwirkung und unterstützende Koordination in der Lenkungsgruppe für die Kampagne „Römisches Rheinland 2014“
- Koordination und Durchführung des erstmaligen Aktionstages in der Nordeifel „Zu Gast in der eigenen Heimat“ am 6. April mit 21 beteiligten Einrichtungen sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe in 2015
- Koordination des erstmalig stattfindenden Veranstaltungsformates „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ im Herbst 2014 mit sechs Partnern sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe mit Erstellung eines Förderantrags beim Zweckverband Region Aachen für die Neuauflage in 2015
- Zwei Pressekonferenzen: Einführung des Gästetickets und Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“
- Pressemitteilungen zu folgenden Themen: Veröffentlichung der Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“, Veröffentlichung Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, „Gästeticket“, vier jahreszeitliche Veranstaltungskalender, Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Familienprogramm Sommer 2014“, Beratungstage 2014, Besuch Touristiker Siegerland-Wittgenstein, Relaunch Homepage, Kultur bei Nacht, LAGA 2014, Gästejournal Nordeifel 2015, Beratungstage 2015

- Vorbereitung des Projektes „Qualitätsoffensive Wandern“ im Kreis Euskirchen, u.a. fachliche Unterstützung durch Präsentation in diversen Gremien und Mitgestaltung eines Kreativ-Workshops unter Beteiligung aller relevanten Partner im November 2014
- Beratungen mit den Projektverantwortlichen des GästeTickets Erlebnisregion Nationalpark Eifel mit dem Ergebnis der Fortsetzung des Ticketmodells bis zum 31.12.2015
- Vorbereitung und Erteilung des Auftrags zur Überarbeitung des Marketingkonzepts der Nordeifel Tourismus GmbH für die Periode 2015-2020 an die Agentur kasperkoepl. Der teaminterne Workshop fand im Dezember 2014 statt, ein Workshop mit den Vertretern der Gesellschafter am 21. Januar 2015. Ein Abstimmungsgespräch mit Funktionalpartnern erfolgte am 18. März 2015. Das Marketingkonzept wird der Gesellschafterversammlung im Jahresverlauf 2015 vorgestellt.
- Fachliche und inhaltliche Unterstützung bei beiden LEADER-Antragsstellungen Eifel und Zülpicher Börde
- Auftragserteilung an eine Schüler-Projektgruppe des Müller-Armack-Berufskollegs in Köln mit Beteiligung der eigenen Auszubildenden Jennifer Geyer zur Konzeption, Organisation und Durchführung einer erstmaligen touristischen Netzwerkveranstaltung in der Nordeifel mit dem Titel „NeTworking Nordeifel“ am 24. Februar 2015 im LVR-Industriemuseum Euskirchen
- Auftragserteilung an einer Gruppe von Studierenden der Wirtschaftsfachschule Kall zum Thema „touristische Vision für die Stadt Zülpich und die Nordeifel nach der Landesgartenschau 2014“
- Mitarbeit beim Framework-Prozess der Eifel Tourismus GmbH mit dem Ziel eines Relaunchs von www.eifel.info unter Berücksichtigung einer ansprechenden Darstellung der Teilregionen
- Gespräche mit folgenden Unternehmen bezüglich Kooperation / Sponsoring: Regionalverkehr Köln, ENE, Nordeifel Werkstätten und Thermen & Badewelt Euskirchen
- Jahresgespräche mit den Gesellschaftern Blankenheim, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Schleiden und Zülpich. Gespräche mit den übrigen Gesellschaftern finden Anfang 2015 statt.
- Vorbereitung des Pedelec-Anbieterwechsels von Movelo zu Fahrradferienland mit Auswirkung auf die gesamte Erlebnisregion Nationalpark Eifel
- Angebotsabgabe zur Umsetzung des Förderprojektes „Konzept zur Naturerfahrung Sternenhimmel und zum Schutz der natürlichen Nacht in der Nationalpark-Region Eifel“. Die Entscheidung über die Beauftragung erfolgt im Januar 2015.

Statistische Erhebungen

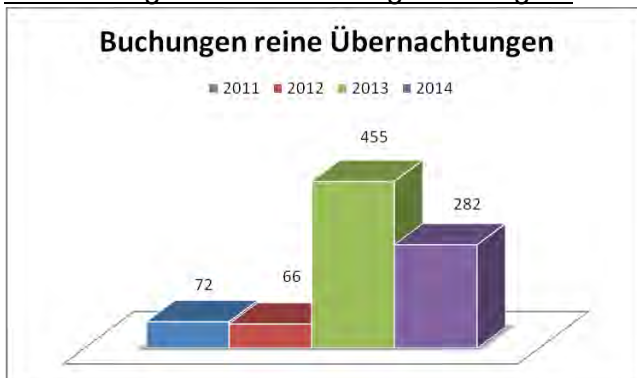
Entwicklung der Besucherzahlen auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2014 im Vergleich zu den Jahren 2011, 2012, 2013 und 2014 nach Besuchern und Seitenaufrufen:

Besucher und Seitenaufrufe:



Eigene Erhebungen, Januar 2015

Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



Eigene Erhebungen, Januar 2015

Entwicklung der Prospektanfragen:



Eigene Erhebungen, Januar 2015

Entwicklung der Buchungen von Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2015

Besucher des Nationalpark-Tors in Schleiden-Gemünd im Jahresvergleich 2013 und 2014

Monat	2013	2014
Januar	1.194	1.630
Februar	1.228	1.618
März	2.131	2.718
April	4.563	3.668
Mai	4.006	3.895
Juni	3.643	4.176
Juli	5.083	4.501
August	5.363	6.546
September	3.917	4.667
Oktober	4.037	3.906
November	1.861	2.547
Dezember	1.639	1.259
Gesamt	38.665	41.131

Informations- und Reservierungssystem Deskline 3.0:

Deskline-Umsätze in 2012, 2013 und 2014 eifelweit und bei der Nordeifel Tourismus GmbH

		TOTAL		
		2012	2013	2014
GESAMT		1.379.417	1.727.510	1.774.732
Accommodation Websites Eifeler Betriebe	Gesamt	30.029	68.288	107.106
GESAMT eifelweite Portale		112.464	261.538	332.261
GESAMT Sonstige Vertriebswege		4.238	3.895	7.246
GESAMT TIs (ohne ET)		464.807	456.564	504.202
Eifel Tourismus GmbH	Gesamt*	767.879	937.615	824.003
	Expert Client	675.072	840.161	727.634
	Internet	92.816	97.455	96.367
Nordeifel Tourismus GmbH	Gesamt	105.211	125.238	108.329
	Expert Client	92.045	117.415	93.865
	Internet	13.164	7.822	14.464

Expert-Client: Buchungen der NeT an den Standorten in Kall und Gemünd und der Gemeinde Hellenthal in der TI Hellenthal

Internet: Direktbuchungen auf den Homepages der NeT und der Gesellschafter

Umsatzstärkste Buchungs-Stützpunkte in der Eifel

1.	Eifel ET	250.542,63 €
2.	Adenau	131.180,90 €
3.	Gesundland Vulkaneifel	125.974,13 €
4.	Nordeifel	108.228,33 €

Quelle: Eifel Tourismus GmbH, Januar 2015

Mit den Deskline-Umsätzen in Höhe von 108.329 € in 2014 nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH im eifelweiten Vergleich der Tourismusorganisationen den 4. Platz hinter der Eifel Tourismus GmbH, der Touristischen Arbeitsgemeinschaft Hocheifel-Nürburgring und der neu formierten Gesundland Vulkaneifel GmbH ein.

Die statistischen Erhebungen verdeutlichen das steigende Interesse von Gästen, sich mittels Homepage und Broschüren der Nordeifel Tourismus GmbH sowie im Nationalpark-Tor in Gemünd über das touristische Angebot der Nordeifel zu informieren.

Das gesteigerte Interesse hat sich im Jahr 2014 jedoch nicht auf das Buchungsgeschäft ausgewirkt. Die Rückgänge gehen mit dem Trend einher, dass Gäste online bzw. direkt beim Gastgeber buchen. Leistungsträger vermarkten ihre Objekte zusehends stärker eigenständig, so dass die Vermittlungstätigkeit der Tourismusorganisationen ein wenig an Bedeutung verliert. Auffällig ist, dass sich die Anzahl an Direktbuchungen auf www.nordeifel-tourismus.de im Vergleich zu 2013 nahezu verdoppelt hat - eine Bestätigung des Trends, dass direkt online gebucht wird. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Relaunch der Homepage im September 2014 auf das Direktbuchungsverhalten auswirkt.

Bei einer genaueren Betrachtung der Statistik aus dem Informations- und Reservierungssystem Deskline 3.0 sind folgende Erkenntnisse interessant:

Der überwiegende Teil der Buchungen wird bis zu 3 Tage vor der Anreise vorgenommen. Dies unterstreicht die Kurzfristigkeit der Reiseentscheidung. Buchungen von Gruppen werden im Gegensatz dazu größtenteils mit einer Vorlaufzeit von mehr als 70 Tagen vorgenommen, d.h. zu Jahresbeginn wird schon der Wanderurlaub im Frühjahr gebucht. Aufgrund der schlechten Witterung im Sommer 2014 wirkt sich der Trend der kurzfristigen Buchungsaktivität im Vergleich zu 2013 mit negativen Folgen auf die Nordeifel aus.

Die über Buchungen in Deskline 3.0 ermittelte durchschnittliche Aufenthaltsdauer entspricht den Ergebnissen der amtlichen Statistik, wonach sich Gäste im Durchschnitt 1-3 Tage in der Region aufhalten. Favorisiert werden mit großem Abstand Buchungen im 3-Sterne-Bereich. Dies gilt für Hotels gleichermaßen wie für Ferienwohnungen und Privatzimmer.

Eine weitere Erklärung für den Rückgang an Buchungsumsätzen liegt darin begründet, dass im Jahr 2014 rund 10 Betriebe weniger buchbar waren als noch 2013. Verstärkt wird diese Tendenz dadurch, dass kooperationsunwilligen Gastgebern über die Homepages einiger Gesellschafter eine kostenfreie Darstellung eingeräumt wird. Hierdurch entgehen der Nordeifel Tourismus GmbH zum einen ein Erlös aus Anzeigenaufträgen und zum anderen eine mögliche Provision. Zudem war ein großer Hotelbetrieb in Schleiden im Jahr 2014 teilweise geschlossen und konnte z.B. bei Vorab-Buchungen von Gruppen nicht einbezogen werden.

Die betriebliche Struktur der Nordeifel, mit überwiegendem Anteil an Ferienwohnungen, trägt dazu bei, dass in anderen durch größere Betriebe geprägte Teilregionen der Eifel verhältnismäßig höhere Umsätze generiert werden können.

Weitere Entwicklungen

Bilanz Beratungstage seit dem Jahr 2011 bis Dezember 2014

Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und das STARTERCENTER NRW Kreis Euskirchen erfolgreich die Beratungstage für Existenzgründer / -innen von touristischen Übernachtungsbetrieben an. Ein Anlass für dieses Angebot sind auch die Entwicklungen, dass zahlreiche touristische Übernachtungsbetriebe in den nächsten Jahren aufhören und ihren Betrieb einstellen. Zudem überlegen zahlreiche Haus- und Wohnungseigentümer, ihre bislang privat genutzten Immobilien, zukünftig an Gäste zu vermieten. Im Rahmen beider Entwicklungen – Betriebsnachfolge und Existenzgründung – ergeben sich zahlreiche Fragen und ein großer Beratungsbedarf auf dem Weg in die Selbständigkeit. Pro Jahr haben zunächst vier Sprechstage mit maximal sechs Terminen stattgefunden.

Seit Anfang 2014 werden aufgrund der hohen Nachfrage sechs Beratungstage pro Jahr angeboten. Das Konzept wird seit Anfang 2015 erweitert um die Zielgruppe der bereits aktiven Leistungsträger, die sich im Bereich Zielgruppenorientierung, Vermarktung, aber auch Qualität beraten lassen können, um ihre Betriebe zu optimieren. Es sei angemerkt, dass neben den Beratungstagen in dem Zeitraum weitere individuelle Termine mit touristischen Leistungsträgern stattgefunden haben.

Jahr	Anzahl der Beratungstermine	Tatsächliche Betriebsgründungen
2011	17	7
2012	23	11
2013	24	13
2014	27	15
Gesamt	91	46

Eigene Erhebungen, Januar 2015

Vertrieb:

Ferner hat sich die Anzahl der **Vertriebsstellen**, in denen das Prospektmaterial der Nordeifel Tourismus GmbH angeboten wird, bis Dezember 2014 auf **130 Stellen** ausgeweitet. Inbegriffen sind neben den Tourist-Informationen, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen in der Region auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste. Beispiele sind die Kundencenter der KVB, ASEAG Aachen, Dürener Kreisbahn und RVK, der Sängerkhof in Meckenheim, die Schlösser Brühl, aber auch die beiden Globetrotter-Stores in Köln und Bonn.

Im Bereich der Kundenbindung sei noch die Entwicklung der **Newsletterabonnenten** von 900 zur Mitte des Jahres 2012 auf über **2.600** im Dezember 2014 erwähnt. Auch die Anzahl der **Facebook-Fans** wächst stetig auf derzeit über **770**.

Die Geschäftsleitung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt positiv.

3. Lage

Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ab dem Jahr 2013 zählen auch die Kommunen Blankenheim und Nettersheim zu den Gesellschaftern.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft, so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Blankenheim, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zülpich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2014 64,02 % (Vorjahr 63,28 %).

Die Zuschüsse der Gesellschafter werden in das Eigenkapital eingestellt. Im Geschäftsjahr zahlten die Gesellschafter 417.150 € ein (Vorjahr 406.300 €).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

Die Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen 2014 234.458,74 € (Vorjahr 235.751,71 €).

Der geringfügige Rückgang der Umsatzerlöse erklärt sich aus weniger verkauften Pauschalen in 2014, was vorwiegend dem schlechten Wetter zugeschrieben werden kann. Dieser Rückgang konnte aber zum großen Teil durch die Erlöse im Verkauf Tickets der Landesgartenschau 2014 in Zülpich ausgeglichen werden.

	2013	Wirtschaftsplan 2014	2014
Umsatzerlöse	235.751,71 €	206.750,00 €	234.458,74 €
Sonstige betriebliche Erträge	1.105,97 €	1.150,00 €	11.156,15 €
Betriebsleistung	236.857,68 €	207.900,00 €	245.614,89 €

Die Betriebsleistung konnte gegenüber dem Vorjahr und dem Wirtschaftsplan 2014 erhöht werden.

Wesentliche Erlöse kamen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements, Tickets für die Landesgartenschau 2014 sowie durch Verkäufe im NLP-Shop. In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen zur Projektförderung „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ enthalten. Dieser Zuschuss wurde zum einen den betrieblichen Partnern zur Verfügung gestellt, zum anderen für das Marketing der Nordeifel Tourismus GmbH genutzt.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2013	Wirtschaftsplan 2014	2014
Personalaufwand	359.055,29 €	373.450,00 €	367.014,49 €
Abschreibungen	12.631,63 €	19.000,00 €	12.325,95 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	278.170,92 €	232.600,00 €	285.260,11 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	649.857,84 €	625.050,00 €	664.600,55 €
Betriebsergebnis	-413.000,16 €	-417.150,00 €	-418.985,66 €
Steuern vom Einkommen + sonstige Steuern	-172,34 €	0,00 €	-17,17 €
Jahresfehlbetrag	-413.172,50 €	-417.150,00 €	-419.002,83 €

Die Personalaufwendungen sind um 6.435,51 € niedriger als im Wirtschaftsplan, resultierend aus dem Ausscheiden einer Mitarbeiterin.

Die Abschreibungen sind um 6.674,05 € niedriger als im Wirtschaftsplan.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 52.660,11 € höher ausgefallen. Wesentliche Kostenstellen sind dabei die Steigerung des Materialaufwandes, bedingt durch das Gästeticket, die LaGa-Tickets sowie der Erhöhung des Shop-Verkaufs im NLP-Tor in Gemünd.

Weiterhin kamen im Jahr 2014 die Zahlungen der Nebenkostenabrechnungen für die NeT sowie für das NLP-Tor zum Tragen. Die Rechts- und Beratungskosten für den Rechtsstreit mit der ausgeschiedenen Mitarbeiterin tragen ebenfalls zur Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bei.

Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis -419.002,83 € (Wirtschaftsplan – 417.150 €).

b) Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs vermindert und zwar von 69.269,04 € auf 60.472,54 €.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2014 6.772,71 € (Vorjahr 10.564,44 €).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Die flüssigen Mittel betragen mit 60.472,54 € rund 42 % der Bilanzsumme.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) zeigt auch im Jahr 2014 keine gravierenden Änderungen.

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 27.959,95 €, Abgänge in Höhe von 1,00 € sowie laufende Abschreibungen in Höhe von 12.325,95 € gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag noch 53.184,00 € beträgt.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 61,69 % gut.

Die Lage des Unternehmens ist abhängig von den kommunalen Gesellschafterzuschüssen sowie vom operativen Geschäft.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens als für die Geschäftstätigkeit angemessen bezeichnet werden.

D) Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash Flow. Der Cash Flow beträgt im Jahr 2014 TEUR -398 (Vorjahr TEUR -396).

Die Umsatzrendite beträgt im Geschäftsjahr 2014 -178,71 % (Vorjahr -175,26 %).

Zum Ausgleich des negativen Cash Flow erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter.

III. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

IV. Prognosebericht

Der im Herbst 2014 beschlossene Wirtschaftsplan für das laufende Jahr 2015 weist für das laufende Wirtschaftsjahr einen prognostizierten Verlust in Höhe von 439.200,00 € auf. Dieser wird durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlage finanziert.

Ziel der Geschäftsführung ist es, die definierten Aufgaben im Rahmen des durch den Gesellschaftervertrag festgelegten Deckelungsbetrages zu erfüllen. Gleichmaßen sollen die initiierten Marketing- und Vertriebsaktivitäten zur weiteren Steigerung der Umsatzerlöse beitragen. Das Jahr 2015 ist geprägt von einer Phase der Vorbereitung, da sowohl im Rahmen des EU-Förderprogramms LEADER als auch des ausstehenden Projektauftrags Tourismus des Landes NRW Förderanträge aus der Nordeifel geplant sind. Ebenso steht die Fortschreibung des Marketingkonzeptes 2015-2020 an, das die konzeptionelle Grundlage für die Arbeit der Nordeifel Tourismus GmbH bilden wird und damit die Perspektive für das operative Geschäft abbildet.

Im Bereich des Marketings sind zahlreiche Außenpräsentationen sowohl in aber auch außerhalb der Region in den Quellmärkten vorgesehen. **Erstmalig sind auch Einsätze in**

Belgien und den Niederlanden geplant. Durch die im Marketingplan definierten Maßnahmen sind positive Effekte für den Bekanntheitsgrad der NeT und ihrer Produkte zu erwarten. Weiterhin wird die neue Homepage der Nordeifel Tourismus GmbH, die seit September 2014 online ist, für weitere spürbare Effekte sorgen.

Wichtige Basis für die Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen ist die Kooperation innerhalb der Erlebnisregion Nationalpark Eifel mit den Partnern Rureifel e.V. und Monschauer Land Touristik e.V., mit dem NRW Tourismus e.V., der Eifel Tourismus GmbH und nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern.

Bezüglich der Gastronomie- und Übernachtungsbetriebe bestehen nach wie vor berechnete Sorgen dahingehend, dass zahlreiche Betriebe, darunter auch strategisch bedeutsame Schlüsselbetriebe, - so lassen es auch die Beratungssprechtage erkennen - vor der Problemstellung der Nachfolgeregelung stehen und/oder aus anderen Gründen eine Betriebsaufgabe droht. Diese Situation trifft die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da sie ohne funktionierende Leistungsträger in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, z.B. in der Produktentwicklung und in der Gesamtvermarktung für die Region. Die privaten Leistungsträger bilden die wichtigste Basis für die Aufgabenerfüllung der NeT und tragen in erheblichem Maße zur Wertschöpfung im Wirtschaftsfaktor Tourismus bei. Angestrebt wird daher eine Qualitätsoffensive zum Erhalt der Betriebe. Voraussetzung dafür ist wiederum die Bewilligung eines dazu geplanten Projektes im Rahmen der LEADER-Programmphase ab 2015. Daraus resultierend ist ein modular aufgebauten Schulungsprogramm geplant. Damit einher geht ein Ausbau und eine Stärkung der NeT hinsichtlich ihrer Beraterfunktion.

Ebenso wird sich die Teilregion Nordeifel hinsichtlich ihrer Ausrichtung als Wanderdestination einer Qualitätsverbesserung des Wandernetzes unterziehen müssen, um im Wettbewerb mit Teilregionen der Eifel und anderen Mittelgebirgsregionen in Deutschland Vorteile zu erlangen.

Hier hat die NeT mit der Aufgabenstellung Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit dem Kreis Euskirchen, den Kommunen, den Naturparks sowie dem Nationalparkforstamt Eifel eine impulsgebende und beratende Rolle. Eine Antragsstellung zur Beteiligung am Aufruf Tourismus des Landes NRW Mitte 2015 ist geplant.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 65 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen durch Haushaltssicherungskonzepte eingeschränkt sind.

Im sechsten Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus sind die Umsatzerlöse auf dem stabilen Niveau des Jahres 2013 geblieben. Bemühungen zum Erhalt bzw. zur Steigerung werden fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH muss sich bewusst sein, dass die im Fünfjahresplan des Wirtschaftsplanes festgesetzten Gesellschafterzuschüsse eingehalten werden müssen, da Kürzungen eine einschneidende Auswirkung auf die Tätigkeit

der Nordeifel Tourismus GmbH haben würden. Gravierende Kosteneinsparungen sind nicht möglich, ohne dass die Gesellschaft Gefahr läuft, ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können.

2. Chancenbericht

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat einen erfolgreichen Umsetzungsprozess hin zum Tourismus-Service-Center (TSC) absolviert. Auch die Betriebsübernahme des Nationalpark Tor Gemünd ist dabei als erfolgreiches Teilmodul zu betrachten. Größere Flexibilität (insbesondere bezüglich personeller Ressourcen) würde sich ergeben, wenn weitere Tourist-Informationen durch die NeT geführt würden. Allerdings würden auch die Verantwortungsbereiche gleichermaßen zunehmen und eigener Managementressourcen in der Geschäftsstelle bedürfen. Die Kooperation mit den übrigen Tourist-Informationen im Gesellschafterraum funktioniert gut und sollte weiter intensiviert werden.

Die drei schwerpunktmäßig verfolgten Produktleitlinien aus dem im Jahre 2010 verabschiedeten Marketingkonzept 2014 bedürfen der Überprüfung und Fortschreibung. Daher wird im Jahresverlauf eine Evaluierung des bisherigen Marketingkonzeptes hin zu einem angepassten Strategie- und Marketingkonzept mit Handlungsempfehlungen für die Periode 2015-2020 erfolgen.

Auch mit der beabsichtigten Koordination und schließlich der Umsetzung einer Wanderoffensive Nordeifel erhofft die NeT, die Nordeifel noch besser am Markt platzieren zu können und Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

Im Bereich Radfahren wird derzeit ein eifelweites Radkonzept erarbeitet. Ziel ist es, das Thema weiter in den Quellmärkten auszubauen und die Eifel als fahrradfreundliche Destination mit einem Angebot für unterschiedliche Zielgruppen zu etablieren.

Mit der Schaffung nachhaltiger Tourismusinstrumente, z.B. Fortsetzung des GästeTickets und dessen möglicher Weiterentwicklung zur GästeCard ab 2016, sollen weitere Anreize geschaffen und der Wirtschaftsfaktor Tourismus gestärkt werden.

Neu geschaffene Veranstaltungskonzepte wie „Zu Gast in der eigenen Heimat“ und „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ bereichern das kulturelle Angebot und werden sich im zweiten Durchführungsjahr 2015 weiter etablieren.

Zu Stärkung des Binnenmarketings und zum Austausch der touristischen Leistungsträger findet unter dem Motto „NeTWorking Nordeifel“ im Februar 2015 erstmals ein regionales Netzwerk-Treffen statt, das als regelmäßige Veranstaltung vorgesehen und weiterentwickelt wird.

Um den Wirtschaftsfaktor Tourismus im Kreis Euskirchen beleuchten zu lassen, strebt der Kreis Euskirchen die Auftragsvergabe eines kreisweiten Gutachtens an.

Mit den Projekten „Vogelsang IP“, „Thermen & Badewelt Euskirchen“, „Gartenschaupark Zülpich“, „den touristisch inwertgesetzten römischen Relikten“ und dem Thema „Nachterlebnis in der Sterneregion Nationalpark Eifel“ werden weitere neue Angebote geschaffen, so dass die Aussichten als positiv bewertet werden können.

Weiteres Entwicklungspotenzial liegt in den möglichen Gesellschafterbeitritten der Stadt Bad Münstereifel und der Gemeinde Dahlem.

3. Gesamtaussage

Insgesamt steckt in organisatorischen sowie produktorientierten Maßnahmen weiteres Entwicklungspotential für die Nordeifel Tourismus GmbH.

Dennoch bleibt die Nordeifel Tourismus GmbH in zahlreichen Belangen auch von Entscheidungen Dritter abhängig. Sie wird daher immer nur so erfolgreich arbeiten können, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie) sich qualitativ weiterentwickeln und für eine Zusammenarbeit mit der NeT gewonnen werden können. Gleiches gilt für die Entwicklung der touristischen Infrastruktur, die entsprechend der Gästewünsche stetig angepasst und optimiert werden muss.

Voraussetzung zur Erfüllung sämtlicher Aufgabenbereiche ist die Kooperation und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse.

Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

VII. Bericht über die Zweigniederlassungen

Am 01.01.2013 erfolgte die Betriebsübernahme des Nationalpark-Tor in Gemünd, in das die Tourist-Information der Stadt Schleiden integriert ist. Die Betriebsübernahme erfolgte per Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden, wobei das Personal auf die Nordeifel Tourismus GmbH übergang.

Alle zwischen Nationalparkverwaltung und Stadt Schleiden definierten Vereinbarungen (z.B. ganzjährig tägliche Öffnungszeiten des Nationalpark-Tor) wurden von der Nordeifel Tourismus GmbH übernommen.

Dieser Entwicklungsschritt bedeutete zusätzlichen Kompetenzaufbau im Counterbereich sowie Ausbau des Buchungsgeschäftes.

Die Tourist-Information im Nationalpark-Tor erhielt im Oktober 2013 die sog. i-Marke, ein Qualitäts- und Servicesiegel, das der Deutsche Tourismus Verband nach einem umfangreichen unangekündigten Qualitätscheck an touristische Informationsstellen vergibt. Bemerkenswert ist das hervorragende Ergebnis der Zertifizierung mit 108 von 120 möglichen Punkten. Damit liegt das Nationalpark-Tor sowohl über dem Bundes- als auch über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Mit dem Personalwechsel der neuen Nationalpark-Tor-Leiterin von Kall nach Gemünd wanderten auch die Aufgabenbereiche Pauschalarrangementabwicklung, Familienspaß und teilweise Betriebsberatung mit nach Gemünd.

Die Umsatzerlöse im Nationalpark-Tor wurden gemäß Wirtschaftsplan auf 161.500,00 € prognostiziert, im Ergebnis wurden 163.090,32 € erreicht.

Kall, den 27. März 2015



Iris Poth
Geschäftsführerin

BILANZ zum 31. Dezember 2013

Rheinisches Studieninstitut Studieninstitut, 50996 Köln

AKTIVA

PASSIVA

	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro	31.12.2013 Euro	31.12.2012 Euro
A. Anlagevermögen			A. Kapital	
i. Immaterielle Vermögensgegenstände			1. Anfangskapital	1.286.276,62
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			2. Jahresfehlbetrag	209.418,75-
	0,00	0,00		1.076.657,87
ii. Sachanlagen			B. Rückstellungen	
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	87.872,00	142.532,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	694.118,00
			2. sonstige Rückstellungen	428.511,54
				1.122.629,54
B. Umlaufvermögen			C. Verbindlichkeiten	
i. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	46.730,82
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80.953,00	240.747,60	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 46.730,82	
2. sonstige Vermögensgegenstände	176,78	42,81	(Euro 33.690,97)	
	81.129,78	240.790,41	2. sonstige Verbindlichkeiten	141.656,49
			- davon aus Steuern Euro 4.438,15 (Euro 2.910,43)	20.347,04
ii. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.681.347,00	1.870.203,01	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 4.101,11 (Euro 0,00)	54.038,01
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 141.656,49	
			(Euro 20.347,04)	
	1.850.348,78	2.253.525,42		1.850.348,78
				2.253.525,42

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	<u>2.660.178,70</u>	<u>2.661.809,23</u>
2. Gesamtleistung	2.660.178,70	2.661.809,23
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	100,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	23.345,00	37.148,56
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>1.335,30</u>	<u>7.032,75</u>
	24.680,30	44.281,31
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	69.960,20	58.800,01
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.591.860,93</u>	<u>1.581.082,95</u>
	1.661.821,13	1.639.882,96
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	249.448,51	244.307,36
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>78.853,59</u>	<u>88.484,20</u>
	328.302,10	332.791,56
- davon für Altersversorgung Euro 26.617,06 (Euro 24.137,21)		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	64.406,45	65.026,90
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	485.658,31	463.664,68
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	34.388,49	34.032,50
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	21.030,46	17.986,74
ad) Werbe- und Reisekosten	80.048,80	74.705,20
ae) verschiedene betriebliche Kosten	202.652,55	187.698,05
b) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>36.290,94</u>	<u>132.221,98</u>
	860.069,55	910.309,15
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>15.706,29</u>	<u>32.501,28</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	214.033,94-	209.418,75-
10. Jahresfehlbetrag	<u>214.033,94</u>	<u>209.418,75</u>

LEP-Fläche Euskirchen>Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts,
Euskirchen

Bilanz zum 31.12.2014

AKTIVA	PASSIVA		
	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	207,00	458,00	
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Grundstücke ohne Bauten	13.723.476,40	13.497.756,85	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen das Land Nordrhein-Westfalen	1.153.221,66	0,00	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 1.153.221,66			
2. sonstige Vermögensgegenstände	4.190,21	4.190,21	
III. Guthaben bei Kreditinstituten	200.339,96	145.379,00	
	15.081.228,23	13.647.326,06	
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	785.390,53	1.327.060,38	
	<u>15.866.825,76</u>	<u>14.974.844,44</u>	
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	10.000,00	10.000,00	
II. Bilanzverlust	-795.390,53	-1.337.060,38	
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	785.390,53	1.327.060,38	
	0,00	0,00	
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	24.100,00	15.400,00	
2. sonstige Rückstellungen	11.479,62	11.896,64	
	35.579,62	27.296,64	
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.745.470,50	14.849.068,77	
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.500.000,00 (Vj. EUR 2.000.000,00)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	29.963,53	39.346,20	
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 29.963,53 (Vj. EUR 39.346,20)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	40.295,51	43.616,23	
- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 40.295,51 (Vj. EUR 43.616,23)			
D. Rechnungsabgrenzungsposten	15.516,60	15.516,60	
	<u>15.866.825,76</u>	<u>14.974.844,44</u>	

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		866.410,00	
2. sonstige betriebliche Erträge		48.236,91	49.154,67
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für unerschlossene Grundstücke	-979.420,77		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-13.924,33</u>	-993.345,10	
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-5.400,00		-5.400,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-1.627,56</u>	-7.027,56	-1.633,46
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-251,00	-251,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-55.636,62	-60.767,58
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		64,16	112,90
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus Aufzinsung EUR -22,98		-444.280,83	-428.661,40
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-585.830,04	-447.445,87
10. sonstige Steuern		-25.721,77	-26.129,70
11. Erträge aus Verlustübernahme - davon aus Abzinsung EUR -15.945,65		1.153.221,66	0,00
12. Jahresüberschuss (Jahresfehlbetrag)		541.669,85	-473.575,57
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-1.337.060,38	-863.484,81
14. Bilanzverlust		<u>-795.390,53</u>	<u>-1.337.060,38</u>

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014



1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z.B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen Euro zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung — KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2014 waren ca. 119 ha der LEP-Fläche im Eigentum der LEP-AöR und weitere 23 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist. Die gesamte Fläche wird weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Im Jahre 2014 konnten keine weiteren Flurstücke erworben werden

Zunächst wird versucht, die Flächen der LEP-AÖR im Zentrum des Gebietes zu arrondieren

Durch den Abschluss eines Tauschvertrages konnte der Anteil der Flächen im Eigentum der LEP-AÖR in diesem Bereich um ca. 8,66 ha erhöht werden. Die Fläche der LEP-AÖR im nördlichen Bereich reduzierte sich entsprechend in gleicher Größe.

Trotz weiterhin erheblicher Anstrengungen konnten Ersatzlandflächen außerhalb des LEP-Gebietes auch im Jahre 2014 nicht erworben werden.

Der am 08.10.2013 vom Verwaltungsrat und Projektbeirat beschlossene Ankauf einer insgesamt 16,2 ha großen Fläche in den Gemarkungen Kleinbüllesheim und Wüschheim wurde nicht durchgeführt weil der Grundbesitz zwischenzeitlich an einen anderen Bewerber veräußert wurde.

Bodenordnung

Der Rat der Stadt Euskirchen hat in seiner Sitzung am 28.05.2013 die Durchführung einer Umlegung angeordnet. Die im Umlegungsgebiet betroffenen Fremdeigentümer wurden sowohl von der LEP-AÖR als auch von der Stadt Euskirchen angeschrieben und über das Verfahren grundsätzlich informiert. Ferner wurden entsprechend den Vorgaben des Umlegungsverfahrens mit den betroffenen Eigentümern von der Stadt Euskirchen Gespräche zu Mitwirkungsbereitschaft bei einer Umlegung und die Bereitschaft zu einem freihändigen Erwerb geführt.

Mitte 2014 wurde erneut mit 4 Eigentümern, die im südlichen Teil der LEP-Fläche insgesamt 19,7 ha Fläche besitzen, Gespräche im Zusammenhang mit der Anordnung der Baulandumlegung unter Beteiligung der LEP-AÖR geführt. In diesen Gesprächen wurden den Eigentümern die durch die Landesplanung sich abzeichnenden Änderungen gegenüber den in 2013 gegebenen Informationen erläutert. Alle Eigentümer erklärten, sich nicht grundsätzlich gegen eine großflächige Industrieansiedlung sperren zu wollen. Die LEP-AÖR ist im Nachgang zu diesen Gesprächen in Kontakt mit den Grundstückseigentümern geblieben, um Kauf- und Tauschangebote zu formulieren, die im Ansiedlungsfall sicherstellen, dass die Flächen verfügbar sind. In 2014 wurde darauf (noch) nicht eingegangen. Daher wurde der Umlegungsbeschluss noch hinausgezögert. Der Vorstand der LEP-AÖR ist zuversichtlich, die aufwendige und langwierige Umlegung noch abwenden zu können.

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans

Die aktuellen Festlegungen des Landesentwicklungsplans erschweren die Vermarktung einer großflächigen Industrieansiedlung erheblich. In ihrer Stellungnahme vom 02.04.2014 zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans hat die LEP-AÖR vorgeschlagen, soweit auf Flächenmindestgrößen nicht ganz verzichtet werden kann, diese als Orientierungsgröße zu formulieren; derartige Werte sollten in Zukunft flexibel gehandhabt werden können.

Vermarktung

Trotz zahlreicher Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene hat NRW.INVEST auch in 2014 keinen Vermarktungserfolg hinsichtlich der LEP-Fläche „PrimeSite Rhine Region“ erreichen können. In den Sitzungen des Verwaltungsrates und des Projektbeirates am 02.04.2014 und 10.12.2014 wurden die Ursachen und neue Strategien erörtert.

Eine von NRW.INVEST durchgeführte umfassende Recherche zu realisierten großflächigen Investitionen seit 2009 in Deutschland, Belgien, Frankreich, Niederlande, Polen, Rumänien und Tschechien ergab, dass sich zwar das Nachfrageverhalten hinsichtlich großer Industrieflächen verändert habe, aber auch künftig großflächige Investitionsvorhaben in Europa getätigt würden, wobei Deutschland vornehmlich in den hochindustrialisierten Branchen und der Logistik ein attraktiver Standort sei. Aufgrund der Recherche-Ergebnisse wird seitens NRW.INVEST ein Herabsetzen der Flächenmindestgröße auf ca. 35 bis 50 ha empfohlen.

Im Verfahren zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans gaben sowohl NRW.INVEST als auch die LEP-AÖR dringende Empfehlungen zur Lockerung und Flexibilisierung der bisherigen Mindestflächenvorgaben ab.

Des Weiteren stellte NRW.INVEST eine Potentialanalyse zur Fläche und den ersten Entwurf einer neuen Vermarktungsstrategie vor. Danach will NRW.INVEST insbesondere stärker auf nationale und internationale Unternehmen der Branchen Logistik und Handel zugehen sowie Workshops mit namhaften Projektentwicklern durchführen. Darüber hinaus sind eine Verbesserung des Bekanntheitsgrades der „PrimeSite Rhine Region“ und des Marketings vorgesehen.

Im Projektbeirat/Verwaltungsrat wurde entschieden, dass die Detailentwicklung der neuen Vermarktungsstrategie in enger Kooperation zwischen NRW.INVEST und Vorstand der LEP-AÖR zügig vorangetrieben und dem Projektbeirat/Verwaltungsrat darüber laufend berichtet werden soll.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Die bodenarchäologischen Erkundungen wurden im Geschäftsjahr 2014 fortgesetzt.

Die Grabungsarbeiten durch das Bodendenkmalamt und die Firma Troll Archäologie werden im Laufe des Jahres 2015 abgeschlossen sein.

Die Arbeiten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes wurden 2015 beendet.

Aufstellung von Bebauungsplänen

Die Bauleitplanung ist zwischen den Kommunen Weilerswist und Euskirchen in den Jahren 2012 und 2013 terminlich und inhaltlich abgestimmt worden. Das Verfahren zur Erstellung der Bebauungspläne soll vor dem Hintergrund des möglichen Umlegungsverfahrens weitergeführt werden. Die Stadt Euskirchen hat die Anpassung Ihrer Bauleitplanung entsprechend der Hinweise der Landesplanung vorbereitet. Außerdem wurden Gutachten für Immissionsschutzbelange (Lärm und Geruch) beauftragt.

Allerdings sollen weitere Schritte hinsichtlich der Planfassung, der Textlichen Festsetzungen, der Begründung und des Ausgleichs konkretisiert und beraten werden, wenn sich abzeichnet, dass die Umlegung eingeleitet wird. Anschließend kann die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgenommen werden.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 02.04.2014 und am 10.12.2014.

Der Jahresabschluss 2013 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 02.04.2014 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2013 erteilt und über die Deckung des Jahresfehlbetrages entschieden (Deckung aus Kreditmitteln).

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2014 die bisherigen Vorstandsmitglieder für die Zeit vom 26.05.2014 bis 25.05.2019 weiter als Vorstand bestellt.

Im Jahre 2014 fanden 11 Sitzungen des Vorstandes statt.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2014 besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (13.723.476,40 Euro)

Das Stammkapital in Höhe von 10.000,00 Euro (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

Der zum 31.12.2014 kumulierte Bilanzverlust in Höhe von 795.390,53 Euro soll durch künftige Verkaufserlöse für Grundstücke im LEP-Gebiet gedeckt werden.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 19.12.2013 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2014 ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

	Wirtschaftsplan in €	Ergebnis in €	Differenz in €
Erträge	75.000,00	2.067.932,73	1.992.932,73
Zinsaufwand	667.000,00	444.280,83	-222.719,17
Sachaufwand	106.500,00	81.358,39	-25.141,61
Materialaufwand	0,00	993.345,10	993.345,10
Jahresverlust/-überschuss	-706.500,00	+541.669,85	1.248.169,85
Einnahmen aus Krediten	7.388.500,00	895.820,49	- 6.492.679,51
Grunderwerb inkl. Nebenkosten	6.684.000,00	225.719,55	-6.458.280,45

Die dargestellten Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Erträge

Die 2014 erzielten Erträge in Höhe von 2.067.932,73 Euro resultieren im Wesentlichen aus der Veräußerung eines Grundstückes im Tauschwege zur Arrondierung der im Eigentum der LEP-AöR stehenden Flächen und Erleichterung einer evtl. Umlegung (866.410 €) der Bilanzierung der Verpflichtungserklärung des Landes (1.153.221,66 €) sowie Pachten (48.203,55 Euro).

Zinsaufwand

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die wesentliche Reduktion des Grunderwerbsaufwandes zurück zu führen. Durch die Aufnahme sehr zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden weitere Einsparungen erzielt.

Sachaufwand

Die Grundsteuern sind geringer, weil Grundbesitz im geplanten Umfang nicht erworben werden konnte. Die Aufwendungen für den Dienstleister waren ebenfalls geringer.

Materialaufwand

Aufwand zum Erwerb des Grundstückes zur Arrondierung im Zentrum des Gebietes, das gegen ein Grundstück im nördlichen Bereich getauscht wurde. Vertragstechnisch handelt es sich um einen Grundstückserwerb (hier dargestellt incl. Aufwandsnebenkosten) und den Verkauf eines Grundstückes im nördlichen Randbereich, dessen Erlös als Ertrag zu buchen war.

Jahresergebnis

Der Überschuss des Jahres 2014 in Höhe von 541.669,85 Euro mindert den Verlust der Vorjahre in Höhe von 1.337.060,38 Euro zum Bilanzverlust zum 31.12.2014 in Höhe von 795.390,53 Euro.

Der verbleibende Bilanzverlust 2014 ist gemäß der Vereinbarung NRW auf neue Rechnung vorzutragen.

Einnahmen aus Krediten / Grunderwerbsaufwand

Im Wirtschaftsplan waren ausreichende Mittel vorgesehen, um **alle** noch zu erwerbenden Grundstücke zu kaufen. Da dies wegen der fehlenden Veräußerungsbereitschaft der Eigentümer nicht möglich war, reduzierten sich die Einnahmen aus Kreditaufnahmen und die Ausgaben für den Grunderwerb entsprechend. Der Tausch zur Arrondierung der Flächen der LEP-AöR erfolgte flächenneutral. Die wertmäßigen Zugänge des Wirtschaftsjahres betreffen ausschließlich Anschaffungsnebenkosten (Notarkosten, Grunderwerbsteuer, bodenarchäologische Untersuchungen, Entschädigungen bei Kampfmittelräumung, Dienstleisterhonorare)

Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen Euro (Auszahlungsbetrag) zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2014 valutierte dieser am 30.06.2020 gesamt fällige Kredit mit 13.245.470,50 Euro.

Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der voraussichtlichen Projektlaufzeit (30.06.2020) ausgeschlossen.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. Euro) war am 31.12.2014 mit 2,5 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, in welchem Umfang die Eigentümer zur Mitwirkung bei der Bodenordnung bereit sind. Dabei wird sich zeigen, wie ernsthaft die Bereitschaft zum Tausch mit landwirtschaftlichen Flächen statt der Zuweisung gewerblich nutzbarer Flächen sein wird.

Vorrangig soll zeitnah eine zusammenhängende Fläche für einen Investor bereitgestellt werden, die dem Eigentumsanteil der LEP-AöR an der Gesamtfläche entspricht.

Die Arbeiten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sind bereits abgeschlossen. Die bodenarchäologischen Arbeiten werden im Laufe des Jahres 2015 abgeschlossen sein. Das Verfahren zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans, der die künftigen verbindlichen landesplanerischen Vorgaben für die Nutzung der PrimeSite enthalten wird, dürfte nach unserer Einschätzung erst im Laufe des Jahres 2016 abgeschlossen werden.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 10.12.2014 gebilligt wurde, ist ein Betrag zur Risikoabdeckung (Zinssteigerungsrisiko, Schadensersatzpflichten aus Bodenuntersuchungen, ungewisse Aufwände bei der Aufstellung der Bebauungspläne etc.) in Höhe von 395T€ einkalkuliert.

Die Attraktivität als Standort für eine industrielle Großansiedlung wurde durch das Interesse der Firma HARIBO erneut bewiesen.

Das Risiko, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen, ist in der Vereinbarung NRW berücksichtigt. Sie enthält deshalb Regelungen zur Risikominimierung wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw..

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten (§ 9) und die Rückabwicklung (§ 10 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und 4).

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.

Während der Laufzeit der Vereinbarung ist damit zu rechnen, dass die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes in Kraft treten wird.

Das Neuaufstellungsverfahren bietet dem Land NRW die Möglichkeit, sich abzeichnenden Vermarktungsproblemen mit Planausweisungen zu begegnen, die die Argumente der Stellungnahme der LEP-AÖR vom 02.04.2014 berücksichtigen.

Gemäß § 14 Abs. 2 KUV soll ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt. Ist die Abbuchung von den Rücklagen – wie im Fall der LEP-AÖR – nicht möglich, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Träger auszugleichen. Entsprechend der o.g. Vorschrift stünden die nicht ausgeglichenen Verluste der Jahre 2009 ff. ab dem Jahr 2015 (2009 = EUR 30.970,00) zum Ausgleich an.

Das Land NRW hat sich durch eine schriftliche Erklärung vom 07.01.2015 verpflichtet, rückwirkend ab Gründung der LEP_AÖR 60 % des im Jahresabschluss der LEP-AÖR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit Gewinnvorträgen auszugleichen. Für die Jahre 2009 bis einschließlich 2014 ergab sich für das Land NRW eine Verlustübernahme in Höhe von EUR 1.153.221,66 (abgezinst), welche im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 ertragswirksam berücksichtigt wurde. Die Fälligkeit der Forderung wurde entsprechend der v.g. Verpflichtungserklärung bis zum Ende der Projektlaufzeit hinaus geschoben.

Nach Berücksichtigung des Ertrages aus der Verlustübernahme ergibt sich für das Jahr 2014 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 541.669,85. Dieser Überschuss wird mit dem Verlustvortrag aus dem Vorjahr verrechnet. Es verbleibt ein bilanzieller Verlust in Höhe von EUR 795.390,53.

Der Verlustvortrag der Jahre 2009 (EUR 30.970,00), 2010 (EUR 86.331,07) und 2011 (EUR 315.634,37) kann durch den Jahresüberschuss 2014 vollständig ausgeglichen werden. Der Verlustvortrag des Jahres 2012 (EUR 430.549,37) kann um EUR 108.734,41 reduziert werden. Der Restbetrag in Höhe von EUR 321.814,96 wäre dann nach § 14 Abs. 2 KUV spätestens im Jahre 2018 aus Haushaltsmitteln der Träger auszugleichen sofern bis dahin keine Verrechnung mit künftigen Jahresüberschüssen möglich oder die Abbuchung von den Rücklagen erfolgen kann.

In 2014 wurde einem privaten Grundstückseigentümer von der LEP-AÖR und der Gemeinde Weilerswist ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages abgegeben (befristet bis 31.12.2029). Hieraus ergibt sich eine finanzielle Verpflichtung von TEuro 866 zuzüglich in Zukunft darauf entfallender Anschaffungsnebenkosten. Durch Vereinbarung zwischen der LEP-AÖR, der Gemeinde Weilerswist und dem Land NRW vom 24.03.2014 ist geregelt, dass die Gemeinde Weilerswist nur auf Anforderung der LEP-AÖR in die Kaufverpflichtung eintritt und dass das Land NRW - im Rahmen seiner Bürgschaftserklärung - einen 60 % igen Anteil trägt, sofern es überhaupt zu einem Zahlungseintritt der LEP-AÖR kommt. Die Beteiligten gehen von einer guten Vermarktbarkeit des Grundstücks aus und erwarten einen mindestens die Aufwände deckenden Verkaufserlös. Sofern die Gemeinde Weilerswist Eigentum am Grundstück erlangt, wird sie der LEP-AÖR den Kaufpreis und die Anschaffungsnebenkosten sowie hälftig darüber hinaus gehende Weiterverkaufserlöse erstatten.

5. Sonstige Angaben

5.1. Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. Euro gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

Durch die erste Tranche des am 30.06.2020 gesamt fälligen Darlehens in Höhe von 13.245.470,51 Euro (Stand 31.12.2014) sind Investitionen von 12 Mio. Euro einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Wann die nächste Tranche des Investitionsdarlehens abgerufen wird ist nach Lage des Kapitalmarktes zu entscheiden sobald ein weiterer Kreditbedarf von mindestens 3,0 Mio. Euro vorliegt. Bis dahin wird die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AÖR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

5.2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Durch die Verpflichtungserklärung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen vom 07.01.2015 hat das Land NRW erklärt:

„1. Das Land verpflichtet sich rückwirkend ab Gründung der LEP-AöR 60 % des im jeweiligen Jahresabschluss der LEP-AöR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit eventuellen Gewinnvorträgen auszugleichen. Die Forderung der LEP-AöR gegen das Land entsteht mit Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres. Für die Jahre 2009 bis 2013 entsteht die Gesamtforderung mit Ablauf des 31.12.2014.

2. Die Fälligkeit der Forderung wird bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben (gestundet), weil die Finanzierung bzw. die Liquidität während der Projektlaufzeit über die Darlehnsfinanzierung des Gesamtprojekts sichergestellt werden soll. Sofern und soweit am Ende der Projektlaufzeit die in Ziffer 1 genannte Ausgleichsverpflichtung des Landes durch die erzielten Erlöse nicht mit gedeckt ist, erfolgt die Auszahlung als Teil der Abschlagszahlung gemäß § 4 Abs. 3 der ÖV 2009.

3...“

Euskirchen, den 27.04.2015

Der Vorstand

gez. Johannes Adams
Vorstandsvorsitzender

gez. Josef Forstner
Vorstandsmitglied

gez. Oliver Knaup
Vorstandsmitglied

Bilanz zum 31. Dezember 2014

A K T I V A

P A S S I V A

	€	€	€	€	Vorjahr €
A. ANLAGEVERMÖGEN					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		10.169,33			
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	675.939,44				
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.179.200,67		15.370,63		221.712,67
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.837.067,71	3.692.207,82			3.093.351,48
B. UMLAUFVERMÖGEN					
I. Vorräte					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		42.445,49			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.859,07				
2. Forderungen gegen Trägerkommunen	6.348.004,00				
3. sonstige Vermögensgegenstände	3.876,84	6.355.739,91			
III. Wertpapiere					
sonstige Wertpapiere		0,00			
IV. Guthaben bei Kreditinstituten		5.212.409,33			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
		63.859,30			
		<u>15.376.831,18</u>			
A. EIGENKAPITAL					
I. Stammkapital					
			300.000,00		300.000,00
II. Gewinnrücklagen					
1. zweckgebundene Investitionsrücklage				221.712,67	221.712,67
2. allgemeine Rücklage				<u>3.093.351,48</u>	<u>1.642.673,07</u>
III. Bilanzgewinn					
			1.106.024,76		1.450.678,41
			<u>4.721.088,91</u>		<u>3.615.064,15</u>
B. RÜCKSTELLUNGEN					
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				9.828.076,00	8.627.750,00
2. sonstige Rückstellungen				<u>352.674,01</u>	<u>352.871,41</u>
C. VERBINDLICHKEITEN					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				295.267,82	231.585,11
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 295.267,82					
(€ 231.585,11)					
2. sonstige Verbindlichkeiten				<u>55.818,64</u>	60.142,27
- davon aus Steuern € 54.556,51 (€ 60.110,45)					
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 55.818,64					
(€ 60.142,27)					
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
			123.905,80		113.992,71
			<u>15.376.831,18</u>		<u>13.001.405,65</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		9.476.769,76	9.441.909,98
2. sonstige betriebliche Erträge		63.442,62	90.167,45
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	296.928,40		296.290,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.166.033,91</u>	1.462.962,31	1.163.186,84
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.855.527,33		3.757.490,43
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.081.672,71</u>	5.937.200,04	1.410.247,60
davon für Altersversorgung			
€ 1.445.288,01 (€ 788.398,92)			
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		355.262,51	232.078,50
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.307.787,32	1.426.518,66
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>630.196,52</u>	<u>204.650,91</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.107.196,72	1.450.915,41
9. sonstige Steuern		1.171,96	237,00
10. Jahresüberschuss		<u>1.106.024,76</u>	<u>1.450.678,41</u>
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.450.678,41	1.257.771,95
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die allgemeine Rücklage		1.450.678,41	1.257.771,95
13. Bilanzgewinn		<u><u>1.106.024,76</u></u>	<u><u>1.450.678,41</u></u>

Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2014

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland CVUA Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts -

1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt ist der Standort Aachen mit den weiteren Standorten in Bonn und Leverkusen.

1.1. Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tiererschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

1.2. Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandsmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

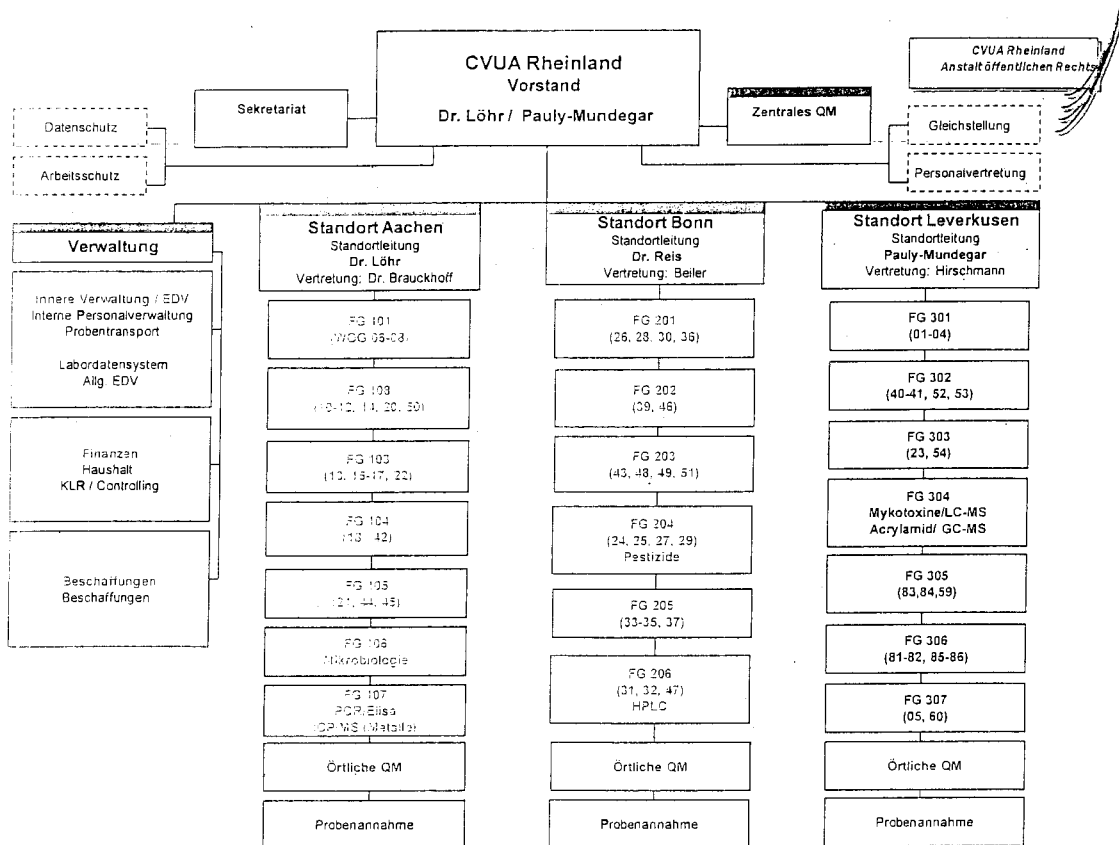
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation im Berichtsjahr ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



2. Wirtschaftsbericht

2.1. Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2. Geschäftsverlauf

2.2.1. Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden vier Sachverständige aus, zwei wurden wegen Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt, eine Sachverständige hat sich beruflich anderweitig orientiert. Ein Kollege ist plötzlich und unerwartet verstorben. Alle Stellen wurden mit zeitlich befristeten Verträgen wieder besetzt. Zwei technische Mitarbeiterinnen sind ebenfalls ausgeschieden. Freiwerdende Stellen bzw. Stellenanteile durch Elternzeit oder Arbeitszeitverkürzungen wurden mit entsprechenden Zeitverträgen wieder besetzt. Ein Auszubildender schloss mit Erfolg seine Ausbildung zum Chemie-Laboranten ab.

2.2.2. Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2014 wurden insgesamt 17.474 amtliche Proben untersucht.

2.2.3. Neubau des gemeinsamen Standorts in Hürth

Das Jahr 2014 war geprägt von der weiteren Planung und dem Baubeginn des Neubaus am gemeinsamen Standort in Hürth. Ende April wurde der Bauantrag bei der Stadt Hürth eingereicht, am 18. Juni lag bereits die Baugenehmigung vor.

Der Rohbau wurde als erstes Gewerk am 4. Juli europaweit ausgeschrieben, gefolgt von den Gewerken Fassade und Förderanlagen. Baubeginn war der 30. September, der erste Spatenstich erfolgte am 1. Oktober im Rahmen einer Sitzung des Verwaltungsrates. Bis Ende des Jahres wurden drei weitere Gewerke aus den Bereichen Strom, Heizung, Kälte und Lüftung ausgeschrieben.

Hier eine Beschreibung des Gebäudes aus der Sicht der Architekten:

Bei dem Tragwerk des Gebäudes handelt es sich um einen klassischen Stahlbetonskelettbau mit Flachdecken. Das Gebäude besteht aus EG, 1. OG und 2. OG in Massivbauweise. Das 3. OG für die Haustechnik ist als Staffelgeschoss in leichter Stahlbauweise geplant. Das Gebäude ist nicht unterkellert und hat zwei massive Aussteifungskerne. Besonderheit sind die auskragenden Sachverständigenbüros mit einer Kraglänge von 3,85 m. Dazu werden in den auskragenden Achsen im Abstand von 14,4 m massive Wandschotten angeordnet, die über die Decken zentriert werden.

Der Haupteingang des Gebäudes befindet sich weithin sichtbar an der Nord- Ostseite des Neubaus an der Winterstrasse. Die Zufahrt zu den Parkplätzen erfolgt im Norden des Grundstückes ebenfalls über die Winterstrasse. Die Anlieferung und der Zugang für Mitarbeiter liegen an der südwestlichen Ecke des neuen Gebäudes. Das Gebäude besitzt zwei Erschließungskerne mit je einer Aufzugsanlage und einer Fluchttreppe. Während neben den Büros für die Verwaltung sämtliche Sonderfunktionen wie Versorgungsräume, Konferenz- und Besprechungsräume sowie die Bibliothek im Erdgeschoß liegen, sind die Labore und deren Auswertplätze im ersten und zweiten Obergeschoß verteilt. Im Dachgeschoss befindet sich die Gebäudetechnik.

Die Labore befinden sich in einem kompakten Körper (harter Kern), der im Süden und Norden an die Fluchttreppen und Nasszellen grenzt. Außen, um den Laborkern herum, werden die Auswertplätze ohne trennende Wände, sämtliche Besprechungszonen und Gutachterbüros gelegt, sodass sich die außen umlaufende Erschließungs- und Gang- Zone (weiche Schale) in eine offene Kommunikationslandschaft mit Blick in die Umgebung verwandelt. Über die auf kurzem Wege erreichbaren Treppenkerne ist auch der unmittelbare „vertikale Austausch“ in das Erdgeschoß gesichert.

Die Idee eines lebendigen Laborgebäudes soll auch nach außen sichtbar gemacht werden. So sind die innere Funktion und die Anordnung der „Kommunikationszone“ (weiche Hülle) um den Laborkern auch als solche ablesbar. Die Auswertplätze, Sachverständigenräume und Kommunikationsbereiche werden in den ersten beiden Obergeschossen- einem „Mantel“ gleich- in Form von flexiblen Etagenbändern, die geschossweise unterschiedlich vor- und rückspringen, vorgelagert. Dadurch entsteht ein dynamisches, horizontal gegliedertes Fassadenbild. Auch im Erdgeschoss werden die Sonderfunktionen nach „außen“ gedrückt, um die Orientierung zu verbessern und Funktionen wie Haupteingang und Konferenzzone sichtbar zu machen.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2014, der vom Verwaltungsrat am 19.12.2013 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 13.168 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 3.915 T€, wobei 415 T€ für allgemeine Investitionen und 3.500 T€ für die Baukosten, einschließlich der Nebenkosten vorgesehen waren. Ausgewiesen war ein Gewinn von 465 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 1.106 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß per Umlaufbeschluss vom 19.12.2013 festgesetzter Entgeltordnung 9.465 T€ (Vj.: 9.432 T€). Daneben

wurden Gebühren für Lebensmitteluntersuchungen und sonstige Untersuchungen in Höhe von 11 T€ (Vj.: 10 T€) erhoben.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.937 T€ (Vj.: 5.168 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 65 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.150 T€ berücksichtigt.

Große Aufwandsposten bleiben die Mieten mit 505 T€ (Vj.: 505 T€) und die Betriebskosten mit 330 T€ (Vj.: 313 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 150 T€ (Vj.: 172 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 36 T€ (Vj.: 36 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 92 T€ (Vj.: 129 T€), für Versicherungen in Höhe von 16 T€ (Vj.: 18 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto und Bürobedarf in Höhe von 17 T€ (Vj.: 17 T€).

Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 355 T€ (Vj.: 232 T€).

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2013	31.12.2014
Bilanzsumme	13.001.405,65 €	15.376.831,18 €
Anlagevermögen	2.076.443,19 €	3.702.377,15 €
Vorratsvermögen	53.276,83 €	42.445,49 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	3.615.064,15 €	4.721.088,91 €
Eigenkapitalquote	27,80%	30,70%
Rückstellungen	8.980.621,41 €	10.180.750,01 €
Verbindlichkeiten	291.727,38 €	351.086,46 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	0,00 €	0,00 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	2,73	3,72

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln, incl. kurzfristiger Wertpapiere auf 5.512 T€.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 13.001 T€ auf 15.377 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus den Baukosten und Anlagen im Bau. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme des Eigenkapitals und der Rückstellungen.

Im Geschäftsjahr wurden 416 T€ in neue Laborgeräte und 1.474 T€ in den Neubau an Baukosten, einschl. Nebenkosten investiert.

Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind rund 91 % bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 562 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit zugenommen.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 10.180.750,01 € (Vj.: 8.981 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 9.828 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 6.348 T€.

2.4. Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.106.024,76 € erwirtschaftet. Es wird vorgeschlagen den Jahresüberschuss gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2014 eingetreten sind, liegen nicht vor.

4. Prognosebericht

4.1. Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

4.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Die Vorstände der fünf Untersuchungsanstalten des Landes NRW haben sich auch im Jahr 2014 weiter intensiv mit der Frage der Bildung von Schwerpunkten zwischen den Anstalten auseinandergesetzt. In der Zusammenarbeit mit den integrierten Untersuchungsanstalten in NRW liegen deutliche synergetische Entwicklungsmöglichkeiten. Verbesserung der Leistungen im gesundheitlichen Verbraucherschutz, Optimierung der Aufgabenerfüllung und Kosteneinsparungen können realisiert werden, wenn ganze Aufgabenblöcke zusammengefasst werden und die dadurch freigesetzten Ressourcen fachlich oder wirtschaftlich genutzt werden. Dies kann allerdings nur auf der Basis von Solidarität und Verlässlichkeit geschehen, da mit der Schwerpunktbildung der Verlust der Unabhängigkeit einhergeht. Einmal übernommene Schwerpunkte müssen langfristig ausgelastet bzw. verlässlich betrieben werden. abgegebene Aufgaben sind nur mit sehr hohem Aufwand wieder zu integrieren. Das Land NRW hatte Ende 2013 eine AG „Schwerpunktbildung“ unter Federführung des MKULNV eingerichtet. Bei den weiteren Beratungen der Vorstände mussten somit auch die Forderungen/Wünsche des Landes berücksichtigt werden. Die Umsetzung der Schwer-

punktbildung soll danach in einem Schritt erfolgen und nicht wie von der Vorständeokonferenz in mehreren Schritten. Weiterhin hat das Land die Probenplanung an sich gezogen und dem LANUV übertragen. Ohne ein entsprechendes Probenplan-Modul ist eine Umsetzung der Schwerpunktbildung nicht möglich. Als möglichen Start für die Schwerpunktbildung hatte das Land den 1. Januar 2017 ins Auge gefasst. Anfang 2015 hat die VK der AG ein abgestimmtes Konzept von Kompetenzzentren und Schwerpunktlaboren vorgelegt.

Zur Probenplanung liegen zum jetzigen Zeitpunkt nur erste Überlegungen vor.

Ob die vom Land NRW beschlossene Einführung von Gebühren, sowohl für die amtlichen Lebensmittelkontrollen, als auch die amtlichen Untersuchungen, zur weiteren Verzögerung der Schwerpunktbildung führen, ist im Augenblick nicht abschätzbar.

4.1.2. Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Vom 18. – 22. Februar 2013 hat die DAkKS mit einem Team von fünf Personen die Erst-Akkreditierung des CVUA Rheinland an allen drei Standorten durchgeführt. Die Akkreditierungsurkunde gilt ab dem 9. August 2013 für 5 Jahre. Regelmäßig finden bis zur Re-Akkreditierung im Jahr 2018 drei Überwachungsbegutachtungen statt.

Im September/Oktober 2014 fand das 1. Zwischenaudit durch die DAkKS statt. Nach dem Einzug in das neue Laborgebäude ist rechtzeitig mit der DAkKS das weitere Vorgehen bei den Audits abzustimmen.

4.1.3. Neubau

Es besteht hier ein Risiko, dass die Arbeiten sich verzögern und der Termin des Einzugs nicht erreicht werden kann, was eine Erhöhung der Kosten zur Folge hätte.

Zur Risikominimierung wurde deshalb u.a. ein externer Projektsteuerer beauftragt.

In den ersten beiden Sitzungen des Verwaltungsrates in 2014 wurde beschlossen, einzelne Gewerke europaweit auszuschreiben, unter Anwendung der sog. 80-20-Regelung gemäß § 3 Abs. 7 Satz 5 VgV, d.h. diese Regelung lässt z.B. die nationale Vergabe bei der Beschaffung der Laboreinrichtung zu.

Weiterhin wurde der nachfolgende Beschluss gefasst:

Der Verwaltungsrat erhält vom Vorstand neben dem regelmäßigen Projektbericht eine Kostenfortschreibung. Sollten sich während der Bauphase Nachträge ergeben, die, bezogen auf das jeweilige Vergabepaket, erkennbar zur Überschreitung des Budgets, entweder um mehr als 10 % oder um mehr als 50.000 € führen, so ist ein Beschluss des Verwaltungsrates entweder per Umlaufverfahren oder in Form einer kurzfristigen Sitzung unter Verzicht

auf die Ladefristen herbeizuführen. Ebenso ist bei erkennbaren Terminverzögerungen zu verfahren.

Nur bei der Vergabe des Gewerks 09 „Lüftungsanlagen, Gebäudeautomation, Mess- Steuer- und Regeltechnik“ musste wegen Überschreitung des Budgets um rd. 58 T€ ein Beschluss des Verwaltungsrats herbeigeführt werden.

Gegen diese Vergabe wurde außerdem von einem Bieter Einspruch bei der Vergabekammer der Bezirksregierung Köln eingelegt. Der Einspruch wurde mit Datum vom 9. April 2015 zurückgewiesen. Die Verzögerung hat bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu einer Verzögerung der Bautätigkeit geführt.

Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

4.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2014, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 3. Dezember 2014 verabschiedet wurde, weist ein Gesamtergebnis von rd. 307 T€ Gewinn aus. Daneben wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 20.084 T€ im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 11.375 T€ bestimmt.

5. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Aachen, den 15. Juni 2015

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
- Der Vorstand -

gez. Dr. Gerhard Löhr

gez. Dagmar Pauly-Mundegar

Teil D – Auswertungen und Übersichten

1. Auswertung der Jahresabschlüsse

Zu den wesentlichen Beteiligungen sind gem. § 52 GemHVO Strukturbilanzen und aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen beigelegt. Auf Auswertungen wurde bei Gesellschaften, die überwiegend außerhalb des Kreisgebietes tätig sind, generell verzichtet, weiterhin in den Fällen, wo diese keine Aussagekraft besitzen. Letzteres gilt insb. bei reinen Service- oder Projektgesellschaften, Gesellschaften mit geringer Geschäftstätigkeit oder geringem Beteiligungsanteil des Kreises. Bei Gesellschaften im Rumpfgeschäftsjahr wird ebenfalls auf die Auswertungen verzichtet.

Bei der RVK GmbH sowie bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG wurde die Auswertung auf Konzernebene vorgenommen.

Gesellschaft	ab Seite
1. AGIT	306
2. EuGeBau 2013	308
3. VRS GmbH	310
4. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern	312
• KKM GmbH	314
• Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH	316
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	318
• AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	320
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	322
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	324
5. RVK GmbH – Konzern	326
6. Energie Nordeifel GmbH & Co. KG – Konzern	328
7. Vogelsang ip gGmbH	330
8. Nordeifel Tourismus GmbH	332

Hinweise:

1. Rundungsdifferenzen

Durch automatische Rundungen, insb. bei der Umrechnung auf T€, können die hier zusammengestellten Werte geringfügig von den Angaben der Original-Jahresabschlüsse abweichen.

2. Spalten „Veränderung Berichtsjahr zum Vorjahr“

Die Veränderungen des Geschäftsjahres zum Vorjahr sind jeweils als absolute Werte in T€ sowie im prozentualen Verhältnis zum Vorjahreswert dargestellt. Geringfügige Veränderungen bis zu 1 T€ bzw. bis zu 1 % werden aus Übersichtlichkeitsgründen nicht angezeigt.

3. Strukturbilanzen

Als langfristig werden Positionen mit einer Restlaufzeit ab einem Jahr angesehen. Die Prozentangaben beim Berichtsjahr und bei den Vorjahren stellen den jeweiligen Anteil der Position an der Bilanzsumme dar.

4. Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen

Soweit der Kreis eine Ausschüttung erhalten (+) bzw. Ausgleichszahlungen (-) geleistet hat, ist dies separat dargestellt (s. hierzu auch Teil D.2). Wesentliche Positionen wurden untergliedert.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014

AGIT GmbH

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	9	0,1%	0	0,0%	2	0,0%	+9	+5027,0%
Sachanlagen	6.153	82,9%	7.035	80,7%	7.892	82,1%	-882	-12,5%
Finanzanlagen	49	0,7%	49	0,6%	51	0,5%		
Summe Anlagevermögen	6.211	83,6%	7.085	81,3%	7.945	82,6%	-873	-12,3%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	155	2,1%	201	2,3%	280	2,9%	-46	-23,1%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	723	9,7%	1.157	13,3%	1.261	13,1%	-434	-37,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	338	4,6%	273	3,1%	131	1,4%	+66	+24,1%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.216	16,4%	1.630	18,7%	1.671	17,4%	-414	-25,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	7.427	100,0%	8.715	100,0%	9.617	100,0%	-1.288	-14,8%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.253	43,8%	3.253	37,3%	3.253	33,8%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.093	-28,2%	-2.103	-24,1%	-2.150	-22,4%	+10	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	0,0%	10	0,1%	47	0,5%	-9	-85,2%
Summe Eigenkapital	1.161	15,6%	1.160	13,3%	1.150	12,0%	+2	0,1%
B Langfristiges Fremdkapital	5.104	68,7%	4.951	56,8%	6.619	68,8%	+153	+3,1%
Langfristige Sonderposten	2.256	30,4%	2.901	33,3%	3.551	36,9%	-644	-22,2%
Langfristige Rückstellungen	3	0,0%	3	0,0%	3	0,0%		
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.326	31,3%	1.529	17,5%	2.547	26,5%	+798	+52,2%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	112	1,5%	112	1,3%	112	1,2%		
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	406	5,5%	406	4,7%	406	4,2%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	1.162	15,6%	2.604	29,9%	1.848	19,2%	-1.442	-55,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	90	1,2%	172	2,0%	136	1,4%	-82	-47,7%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	578	7,8%	1.982	22,7%	1.002	10,4%	-1.404	-70,8%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	243	3,3%	331	3,8%	447	4,7%	-88	-26,6%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	27	0,4%	28	0,3%	29	0,3%		-2,1%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	224	3,0%	92	1,1%	235	2,4%	+132	+144,0%
Summe Fremdkapital	6.266	84,4%	7.555	86,7%	8.467	88,0%	-1.289	-17,1%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	7.427	100,0%	8.715	100,0%	9.617	100,0%	-1.288	-14,8%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2014

AGIT GmbH

	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse *1	3.535	3.697	3.369	-163	-4,4%
2 Bestandsveränderungen	0	0	0		
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne 11.)	59	80	66	-22	-26,8%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	3.593	3.777	3.434	-184	-4,9%
6 Materialaufwand	0	0	0		
7 Personalaufwand	1.623	1.664	2.397	-41	-2,5%
8 Abschreibungen	900	902	914	-2	-0,2%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen, davon:	3.081	3.147	3.615	-66	-2,1%
Raum- und Grundstücksaufwendungen	2.368	2.371	2.392	-3	-0,1%
Verwaltungs- und Werbeaufwendungen, Fremdarbeiten	535	544	963	-10	-1,8%
sonstige Aufwendungen	179	231	260	-53	-22,8%
<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>5.605</u>	<u>5.713</u>	<u>6.926</u>	<u>-108</u>	<u>-1,9%</u>
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-2.011	-1.935	-3.492	-76	+3,9%
11 Betriebskostenzuschüsse *2	1.707	1.549	3.149	+158	+10,2%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	647	650	651	-3	-0,5%
<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>2.354</u>	<u>2.199</u>	<u>3.800</u>	<u>+154</u>	<u>+7,0%</u>
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	342	264	309	+79	+29,8%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1	+	+74,1%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	113	148	157	-35	-23,5%
<u>20 Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-113</u>	<u>-148</u>	<u>-156</u>	<u>+35</u>	<u>-23,7%</u>
21 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	230	116	153	+114	+97,7%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26 Sonstige Steuern	228	106	106	+122	+115,8%
27 Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	2	10	47	-9	-85,2%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse					
Mieten, Mietneben- u. sonst. Vorhaltekosten	3.575	3.310	3.145	+265	+8,0%
Projekte, Veranstalt., Kostenerstattungen	165	583	469	-417	-71,6%
Erlöskorrektur Innenumsätze	-205	-195	-246	-10	+5,1%

zu *2 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse					
Landes-/Bundeshaushalt, Projektzuschüsse	650	308	1.548	+343	+111,3%
Zuschüsse der Gesellschafter	1.057	1.241	1.601	-185	-14,9%
<i>davon Kreis Euskirchen</i>	56	87	96	-31	-35,5%

Hinweis: zu *2: Werden hier - im Gegensatz zum Jahresabschluss - als Betriebskostenzuschüsse separat ausgewiesen.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2013
Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH

	2013		2012		2011		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	36	0,1%	39	0,1%	27	0,1%	-3	-7,3%
Sachanlagen	47.414	89,5%	46.028	87,0%	44.619	88,8%	+1.386	+3,0%
Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		
Summe Anlagevermögen	47.450	89,6%	46.067	87,1%	44.647	88,9%	+1.384	+3,0%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	3.475	6,6%	2.942	5,6%	2.693	5,4%	+534	+18,1%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	339	0,6%	477	0,9%	562	1,1%	-138	-29,0%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	1.705	3,2%	3.433	6,5%	2.335	4,6%	-1.728	-50,3%
Summe Umlaufvermögen	5.520	10,4%	6.852	12,9%	5.591	11,1%	-1.332	-19,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	52.970	100,0%	52.919	100,0%	50.237	100,0%	+51	
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	2.608	4,9%	2.608	4,9%	2.608	5,2%		
Gewinnrücklagen	11.129	21,0%	10.954	20,7%	10.782	21,5%	+174	+1,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	406	0,8%	496	0,9%	486	1,0%	-90	-18,1%
Summe Eigenkapital	14.142	26,7%	14.058	26,6%	13.876	27,6%	+84	+0,6%
B Langfristiges Fremdkapital	33.203	62,7%	33.332	63,0%	31.155	62,0%	-129	
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	51	0,1%	59	0,1%	47	0,1%	-8	-14,2%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	33.152	62,6%	33.272	62,9%	31.108	61,9%	-120	
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	5.625	10,6%	5.529	10,4%	5.207	10,4%	+96	+1,7%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	130	0,2%	69	0,1%	66	0,1%	+61	+87,6%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.529	2,9%	1.573	3,0%	1.379	2,7%	-43	-2,7%
Verbindlichkeiten aus Vermietung, Betreuungstätigkeit, Lieferungen und Leistungen	655	1,2%	1.380	2,6%	1.220	2,4%	-726	-52,6%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	3.311	6,3%	2.507	4,7%	2.541	5,1%	+804	+32,1%
Summe Fremdkapital	38.828	73,3%	38.861	73,4%	36.362	72,4%	-33	-0,1%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	52.970	100,0%	52.919	100,0%	50.237	100,0%	+51	

		2013	2012	2011	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	8.090	7.688	8.185	+403	+5,2%
2	Bestandsveränderungen	528	256	-321	+272	+106,3%
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	1	0	-1	-100,0%
4	Sonstige betriebliche Erträge	159	135	110	+24	+17,6%
	davon: Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Bauinstandhaltung	0	0	0		
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	8.778	8.080	7.975	+698	+8,6%
6a	Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.837	3.693	3.634	+143	+3,9%
6b	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	663	169	459	+494	+292,3%
7	Personalaufwand	1.247	1.178	1.117	+69	+5,9%
8	Abschreibungen	1.151	1.003	988	+148	+14,8%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	415	343	330	+71	+20,7%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>7.312</u>	<u>6.387</u>	<u>6.528</u>	<u>+925</u>	<u>+14,5%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	1.466	1.693	1.447	-227	-13,4%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	1.466	1.693	1.447	-227	-13,4%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	26	28	-3	-10,2%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	927	908	811	+18	+2,0%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-903</u>	<u>-882</u>	<u>-783</u>	<u>-21</u>	<u>+2,4%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	562	811	664	-248	-30,6%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-64	149	14	-214	-143,1%
26	Sonstige Steuern	219	164	165	+55	+33,5%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	408	497	486	-89	-17,9%

Verlustausgleich/Ausschüttung Kreis EU (Brutto)	130	130	130		
Verlustausgleich/Ausschüttung an Kreis EU (netto)	109	109	109		

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse

aus der Hausbewirtschaftung	7.702	7.202	7.089	+500	+6,9%
aus dem Verkauf von Grundstücken	187	271	917	-84	-31,1%
aus Betreuungstätigkeit	202	215	179	-13	-6,1%

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	970	1,3%	883	1,5%	822	1,7%	+87	+9,9%
Sachanlagen	818	1,1%	940	1,6%	750	1,6%	-122	-12,9%
Finanzanlagen	1.307	1,7%	1.116	1,9%	1.124	2,4%	+192	+17,2%
Summe Anlagevermögen	3.096	4,0%	2.938	5,0%	2.696	5,7%	+157	+5,4%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	0		0		0			
Vorräte	9	0,0%	9	0,0%	8	0,0%		
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.095	1,4%	1.054	1,8%	643	1,4%	+41	+3,9%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	72.695	94,4%	54.401	92,9%	43.530	92,6%	+18.293	+33,6%
aktiver Unterschied aus Vermögensverrechnung	90	0,1%	187	0,3%	148	0,3%	-96	-51,6%
Summe Umlaufvermögen	73.889	96,0%	55.651	95,0%	44.329	94,3%	+18.238	+32,8%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	76.984	100,0%	58.589	100,0%	47.025	100,0%	+18.395	+31,4%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	240	0,3%	240	0,4%	240	0,5%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Summe Eigenkapital	240	0,3%	240	0,4%	240	0,5%		
B Langfristiges Fremdkapital	3.182	4,1%	3.026	5,2%	2.976	6,3%	+156	+5,2%
Langfristige Sonderposten	693	0,9%	726	1,2%	685	1,5%	-32	-4,5%
Langfristige Rückstellungen	2.489	3,2%	2.300	3,9%	2.291	4,9%	+188	+8,2%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	73.562	95,6%	55.323	94,4%	43.809	93,2%	+18.239	+33,0%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	377	0,5%	356	0,6%	310	0,7%	+21	+6,0%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	917	1,2%	1.159	2,0%	905	1,9%	-242	-20,9%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	72.267	93,9%	53.807	91,8%	42.594	90,6%	+18.460	+34,3%
Summe Fremdkapital	76.744	99,7%	58.349	99,6%	46.785	99,5%	+18.395	+31,5%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	76.984	100,0%	58.589	100,0%	47.025	100,0%	+18.395	31,4%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2014

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse)	0	0	0		
2 Erstattungen	4.868	4.343	4.214	+524	+12,1%
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	783	1.230	684	-447	-36,4%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	5.651	5.574	4.897	+77	+1,4%
6 Materialaufwand	4.730	4.977	4.806	-248	-5,0%
7 Personalaufwand	4.704	4.284	4.326	+419	+9,8%
8 Abschreibungen	603	468	383	+136	+29,1%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.654	1.896	1.707	-242	-12,8%
Zwischensumme betriebl. Aufwand	11.691	11.625	11.221	+66	+0,6%
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-6.040	-6.051	-6.324	+11	-0,2%
11 Betriebskostenzuschüsse *1	6.257	6.219	6.295	+38	+0,6%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	6.257	6.219	6.295	+38	+0,6%
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	217	168	-29	+49	+29,1%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	44	44	46	-	-0,6%
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	148	-1	-100,0%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	8	14	0	-7	
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	218	154	97	+64	+41,6%
20 Zwischensumme Finanzergebnis	-182	-123	96	-58	+47,2%
21 Ergebnis der gewöhnlichen	35	44	67	-9	-21,0%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26 Sonstige Steuern	0	0	0		
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	35	44	67	-9	+100,0%
* 1 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse					
Sonderzuschüsse zur Projektförderung	3.304	3.329	3.533	-25	-0,7%
Zweckverband VRS	2.395	2.310	2.569	+85	+3,7%
Mitglieder des Zweckverbandes VRS (u.a. Kreis EU)	300	300	300		
davon: Kreis EU	23	23	23		

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	624	0,6%	563	0,7%	576	0,7%	+61	+10,8%
Sachanlagen	66.770	68,7%	59.649	71,6%	57.238	68,7%	+7.121	+11,9%
Finanzanlagen	19	0,0%	34	0,0%	34	0,0%	-15	-43,9%
Summe Anlagevermögen	67.413	69,3%	60.246	72,3%	57.848	69,4%	+7.167	+11,9%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	0		0		0		-	-
Vorräte	2.389	2,5%	2.228	2,7%	2.226	2,7%	+161	+7,2%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	12.718	13,1%	12.852	15,4%	11.739	14,1%	-134	-1,0%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	11.078	11,4%	4.525	5,4%	8.041	9,6%	+6.553	+144,8%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.657	3,8%	3.490	4,2%	3.490	4,2%	+167	+4,8%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	29.841	30,7%	23.095	27,7%	25.495	30,6%	+6.747	+29,2%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	97.255	100,0%	83.341	100,0%	83.344	100,0%	+13.914	+16,7%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	0,7%	665	0,8%	665	0,8%		
Kapitalrücklage	3.783	3,9%	3.783	4,5%	3.783	4,5%		
Gewinnrücklagen	4.305	4,4%	4.305	5,2%	4.305	5,2%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	16.218	16,7%	13.561	16,3%	12.160	14,6%	+2.657	+19,6%
Unterschiedsbetrag/Ausgleichsposten	3.050	3,1%	1.269	1,5%	1.035	1,2%	+1.782	+140,5%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.701	1,7%	2.657	3,2%	1.401	1,7%	-956	-36,0%
Summe Eigenkapital	29.722	30,6%	26.240	31,5%	23.349	28,0%	+3.482	+13,3%
B Langfristiges Fremdkapital	45.868	47,2%	40.219	48,3%	42.188	50,6%	+5.649	+14,0%
Langfristige Sonderposten	20.395	21,0%	18.174	21,8%	19.122	22,9%	+2.221	+12,2%
Langfristige Rückstellungen	119	0,1%	238	0,3%	366	0,4%	-119	-50,0%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	24.510	25,2%	21.110	25,3%	22.268	26,7%	+3.400	+16,1%
Langfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie Gesellschafter nach Krankenhausfinanzierungsrecht	186	0,2%	104	0,1%	71	0,1%	+82	+79,1%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	658	0,7%	593	0,7%	362	0,4%	+64	+10,9%
C Kurzfristiges Fremdkapital	21.665	22,3%	16.882	20,3%	17.807	21,4%	+4.782	+28,3%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	11.065	11,4%	9.570	11,5%	10.243	12,3%	+1.494	+15,6%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.032	2,1%	1.723	2,1%	1.753	2,1%	+309	+17,9%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.936	3,0%	2.982	3,6%	2.577	3,1%	-46	-1,6%
Kurzfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie Gesellschafter nach Krankenhausfinanzierungsrecht	2.111	2,2%	627	0,8%	1.299	1,6%	+1.484	+236,8%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	3.521	3,6%	1.980	2,4%	1.936	2,3%	+1.541	+77,9%
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	823	0,8%	0		0		+823	
Summe Fremdkapital	67.532	69,4%	57.101	68,5%	59.995	72,0%	+10.431	18,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	97.255	100,0%	83.341	100,0%	83.344	100,0%	+13.914	16,7%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2014
Kreiskrankenhaus Mechernich - Konzernabschluss

Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse Altenpflege und Rehabilitation	17.417	16.507	16.013	+910	+5,5%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	72.424	57.191	54.293	+15.233	+26,6%
Erlöse aus Wahlleistungen	2.296	1.987	2.008	+309	+15,5%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.928	2.549	2.524	+379	+14,9%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.950	1.100	1.157	+850	+77,2%
Bestandsveränderungen	-19	-35	6	+16	-45,9%
Sonstige Umsatzerlöse	698	689	753	+9	+1,3%
Sonstige betriebliche Erträge	6.050	3.734	3.332	+2.316	+62,0%
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	103.744	83.722	80.086	+20.022	+23,9%
Materialaufwand	23.099	19.724	19.397	+3.375	+17,1%
Personalaufwand	65.419	51.523	48.419	+13.896	+27,0%
Abschreibungen	5.518	4.664	4.290	+854	+18,3%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.772	8.472	9.377	+3.300	+39,0%
Zwischensumme Aufwand	105.808	84.383	81.483	+21.426	+25,4%
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-2.064	-661	-1.397	-1.404	+212,5%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.944	1.753	1.611	+191	+10,9%
Saldo aus Auflösung Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	3.129	2.619	2.332	+510	+19,5%
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	3.009	3.712	2.546	-703	-18,9%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	138	288	117	-150	-52,1%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.107	1.064	1.117	+43	+4,1%
Finanzergebnis	-969	-775	-1.000	-193	+24,9%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.040	2.937	1.547	-896	-30,5%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	46	46	37		
Sonstige Steuern	0	0	0		
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	1.995	2.891	1.509	-896	-31,0%

bei Konzernabschluss:

auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	-294	-234	-108	-60	+25,9%
Konzerngewinn	1.701	2.657	1.401	-956	-36,0%

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	358	0,5%	425	0,6%	450	0,6%	-67	-15,8%
Sachanlagen	42.819	58,4%	41.977	61,2%	39.617	56,6%	+842	+2,0%
Finanzanlagen	6.050	8,3%	5.617	8,2%	5.617	8,0%	+434	+7,7%
Summe Anlagevermögen	49.227	67,2%	48.018	70,0%	45.684	65,2%	+1.209	+2,5%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>1.075</i>	<i>1,5%</i>	<i>1.300</i>	<i>1,9%</i>	<i>1.654</i>	<i>2,4%</i>	<i>-225</i>	<i>-17,3%</i>
Vorräte	1.891	2,6%	1.896	2,8%	1.910	2,7%	-5	
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.372	1,9%	641	0,9%	1.869	2,7%	+731	+114,2%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	8.561	11,7%	10.638	15,5%	9.539	13,6%	-2.076	-19,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	8.722	11,9%	3.958	5,8%	7.526	10,7%	+4.764	+120,3%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490	4,8%	3.490	5,1%	3.490	5,0%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	24.037	32,8%	20.623	30,0%	24.334	34,8%	+3.414	+16,6%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	73.264	100,0%	68.641	100,0%	70.018	100,0%	+4.622	+6,7%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	0,9%	665	1,0%	665	0,9%		
Kapitalrücklage	3.783	5,2%	3.783	5,5%	3.783	5,4%		
Gewinnrücklagen	4.305	5,9%	4.305	6,3%	4.305	6,1%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	14.827	20,2%	13.360	19,5%	12.314	17,6%	+1.467	+11,0%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.428	1,9%	1.467	2,1%	1.046	1,5%	-39	-2,7%
Summe Eigenkapital	25.007	34,1%	23.579	34,4%	22.112	31,5%	+1.428	+6,1%
B Langfristiges Fremdkapital	32.933	45,0%	30.833	44,9%	32.972	47,0%	+2.100	+6,8%
Langfristige Sonderposten	17.200	23,5%	18.171	26,5%	19.118	27,3%	-970	-5,3%
Langfristige Rückstellungen	0		0		532	0,8%		
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	15.075	20,6%	12.069	17,6%	12.888	18,4%	+3.006	+24,9%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	186	0,3%	104	0,2%	71	0,1%	+82	+79,1%
	658	0,9%	593	0,9%	362	0,5%	+64	+10,9%
C Kurzfristiges Fremdkapital	15.324	20,9%	14.230	20,7%	15.005	21,4%	+1.094	+7,7%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	9.272	12,7%	8.731	12,7%	9.080	13,0%	+541	+6,2%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	994	1,4%	820	1,2%	788	1,1%	+174	+21,2%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.935	2,6%	2.421	3,5%	2.178	3,1%	-486	-20,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	445	0,6%	72	0,1%	147	0,2%	+372	+515,8%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.089	1,5%	627	0,9%	1.299	1,9%	+462	+73,8%
	1.589	2,2%	1.559	2,3%	1.514	2,2%	+30	+1,9%
Summe Fremdkapital	48.257	65,9%	45.062	65,6%	47.977	68,5%	+3.195	+7,1%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	73.264	100,0%	68.641	100,0%	70.089	100,0%	+4.622	+6,7%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2014
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH

Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	59.438	57.191	54.293	+2.248	+3,9%
Erlöse aus Wahlleistungen	2.027	1.987	2.008	+40	+2,0%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.563	2.549	2.524	+14	
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.094	1.100	1.157	-6	
Bestandsveränderungen	4	-35	6	+39	-110,2%
Sonstige betriebliche Erträge	5.065	4.322	4.233	+743	+17,2%
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	70.192	67.115	64.222	+3.077	+4,6%
Materialaufwand	18.063	17.731	17.434	+332	+1,9%
Personalaufwand	43.059	40.980	38.418	+2.079	+5,1%
Abschreibungen	4.073	3.909	3.541	+165	+4,2%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.570	6.975	7.113	+595	+8,5%
Zwischensumme Aufwand	72.765	69.594	66.506	+3.171	+4,6%
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-2.573	-2.480	-2.285	-93	+3,8%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	2.657	2.619	2.332	+38	+1,4%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.843	1.648	1.510	+195	+11,8%
<u>Zw. summe Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>4.500</u>	<u>4.268</u>	<u>3.842</u>	<u>+232</u>	<u>+5,4%</u>
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	1.927	1.788	1.558	+139	+7,8%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	147	306	139	-159	-52,1%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	629	597	629	+32	+5,3%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-482	-291	-490	-191	+65,8%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.445	1.497	1.068	-52	-3,5%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	13	5	-13	-100,0%
Sonstige Steuern	17	18	17		-3,2%
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -	1.428	1.467	1.046	-39	-2,7%

**Strukturbilanz
Gesellschaft**

2014
Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH

	2014		2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%		
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	234	1,3%	122	0,7%	122	0,7%	+113	+0,6%
Sachanlagen	16.661	90,4%	16.731	91,5%	17.003	91,2%	-70	-0,4%
Finanzanlagen	14	0,1%	14	0,1%	14	0,1%		
Summe Anlagevermögen	16.909	91,7%	16.867	92,3%	17.138	91,9%	+43	+0,3%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	0		0		0			
Vorräte	41	0,2%	37	0,2%	48	0,3%	+4	+10,2%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	286	1,5%	0		6	0,0%	+286	
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.077	5,8%	1.263	6,9%	1.331	7,1%	-186	-14,7%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	125	0,7%	114	0,6%	116	0,6%	+12	+10,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.529	8,3%	1.414	7,7%	1.501	8,1%	+116	+8,2%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	18.439	100,0%	18.280	100,0%	18.639	100,0%	+159	+0,9%
Passiva								
A Eigenkapital		0,0%						
Gezeichnetes Kapital	5.704	30,9%	5.704	31,2%	5.704	30,6%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	480	2,6%	-248	-1,4%	-440	-2,4%	+729	-293,3%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	459	2,5%	729	4,0%	-14	-0,1%	-270	-37,0%
Summe Eigenkapital	6.643	36,0%	6.184	33,8%	5.250	28,2%	+459	+7,4%
B Langfristiges Fremdkapital	8.454	45,8%	8.256	45,2%	9.683	52,0%	+198	+2,4%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	8.454	45,8%	8.628	47,2%	9.547	51,2%	-174	-2,0%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		-372	-2,0%	137	0,7%	+372	-100,0%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0	0,0%	0	0,0%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	3.342	18,1%	3.841	21,0%	3.706	19,9%	-498	-13,0%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	310	1,7%	352	1,9%	257	1,4%	-42	-12,0%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	768	4,2%	742	4,1%	766	4,1%	+26	+3,5%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	243	1,3%	180	1,0%	154	0,8%	+64	+35,3%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.635	8,9%	2.335	12,8%	2.296	12,3%	-701	-30,0%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	386	2,1%	231	1,3%	232	1,2%	+155	+67,2%
Summe Fremdkapital	11.796	64,0%	12.096	66,2%	13.389	71,8%	-301	-2,5%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	18.439	100,0%	18.280	100,0%	18.639	100,0%	+159	+0,9%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2014
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

	Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	6.738	6.480	6.353	+258	+4,0%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo) *2	3.364	3.421	2.624	-57	-1,7%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	10.102	9.901	8.977	+201	+2,0%
6	Materialaufwand, davon:	2.178	2.151	2.071	+26	+1,2%
6a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	691	724	694	-32	-4,5%
6b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.486	1.427	1.377	+59	+4,1%
7	Personalaufwand	4.262	3.976	3.582	+286	+7,2%
8	Abschreibungen	669	627	624	+42	+6,7%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.073	1.943	2.004	+130	+6,7%
	<i>davon u.a. Mieten</i>	874	886	951	-12	-1,4%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	9.182	8.697	8.281	+485	+5,6%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	920	1.204	697	-284	-23,6%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	920	1.204	697	-284	-23,6%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	16	8	-9	-52,8%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	460	484	491	-24	-4,9%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-452	-468	-484	+15	-3,3%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	468	736	213	-269	-36,5%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	9	8	7		+11,9%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	459	729	206	-270	-37,0%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Altenpflege	3.279	3.077	2.917	+202	+6,5%
	Altenpflegewohnungen	658	641	699	+17	+2,6%
	Geriatrische Rehabilitation	2.754	2.716	2.688	+38	+1,4%
	Erstattungen	47	46	49	+1	+2,6%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge						
	Kostenerstattungen Brabenderstift	917	891	887	+26	+2,9%
	Erlöse aus Vermietung	711	690	669	+21	+3,0%
	Erträge aus Med. Versorgungszentrum	858	774	670	+84	+10,9%
	Erträge aus Essenslieferungen	30	32	46	-2	-6,3%
	Erträge aus Darlehensverzicht	500	750	0	-250	-33,3%
	Erträge aus der Auflösung von SoPo	0	0	0		
	Sonstige	348	284	352	+64	+22,5%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014
Liebfrauenhof Schleiden GmbH

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	0	0	0		0			
Sachanlagen	3	0,2%	3	0,2%	4	0,3%	-1	-15,9%
Finanzanlagen	0	0	0		0			
Summe Anlagevermögen	3	0	3	0	4	0	-1	-15,9%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	16	1,0%	16	1,2%	15	1,2%		+4,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.104	70,3%	971	72,4%	900	75,7%	+132	+13,6%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	158	10,1%	118	8,8%	55	4,6%	+40	+33,8%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	288	18,4%	233	17,3%	216	18,2%	+56	+23,9%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.566	99,8%	1.338	99,8%	1.186	99,7%	+229	17,1%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.569	100,0%	1.341	100,0%	1.189	100,0%	+228	17,0%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	100	6,4%	100	7,5%	100	8,4%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,1%	1	0,1%	1	0,1%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	678	43,2%	496	37,0%	422	35,5%	+182	+36,7%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	286	18,2%	182	13,6%	73	6,2%	+104	+57,4%
Summe Eigenkapital	1.065	67,9%	779	58,1%	597	50,2%	+286	36,8%
B Langfristiges Fremdkapital	11	0,7%	11	0,8%	15	1,3%		+1,2%
Langfristige Sonderposten	3	0,2%	3	0,2%	3	0,3%		-8,3%
Langfristige Rückstellungen	9	0,5%	8	0,6%	8	0,7%		+4,5%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0	0,0%		
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		4	0,3%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	493	31,4%	551	41,1%	577	48,6%	-58	-10,6%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	225	14,3%	256	19,1%	236	19,9%	-31	-12,2%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		27	2,3%		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	76	4,9%	103	7,6%	96	8,1%	-26	-25,5%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	12	0,8%	16	1,2%	66	5,6%	-3	-21,3%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	180	11,5%	178	13,2%	152	12,8%	+2	+1,3%
Summe Fremdkapital	504	32,1%	562	41,9%	593	49,8%	-58	-10,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.569	100,0%	1.341	100,0%	1.189	100,0%	+228	17,0%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2014
Liebfrauenhof Schleiden GmbH

		2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	7.176	6.925	6.705	+250	+3,6%
2	Bestandsveränderungen					
3	Andere aktivierte Eigenleistungen					
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	370	263	195	+107	+40,9%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	7.546	7.188	6.900	+358	+5,0%
6	Materialaufwand	1.399	1.361	1.359	+39	+2,8%
7	Personalaufwand	3.469	3.286	3.172	+183	+5,6%
8	Abschreibungen	1	1	1	-	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	2.409	2.372	2.308	+36	+1,5%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	7.278	7.020	6.839	+258	+3,7%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	268	168	61	+100	+59,2%
11	Betriebskostenzuschüsse					
	davon aus dem Kreishaushalt					
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
13	Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo / Verbindlichkeiten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
14	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	268	168	61	+100	+59,1%
15	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
16	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
17	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19	14	15	+4	+30,2%
18	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
19	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
20	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	2	-0	
21	Zwischensumme Finanzergebnis	18	13	13	+5	+35,4%
22	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	286	182	73	+104	+57,4%
23	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
24	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
25	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
26	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
27	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	286	182	73	+104	+57,4%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (Erträge aus stationärer Pflege und						
	Altenpflegeheim Liebfrauenhof	4.556	4.426	4.245	+130	+2,9%
	Altenpflegeheim Brabenderstift	2.619	2.499	2.459	+120	+4,8%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	2.107	2.091	2.106	+16	
	Mieten, Pacht, Leasing	0	0	0		

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
					TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	1	0,1%	10	1,0%	43	3,3%	-9	-93,1%
Sachanlagen	804	86,8%	860	83,1%	930	71,5%	-56	-6,5%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	805	86,9%	870	84,0%	973	74,8%	-65	-7,5%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	16	1,7%	19	1,8%	15	1,1%	-3	-16,1%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	17	1,9%	21	2,0%	71	5,5%	-4	-18,2%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	83	9,0%	114	11,0%	76	5,8%	-30	-26,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	5	0,5%	12	1,1%	5	0,4%	-7	-58,1%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		161	12,4%		
Summe Umlaufvermögen	121	13,1%	165	16,0%	328	25,2%	-44	-26,6%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	926	100,0%	1.035	100,0%	1.301	100,0%	-109	-10,5%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	2,7%	25	2,4%	25	1,9%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	111	11,9%	-186	-18,0%	-25	-1,9%	+296	-159,4%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11	1,2%	296	28,6%	0		-285	-96,3%
Summe Eigenkapital	147	15,8%	136	13,1%	0		+11	+8,2%
B Langfristiges Fremdkapital	205	22,1%	390	37,7%	575	44,2%	-185	-47,4%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	205	22,1%	390	37,7%	575	44,2%	-185	-47,4%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0		0	0,0%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	575	62,0%	510	49,2%	726	55,8%	+65	+12,7%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	36	3,9%	37	3,6%	52	4,0%	-1	-2,7%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	185	19,9%	185	17,8%	196	15,1%		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7	0,7%	4	0,3%	4	0,3%	+3	+89,5%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	340	36,7%	275	26,5%	470	36,1%	+65	+23,7%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	8	0,8%	10	1,0%	4	0,3%	-2	-22,5%
Summe Fremdkapital	780	84,2%	900	86,9%	1.301	100,0%	-120	-13,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	926	100,0%	1.035	100,0%	1.301	100,0%	-109	-10,5%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2014

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

	Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (Mieten OP-Säle)	702	777	751	-74	-9,6%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne	44	331	111	-287	-86,6%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	746	1.108	862	-361	-32,6%
6	Materialaufwand	142	168	162	-25	-15,1%
7	Personalaufwand	349	352	332	-2	
8	Abschreibungen	65	106	106	-41	-38,7%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	155	150	175	+5	+3,2%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	<u>712</u>	<u>776</u>	<u>775</u>	-64	-8,3%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	35	332	87	-297	-89,6%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	35	332	87	-297	-89,6%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0		
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24	35	41	-12	-33,4%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-23	-35	-41	12	-33,5%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11	296	46	-285	-96,3%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. - verlust)	11	296	46	-285	-96,3%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014
VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	13	0,8%	6	0,4%	3	0,2%	+7	+110,7%
Sachanlagen	52	2,9%	60	3,9%	59	4,5%	-8	-13,3%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	65	3,7%	66	4,3%	62	4,7%		-1,5%
B Umlaufvermögen								
davon langfristig	0		0		0			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.001	56,3%	862	55,6%	732	55,5%	+138	+16,0%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	494	27,8%	478	30,8%	461	34,9%	+17	+3,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	218	12,2%	145	9,3%	65	4,9%	+73	+50,2%
Ausgleichsposten nach dem KHG	0		0		0			
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.713	96,3%	1.485	95,7%	1.258	95,3%	+228	+15,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.778	100,0%	1.551	100,0%	1.320	100,0%	+227	+14,6%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	1,4%	25	1,6%	25	1,9%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,0%	1	0,0%	1	0,0%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.015	57,1%	810	52,2%	688	52,1%	+205	+25,4%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	330	18,6%	205	13,2%	122	9,2%	+125	+60,7%
Summe Eigenkapital	1.371	77,1%	1.041	67,1%	835	63,3%	+330	+31,7%
B Langfristiges Fremdkapital	49	2,7%	32	2,0%	50	3,8%	+17	+53,8%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	13	0,7%	32	2,0%	50	3,8%	-19	-59,4%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	36	2,0%	0		0		+36	
C Kurzfristiges Fremdkapital	359	20,2%	479	30,9%	435	33,0%	-120	-25,1%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	274	15,4%	348	22,4%	334	25,3%	-74	-21,4%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16	0,9%	50	3,3%	21	1,6%	-35	-69,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	34	1,9%	33	2,1%	45	3,4%	+1	+4,0%
nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	35	2,0%	48	3,1%	35	2,7%	-13	-26,6%
Summe Fremdkapital	407	22,9%	511	32,9%	485	36,7%	-103	-20,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.778	100,0%	1.551	100,0%	1.320	100,0%	+227	+14,6%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
 Berichtsjahr
 Gesellschaft

2014
VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

	Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	3.504	3.102	2.955	+402	+13,0%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	228	127	74	+101	+79,1%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	3.731	3.229	3.029	+502	+15,6%
6	Materialaufwand, davon:	374	320	332	+54	+17,0%
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	183	167	181	+16	+9,6%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	191	153	151	+39	+25,2%
7	Personalaufwand	2.180	1.973	1.965	+208	+10,5%
8	Abschreibungen	18	19	15	-2	-9,5%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	945	829	708	+115	+13,9%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	3.517	3.141	3.021	+376	+12,0%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	215	88	8	+127	+143,6%
11	Betriebskostenzuschüsse	101	105	100	-3	-3,2%
	davon aus dem Kreishaushalt	101	105	100	-3	-3,2%
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	101	105	100	-3	-3,2%
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	316	193	108	+123	+64,0%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17	15	16	+2	+11,7%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	0		-71,0%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	16	14	15	+2	+17,7%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	332	207	123	+126	+60,9%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	2	1	1	+1	+85,7%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	330	205	122	+125	+60,7%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	17	0,2%	23	0,2%	26	0,2%	-5	-23,9%
Sachanlagen	6.430	61,9%	6.751	65,5%	6.904	63,7%	-320	-4,7%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	6.448	62,1%	6.773	65,7%	6.930	64,0%	-326	-4,8%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>	
Vorräte	170	1,6%	199	1,9%	304	2,8%	-29	-14,6%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0	0,0%	8	0,1%		-100,0%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	2.143	20,6%	2.141	20,8%	2.228	20,6%	+2	
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	1.454	14,0%	1.029	10,0%	1.195	11,0%	+425	+41,3%
Ausgleichsposten nach dem KHG	167	1,6%	167	1,6%	167	1,5%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	3.933	37,9%	3.535	34,3%	3.903	36,0%	398	11,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	10.381	100,0%	10.308	100,0%	10.833	100,0%	72	0,7%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	30	0,3%	30	0,3%	30	0,3%		
Kapitalrücklage	272	2,6%	272	2,6%	272	2,5%		
Gewinnrücklagen	3.064	29,5%	3.064	29,7%	3.064	28,3%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.430	-13,8%	-333	-3,2%	-260	-2,4%	-1.097	+329,0%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-535	-5,2%	-1.097	-10,6%	-73	-0,7%	+562	-51,2%
Summe Eigenkapital	1.401	13,5%	1.936	18,8%	3.033	28,0%	-535	-27,6%
B Langfristiges Fremdkapital	4.045	39,0%	4.420	42,9%	4.397	40,6%	-376	-8,5%
Langfristige Sonderposten	3.192	30,7%	3.369	32,7%	3.250	30,0%	-177	-5,2%
Langfristige Rückstellungen	70	0,7%	190	1,8%	206	1,9%	-120	-63,2%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	783	7,5%	862	8,4%	941	8,7%	-80	-9,2%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		-50,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	4.935	47,5%	3.952	38,3%	3.402	31,4%	+983	+24,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	921	8,9%	1.122	10,9%	635	5,9%	-201	-17,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	80	0,8%	262	2,5%	77	0,7%	-183	-69,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	556	5,4%	405	3,9%	306	2,8%	+151	+37,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	970	9,3%	47	0,5%	122	1,1%	+923	+1976,0%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.022	9,8%	837	8,1%	941	8,7%	+185	+22,1%
Summe Fremdkapital	8.980	86,5%	8.373	81,2%	7.800	72,0%	607	7,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	10.381	100,0%	10.308	100,0%	10.833	100,0%	72	0,7%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2014

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	12.985	13.020	12.944	-35	
Erlöse aus Wahlleistungen	269	321	323	-52	-16,3%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	365	364	334		
Nutzungsentgelte der Ärzte	856	956	879	-100	-10,4%
Bestandsveränderungen	-23	-103	151	+81	-78,0%
Sonstige betriebliche Erträge	1.463	1.185	961	+278	+23,5%
Gesamtleistung	15.915	15.742	15.591	+173	+1,1%
Materialaufwand	2.998	3.780	3.943	-783	-20,7%
Personalaufwand	10.708	10.644	9.866	+64	
Abschreibungen	692	713	716	-22	-3,0%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.477	2.120	1.540	+357	+16,9%
Zwischensumme Aufwand	16.875	17.258	16.065	-383	-2,2%
Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-960	-1.516	-474	+556	-36,7%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	472	466	461	+6	+1,3%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0	0	0		
<u>Zw.summe Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>472</u>	<u>466</u>	<u>461</u>	<u>+6</u>	<u>+1,3%</u>
Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen und SoPo)	-488	-1.050	-13	+562	-53,5%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	7	16	-3	-42,8%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41	45	55	-4	-9,4%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-37	-38	-39	+1	-3,2%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-525	-1.088	-52	+563	-51,8%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	9	21		+10,7%
Sonstige Steuern	0	0	0		
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-535	-1.097	-73	+562	-51,2%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014
Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	854	1,4%	1.037	1,6%	1.216	2,0%	-183	-17,6%
Sachanlagen	37.956	60,2%	46.013	71,1%	43.670	70,9%	-8.057	-17,5%
Finanzanlagen	63	0,1%	63	0,1%	68	0,1%		+1,1%
Summe Anlagevermögen	38.874	61,6%	47.113	72,8%	44.954	73,0%	-8.239	-17,5%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristige</i>	<i>876</i>	<i>1,4%</i>	<i>876</i>	<i>1,4%</i>	<i>876</i>	<i>1,4%</i>		
Vorräte	179	0,3%	350	0,5%	357	0,6%	-170	-48,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	3.428	5,4%	2.969	4,6%	5.673	9,2%	+459	+15,5%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	3.441	5,5%	3.114	4,8%	4.339	7,0%	+327	+10,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	17.150	27,2%	11.104	17,2%	6.293	10,2%	+6.045	+54,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		45	0,1%	0		-45	-100,0%
Summe Umlaufvermögen	24.198	38,4%	17.582	27,2%	16.663	27,0%	+6.616	+37,6%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	63.072	100,0%	64.694	100,0%	61.617	100,0%	-1.623	-2,5%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.579	5,7%	3.579	5,5%	3.579	5,8%		
Kapitalrücklage	7.883	12,5%	8.099	12,5%	8.015	13,0%	-216	-2,7%
Gewinnrücklagen	711	1,1%	711	1,1%	711	1,2%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.703	9,0%	3.269	5,1%	3.299	5,4%	+2.434	+74,4%
Summe Eigenkapital	17.876	28,3%	15.658	24,2%	15.604	25,3%	+2.218	+14,2%
B Langfristiges Fremdkapital	27.146	43,0%	29.712	45,9%	27.108	44,0%	-2.567	-8,6%
Langfristige Sonderposten	9.281	14,7%	9.423	14,6%	11.310	18,4%	-143	-1,5%
Langfristige Rückstellungen	1.286	2,0%	697	1,1%	661	1,1%	+589	+84,4%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	16.579	26,3%	19.592	30,3%	15.137	24,6%	-3.013	-15,4%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	18.050	28,6%	19.324	29,9%	18.905	30,7%	-1.274	-6,6%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	8.236	13,1%	8.874	13,7%	7.598	12,3%	-637	-7,2%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.981	4,7%	3.310	5,1%	2.820	4,6%	-328	-9,9%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.856	4,5%	3.068	4,7%	3.768	6,1%	-212	-6,9%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.319	2,1%	596	0,9%	182	0,3%	+723	+121,2%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	2.658	4,2%	3.477	5,4%	4.537	7,4%	-819	-23,6%
Summe Fremdkapital	45.196	71,7%	49.036	75,8%	46.013	74,7%	-3.841	-7,8%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	63.072	100,0%	64.694	100,0%	61.617	100,0%	-1.623	-2,5%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2014

Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

	Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	64.063	66.551	65.320	-2.487	-3,7%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	17.860	17.051	16.514	+810	+4,7%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	81.924	83.601	81.834	-1.678	-2,%
6	Materialaufwand, davon:	32.950	35.460	34.529	-2.510	-7,1%
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.285	8.173	8.516	-1.889	-23,1%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.665	27.287	26.013	-622	-2,3%
7	Personalaufwand	31.861	33.544	32.505	-1.682	-5,%
8	Abschreibungen	7.853	7.735	7.659	+117	+1,5%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.167	7.962	8.377	+205	+2,6%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	80.831	84.701	83.070	-3.870	-4,6%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	1.093	-1.100	-1.236	+2.192	-199,4%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	2.565	2.348	2.339	+217	+9,2%
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	2.565	2.348	2.339	+217	+9,2%
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	3.658	1.248	1.103	+2.409	+193,%
14	Erträge aus Beteiligungen	3	3	3		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	17	28	+4	+26,3%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	672	661	652	+10	+1,6%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-647	-641	-621	-6	+9%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.010	607	482	+2.403	+395,9%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	40	34	32	+6	+17,5%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	2.971	573	451	+2.397	+418,3%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (u.a.)					-	
	Linienverkehr nach § 42 PBefG lfd. Jahr	20.720	19.810	19.098	+910	+4,6%
	Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen	38.800	42.797	42.696	-3.997	-9,3%
	Sonderlinienverkehr nach § 43 PBefG	23	19	76	+4	+22,9%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	679	1,1%	773	1,5%	587	1,2%	-94	-12,1%
Sachanlagen	21.237	35,4%	21.945	44,0%	24.340	48,9%	-707	-3,2%
Finanzanlagen	11.052	18,4%	7.971	16,0%	7.709	15,5%	+3.081	+38,7%
Summe Anlagevermögen	32.968	55,0%	30.688	61,5%	32.636	65,5%	+2.280	+7,4%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristige</i>	<u>38</u>	<u>0,1%</u>	<u>67</u>	<u>0,1%</u>	<u>98</u>	<u>0,2%</u>	<u>-29</u>	<u>-44,%</u>
Vorräte	614	1,0%	526	1,1%	534	1,1%	+87	+16,6%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	264	0,4%	61	0,1%	86	0,2%	+203	+329,8%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	5.681	9,5%	10.025	20,1%	7.193	14,4%	-4.344	-43,3%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	20.111	33,6%	8.534	17,1%	9.343	18,8%	+11.577	+135,7%
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	299	0,5%	31	0,1%	0		+267	+851,3%
Summe Umlaufvermögen	26.968	45,0%	19.179	38,5%	17.156	34,5%	+7.790	+40,6%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	59.937	100,0%	49.867	100,0%	49.792	100,0%	+10.070	20,2%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	7.850	13,1%	7.849	15,7%	7.817	15,7%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.924	6,5%	3.464	6,9%	3.327	6,7%	+459	+13,3%
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	411	0,7%	578	1,2%	336	0,7%	-167	-28,8%
Summe Eigenkapital	12.185	20,3%	11.891	23,8%	11.479	23,1%	+293	2,5%
B Langfristiges Fremdkapital	21.568	36,0%	18.563	37,2%	21.873	43,9%	+3.004	+16,2%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	10.768	18,0%	7.245	14,5%	7.232	14,5%	+3.522	+48,6%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	4.029	6,7%	4.206	8,4%	7.190	14,4%	-178	
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	6.771	11,3%	7.112	14,3%	7.451	15,0%	-340	-4,8%
C Kurzfristiges Fremdkapital	26.184	43,7%	19.412	38,9%	16.440	33,0%	+6.772	+34,9%
Kurzfristige Sonderposten	1.863	3,1%	2.777	5,6%	3.412	6,9%	-915	-32,9%
Kurzfristige Rückstellungen	5.837	9,7%	4.493	9,0%	3.052	6,1%	+1.344	+29,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.218	3,7%	170	0,3%	333	0,7%	+2.048	+1.207,%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.376	10,6%	4.900	9,8%	4.542	9,1%	+1.476	+30,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	4	0,0%	2	0,0%	19	0,0%	+3	+177,3%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	9.887	16,5%	7.070	14,2%	5.082	10,2%	+2.817	+39,8%
Summe Fremdkapital	47.752	79,7%	37.975	76,2%	38.313	76,9%	+9.777	25,7%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	59.937	100,0%	49.867	100,0%	49.792	100,0%	+10.070	20,2%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2014
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

		2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	74.116	72.149	68.879	1.967	+2,7%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	537	20	58	517	+2614,1%
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	3.640	1.265	2.818	2.375	+187,7%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	78.293	73.434	71.755	4.859	+6,6%
6	Materialaufwand, davon:	55.907	51.446	50.671	4.460	+8,7%
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	37.711	32.937	33.665	4.774	+14,5%
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.196	18.509	17.007	-314	-1,7%
7	Personalaufwand	7.968	7.812	8.206	156	+2,0%
8	Abschreibungen	2.228	2.216	2.277	12	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.483	5.624	5.351	-141	-2,5%
	davon: Konzessionsabgaben	2.163	2.329	2.392	-166	-7,1%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	71.586	67.098	66.505	4.487	+6,7%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	6.707	6.335	5.250	372	+5,9%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	6.707	6.335	5.250	372	+5,9%
14	Erträge aus Beteiligungen	262	0	0	262	
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	408	420	356	-12	-3,0%
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	21	69	8	+36,6%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen aus Verlustübernahme	425	487	356	-62	-12,8%
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	774	860	1.007	-86	-10,0%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-499	-905	-939	406	-44,8%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.208	5.430	4.312	778	+14,3%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.787	1.928	918	-141	-7,3%
26	Sonstige Steuern	31	41	32	-10	-23,8%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	4.389	3.461	3.362	928	+26,8%
28	auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	465.496	-3.167	35.198	468.663	-14797,0%
29	Konzernergebnis	3.924	3.464	3.327	459	+13,3%
	Ausschüttung an Kreis Euskirchen (Brutto)	1.706	1.732	1.663	-26	-1,5%
	zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse					
	Tarifikunden	11.565	12.387	12.767	-822	-6,6%
	Sondervertragskunden	21.599	20.019	17.565	1.581	7,9%
	Sonstige Sonderverträge	15.863	15.828	13.750	34	
	Wärmespeicheranlagen	1.747	2.335	1.912	-588	-25,2%
	Erlöse Netzverpachtung	17.377	17.845	18.650	-468	-2,6%
	Übernahme § 3 II EEG		0	0		
	Vereinnahmte Baukostenzuschüsse	636	633	807	3	0,5%
	Übrige	5.329	3.102	3.427	2.227	+71,8%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014
Vogelsang ip gGmbH

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	17	0,1%	28	0,2%	20	0,2%	-11	-38,5%
Sachanlagen	24.689	89,2%	14.532	87,4%	7.631	72,6%	10.157	+69,9%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	24.706	89,3%	14.560	87,5%	7.651	72,8%	10.146	+69,7%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristige</i>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>		-	-
Vorräte	18	0,1%	17	0,1%	14	0,1%	1	+6,4%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.109	4,0%	1.210	7,3%	1.090	10,4%	-101	-8,4%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	1.842	6,7%	844	5,1%	1.758	16,7%	998	+118,2%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	2.969	10,7%	2.071	12,5%	2.861	27,2%	898	+43,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	27.675	100,0%	16.631	100,0%	10.513	100,0%	11.044	66,4%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	27	0,1%	27	0,2%	27	0,3%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-7	0,0%	-7	0,0%	-6	-0,1%		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		-1	0,0%		
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	20	0,1%	20	0,1%	20	0,2%		
B Langfristiges Fremdkapital	21.326	77,1%	11.754	70,7%	6.513	62,0%	9.572	+81,4%
Langfristige Sonderposten	21.326	77,1%	11.754	70,7%	6.513	62,0%	9.572	+81,4%
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	6.329	22,9%	4.857	29,2%	3.979	37,8%	1.471	+30,3%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	53	0,2%	58	0,4%	122	1,2%	-6	-9,8%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	820	3,0%	240	1,4%	737	7,0%	580	+241,3%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	5.456	19,7%	4.559	27,4%	3.120	29,7%	898	+19,7%
Summe Fremdkapital	27.655	99,9%	16.611	99,9%	10.492	99,8%	11.044	66,5%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	27.675	100,0%	16.631	100,0%	10.513	100,0%	11.044	66,4%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2014

Vogelsang ip gGmbH

	Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	376	412	464	-36	-8,8%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	21	0	0	21	
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	1.030	1.193	978	-163	-13,6%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	1.427	1.605	1.442	-178	-11,1%
6	Materialaufwand, davon:	57	40	55	16	+40,9%
	<i>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</i>	57	40	54	17	+42,3%
	<i>Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	0	0	1	-0	
7	Personalaufwand	1.250	1.256	1.203	-6	
8	Abschreibungen	104	110	69	-6	-5,3%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	501	697	617	-196	-28,1%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	1.912	2.103	1.944	-191	-9,1%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-485	-498	-502	13	-2,6%
11	Betriebskostenzuschüsse	495	498	500	-3	
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>495</u>	<u>498</u>	<u>500</u>	<u>-3</u>	<u>-0,6%</u>
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	10	0	-2	10	-439660,2%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	9	6	-4	-47,6%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	9	5	6	+69,1%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-10	0	1	-10	-439660,2%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	-1	-0	-64,1%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -	0	0	-1	-0	-64,1%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	39	27,1%	15	11,8%	16	12,1%	+24	+153,7%
Sachanlagen	14	9,7%	22	16,9%	29	22,8%	-8	-36,6%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	53	36,8%	38	28,7%	45	34,9%	+16	+41,6%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	17	11,8%	6	4,5%	1	0,4%	+11	+187,6%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	14	9,6%	18	13,9%	19	15,1%	-4	-24,4%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	60	41,9%	69	52,9%	64	49,6%	-9	-12,7%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	91	63,2%	93	71,3%	84	65,1%	-2	-2,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	144	100,0%	131	100,0%	129	100,0%	+14	10,3%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	26	18,3%	26	20,2%	26	20,5%		
Kapitalrücklage	1.741	1205,2%	1.324	1011,0%	918	712,6%	+417	+31,5%
Gewinnrücklagen								
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.679	-1161,8%	-1.260	-961,7%	-846	-657,1%	-419	+33,3%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	89	61,7%	91	69,5%	98	76,0%	-2	-2,0%
B Langfristiges Fremdkapital	0		0		0			
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	55	38,3%	40	30,5%	31	24,0%	+15	+38,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	15	10,2%	8	6,1%	7	5,2%	+7	+85,3%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0	0,0%	0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26	17,8%	23	17,3%	0		+3	+13,9%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive	15	10,2%	9	7,2%	24	18,9%	+5	+57,1%
Summe Fremdkapital	55	38,3%	40	30,5%	31	24,0%	+15	38,4%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	144	100,0%	131	100,0%	129	100,0%	+14	10,3%

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

*1 langfristig: Restlaufzeit ab einem Jahr

*2 im Verhältnis zur Bilanzsumme

*3 im Verhältnis zum Vorjahresbestand

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2014
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

	Position	2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse	234	236	78	-1	
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	11	1	0	10	+1784,8%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	245	236	78	9	+3,8%
6	Materialaufwand, davon:	22	13	2	9	+70,6%
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	22	13	2	9	+70,6%
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0		
7	Personalaufwand	367	359	149	8	+2,2%
8	Abschreibungen	12	13	12	-0	-2,4%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	263	265	176	-2	
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	665	650	338	15	+2,3%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuwendungen)	-419	-414	-260	-6	+1,4%
11	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen	0	0	0		
12	Betriebsergebnis (mit Zuwendungen)	-419	-414	-260	-6	+1,4%
13	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
14	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
15	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1	-0	-51,0%
16	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
17	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
18	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	-0	
19	Zwischensumme Finanzergebnis	0	1	1	-0	-49,2%
20	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-419	-413	-259	-6	+1,4%
21	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
22	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
23	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
24	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	
25	Sonstige Steuern	0	0	0	0	-89,7%
26	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-419	-413	-259	-6	+1,5%

D.2 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis

Beteiligung	Produkt im Haushalt Kreis EU	Anteil %	Finanz- beziehung zu...	Abführung/Zuschuss netto im Haushaltsjahr							
				2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015 *3	
		%		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. RWE AG	111 14	0,02%	Kreis	355	276	276	158	158	79	79	79
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.)	111 14	0,85%	Kreis	-1	-1	-1	-1	-2	-2	-2	-2
3. AGIT mbH	571 04	3,93%	Kreis	-66	-68	-70	-102	-87	-56	-43	-43
4. TAE GmbH	571 01	52,00%	Kreis	-17	-39	-29	-22	0	-28	-37	-37
5. ZV VRS *1	547 01		Kreis	-21	-15	-15	-15	-15	-15	-15	-15
6. EuGeBau mbH	111 14	41,37%	Kreis	109	109	109	109	109	109	0	0
7. KKM - Konzern *2											
8. Radio EU GmbH & Co. KG	111 14	25,00%	Kreis	-18	13	13	26	25	40	27	27
9. SEG Vogelsang mbH	571 04	11,88%	Kreis	-81	-81	-81	-81	-81	-81	-41	-41
10. Vogelsang ip	571 04	30,00%	Kreis	-129	-144	-139	-147	-143	-143	-137	-137
11. Ene - Konzern											
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG -ene	547 02	50,00%	Kreis	1.426	1.300	1.256	1.120	1.063	883	1.254	1.254
12. RVK - Konzern *4	547 02	12,50%	Kreis	-2.808	-2.832	-5.028	-4.801	-5.359	-5.915	-3.548	-3.548
13. NeT GmbH	571 04	68,15%	Kreis	-129	-167	-167	-163	-240	-247	-194	-194
14. LEP-AöR	571 04	30,00%	Kreis								
15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln	111 33	6,45%	Kreis	-51	-51	-53	-32	-55	-50	-26	-26
16. CVUA	122 04	5,83%	Kreis			-292	-303	-316	-329	-254	-254
17. ZV Region Aachen	571 04	20,00%	Kreis					-114	-127	-120	-120
18. IRR GmbH	571 04	8,00%	Kreis						-10	-3	-3
Saldo Kreis EU				-1.431	-1.700	-4.221	-4.254	-5.057	-5.892	-3.060	-3.060

Hinweise:

*1 Zuschüsse werden durch den ZV VRS erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

*2 Seit 1992 kein Verlustausgleich an die KKM.

*3 Nettobetrag aus den entspr. Konten des Kreishaushalts, Stand 31.08.2015

*4 Zuschuss einschl. Verlustübernahme Taxibus.

D.3 Personalbestand der Beteiligungen

Geschäftsjahr	2012	2013	2014	Bemerkungen
1. RWE AG	70.208	66.341	61.715	lt. Geschäftsbericht, umgerechnet in Vollzeitstellen
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.14)	2	2	2	
3. AGIT mbH	40	30	30	durchschn. Arbeitnehmer, ohne GF
4. TAE GmbH	2	3	2	Stand 31.12. ohne GF
5. ZV VRS	1	*1)	*1)	
VRS GmbH	72	71	74	
6. EuGebau mbH	67 (56)	70 (59)	*1)	(davon Teilzeitkräfte/Azubis)
7. KKM - Konzern	1.334	1.371	1.569	durchsch. Mitarbeiter
KKM GmbH	910	930	908	durchsch. Mitarbeiter
KKM Servicegesellschaft mbH	7	7	8	durchsch. Mitarbeiter
KKM Gebäudedienste GmbH	77 (76/1)	74 (73/1)	113 (113/0)	(davon: gewerbliche Arbeitnehmer/Angestellte)
AmbuMed GmbH	7	7	6	
St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	211	213	215	
Geriatrisches Zentrum Zulpich GmbH (GZZ)	118	134	127	
Liebrauenhof Schleiden GmbH	98	135	141	
VIVANT gGmbH	55	55	111	
Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	0	0	0	
8. Radio EU GmbH & Co. KG	0	0	0	kein eigenes Personal
9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	10	10	5	
10. Vogelsang ip	35	38	35	
11 RVK - Konzern	838	858	789	
davon: RVK GmbH	571	562	471	
12. Energie-Nordeifel - Konzern	141 (34/12)	149 (30/12)	135 (31/16)	Mitarbeiter zum 31.12. (davon Teilzeitkräfte/Azubis)
davon: KEV GmbH	87	84	85	
davon: KEV Energie GmbH	16	17	20	
13. Nordeifel Tourismus GmbH	5	12	11	
14. LEP-AöR	1	1	1	
15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung	11	11	*1)	
16. CVUA	95	97	97	

Grundlage: Angaben aus dem Anhang, ohne Geschäftsführer

*1) Der Jahresabschluss lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

D.4 Leistungen und Kennzahlen der wesentlichen Beteiligungen

Geschäftsjahr	Einheit	2012	2013	2014	Bemerkungen
1. KKM					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	413	413	413	
davon vollstationäre Betten	Anz.	403	403	403	
davon Tagesklinik Geriatrie	Anz.	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	Anz.	17.349	17.910	18.545	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	18.019	18.312	18.655	Bewertungsrelationspunkte (BWR)
Casemixindex	Punkte/DRG	1,039	1,022	1,006	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	%	85,26	83,78	83,86	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	6,97	6,60	6,38	bezogen auf vollstationäre Betten
2. GZZ					
a) Geriatriische Reha	Anz.	40	40	40	Bettenzahl
davon Einbettzimmer	Anz.	12	12	12	
Auslastung	%	106,8	107,8	109,0	
b) Kurzzeitpflege im GZZ	Anz.	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	%	59,2	67,7	66,9	
c) Betreutes Seniorenwohnen	Anz.	77	66	66	durchschnittlicher Wohnungsbestand
Auslastung	%	87,8	92,4	94,5	
d) Dauer-/Kurzzeitpflege im	Anz.	65	65	65	Platzzahl
Auslastung	%	98,1	99,5	100,0	
3. Liebfrauenhof Schleiden					
Bettenzahl (Ist)		163,0	163,0	163,0	
davon Liebfrauenhof	Anz.	102,0	102,0	102,0	
davon Brabenderstift	Anz.	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad gesamt	%	97,80	99,90	100,20	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon Liebfrauenhof	%	97,70	101,20	100,90	
davon Brabenderstift	%	97,90	97,90	98,90	
4. VIVANT					
Abrechnungsfälle SGB V	Anz.	295	310	340	durchschn. Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	Anz.	257	260	249	durchschn. Zahl pro Monat
5. AmbuMed GmbH					
ambulante Operationen	Anz.	1.473	1.345	1.300	
davon durch KKM	Anz.	1.088	906	788	
6. St. Antonius Krankenhaus Schleiden					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	105	105	105	
davon vollstationäre Betten	Anz.	105	105	105	
davon teilstationäre Plätze	Anz.	0	0	0	
DRG Fallpauschalen	Anz.	4.784	4.564	4.589	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	4.302	4.159	4.109	
Casemixindex	Punkte/DRG	0,899	0,911	0,895	
Auslastung	%	81,33	76,54	77,61	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	6,32	6,18	6,16	bezogen auf vollstationäre Betten
7. Energie-Nordeifel - Konzern					
Eingespeiste Strommenge	GWh	399	387	389	bezogen auf das Verteilnetz des Konzerns (Fremdbezug)
davon Lieferung ÜNB (RWE)	GWh	199	200	181	ÜNB=Übertragungsnetzbetreiber
Lieferung ÜNB in %	%	49,9	51,7	46,3	
davon dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG	GWh	200	187	208	
dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG in %	%	50,1	48,3	53,5	
Netznutzung	GWh	343	334	324	Abweichung zu eingespeister Menge resultiert aus Verlustenergie, Mehr- und Mindermengen, Rückspeisung an ÜNB
davon Endkundenbelieferung Händler KEV	GWh	268	260	244	Im Verteilnetz des Konzerns
davon Endkundenbelieferung übrige Händler	GWh	75	74	80	
8. EuGeBau mbH					
Wohnungseinheiten (WE)	Anz.	1.325	1.327		Der Jahresabschluss für 2014 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.
Wohn- und Nutzfläche	m²	88.976	89.801		
Leerstand am 31.12.	Anz.	13	25		Wohnungseinheiten
9. Nordeifel Tourismus GmbH					
Gästeankünfte	Anz.	177.036	195.045	210.454	
Übernachtungen	Anz.	559.744	601.444	656.992	
durchschnittl. Aufenthaltsdauer	Tage	4,0	3,0	3,0	
Prospektanfragen	Anz.	3.747	3.359	3.702	
Buchungsgeschäft	Anz.	66	455	282	
Unterkunftsangebote	Anz.	187	166	244	
Homepagebesucher	Anz.	65.476	78.946	101.843	
Seitenaufrufe Homepage	Anz.	238.562	290.453	345.759	

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 31.08.2015

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

1.1 Beschlüsse des Kreistages vom 25.03.2015

- Der Kreistag hat den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **RVK GmbH** unter dem Vorbehalt, dass bei den vorhandenen Betrauungen sichergestellt ist, dass keine Bezugnahme zwischen dem Höchstbetrag der von den Gesellschaftern bzw. den Aufgabenträgern zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse und anderen Zahlungen auf die Höchstbeträge des § 19 (Ergebnisverteilung und -verteilung) vorhanden ist, zugestimmt (V 94/2015).
- Der Kreistag hat den von der Gesellschafterversammlung der **RVK GmbH** gefassten Beschluss, den bisherigen Geschäftsanteil an der **Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH** (VBL) in Höhe von 25 % an die Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) zu einem Kaufpreis von 50.000,00 € zuzüglich Erwerbsnebenkosten zu verkaufen und abzutreten, genehmigt (V 100/2015).
- Der Kreistag hat gem. V 101/2015 den von der Gesellschafterversammlung der **RVK GmbH** gefassten Beschluss, wonach der bisher von der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) in Gummersbach – vormals Oberbergische Verkehrsgesellschaft Aktiengesellschaft – gehaltene Geschäftsanteil Nr. 4 im Nennbetrag von EUR 447.400 in zwei Geschäftsanteile aufgeteilt wird, nämlich Nr.10 im Nennbetrag von EUR 357.920 und Nr. 9 im Nennbetrag von EUR 89.480, genehmigt. Der Kreistag hat ferner dem Kauf des neuen Geschäftsanteils Nr. 10 im Nennbetrag von EUR 357.920 von der OVAG in Gummersbach zum Kaufpreis von EUR 2.045.167,52 durch die Gesellschaft selbst (Erwerb eigener Geschäftsanteile gemäß § 33 GmbHG) sowie der Abtretung dieses Geschäftsanteils Nr. 10 an die Gesellschaft selbst zugestimmt. Darüber hinaus wurde der Abtretung des neuen Geschäftsanteils Nr. 9 im Nennbetrag von EUR 89.480 von der OVAG in Gummersbach an den Oberbergischen Kreis zugestimmt.
- Der Kreistag hat der Gründung der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises Euskirchen, der **Projektgesellschaft TZJ GmbH**, zugestimmt (V 105/2015). Am Stammkapital dieser Gesellschaft (25.000 €) beteiligt sich die **Technologiezentrum Jülich GmbH** (TZJ) mit 100 %.

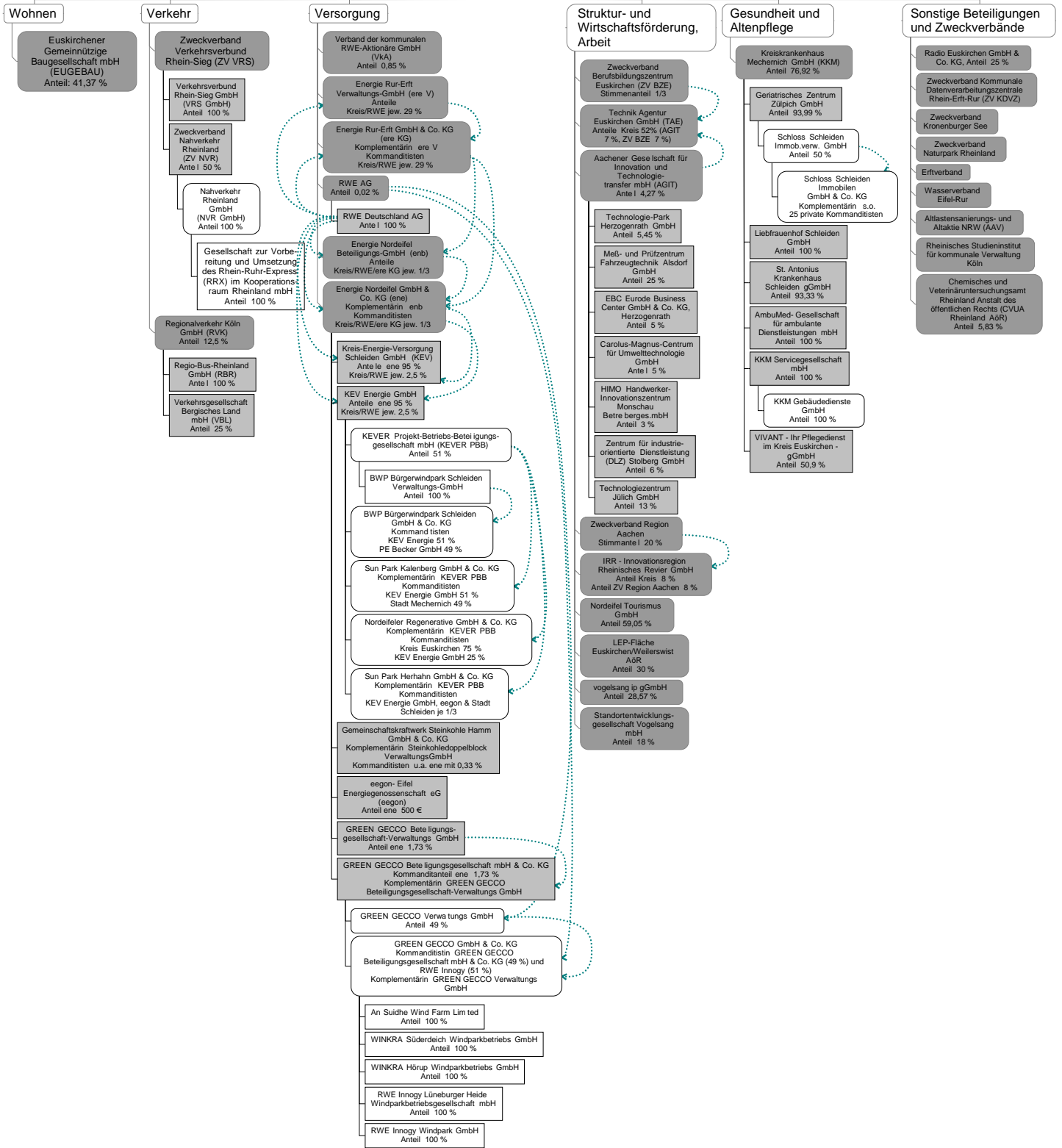
1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 24.06.2015

- Der Kreistag hat gem. V 128/2015 beschlossen, über den bereits beschlossenen Rahmen von 3 Mio. € (D 8/2014 vom 17.12.2014) hinaus eine Ausfallbürgschaft zugunsten der **Vogelsang ip GmbH** zur Besicherung der zur Finanzierung der Mehrkosten erforderlich werdenden Kreditaufnahmen in Höhe von gegebenenfalls bis zu einem Gesamtbetrag von 5 Mio. € zu übernehmen. Der Höchstbetrag für die zu übernehmende Ausfallbürgschaft beträgt 1.818.182 €. Für die Gewährung der Bürgschaft wird ein einmaliges Entgelt in Höhe von 9.092 € erhoben, zahlbar binnen eines Monats nach Unterzeichnung der Bürgschaftsurkunde.
- Die Verwaltungsleitung wurde durch Beschluss des Kreistages (A 73/2015) beauftragt, umgehend mit den Mitgesellschaftern und den auf regionaler Ebene an Umsetzungsprojekten arbeitenden Gremien - insbesondere dem **Zweckverband Region Aachen** und der **IRR-Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** - in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, eine Projektteilnahme zur Entwicklung/Aktivierung der 'LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist – Prime Site Rhine Region' im Rahmen des Projektauftrags Regio.NRW zu initiieren. Die Vertreter des Kreises Euskirchen im Verwaltungsrat und Projektbeirat des Kommunalunternehmens „**LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist**“ **Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)** wurden beauftragt, in den genannten Gremien zu beantragen, dass sich die Geschäftsführung der LEP-AöR umgehend mit der IRR GmbH in Verbindung setzt, um gemeinsam die im Integrierten Handlungskonzept befindliche 'Inwertsetzung der Prime Site Rhine Region' als konkretes Umsetzungsprojekt zu benennen und entsprechend vorzubereiten. Eine Projektskizze sollte in Grundzügen bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates der IRR GmbH vorliegen.
- Der Kreistag hat auf Antrag (A 74/2015) beschlossen, den Landrat als Vertreter des Kreises Euskirchen im Aufsichtsrat der **Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)** zu beauftragen, sich gegen eine derzeitige Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers auszusprechen und zu beantragen, dass das derzeit laufende Ausschreibungsverfahren für beendet erklärt wird. Der Kreistag Euskirchen sieht es als primäre Aufgabe der verantwortlichen Gremien zunächst auf der Basis einer intensiven Aufgabenkritik die künftige Rolle der AGIT in der Schnittstelle zum Zweckverband Region Aachen zu definieren und erst danach eine abschließende Beratung und Beschlussfassung über die Frage zu treffen, ob es eine Neubesetzung dieser Stelle gibt und ggf. Synergieeffekte erzielt werden können oder ob es andere Lösungsmöglichkeiten gibt.

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.08.2015



Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform – eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

C) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

E) Zusammensetzung der Organe

Organe

- a) Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglieder

bis 24.06.2014

1. AV Manfred Poth		Iris Poth (Stabsstellenleiterin 80)	
2. Günter Weber	(CDU)	Ruth Schmitz	(CDU)
3. Heinrich Hettmer	(SPD)	Margret Rhiem	(SPD)
4. Hans Reiff	(FDP)	Franz Troschke	(UWV)

ab 25.06.2014

1. AV Manfred Poth		LR Günter Rosenke	
2. Ute Stolz	(CDU)	Dirk Jahr	(CDU)
3. Karsten Stickeler	(CDU)	Dominik Schmitz	(CDU)
4. Heinrich Hettmer	(SPD)	Emmanuel Kunz	(SPD)

Stellvertreter

b) Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes hat in ihrer Sitzung am 13.05.2014 eine Satzung zur Änderung der Verbandssatzung beschlossen. Die Änderung beruht im Wesentlichen auf der geänderten Ausgestaltung der Funktion des Verbandsvorstehers. Die bisherige ehrenamtliche Verbandsvorsteherschaft wird bei gleichzeitigem Wegfall der Funktionsstelle „Leitende Dienstkraft“ durch eine hauptamtliche Verbandsvorsteherschaft ersetzt.

Ehrenamtlicher Verbandsvorsteher

Ass. Heinz Gehlen (bis 30.06.2014)

Stellvertreter: Georg Stoffels (01.07.2014 bis 31.10.2014)

Hauptamtlicher Verbandsvorsteher

Jochen Kupp (seit 01.11.2014)

Die Abberufung der Leiterin des Berufsbildungszentrums, Frau Maria Breuer, erfolgte mit Wirkung zum 30.06.2014. Für den Zeitraum vom 01.07.2014 bis zum 31.10.2014 wurde die Durchführung der Aufgaben der laufenden Verwaltung bis zur Bestellung eines hauptamtlichen Verbandsvorstehers am 01.11.2014 Herrn Marcus Schmelzer übertragen.

F) Jahresabschluss (s. nächste Seiten)

Berufsbildungszentrum, Euskirchen

Bilanz zum 31. Dezember 2014

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
AKTIVA				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.144,00	11.353,00		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.734.369,30	1.820.786,30		
2. technische Anlagen und Maschinen	382.396,00	420.690,00		
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	243.802,52	281.281,78		
	2.360.567,82	2.522.758,08		
III. Finanzanlagen				
Beteiligungen	1.789,52	1.789,52		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
fertige Erzeugnisse und Waren	90.740,32	87.288,53		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	288.777,57	330.701,68		
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungswahlverhältnis besteht	5.062,24	1.425,66		
3. sonstige Vermögensgegenstände	61.790,39	106.028,47		
	355.630,20	438.155,81		
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	593,79	1.027,17		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	0,00	172,00		
	<u>2.818.465,65</u>	<u>3.062.544,11</u>		
PASSIVA				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	825.225,10	825.225,10		
II. Kapitalrücklage	1.446.820,24	1.879.875,92		
III. Gewinnvortrag	0,00	44.700,00		
IV. Jahresfehlbetrag	292.244,79	368.355,68		
B. Rückstellungen				
sonstige Rückstellungen	265.934,71	342.120,03		
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	505.547,30	366.415,31		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 505.547,30 (EUR 366.415,31)				
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	36.821,81	43.827,49		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 36.821,81 (EUR 43.827,49)				
3. sonstige Verbindlichkeiten	23.705,91	25.761,52		
- davon aus Steuern EUR 17.620,80 (EUR 25.395,02)	568.075,02	436.004,32		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 668,72 (EUR 0,00)				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 23.705,91 (EUR 25.761,52)				
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
	4.655,37	12.374,42		
	<u>2.818.465,65</u>	<u>3.062.544,11</u>		

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	2.660.958,53	2.450.896,09
2. Gesamtleistung	2.660.958,53	2.450.896,09
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) ordentliche betriebliche Erträge		
aa) Grundstückserträge	124.927,87	123.658,23
ab) sonstige ordentliche Erträge	12.281,13	14.823,44
b) Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	1.150,00	0,00
c) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	7.637,00	10.982,15
d) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>30.166,10</u>	<u>73.778,47</u>
	176.162,10	223.242,29
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	140.210,22	169.590,96
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.716.711,88	1.654.952,61
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	518.091,74	485.580,42
	2.234.803,62	2.140.533,03
- davon für Altersversorgung EUR 125.705,96 (EUR 124.585,20)		
6. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	207.669,85	210.390,82
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	163.820,99	171.561,31
ab) Grundstücksaufwendungen	22.313,61	21.138,84
ac) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	38.403,32	37.975,12
ad) Reparaturen und Instandhaltungen	19.999,99	22.271,66
ae) Fahrzeugkosten	3.697,89	5.454,60
af) Werbe- und Reisekosten	13.465,67	13.286,50
	<hr/>	<hr/>
Übertrag	261.701,47	271.688,03
	254.436,94	153.623,57

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag	254.436,94 261.701,47	153.623,57 271.688,03
ag) Kosten der Warenabgabe	84.209,50	59.160,85
ah) verschiedene betriebliche Kosten	166.621,55	201.378,21
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6.896,08	0,00
c) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	17.468,27	0,00
d) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>318,60</u>	<u>1.306,02</u>
	537.215,47	533.533,11
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,90	48,86
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 2.516,35 (EUR 5.895,93)	<u>8.670,23</u>	<u>7.289,07</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	291.445,86-	387.149,75-
11. sonstige Steuern	798,93	1.205,93
12. Jahresfehlbetrag	292.244,79	<u>388.355,68</u>

Lagebericht

Gemäß §25 Eigenbetriebsverordnung über die Entwicklung des Berufsbildungszentrums Euskirchen BZE im Wirtschaftsjahr 2014.

1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA mbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008 und hat die Träger- und Maßnahmenezulassung nach der „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.

Organe sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Seit Geltung der Verbandssatzung (in der Fassung vom 12.08.2014) erledigt der Verbandsvorsteher die Betriebsleitung allein.

b) Ziele und Strategien

Der Zweckverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des §52 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisungen von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Des Weiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.

Etwa ein Fünftel der erzielten Umsatzerlöse entfallen auf die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie. Hier werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.

Die Entgeltsätze pro Teilnehmer zur Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

Bei allen Maßnahmen – außer der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie – hat das BZE nur bedingt Einfluss auf die tatsächliche Teilnehmerzahl und damit auf den Umsatz der jeweiligen Maßnahme. Die Teilnehmerzahl hängt je nach Maßnahme von der Zuweisung der Arbeitsagentur oder des Jobcenters ab bzw. von der Zahl der Auszubildenden, die von Jahr zu Jahr unterschiedlich sein kann. Bedingt durch die geringen Arbeitslosenzahlen sind die Zuweisungen in den letzten Jahren - insbesondere bei den Umschulungen - gesunken.

Ferner hat der Preisdruck bei Ausschreibungen in den letzten Jahren durch eine zunehmende Anzahl von privatwirtschaftlichen Mitbewerbern (IB, Dekra, Tertia, u.u.) stark zugenommen.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen hat im Bereich der gewerblich-technischen (überbetrieblichen) Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal in einigen Berufsfeldern im Kreis Euskirchen. Die privatwirtschaftlichen Mitbewerber verfügen über keine entsprechenden Werkstätten in den im Berufsbildungszentrum Euskirchen angebotenen Berufsfeldern.

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- Schweißen
- Elektrik und Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden (im Handwerk sank die Anzahl der Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr um 10%). Aufgrund der sehr guten Beschäftigungslage steigt aber der Bedarf an Fachkräften deutlich an.

Insgesamt ist aufgrund des demografischen Wandels davon auszugehen, dass die Anzahl der Ausbildungsverträge im gewerblich-technischen Bereich in den kommenden Jahren weiter sinken wird. Daher werden die Erträge im Bereich der überbetrieblichen Unterweisung – insbesondere im Bereich Handwerk – in den nächsten Jahren sinken.

Dem oben dargestellten Sachverhalt folgend werden zusätzlich auch Schulabsolventen für den Ausbildungsmarkt attraktiv, die mit einem eher schlechten Abschluss die Schule absolviert haben. Ferner könnte der Ausbildungsmarkt auch für Migranten und Flüchtlinge interessant werden. Wir erhoffen uns in dem Bereich einen zusätzlichen Kursbedarf für das BZE. Weiterhin werden wir auch neue Geschäftsfelder ergünden, damit die zu erwartenden Umsatzminderungen kompensiert werden können.

Dies könnten zum Beispiel sein:

- Eingliederungskurse für Migranten und Flüchtlinge
- Berufsorientierung im Bereich Gymnasium
- Berufsausbildung im Bereich „Pflegeberufe“
- Entwicklung von Seminaren (z. B. Interkulturelles Management)
- Durchführung von Meisterkursen

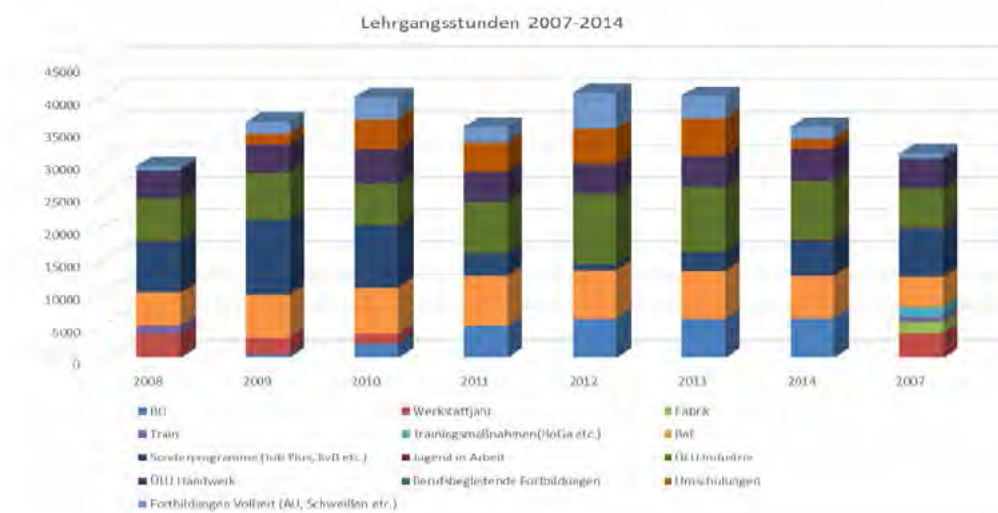
b) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2014 war in besonderem Maß geprägt vom Wechsel der Führungsspitze der Verbandsleitung, die in der heutigen Zusammensetzung seit Ende 2014 tätig ist.

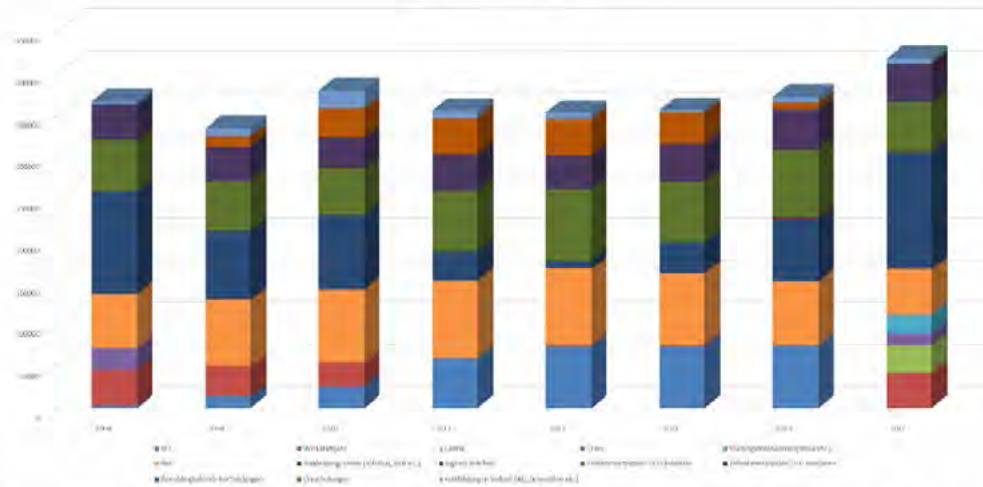
Im Berichtsjahr 2014 sind die Erträge aus dem Lehrgangsbetrieb gegenüber dem Vorjahr deutlich (+ 210,1 T€ / + 8,6 %) gestiegen.

Bezeichnung	2010	2011	2012	2013	2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	756,0	837,3	707,9	757,7	704,6
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	417,0	478,6	514,7	501,7	550,0
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	267,8	306,4	300,8	320,4	377,0
Fortbildungsmaßnahmen	222,4	126,4	92,6	124,5	137,1
Umschulung	188,6	226,0	196,7	161,7	87,0
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	576,2	537,3	590,6	581,9	793,2
a) BO - Berufsorientierung	190,7	409,8	538,7	400,9	435,9
b) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme				97,4	316,5
c) Jugend in Arbeit	18,1	14,2	13,4	11,9	21,0
d) HandFest!				0,0	0,0
e) Arbeitsgelegenheiten (AGH)				0,0	0,0
f) SBG II	255,9	113,3	32,2	67,6	19,8
g) Werkstatt	111,5	0,0	6,3	4,1	0,0
h) externe Umschüler					0,0
i) Praxiskurse					0,0
Sonstiges	412,2	151,4	0,1	3,0	12,1
Umsatzerlöse	2840,2	2663,4	2403,4	2450,9	2661,0
Sonstige betriebliche Erträge	209,1	184,1	305,5	223,2	176,2
Gesamtumsatz	3049,3	2847,5	2708,9	2674,1	2837,2

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um 47 T€, sodass die Gesamterlöse insgesamt um 163,1 T€ gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen sind.



Teilnehmerstunden 2007 - 2014

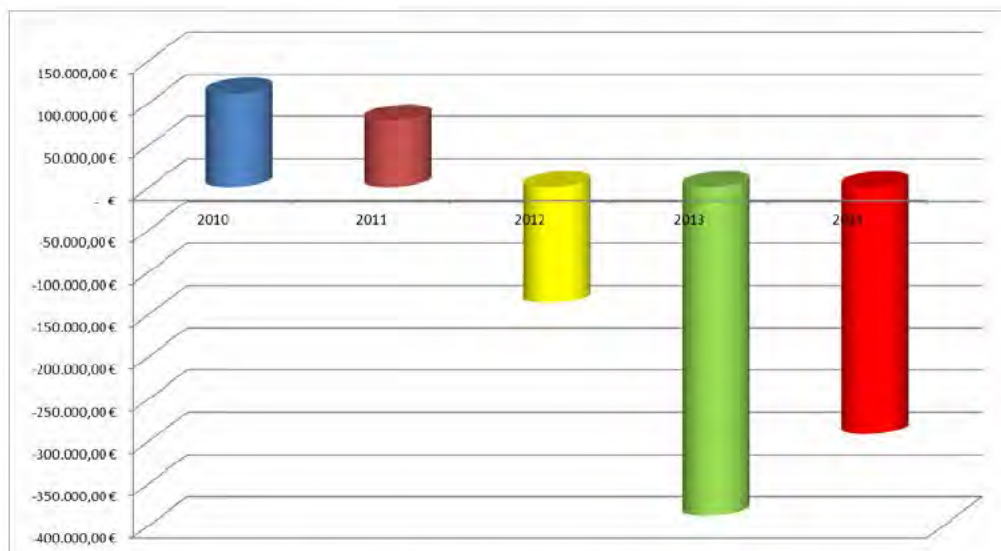


Zur Erklärung: In der Abbildung „Lehrgangsstunden“ sind die tatsächlichen Lehrgangsstunden aufgeführt die im Berufsbildungszentrum absolviert wurden. In der Abbildung „Teilnehmerstunden“ sind die Lehrgangsstunden mit der Anzahl der Teilnehmer multipliziert. Für 2014 bedeutet dies, dass wir ca. 5000 Lehrgangsstunden weniger als im Vorjahr durchgeführt haben. Die Lehrgänge waren aber entsprechend besser besucht, so dass 16.000 Teilnehmerstunden mehr entstanden sind.

c) Ertragslage

Das BZE musste im Geschäftsjahr 2014 erneut einen Verlust hinnehmen. Folgende Entwicklung der Jahresüberschüsse / Fehlbeträge zeigt sich in den letzten 5 Jahren:

	2010	2011	2012	2013	2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	+110,4	+79,0	-137,0	-388,4	-292,2



Der im Wirtschaftsplan 2014 prognostizierte Jahresfehlbetrag lag bei 204,6 T€. Dieser wurde nochmals um 87,6 T€ übertroffen, d.h. der Jahresfehlbetrag betrug 292,2 T€.

Der generierte Gesamtumsatz lag um 23,2 T€ unterhalb des prognostizierten Umsatzes. Ferner liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 54,6 T€, die Abschreibungen um 12,9 T€, die Wertberichtigung auf Forderungen um 17,5 T€, die gezahlten Zinsen und Steuern um 2,9 T€ und der Materialaufwand um 19,2 T€ über den Soll-Zahlen für 2014. Aufgrund der Personalfreistellungen – bereinigt durch Abfindungsleistungen – verringerten sich die Personalkosten entgegen dem Ansatz um 50,3 T€.

Bezeichnung	2013	2014	Abweichung 2013-2014	
	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Materialverbrauch	169,5	140,2	-29,3	-17,29%
Personalaufwand				
a) Löhne, Gehälter, Rückstellungen ATZ	1655,0	1716,7	61,7	3,73%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen AV	485,6	518,1	32,5	6,69%
Abschreibungen	210,4	207,7	-2,7	-1,28%
Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Raumkosten	171,6	163,8	-7,8	-4,55%
b) Grundstücksaufwendungen	21,1	22,3	1,2	5,69%
c) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	38,0	38,4	0,4	1,05%
d) Reparaturen und Instandhaltungen	22,3	20,0	-2,3	-10,31%
e) Fahrzeugkosten	5,5	3,7	-1,8	-32,73%
f) Werbe- und Reiskosten	13,3	13,5	0,2	1,50%
g) fremdes Ausbildungspersonal	59,2	84,2	25,0	42,23%
h) verschiedene betriebliche Kosten	201,4	166,6	-34,8	-17,28%
Sonstige Aufwendungen / Zinsen / Forderungsverluste / Verluste aus Abgang des AV	8,6	33,4	24,8	288,37%
Aufwendungen	3061,5	3128,6	67,1	2,19%
sonstige Steuern	1,2	0,8	-0,4	-33,33%
Gesamtaufwendungen	3062,7	3129,4	66,7	2,18%

Die Auslastung war insgesamt als „gut“ zu bezeichnen. Insbesondere in der Berufsorientierung (BO) und den Berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB). Potential liegt sicherlich noch in den überbetrieblichen Ausbildungen Industrie (ÜLU Industrie) und den Umschulungen. Hier sind verstärkte Werbemaßnahmen auf dem Markt geplant.

Auch im Jahr 2015 ist bis Ende des ersten Quartals eine gute Auslastung in allen Bereichen zu verzeichnen. Im Monat April wurden die Optionen für die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) und im Bereich Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) von den Trägern gezogen, so dass hier positive Signale für die Zukunft zu erkennen sind.

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

Kapitalstruktur

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 825.225,10 €. Dieses entfällt zu je gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall des Ausscheidens.

Der Vorjahresverlust in Höhe von 388,4 T€ und der Verlustvortrag aus 2012 in Höhe von 44,7 T€ wurde bereits mit der Kapitalrücklage verrechnet, die zum Stichtag vor Verlustausgleich mit 1.446,8 T€ ausgewiesen ist.

Unter Berücksichtigung des für 2014 ausgewiesenen Jahresfehlbetrags ergibt sich ein Eigenkapital in Höhe von 1.979,8 T€, was einer Eigenkapitalquote von 70,2% entspricht (2012 – 2.705,1 T€ = 83,36% / 2013 – 2.272,0 = 74,19%). In den letzten 3 Jahren hat sich das Eigenkapital des BZE um ca. 730 T€ verringert.

Erwirtschaftet das Berufsbildungszentrum in den nächsten Jahren vergleichbare Verluste wie in den Jahren 2012/2013 - und werden diese nicht von den Mitgliedern ausgeglichen – ist das Eigenkapital in 4 – 5 Jahren aufgezehrt.

Das Fremdkapital ist insgesamt als kurz- bis mittelfristig anzusehen und aus den laufenden Erträgen zu tilgen. Unterstellt man nur die Abschreibungen als nicht zahlungswirksam abgeflossenen Aufwand, so ergibt sich bei deren Hinzurechnung zum Jahresfehlbetrag im Berichts- und Vorjahr kein positiver Cash-Flow, der zur Tilgung der Verbindlichkeiten und für Reinvestitionen eingesetzt werden kann. Notwendigerweise wurden daher in den letzten Jahren durch die Ausweitung der Bankkreditlinien in 2013 und 2014 Verluste des Geschäftsbetriebs finanziert. Die Rückzahlung der Bankverbindlichkeiten und eine gleichzeitige Schaffung von Reinvestitionsrücklagen setzen künftig deutlich bessere Jahresergebnisse voraus, um eine Fehlbetragsumlage durch die Mitglieder zu vermeiden.

Wesentliche Verbindlichkeiten sind die Altersteilzeitrückstellung mit 147,2 T€ und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 505,5 T€. Insgesamt beläuft sich das Fremdkapital auf 834,0 T€ (VJ: 778,1 T€)

Der Finanzbedarf soll durch Entgelte, die für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen erhoben werden, unter Berücksichtigung des Kostenverursachungsprinzips gedeckt werden. Soweit die erzielten Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs und eventueller Fehlbeträge nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel und auf die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen jeweils ein Sechstel entfallen.

Zum Abschlussstichtag weist die Bilanz des BZE eine Bilanzsumme in Höhe von 2.818,5 T€ (2013 – 3.062,5 T€) aus.

Investitionen

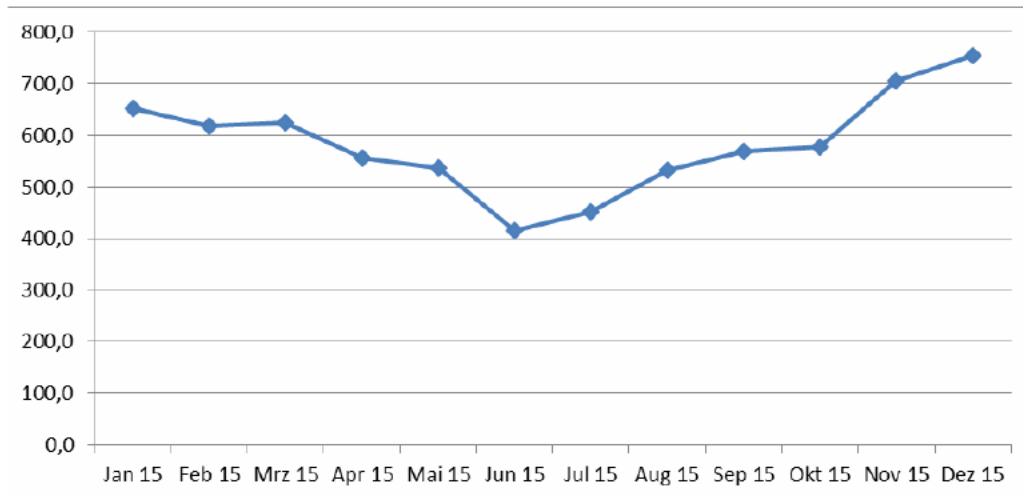
In 2014 wurden insgesamt 66,4 T€ investiert. Investitionen in die Gebäude wurden in Höhe von 2 T€ aktiviert. In die EDV wurde 29,5 T€ investiert. Für die Büro- und Werkstattausrüstung wurden insgesamt 34,9 T€ aktiviert.

Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe 207,7 T€ (Vorjahr 210,4 T€) gegenüber.

Für die kommenden Jahre sind wieder vermehrte Investitionen geplant, damit der Investitionsstau der vergangenen Jahre abgebaut wird und damit die Ausbildung auch weiterhin an modernen Maschinen und Geräten stattfinden kann. Denn nur so ist das Berufsbildungszentrum Euskirchen auch weiterhin für die Unternehmen in der Region als Ausbildungspartner interessant.

Liquidität

Die Liquidität des BZE ist zurzeit nicht zufriedenstellend, denn die Kreditlinie des Kontokorrentkredites musste um 200 T€ auf 700 T€ erhöht werden. Zum Bilanzstichtag war der Kontokorrentkredit zu ca. 70% ausgereizt. Laut unserer Liquiditätsplanung aus dem Wirtschaftsplan 2015 ergeben sich folgende Daten:



Liquiditätsplanung 2015

	2015	Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	Nov 15	Dez 15
Anfangsbestand Kasse/Kontokorrent	-515,0	-515,0	-651,7	-619,2	-624,1	-556,1	-537,3	-415,6	-450,8	-532,3	-568,3	-578,5	-705,9
betriebliche Einzahlungen													
aus Umsatz Dez 14 bis Nov 15	2535,5	150,0	251,3	215,3	288,1	244,5	214,8	198,0	140,6	182,6	207,9	211,4	230,5
aus sonstigen Erträgen	233,8	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5
Saldo betriebliche Einzahlungen	2769,3	169,5	270,8	234,8	307,6	264,0	234,3	217,5	160,1	202,1	227,4	230,9	250,0
betriebliche Auszahlungen													
für Materialaufwand	158,0	20,0	12,0	12,0	12,0	12,0	20,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	20,0
für Personalaufwand	2142,5	163,0	163,0	164,5	164,5	164,5	164,5	164,5	164,5	164,5	164,5	164,5	215,5
für sonstige betriebl. Aufwendungen	500,9	41,7	41,7	41,7	41,7	41,7	41,7	41,7	41,7	41,7	41,7	41,7	41,7
für Verbindlichkeiten aus 2014	75,0	75,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
für Steuern	0,9	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,2	0,4	0,0	0,1	0,0
Saldo betriebliche Zahlungen	2877,3	299,7	216,8	218,2	218,2	218,3	226,2	216,2	216,4	216,6	216,2	336,8	277,2
Einzahlungen aus Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Einzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Auszahlungen	-5,4	0,0	0,0	0,0	0,0	5,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo neutrale Zahlungen	-5,4	0,0	0,0	0,0	0,0	-5,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen des AV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das AV	258,7	5,0	20,0	20,0	20,0	20,0	35,0	35,0	23,7	20,0	20,0	20,0	20,0
Saldo Zahlungen Investitionsbereich	-258,7	-5,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-35,0	-35,0	-23,7	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0
Darlehensaufnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kapitaldienst	17,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Saldo Zahlungen Finanzierungsbereich	-17,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5
Einlagen (Verbandsumlage für Ergebnis 2014)	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Einlagen/Entnahmen	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Endbestand Kasse/Kontokorrent	-754,6	-651,7	-619,2	-624,1	-556,1	-537,3	-415,6	-450,8	-532,3	-568,3	-578,5	-705,9	-754,6

Die ersten 3 Monate in 2015 zeigen eine deutlich verbesserte Liquidität des Berufsbildungszentrums. Zum 31. März liegt der Kassenbestand/Kontokorrentkredit bei 388,7 T€. Diese Verbesserung ist bedingt durch höhere Erträge aus den Maßnahmen und noch nicht getätigte, geplante Investitionen.

e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den langfristig gebundenen Werten in Höhe von 2.371,5 T€ (= 84,1 % der Bilanzsumme). Die ursprünglichen Anschaffungskosten von Grundstücken und Gebäuden (umfassend saniert in 1999 und 2012) mit einem Buchwert in Höhe von 1.734,4 T€ belaufen sich auf 4.808,8 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der technischen Anlagen und Maschinen, die mit einem Buchwert von 382,4 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 1.891,7 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung, die mit einem Buchwert von 243,8 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 2.112,1T€.

Im kurzfristigen Bereich sind als wesentliche Posten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 288,8 T€ (Vorjahr 330,7 T€) zu nennen, z.B. gegenüber der Handwerkskammer Aachen für die Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk. In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen an die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Altersteilzeitvereinbarungen in Höhe von 51 T€ (Vorjahr 98,3 T€) enthalten.

f) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund der Gesellschaftsform und des gemeinnützigen Zwecks der Gesellschaft spielen die finanziellen Leistungsindikatoren eine sekundäre Rolle. Die Eigenkapitalrentabilität stellt sich wie folgt dar:

	2012	2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	-5,1 %	-16,0 %	-14,7 %

nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das BZE ermittelt die Zufriedenheit seiner Kunden (Lehrgangsteilnehmer) in den unterschiedlichen Bildungsmaßnahmen jeweils nach Kursende anhand eines Fragebogens. Die gesammelten Daten werden anhand der QM-Richtlinien ausgewertet und zur Sicherung und Verbesserung der Qualität verwendet.

Es zeigt sich, dass die Zufriedenheit der Lehrgangsteilnehmer jährlich steigt. Nachstehende Auswertungen belegen dies.

Jahr	Kunden	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht
2008	639	32,34%	52,68%	13,68%	1,10%	0,25%
2009	982	34,10%	50,50%	14,35%	1,12%	0,40%
2010	960	36,99%	48,78%	12,58%	1,48%	0,16%
2011	1343	44,06%	45,63%	8,91%	1,23%	0,17%
2012	1285	48,16%	43,80%	7,04%	0,75%	0,25%
2013	1703	53,09%	39,17%	6,97%	0,55%	0,28%
2014	1285	57,65%	37,28%	4,57%	0,45%	0,06%

Anzahl der Lehrgänge	Teilnehmer	Gewerk	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht	
2	15	AU	75	30				
28	79	BaE	280	210	17	10		
4	39	BvB	127	120	22		1	
14	122	Elektro Handwerk	602	242	7	1		
12	102	Elektro Industrie	456	232	17	2		
4	33	Elektro PVB	169	68	1			
1	11	Firmenschulung	49	27				
1	6	Handfest	29	13				
9	68	Maler	70	284	103	12	2	
12	148	Metall Handwerk	567	420	42	4		
21	185	Metall Industrie	628	550	104	4		
3	44	Metall PVB	191	98	19			
4	6	Umschulung Metall	18	11	6			
2	21	Umschulung MA	123	14	3	5	2	
17	187	KFZ	770	494	33			
11	111	SHK	507	248	16			
10	57	Schweißen	297	98	4			
6	51	Tischler	179	163	13	2		
Summe	1285		5137	3322	407	40	5	8911
Ergebnis			57,65%	37,28%	4,57%	0,45%	0,06%	

Innerhalb des Betrachtungszeitraums sind insgesamt 1285 Kunden befragt worden. Hierbei handelt es sich um Teilnehmer an verschiedenen Bildungsmaßnahmen in unterschiedlichen Gewerken. Die Akzeptanz der Schulungsbewertung bzw. der Teilnehmerbefragung ist gegeben und ist ein gutes Maß zur Bewertung der Qualität unserer Dienstleistungen.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Prognose, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Die Gesamtentwicklung des BZE im Jahr 2014 entsprach nicht den Annahmen und Erwartungen im entsprechenden Wirtschaftsplan. Der prognostizierte Jahresfehlbetrag in Höhe von 204,6 T€ erhöhte sich um 87,6 T€ auf 292,2 T€.

Das Jahr 2014 ist als Jahr der strukturellen Veränderungen des Zweckverbandes zu bezeichnen. Die Verbandsversammlung beschloss eine elementare Satzungsänderung. Ziel war es, die Struktur des Zweckverbandes dahingehend zu verändern, dass die Position des ehrenamtlichen Verbandsvorstehers und der leitenden Dienstkraft abgeschafft wird, um hierfür einen hauptamtlichen Verbandsvorsteher einzusetzen. Die Satzungsänderungen wurden beschlossen und sind am 12. August 2014 in Kraft getreten.

Hierdurch bedingt hat Herr Heinz Gehlen als ehrenamtlicher Verbandsvorsteher zum 30. Juni 2014 sein Amt niedergelegt. Bis zur Einstellung des neuen hauptamtlichen Verbandsvorstehers wurden die Geschäfte vom stellvertretenden Verbandsvorsteher, Herrn Georg Stoffels, weitergeführt.

Die Geschäftsführung oblag bis zum 30. Juni 2014 Frau Maria Breuer und vom 1. Juli 2014 bis zum 31. Oktober 2014 dem Interimsleiter Herrn Marcus Schmelzer.

Seit dem 1. November 2014 leitet Herr Jochen Kupp als hauptamtlicher Verbandsvorsteher die Geschäfte des Zweckverbandes.

Insgesamt ist festzustellen, dass in der Vergangenheit zu viel Personal eingestellt worden ist. Teilweise wurde Personal für in der Ausschreibung befindliche Maßnahmen eingestellt, wofür das Berufsbildungszentrum den Zuschlag später nicht erhalten hat. Daher wurden im Laufe des Jahres 2014 fünf Mitarbeiter freigestellt. Zudem wurde ein Auszubildender nach der Ausbildung nicht in ein Angestelltenverhältnis übernommen.

Fehlende Arbeitsleistung (insbesondere im Bereich Berufsorientierung) konnte durch Honorarkräfte aufgefangen werden, so dass kein personeller Engpass entstanden ist. Von Dezember 2014 bis August 2015 gehen vier weitere Mitarbeiter in den Ruhestand. Teilweise wurden diese Mitarbeiter durch neue Kräfte ersetzt, teilweise wurde entsprechend umorganisiert.

Hierdurch erwarten wir ein deutliches Kosteneinsparpotential – trotz Tariferhöhungen – in Höhe von ca. 93 T€ in 2015. In diesen Kosten sind bereits die Mehrkosten für die Wiedereingliederung der Buchhaltung und den damit verbundenen Personalkosten enthalten.

Im Bereich der Umsatzerlöse haben wir im Wirtschaftsplan 2015 verhalten optimistische Einschätzungen getroffen. Daraus ergeben sich im Vergleich zum Jahr 2014 folgende Umsatzerwartungen:

Bezeichnung	Ist 2014	2015	Abweichung 2014-2015	
	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	704,6	589,1	-115,5	-16,39%
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	550,0	559,5	9,5	1,73%
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	377,0	320,5	-56,5	-14,99%
Fortbildungsmaßnahmen	137,1	106,7	-30,4	-22,17%
Umschulung	87,0	198,1	111,1	127,70%
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	793,2	761,6	-43,7	-5,51%
a) BO - Berufsorientierung	435,9	394,5	-41,4	-9,50%
b) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	316,5	301,8	-14,7	-4,64%
c) Jugend in Arbeit	21,0	29,7	8,7	41,43%
d) HandFest!	0,0	0,0	0,0	0,00%
e) Arbeitsgelegenheiten (AGH)	0,0	0,0	0,0	0,00%
f) SBG II	19,8	0,0	-19,8	-100,00%
g) Werkstatt	0,0	0,0	0,0	0,00%
h) externe Umschüler	0,0	26,6	26,6	0,00%
i) Praxiskurse	0,0	9,0	9,0	0,00%
Sonstiges	12,1	0,0	-12,1	-100,00%
Umsatzerlöse	2661,0	2535,5	-125,5	-4,72%

Zu den einzelnen Maßnahmen gelten die nachstehenden Erläuterungen aus dem Wirtschaftsplan 2015.

Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen

Die Erträge der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen sind seit mehreren Jahren rückläufig. Dieses Ausbildungsprogramm wird von der Agentur für Arbeit ausgeschrieben und das Jobcenter hat sich in den vergangenen Jahren zusätzlich mit 3 Teilnehmerplätzen eingekauft. 2011 bis 2013 konnte diese Maßnahme mit insgesamt 15 Teilnehmern umgesetzt werden. 2014 hat das Jobcenter diese 3 Plätze nicht mehr eingebucht, sodass die neue Maßnahme lediglich mit 12 Teilnehmern starten konnte.

Überbetriebliche Ausbildung - Industrie

Der demographische Wandel trifft das BZE wie viele andere Unternehmungen auch. Die Ausbildungszahlen sind aufgrund sinkender Schülerzahlen rückläufig. Ferner liegt das Hauptaugenmerk des BZE in den gewerblich-technischen Berufsfeldern. Diese Berufe sind bei den Jugendlichen nicht mehr so gefragt und es bleiben daher zahlreiche Ausbildungsstellen unbesetzt.

Den rückläufigen Lehrgangstrend konnten wir durch eine Preisanpassung kompensieren. Die vorherige Preisbasis stammt aus dem Jahre 2008.

Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk

Auch im Handwerksbereich treten die gleichen Probleme wie im Bereich Industrie auf. Allerdings haben wir hier nicht die Möglichkeit in die Preispolitik aktiv einzugreifen. Wir planen hier einen Rückgang von ca. 12,5 % im Vergleich zum Vorjahr.

Umschulung

Im Herbst 2014 ist eine neue Umschulungsmaßnahme gestartet. Nach intensiver Werbung konnten wir folgende Anmeldezahlen erreichen:

- 11 Maschinen- und Anlagenführer*
- 1 Industriemechaniker*

Im Frühjahr 2015 starten neue Umschulungskurse. Wir befinden uns derzeit in der Anmeldephase, konnten aber die ersten fixen Anmeldungen bereits verbuchen. Die prognostizierten Zahlen sind verhalten optimistisch angesetzt, so dass wir hier noch ggf. Mehrlöse erzielen können.

In diesem Falle wirkt die derzeit gute Arbeitsmarktsituation negativ für uns, da sowohl Jobcenter als auch Agentur für Arbeit relativ wenig Teilnehmer entsendet.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen werden immer wichtiger für das BZE. Der Umsatzanteil der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen beträgt mittlerweile 30%. Unter der Bezeichnung fassen wir im weitesten Sinne unten stehende Maßnahmen und Projekte zusammen:

a) BO – Berufsorientierung

Die Berufsorientierung richtet sich in der Regel an Schüler der 8. und 9. Klassen. Resultierend aus der Wahrnehmung der Ausbildungsbetriebe, dass junge Auszubildende oft mit falschen Vorstellungen in eine Berufsausbildung starten und es somit zur Demotivation, schlechten Leistungen, Überforderung und Ausbildungsabbruch kommt, wurde eine Vorbereitung entwickelt, die im Programm der Berufsorientierung mündet.

Hier wird eine Potentialanalyse vorgeschaltet bei der Stärken und Schwächen der Jugendlichen losgelöst vom Schulalltag beleuchtet werden. Zusätzlich werden sog. Werkstatttage angesetzt, um den zukünftigen Auszubildenden Berufsfelder näher zu bringen.

Diese Programme tragen verschiedene Namen, sind jedoch inhaltlich sehr ähnlich: BOP (Berufsorientierungsprogramm, Startklar, KAOA (kein Abschluss ohne Anschluss)). Hier sind wir natürlich vor allem abhängig von den Schülerzahlen, denn auch hier ist der demographische Wandel sehr gut zu spüren. Neuerdings werden Teile des Programms ausgeschrieben. Wir werden uns an den Ausschreibungen beteiligen und versuchen ständig, das Programm zu verbessern und effizienter zu gestalten.

b) BvB – Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die BvB richten sich an junge Menschen bis 25 Jahre, die aufgrund multipler sozialer Hemmnisse nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen. Sie werden hier unterstützt, gefördert, sozialpädagogisch begleitet und mittels geschulter Ausbilder und Anleiter auf den Ausbildungsstart vorbereitet.

Die BvB laufen aktuell im zweiten Jahr im BZE und wir können bereits auf sehr gute Vermittlungserfolge blicken. Die Zielgruppe wird auch in den nächsten Jahren ähnlich stark besetzt erwartet, da es bei den ständig steigenden Anforderungen in der Berufsausbildung immer wieder junge Menschen mit Unterstützungsbedarf geben wird.

c) Jugend in Arbeit

Jugend in Arbeit richtet sich an junge Menschen, die durchweg eine Ausbildungsreife besitzen, diese jedoch aufgrund verschiedener Umstände nicht unter Beweis stellen konnten. Manchmal ist es lediglich durch die mangelhaften Bewerbungsunterlagen zu erklären. Jedoch lässt oft die Motivation der Teilnehmer sehr stark zu wünschen übrig. Sie erscheinen dann nicht einmal zu einem Beratungstermin.

Die Zuweisung sollte von der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter erfolgen. De facto weist in Euskirchen seit Jahren lediglich das Jobcenter zu. Ein Nachteil ist, dass wir hier erst eine Vergütung bekommen, wenn bestimmte Beratungsschritte abgeschlossen wurden. Erscheint der Teilnehmer z. B. nicht mehr nach dem dritten Gespräch, wurde von uns viel Zeit investiert ohne einen Ertrag zu erhalten.

Das Geschäft lief im letzten Jahr im BZE stark defizitär, da die Betreuung durch Mitarbeiter mit einem hohen Lohnniveau erfolgte. Wir haben jetzt eine neue Mitarbeiterin eingestellt und hoffen auch in diesem Bereich rentabel zu arbeiten.

d - g) Programme finden nach derzeitigen Planungen nicht mehr statt.

h) externe Umschüler

Hier haben wir einen Umschüler einer Berufsgenossenschaft aufgenommen. Dies ist losgelöst von unseren bisherigen Umschulungen. Zukünftig werden wir versuchen, verstärkt mit den BGs zu kooperieren.

i) Praxiskurse

Die Praxiskurse sind als Teil des Berufsorientierungsprogramms zu sehen. Wir wollen hier neue Kurse schaffen und dadurch neue Umsätze generieren.

Trotz beträchtlicher prognostizierter Umsatzverluste rechnen wir mit einem deutlich besseren Jahresergebnis in Höhe von -197 T€. Folgende Komponenten sind dafür maßgeblich:

- Minderung Umsatzerlöse um 125 T€
- Aktivierung von Eigenleistungen 65 T€
- Aufbau eines Sponsoring Pools 15 T€
- Auflösung von Rückstellungen 38 T€
- geringere Personalkosten 93 T€
- geringere Wertberichtigungen auf Forderungen 17 T€
- geringere sonstige betriebliche Aufwendungen 6 T€ (incl. Minderkosten für die externen Buchhaltungskosten)
- höhere Zinsaufwendungen 14 T€

Die Jahre 2015 und 2016 betrachten wir als Übergangsjahre. Ab dem Jahr 2017 erwarten wir durch steigende Erträge und gesunkene Aufwendungen wieder Unternehmensgewinne.

Erfreulich sind die ersten positiven Signale im ersten Quartal 2015. Von Seiten der Träger wurden die Optionen für die Berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB) und die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) gezogen, so dass eine Grundaustattung für das Berufsbildungszentrum auch in den nächsten Jahren gegeben ist. Ferner wurden 670 Plätze für das Programm KaoA-Bop für das 2te Halbjahr 2015 an uns vergeben (monetär ca. 50 T€ über dem Ansatz im Wirtschaftsplan).

Folgende Jahresabschlüsse werden für die nächsten Jahre prognostiziert:

Bezeichnung	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2015	2016	2017	2018	2019
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	2535,5	2611,6	2716,0	2824,7	2937,7
2. andere aktivierte Eigenleistungen	65,0	65,0	70,0	75,0	80,0
3. Sonst. Betr. Erträge gesamt	233,8	240,8	250,4	260,5	270,9
Erfolgsplan Gesamterträge	2834,3	2917,4	3036,5	3160,1	3288,5
4. Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	158,0	161,2	165,2	170,1	175,2
5a. Löhne und Gehälter	1657,2	1624,1	1591,6	1607,5	1655,7
5b. Sozialabgaben und Aufwendungen Altersversorgung	485,3	475,6	466,1	470,7	484,9
5. Personalaufwand	2142,5	2099,7	2057,7	2078,2	2140,6
6. Abschreibungen	206,5	210,6	215,9	222,4	229,0
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	500,9	510,9	523,7	539,4	555,6
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22,5	24,8	27,2	29,9	32,9
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-196,1	-89,7	46,8	120,0	155,1
11. sonstige Steuern	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0
12. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-197,0	-90,6	45,9	119,1	154,1

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung, sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zu sehen, welcher aufgrund der demografischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE versucht diesen Entwicklungen durch neue Programme und Seminare entgegenzutreten. Ferner werden die Kontakte mit den Unternehmen und Teilnehmern intensiviert. So wollen wir die Unternehmen an das BZE binden.

Die Ausschreibungsseiten der Bundesagentur für Arbeit werden regelmäßig dahingehend untersucht, welche Maßnahmen im Wettbewerb neu vergeben werden sollen. Bei der Erstellung entsprechender Angebote wird in erster Linie darauf geachtet, dass die ausgeschriebenen Platzzahlen verwirklicht werden können und die vorhandene Infrastruktur der Geforderten entspricht. Werden weniger Plätze ausgeschrieben, müssen alternative Angebote am Markt platziert werden, um vorhandene Ressourcen und Kapazitäten zu erhalten. Hierzu sind dann verstärkte Akquisitionen mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder potentiellen Kunden notwendig.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient die tägliche Kontrolle der Liquidität. Auch die Analyse der durchgeführten Maßnahmen erfolgt zeitnah. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden vierteljährlich über Soll-Ist-Vergleiche (anhand Vergleichsrechnungen mit dem Wirtschaftsplan) informiert.

Die Kapitalstruktur ist sicherlich als Risiko für unser Berufsbildungszentrum anzusehen. Die hohen Verluste der vergangenen Jahre wurden nicht von den Mitgliedern ausgeglichen, sondern durch die Gewinnrücklagen verrechnet. Dadurch hat sich die Liquidität enorm verschlechtert. Es besteht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 700 T€ der zum Ende des Wirtschaftsjahres zu ca. 70% ausgelastet war. Durch den relativ geringen Zinssatz für den Kontokorrentkredit (1,75%) ist der Kapitaldienst für den Kredit relativ gering. Falls sich die Zinssituation wieder ändert könnte dies weitreichende Folgen für das Berufsbildungszentrum haben. Ferner ist ein Kapitalbedarf für Reinvestitionen notwendig, damit wir das Berufsbildungszentrum auf einem technischen guten Stand halten können.

Durch eingehende Erträge werden wir die Verbindlichkeiten nur sehr langsam abbauen können, daher wäre es von Vorteil wenn die Mitglieder zumindest einen Teilausgleich der Jahresfehlbeträge vornehmen würden.

Chancenbericht

Das BZE ist eng mit der Region verknüpft und genießt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Kreises Euskirchen hinaus. Engagierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir sind mit allen Akteuren des Bildungsgeschäftes und der Wirtschaft eng und aktiv verknüpft.

Der zentrale Standort des BZE mit der sehr guten eigenen Infrastruktur ist ein wichtiger Garant für den langfristigen Erhalt – und auch die kostendeckende Arbeit - des Berufsbildungszentrums.

Euskirchen, den 20. Mai 2015

Jochen Kupp
- Vorstandsvorsteher -

2. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: <http://www.kdvz-frechen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Unterstützung bei der Problembekämpfung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
5. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
6. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
7. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind die Kreise Düren, Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 34 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Der Zweckverband erwartet lt. Satzung, dass die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen beitreten.

Zum 31.12.2012 wurde die Mitgliedschaft im Zweckverband durch den Kreis Düren, die Städte Düren und Euskirchen sowie durch die Gemeinde Blankenheim gekündigt. Zur Frage der Rechtswirksamkeit der Kündigungen ist ein Rechtsstreit anhängig. Gemäß Urteil des VG Köln vom 03.04.2014 sind die v.g. Verbandsmitglieder zum 01.01.2013 wirksam aus dem Zweckverband ausgeschieden. Hiergegen hat die kdVz Berufung vor dem OVG Münster eingelegt. Eine Entscheidung liegt zum aktuellen Zeitpunkt (31.08.2015) noch nicht vor.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GkG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GkG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)
- b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten des Rhein-Erft-Kreises und der Kreise Düren und Euskirchen)
- c) Verbandsvorsteher

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglied

bis 24.06.2014

Josef Carl Rhiem (CDU)

Stellvertreter

Franz Cremer (SPD)

ab 25.06.2014

Karsten Stickeler (CDU)

Emmanuel Kunz (SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen wird im Verwaltungsrat durch Herrn Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I, (stellvertretender Verbandsvorsteher) vertreten.

c) Verbandsvorsteher

Heinrich Stommel (Bürgermeister Stadt Jülich)

Stellvertreter:

Dr. Patrick Lehmann (Allgemeiner Vertreter und Kämmerer, Stadt Frechen)

Johannes Adams (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen

F) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss 2013 des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur ist ab Seite 361 dargestellt.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2014 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

BILANZ
Kommunale Datenverarbeitungszentrale
Rhein-Erft-Rur

Frechen

zum

31. Dezember 2013

AKTIVA	EUR	Vorjahreszahlen EUR	EUR	Vorjahreszahlen EUR	PASSIVA
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.130.583,93	1.822.260,03			
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.772.627,04	2.877.514,04			
2. technische Anlagen und Maschinen	408.234,63	485.603,06			
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	314.315,56	166.459,19			
	<u>3.495.177,23</u>	<u>3.529.576,29</u>			
III. Finanzanlagen					
Wertpapiere des Anlagevermögens	8.364.581,22	8.364.581,22			
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	67.308,62	17.446,01			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.863.654,00	4.799.500,00			
3. sonstige Vermögensgegenstände	2.993,30	5.951,01			
	<u>4.933.955,92</u>	<u>4.822.897,02</u>			
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.006.849,40	24.916,40			
	188.615,28	182.203,96			
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
	20.119.762,98	18.746.434,92			
	<u>20.119.762,98</u>	<u>18.746.434,92</u>			
A. Eigenkapital					
Jahresüberschuss			0,00	0,00	
B. Rückstellungen					
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	14.408.900,00	13.636.520,00			
2. sonstige Rückstellungen	2.943.784,03	2.061.209,87			
	<u>17.352.684,03</u>	<u>15.697.729,87</u>			
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.837.820,38	2.076.287,21			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	292.566,98	386.851,69			
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	528.943,13	485.697,55			
4. sonstige Verbindlichkeiten	107.748,46	99.868,60			
	<u>2.767.078,95</u>	<u>3.048.705,05</u>			

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom **01.01.2013 bis 31.12.2013**

**Kommunale Datenverarbeitungszentrale
Rhein-Erft-Rur**

Frechen

	EUR	Vorjahr 2012 EUR
1. Umsatzerlöse	13.528.488,98	14.197.611,92
2. sonstige betriebliche Erträge	400.850,29	169.153,79
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	324.443,34	228.465,48
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	849.947,24	982.617,57
	<u>1.174.390,58</u>	<u>1.211.083,05</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.404.081,46	4.188.966,06
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.343.290,98	2.037.120,92
	<u>6.747.372,44</u>	<u>6.226.086,98</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	834.336,75	1.645.227,12
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.091.437,89	5.190.254,10
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	68,58
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	80.781,61	92.649,04
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.020,00	1.534,00
10. sonstige Steuern	<u>1.020,00</u>	<u>1.534,00</u>
11. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Kommunale Datenverarbeitungszentrale
Rhein-Erft-Rur



**LAGEBERICHT
2013**

KDVZ-PORTRAIT

Gründung

20.04.1966

BGB-Gesellschaft „Kommunale elektronische
Datenverarbeitungsanlage im Landkreis Köln“

01.07.1978

Zweckverband „Kommunale
Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur“

Sitz

50226 Frechen
Bonnstraße 16-18

Rechtsform

Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale
Gemeinschaftsarbeit (GkG)

Organe

Verbandsversammlung
Josef Carl Rhiem (Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Verbandsvorsteher: Heinrich Stommel
Bürgermeister Stadt Jülich

1. stv. Verbandsvorsteher: Dr. Patrick Lehmann
1. Beigeordneter der Stadt Frechen

2. stv. Verbandsvorsteher: Johannes Adams
Geschäftsbereichsleiter I Kreis Euskirchen

Geschäftsführer:
Karl Heinz Wergen

Aufgaben

Die kdvz Rhein-Erft-Rur ist als kommunaler Zweckverband IT-Dienstleister für 37 Kommunalverwaltungen in den Kreisen Düren, Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis. Die Bereitstellung von Fachanwendungen sowie eines hochperformanten und ausfallsicheren Netzes gehören ebenso zu ihrem Kerngeschäft wie der Betrieb eines professionellen Rechenzentrums. Die Evaluation neuer Technologien, Consultingleistungen und ein umfassender IT-Support bilden zusätzliche Tätigkeitsschwerpunkte. Der Zweckverband bedient neben den Verbandsmitgliedern auch weitere Kunden mit Leistungen aus seinem Produktportfolio.

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2013 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichung T €
	2013 T €	2012 T €	
Umsatzerlöse	13.528,5	14.197,6	-669,1
darin Kostenweiterbelastungen	-268,4	-145,7	-122,7
bereinigte Umsatzerlöse	13.260,1	14.051,9	-791,8
Neutrale Erträge	400,9	169,2	231,7
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-6.747,4	-6.226,1	-521,3
Abschreibungen	-834,3	-1.645,2	810,9
Übrige Aufwendungen	-6.265,8	-6.401,3	135,5
davon Kostenweiterbelastungen	268,4	145,7	122,7
bereinigte übrige Aufwendungen	-5.997,4	-6.255,6	258,2
Finanzergebnis	-80,8	-92,6	11,8
Ergebnis vor Steuern	1,0	1,5	-0,5
Steuern	-1,0	-1,5	0,5
	0,0	0,0	0,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2013 Investitionen in Höhe von 1.109 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wiederfinden:

DV-Software	849,5 T€
Betriebsgebäude	0,0 T€
Maschinen und technische Anlagen	18,2 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	241,3 T€
	1.109,0 T€

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2013 unter dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	1,0 T€
ordentliche Abschreibungen	834,3 T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	772,4 T€
Cash Flow	1.607,7 T€

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdvz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2013 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.328,7 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit

Jahresergebnis	0,0 T€
Abschreibungen	834,3 T€
Zunahme der Rückstellungen	1.655,0 T€
Erträge aus Anlageverkäufen	0,0 T€
Abnahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	-117,5 T€
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	-43,2 T€
<hr/>	
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	<u><u>2.328,7 T€</u></u>

Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Abgängen	0,0 T€
Investitionen	-1.109,0 T€
Zugang Wertpapiere des Anlagevermögens (Pensionsfonds)	0,0 T€
<hr/>	
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	<u><u>-1.109,0 T€</u></u>

Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit

Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehenstilgungen	-238,5 T€
<hr/>	
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u><u>-238,5 T€</u></u>

Veränderung des Finanzmittelbestandes

Finanzmittel zum 01.01.2013	24,9 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	2.328,7 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.109,0 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-238,5 T€
<hr/>	
Finanzmittel zum 31.12.2013	<u><u>1.006,1 T€</u></u>

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2013

	Ergebnis	Plan	Abweichung
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	13.540.651,50 €	13.151.314,00 €	389.337,50 €
2. Gesamtleistung	13.540.651,50 €	13.151.314,00 €	389.337,50 €
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	- €	- €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	400.850,29 €	- €	400.850,29 €
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	324.443,34 €	68.990,00 €	255.453,34 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	849.947,24 €	895.457,00 €	- 45.509,76 €
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.404.081,46 €	4.163.216,00 €	240.865,46 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.343.290,98 €	2.094.100,00 €	249.190,98 €
	6.747.372,44 €	6.257.316,00 €	490.056,44 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	834.336,75 €	1.133.640,00 €	- 299.303,25 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	285.800,61 €	273.103,00 €	12.697,61 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	67.542,61 €	83.302,00 €	- 15.759,39 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	86.981,49 €	163.685,00 €	- 76.703,51 €
ad) Fahrzeugkosten	17.827,82 €	20.929,00 €	- 3.101,18 €
ae) Werbe- und Reisekosten	35.948,26 €	38.390,00 €	- 2.441,74 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	1.907.464,34 €	2.483.560,00 €	- 576.095,66 €
afb) Datenübermittlung	637.817,50 €	677.540,00 €	- 39.722,50 €
afc) Consulting und Beratung	299.057,92 €	456.903,00 €	- 157.845,08 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	513.793,28 €	313.681,00 €	200.112,28 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	220.300,22 €	207.513,00 €	12.787,22 €
ah) Rückstellungen aus lfd. Verfahren	1.018.199,79 €	- €	1.018.199,79 €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	704,05 €	- €	704,05 €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- €	- €	- €
	5.091.437,89 €	4.718.606,00 €	372.831,89 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	- €	2.500,00 €	- 2.500,00 €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	80.781,61 €	79.805,00 €	976,61 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.182,52 €	- €	13.182,52 €
12. sonstige Steuern	- 1.020,00 €		- 1.020,00 €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	12.162,52 €	- €	12.162,52 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2013	- 12.162,52 €		
14.3 Jahresüberschuss	- €		

Finanzstruktur

	2013 in T€	2012 in T€	Veränderung
Rückstellungen	17.352,7	15.697,7	1.655,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.837,8	2.076,3	-238,5
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	929,3	972,4	-43,2
	(528,9)	(67,4)	(-0,2)
Summe	20.119,8	18.746,4	1.373,3

Vermögensstruktur

	2013 in T€	2012 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	2.130,6	1.822,3	308,3
Sachanlagen	3.495,2	3.529,6	-34,4
Finanzanlagen	8.364,6	8.364,6	0,0
Anlagevermögen	13.990,3	13.716,4	273,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandsmitglieder)	4.934,0	4.822,9	111,1
	(4.863,7)	(4.381,2)	(379,4)
Flüssige Mittel	1.006,8	24,9	981,9
Abgrenzungsposten	188,6	182,2	6,4
Summe	20.119,8	18.746,4	1.373,3

2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

2.1 IT-Anwendungen

Im Bereich des **Einwohnerwesens** ist für das vergangene Jahr zunächst der Wechsel des Hosting-Dienstleisters herauszuheben. Im Zuge einer KDN-weiten Ausschreibung konnte sich die regio iT GmbH durchsetzen und wird in den nächsten fünf Jahren die technische Produktbereitstellung für die Kunden der kdvz Rhein-Erft-Rur übernehmen. Die eigentliche Umstellung ging aufgrund der intensiven Vorbereitungsarbeiten letztlich ohne Probleme vonstatten. Parallel dazu wurden auch die lizenztechnischen Gegebenheiten angepasst; im Gegensatz zur vorherigen reinen ASP-Lösung liegen die Nutzungsrechte der Softwarelizenzen nunmehr in den Händen der kdvz; der Verband bezieht lediglich die Hosting-Dienstleistungen über die regio iT GmbH. Als weiterer Schritt zur Konsolidierung der EWO-Umgebung wurde die Polizeiauskunft von der bisherigen Lösung eines Drittanbieters auf die in der EWO-Software integrierte Webauskunft umgestellt. Zudem wurde zum Jahreswechsel die Meldeauskunft für Behörden in das NRW-einheitliche sog. „MpB-Portal“, welches ab 01.01.2014 rechtlich verbindlich ist, integriert. Private Anfrager erhalten ab diesem Zeitpunkt ihre Auskünfte über das Portal d-NRW.

Im abgelaufenen Jahr wurden neun **Wahlen und Bürgerentscheide** IT-seitig begleitet – hervorzuheben ist hier sicherlich die Bundestagswahl. Aufgrund der gründlichen Vorbereitungen verlief diese aus Sicht der kdvz reibungslos; selbst die rd. 10,2 Millionen Zugriffe am Wahlabend vermochten den Systemen nichts anzuhaben. Seit Beginn des Jahres 2013 unterstützt die kdvz darüber hinaus die Datenzentrale civitec in Siegburg mit ihren 34 kreisangehörigen Verwaltungen, zwei Kreisen und einer kreisfreien Stadt als Kunden im Bereich Wahlen. Die kdvz übernimmt dabei sowohl das Hosting der notwendigen Infrastruktur als auch die Verfahrensbetreuung der Fachanwendung „VoteManager“ für die Verbandsmitglieder des civitec. Insgesamt betreut die kdvz somit rund 90 Kommunen in diesem Bereich – so auch bei den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen im Mai 2014.

Das Interesse der Kunden an Lösungen rund um das Thema **Dokumentenmanagement** (DMS) war auch im vergangenen Jahr unvermindert hoch. Bei sieben Kommunen hat die kdvz die elektronische Steuerakte inkl. der Anbindung an das Finanzverfahren eingeführt; hierbei wurden sowohl Kunden mit klassischer Client-/Server-Struktur wie auch Kunden mit einem virtualisiertem Umfeld unterstützt. Zwei Kunden haben sich für die Einführung der elektronischen Bauakte entschieden, für eine weitere wurde eine Rettungsbelegakte mit Anbindung an das entsprechende Fachverfahren entwickelt und eingeführt. Eine Verwaltung hat den elektronischen Aktenplan in ihrem Hause implementiert. Für 2014 ist die Umsetzung weiterer Fachakten inkl. Anbindung an die unterschiedlichen Fach-

verfahren geplant. Der nach wie vor hohe Bedarf an DMS-Lösungen dokumentiert die zentrale Bedeutung, die die elektronische Dokumentenführung im Hinblick auf die Modernisierung kommunaler Prozesse besitzt.

Die kdvz betreut zurzeit ca. 14.500 Abrechnungsfälle im Bereich der **Personalabrechnung**. Dabei sind permanent die aktuellen Veränderungen u.a. in den Bereichen der Sozialversicherung, der Lohnsteuer und der Sondertarifverträge aufzunehmen, zusammen mit dem Softwarelieferanten anzupassen und die Kunden in der Handhabung der jeweiligen Anpassung zu unterstützen. Eine besondere Herausforderung im vergangenen Jahr lag in der Umsetzung der Anforderungen aus der SEPA-Richtlinie (Single Euro Payments Area / Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum) und der damit einhergehenden Modifikation der Zahlungsvorgänge. Seit September 2013 werden diese SEPA-konform abgewickelt. Seit Mitte des Jahres stellt die kdvz darüber hinaus den Datentransfer der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale zwischen den Kommunen und den Finanzbehörden sicher.

Im **Finanzwesen** hat sich der positive Trend des Vorjahres hinsichtlich der Unterstützung des Softwareproduktes newsystem[®]kommunal (nsk) der Firma Infoma fortgesetzt; das Dienstleistungsangebot der kdvz Rhein-Erft-Rur sowie dessen Qualität fanden zunehmend höhere Akzeptanz. Umfangreiche Beratungs- bzw. Supportleistungen zu unterschiedlichen Themenstellungen wurden im abgelaufenen Jahr direkt durch die kdvz erbracht, ohne auf die Unterstützung des Softwareherstellers zurückgreifen zu müssen. Einhergehend mit dem stetigen Ausbau des Supportangebotes wurden zunehmend weitere Modulbausteine der nsk-Software eingeführt; zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Module „Liegenschafts- und Gebäudemanagement“, „Kommunale Betriebe“ sowie „Business Intelligence (BI)“. Neben den softwareseitigen Supportdienstleistungen wurden in 2013 auch zunehmend softwareunabhängige Beratungsleistungen – insbesondere bei der Erstellung von Jahresabschlüssen / Bilanzen – in Anspruch genommen. Das Unterstützungsangebot der kdvz Rhein-Erft-Rur hinsichtlich der SEPA-Richtlinie wurde fast flächendeckend genutzt, die dazugehörigen Umstellungsarbeiten stichtagsgenau umgesetzt. Das laufende Jahr steht, neben dem weiteren Ausbau des Dienstleistungsangebotes, ganz im Zeichen der Umstellung von newsystem[®]kommunal auf die Version 7 / Navision 2013. Hier sind für rund 600 Nutzer die technischen und fachlichen Voraussetzungen (Schulungen / Customizing etc.) zu schaffen und mehr als 20 Umstellungsprojekte innerhalb von rund sechs Monaten durchzuführen.

Im Bereich **Content-Management-System (CMS) / Internetpräsentationen** wurden alle beim CMS betreuten Kunden auf ein Hosting in der Sicherheitszelle der kdvz bei gleichzeitiger Software-

aktualisierung abschließend umgestellt. Viele Verwaltungen nutzten dies für einen mehr oder weniger großen Relaunch des Layouts ihrer Website durch Mitarbeiter der kdvz. Für mehrere Kunden wurden neue Module eingerichtet, geschult und in Betrieb genommen. Durch die Umstellungen ist das Hosting der Internetseiten deutlich sicherer und immer auf dem technisch aktuellen Stand. Darüber hinaus bietet die kdvz ein neues Produkt „Homepage für Schulen / Kitas“ im Webbereich an, das auf dem Open-Source CMS „Joomla“ basiert und optional ein Hosting über die Fa. NetCologne beinhaltet.

Die Erfassung von **Ordnungswidrigkeiten** über Smartphones mithilfe der Software „WiNOWiG mobil“ wurde für acht neue Kunden eingerichtet, so dass das Modul mittlerweile von 20 Verwaltungen eingesetzt wird. Für das Gesamtpaket „WiNOWiG“ (inkl. WiNOWiG mobil) konnte ebenso ein Neukunde gewonnen werden wie für das Auskunftsmodul „WiNOWiG Online“.

Im Bereich **kommunaler Sitzungsdienst** konnte die kdvz im vergangenen Jahr Neukunden aus dem Verbandsgebiet der GKD Paderborn hinzugewinnen. Die Einführung des kommunalen Sitzungsdienstes in den Städten Bad Driburg, Paderborn und Willebadessen sowie bei der GKD Paderborn soll im Frühjahr 2014 abgeschlossen werden. Im Verbandsgebiet der kdvz wurde der papierlose Sitzungsdienst bei sechs Kommunen produktiv eingeführt, weitere acht Verwaltungen haben in 2013 mit dem Testbetrieb begonnen und planen den Produktivbetrieb spätestens zum Beginn der neuen Legislaturperiode. Derzeit nutzen insgesamt 22 Verwaltungen den papierlosen Sitzungsdienst in verschiedenen Ausbaustufen.

2.2 Projekte

Die Projekte für 2013 wurden mit den Verbandsmitgliedern abgestimmt und in wesentlichen Inhalten wie folgt realisiert:

Single Euro Payments Area (SEPA)

Die kdvz Rhein-Erft-Rur hat zu Beginn des Jahres 2013, unterstützt durch die Kreissparkasse Köln, ihre Kunden umfassend über die Anforderungen und Auswirkungen der SEPA-Umstellung informiert. Die umfangreichen Umstellungsarbeiten bei einer Vielzahl von Applikationen, insbesondere im Finanzbereich, wurden projektiert und sukzessive umgesetzt, über den jeweiligen Stand der Umstellungsarbeiten fortlaufend in den Verbandsmitgliedern berichtet. Alle durch die kdvz beeinflussbaren Umstellungen sind letztlich termingerecht erfolgt.

Prozessbeschreibungen und Aufbau Bürgerportal

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit hatte die kdvz Rhein-Erft-Rur zu Jahresbeginn 2013 einen externen Dienstleister beauftragt, modellhaft die Bürgerservice-Prozesse

- An- und Ummeldung Wohnsitz

- Bereinigung des Melderegisters
- Erteilung Parkerlaubnis
- Erteilung einer Meldeauskunft
- Beantragung eines Führungszeugnisses

der Städte Bergheim und Frechen zu analysieren, optimieren und zu standardisieren. Die untersuchten Bürgerservicedienste wurden im Rahmen der Sollkonzeption mit elektronischen Bürgerservices unterlegt und können im Sinne einer Blaupause aufgrund der fachlichen und organisatorischen Standardisierung grundsätzlich von allen Mitgliedskommunen genutzt werden. Im Einzelnen dokumentieren die Projektergebnisse, dass E-Bürgerdienste kosteneffizient sind und pro Fall 20% bis zu 100% der Kosten sparen können, darüber hinaus die wirtschaftlichen Risiken und die finanzielle Belastung („E-Service-Kosten“) gering sind. Ferner können auch kleine Kommunen und Kommunen mit angespannter Finanzlage von E-Bürgerdiensten profitieren, weil sie von sehr günstigen Bereitstellungskonditionen der kdvz profitieren und die gemeinsame Nutzung der E-Government-Infrastruktur und möglichst vieler Fachverfahren Implementierungs- und Betriebskosten reduziert.

2.3 IT-Betrieb

In den vergangenen Jahren sind die Anforderungen an die Datensicherung sowohl quantitativ als auch qualitativ gestiegen, das zu sichernde Datenvolumen hat sich in den letzten drei Jahren nahezu verdoppelt. In 2012 wurde ein neues hochmodernes **Datensicherungssystem** beschafft und implementiert; das Customizing und die notwendigen umfangreichen Anpassungen des Datensicherungskonzeptes wurden im vergangenen Jahr abgeschlossen.

Zum Jahreswechsel 2013 / 2014 wurde für das Softwareprodukt „KIRP“ ein **Plattformwechsel** vorgenommen. Die vormalige Großrechner-Applikation, die bei einem kommunalen IT-Dienstleister für die kdvz betrieben wurde, wurde durch ein Serververfahren ersetzt und gleichzeitig in das Rechenzentrum der kdvz zurückverlagert. Aufgrund der Komplexität der Anwendung waren hierfür intensive Vorarbeiten erforderlich. Für Verwaltungen, die ihre Jahresabschlüsse bereits durchgeführt haben, stehen die Datenbestände nunmehr auf einem Auskunftssystem der kdvz zur Verfügung, für Kommunen, die noch Jahresabschlüsse zu tätigen haben, ein entsprechendes Produktivsystem auf Server-Basis.

Die Kapazitäten des **Druckzentrums** wurden durch die Beschaffung zweier neuer Großdrucksysteme nochmals erweitert, ein neues Farbdrucksystem erweitert die Produktpalette um die Möglichkeit Farbdrucke in größeren Mengen zu produzieren.

2.4 Netze

Das **Wide Area Network** (WAN) der kdvz Rhein-Erft-Rur als eine zentrale Infrastrukturkomponente hat sich im vergangenen Jahr

wiederum als ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt. Kurzzeitige Unterbrechungen der Primäranbindungen wurden durch automatische Umschaltungen im Millisekundenbereich auf den Backup-Weg unbemerkt vom Kunden aufgefangen. Die Verfügbarkeit des Verbandsnetzes lag bei nahezu 100%. Da der bis dato bestehende Vertrag zum 31.12.2013 auslief, musste das Verbandsnetz im vergangenen Jahr europaweit ausgeschrieben werden. Mit dem neuen Kontrakt konnte ein erheblicher finanzieller Vorteil, bei gleicher Technik und Anschlussbandbreite, erzielt werden. Der aktuelle Vertrag hat eine Laufzeit von 36 Monaten mit der Option auf eine zwölfmonatige Verlängerung. Darüber hinaus wurde die komplette **interne Netzwerkinfrastruktur** im Produktionsbereich auf verbesserte, performantere und vor allem zukunftssichere Systeme umgestellt. Erstmals kamen dabei 40 Gigabit-Anbindungen/-Techniken zum Einsatz.

Das **Internet** bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdvz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar. Gleichzeitig ist das Internet aber immer noch das sicherheitskritischste Netz, auf dessen Gefahrenabwehr ein Arbeitsschwerpunkt liegt. Der Gesamt-Datenverkehr ist gegenüber 2012 deutlich angestiegen und liegt nun bei ca. 36 TerraByte. Infolge dessen wurde die Bandbreite, nahezu kostenneutral, von 150 auf 200 Mbit/s erhöht. Durch den Einsatz neuer zentraler Proxy-, Virenschanner- und Spam-Abwehr-Systeme mit deutlich größerem Funktionsumfang wurden die hohen Sicherheitsanforderungen weiterhin eingehalten, die redundante Auslegung der Systeme sorgte für die notwendige Stabilität und eine nahezu 100%-ige Verfügbarkeit. Neben der Internetnutzung „von Innen nach Außen“ steht der Internetzugang aber auch für Zugriffe von Außen zur Verfügung. Nicht nur die zahlreichen DMZ-Applikationen (DMZ = Demilitarized Zone), auch die Nutzung von VPN-Verbindungen (Heimarbeitplätze, kleinere Außenstellen) hat erneut zugenommen. Darüber hinaus gehört die Einbindung von Smartphones und Tablet-PCs mittlerweile zum Tagesgeschäft.

Auch in 2013 wurden in zahlreichen Verwaltungsgebäuden **W(ireless)-LAN**-Komponenten installiert. Mittels WLAN-fähiger Geräte (Laptop, Smartphone, Tablets etc.) haben Nutzer dort jetzt die Möglichkeit, auf das lokale Netzwerk und/oder auf das Internet zuzugreifen. Da der Netzwerkzugang bzw. die Authentisierung höchsten Sicherheitsstandards genügen müssen, stellt die kdvz den Kunden zentrale Authentisierungs- und Benutzerverwaltungs-Systeme zur Verfügung. Aktuell sind bei 15 Kunden insgesamt 58 WLAN-Access-Points installiert.

Die Vorteile einer **IP-basierten Telefonanlage** haben im vergangenen Jahr weitere Kommunen überzeugt. Mittlerweile setzen sieben Verbandsmitglieder das System Swyx an über 500 Arbeitsplät-

ren ein. Mit Erfolg wurden bei allen Swyx-Bestandskunden Upgrades auf die aktuellste Version durchgeführt, daneben standen die Kundenberatung und Angebotsaufbereitung im Vordergrund. Auch bei externen Kunden konnte die kdvz in Bezug auf Swyx unterstützend tätig werden und ihr Fachwissen unter Beweis stellen.

2.5 IT-Services

Die Inanspruchnahme von technischen Dienstleistungen der kdvz Rhein-Erft-Rur stieg auch im vergangenen Jahr weiter an. Der Trend, Produkte ganzheitlich als Service abzunehmen, lässt sich auch im kommunalen Umfeld beobachten; die kdvz stellt für ihre Kunden immer mehr **kommunale Anwendungen zentral als Service** („Software as a Service“ – SaaS) bereit. Aktuell nutzen ca. 1.000 – 3500 Benutzer zentrale bereitgestellte Anwendungen des Zweckverbandes.

Die Nachfrage nach **Virtualisierungstechnologien und -produkten** ist weiterhin ungebrochen. Die entsprechende Infrastruktur der kdvz ist auf einem permanent hohen Leistungsniveau zu halten und immer wieder zu aktualisieren. Im Jahr 2013 wurde aufgrund der anhaltend steigenden Systemanforderungen bzw. des Serverwachstums erneut ein Teil der Infrastruktur modernisiert. Waren es im Jahr 2012 noch ca. 350 Server im Rechenzentrum der kdvz, so ist die Anzahl im Jahr 2013 auf ca. 430 Server angestiegen. Eine Entwicklung, die sich bereits die letzten Jahre fortsetzt.

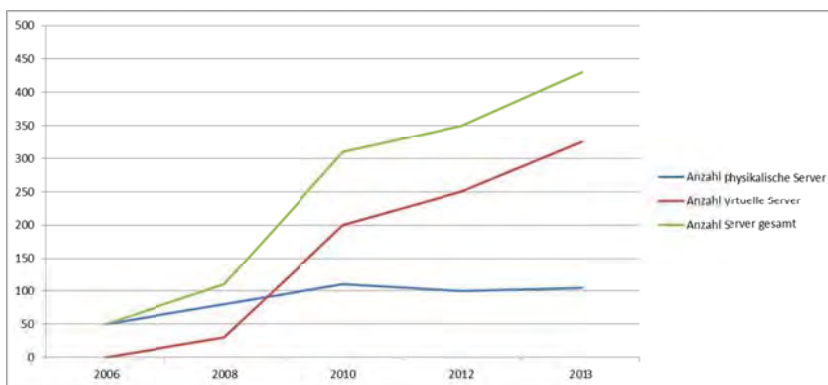


Abb. 1: Entwicklung Serveranzahl (physisch / virtuell)

Zeitgleich wurde eine Erweiterung der Virtualisierungsrressourcen vorgenommen, um auch den Anforderungen im Jahr 2014 gewachsen zu sein. Insbesondere die Änderung in der Infrastruktur für die Finanzsoftware wird für einen deutlichen Anstieg der benötigten Systemressourcen im laufenden Jahr sorgen.

Die steigende Komplexität von IT-Infrastrukturen hinsichtlich Hard- und Software, Sicherheit, Verfügbarkeit sowie Personaleinsatz forciert nach wie vor das Interesse im Zweckverband nach Unterstützung bei der **Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen**. Durch

die gemeinschaftliche und zentralisierte Bereitstellung von Ressourcen kann hier eine wirtschaftliche Lösung geschaffen, die Komplexität zurück ins Rechenzentrum übertragen werden. Die kdvz unterstützt die Kunden bei der Analyse des eigenen Umfelds, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie der Umsetzung. In 2013 wurde ein weiteres komplexes Zentralisierungsprojekt (ca. 360 Arbeitsplätze) erfolgreich umgesetzt; die dabei prognostizierten wirtschaftlichen Effekte bestätigten sich im Projektverlauf. Die Anforderung eines anderen Verbandsmitgliedes, die städtischen Hausmeister an externen Standorten mit neuen IT-Komponenten zu versorgen, konnte in Form von virtualisierten Windows-Desktops der kdvz realisiert werden. Im laufenden Jahr werden weitere Kommunen ihre IT-Infrastrukturen zur kdvz verlagern.

Neben dem gegenwärtigen Trend zur Re-Zentralisierung sind die **Dienstleistungen beim Kunden vor Ort** dennoch unverzichtbar für eine funktionierende Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern. Hierzu zählt beispielsweise die Unterstützung der Kommunen bei der Aktualisierung ihres IT-Umfeldes. Im Jahr 2013 wurden zahlreiche Virtualisierungslösungen, Speichersysteme und Datensicherungs-/Back-up-Konzepte bei den Kunden realisiert. Hinzu kommen diverse Supportleistungen wie Mietscheinablösungen, Hard- und Softwareaustausch, Migrationen, Hilfestellung bei unterschiedlichsten Problemen rund um den Arbeitsplatz usw.; unter anderem unterstützte die kdvz weitere 10 Mitgliedsverwaltungen bei der **Migration ihrer GroupWare-Lösung** von Novell GroupWise nach MS Exchange. Das zentrale Hosting der Exchange-Systeme nutzten zum Jahresende 19 Verbandsmitglieder mit insgesamt ca. 2500 Postfächern. Serviceverträge über die Nutzung des **zentralen Virenschutzes** existieren mit 25 Mitgliedsverwaltungen, die von der kdvz bereitgestellte Lösung zur **Softwareverteilung** bedient derzeit ca. 1700 Arbeitsplätze.

Der Betrieb kommunaler Fachanwendungen bedingt entsprechend leistungsstarke Infrastrukturen, auf denen die Applikationen laufen. Auch hier ist eine permanente Modernisierung und Erweiterung unumgänglich. Das **System für die Wahlenanwendung** wurde im Vorgriff auf die Bundestagswahl 2013 weiter modernisiert mit dem Ergebnis, dass die Wahlen auf den performanten und hochverfügbaren 64bit-Systemen für die nunmehr ca. 90 Verwaltungen erfolgreich durchgeführt werden konnten. Für die anstehende Kommunal- und Europawahl wurden bereits intensive Vorarbeiten geleistet. Ähnliches gilt für das **Finanzverfahren**. Die neue Softwaregeneration des Produktes newsystem[®] kommunal wird sich grundlegend ändern. Erste Vorbereitungen und Tests hierzu sind bereits im Jahr 2013 durchgeführt worden, entsprechend notwendige Systemressourcen wurden bereits erweitert. Im laufenden Jahr werden die Kunden auf das neue System umgestellt; hierzu sind komplexe Migrationen durchzuführen.

2.6 Weitere Themen

Ein Aufgabenschwerpunkt des **Rechnungsprüfungsamtes** (RPA) der kdvz liegt in der Prüfung finanzwirksamer Verfahren. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das RPA seinen Zertifizierungskatalog jeweils auf dem aktuellen Stand. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen u. a. eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird mit der Zertifizierung durch das kdvz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. Insgesamt sechs finanzwirksame Fachverfahren wurden im letzten Jahr vor ihrem Ersteinsatz geprüft bzw. hinsichtlich ihrer Weiterentwicklung überwacht. Im Rahmen der begleitenden Vergabeprüfung hat das RPA im vergangenen Jahr 157 Prüfungen mit einem Gesamtauftragswert von ca. 4,5 Mio. € vorgenommen.

Die Themen **IT-Sicherheit** und **Datenschutz** sind gerade durch die Ereignisse im letzten Jahr wieder verstärkt ins Bewusstsein gerückt. Die kdvz hat sich hier in der Vergangenheit ein breites Know-how aufgebaut und bietet ihren Mitgliedskommunen entsprechende Unterstützungsleistungen an; zehn Verwaltungen werden beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informationssicherheitsmanagements durch die kdvz begleitet, für drei Kommunen stellt die kdvz den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Im Rahmen des **Risikomanagements** fanden in 2012 zum 30.05. und zum 30.11. die vorgeschriebenen turnusmäßigen Bewertungen statt. Für 2014 ist geplant, erstmalig auch Risikobewertungen auf Produktebene vorzunehmen.

3. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 87,3. Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2013 folgendes Bild:

	unter 30	30 - 50	51 - 60	älter als 60
höherer Dienst		1	2	2
gehobener Dienst	5	20	30	4
mittlerer Dienst	4	7	11	2

Folgende Dienstvereinbarungen hatten zum Stichtag 31.12.2012 Gültigkeit:

- Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit

- Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement nach längeren Erkrankungszeiten
- Dienstvereinbarung zur Einführung leistungsorientierter Entgelte und Vereinbarung eines betrieblichen Systems nach § 18 Abs. 6 Satz 1 TVöD (LOB)

4. CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

Für das Jahr 2013 lässt sich resümieren, dass die Produkte und Dienstleistungen des Zweckverbandes in einem unvermindert hohen Grad von den Kunden nachgefragt wurden. Hinsichtlich der aus verbandspolitischer Sicht höchst bedeutsamen Auseinandersetzung mit vier austrittswilligen Verbandsmitgliedern konnte im abgelaufenen Jahr keine endgültige Klärung herbeigeführt werden.

Während eine von ursprünglich fünf Kommunen noch vor Jahresende 2012 ihre Kündigung zurückgezogen hatte, haben die übrigen austrittswilligen Mitgliedsverwaltungen mit einer Ausnahme die Nutzung von Ressourcen des Zweckverbandes im Jahr 2013 vollständig eingestellt. Aufgrund des schwebenden Verfahrens sah sich die Bezirksregierung Köln bislang nicht in der Lage, die Umlagefestsetzung des Zweckverbandes zu genehmigen. Gleichwohl hatte dies keine Auswirkungen auf die Liquidität des Verbandes, da die übrigen Verbandsmitglieder ihre Umlageanteile in voller Höhe geleistet haben.

Ein Schlichtungsverfahren, das die Bezirksregierung im Sommer auf Ersuchen der austrittswilligen Kommunen eingeleitet hatte, wurde ergebnislos beendet. Die Gremien des Zweckverbandes haben daraufhin entschieden, den Klageweg zu beschreiten, zum einen Klagen gegen die vier austrittswilligen Verbandsmitglieder wegen Feststellung des Bestehens einer Mitgliedschaft und Zahlung, zum anderen Klage gegen das Land NRW, vertreten durch die Bezirksregierung Köln, wegen Nichtgenehmigung der Verbandsumlage im Wirtschaftsplan 2013. Alle Verfahren sind noch vor Gericht anhängig, im Leitverfahren kdvz gegen das Land NRW wird mit einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts NRW in Münster noch in diesem Jahr gerechnet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den ausscheidungswilligen Kommunen den Zweckverband auch im Jahr 2013 maßgeblich bewegt hat und mit einem hohen Ressourceneinsatz verbunden war.

Ungeachtet der ungeklärten rechtlichen Situation ist die kdvz Rhein-Erft-Rur ihrem Auftrag, den Verbandsmitgliedern qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen zu wirtschaftlichen Konditionen anzubieten, auch in 2013 gerecht geworden. Das Interesse der Kommunen an technischen Lösungen wie etwa der Virtualisierung

und Zentralisierung von IT-Infrastrukturen gewinnt dabei weiter an Bedeutung. Im laufenden Jahr haben bereits drei weitere Kunden ihre IT-Komponenten in das Rechenzentrum der kdvz verlagert, zwei werden bis Jahresende zusätzlich noch folgen. Somit betreibt die kdvz mit Beginn des kommenden Jahres die komplette IT-Infrastruktur für insgesamt neun Verbandsmitglieder; zwei weitere haben sich auf einen Umstieg im ersten Halbjahr 2015 festgelegt. Gleichermäßen hoch ist die Nachfrage nach modernen Fachapplikationen wie etwa der Lösung zum Dokumentenmanagement. Bereits bei 12 Kommunen sind erste Fachbereiche auf die elektronische Aktenführung umgestellt.

Neben den „klassischen“ IT-Themen rücken weitere Handlungsfelder in den Vordergrund. Beispielsweise werden sich die Verwaltungen zukünftig bedingt durch den demografischen Wandel und sich verändernde gesetzliche Rahmenbedingungen verstärkt mit der Betrachtung kommunaler Geschäftsprozesse beschäftigen. In 2013 hat die kdvz gemeinsam mit zwei Kommunen ein entsprechendes Projekt mit dem Schwerpunkt „E-Bürgerdienste“ durchgeführt, dessen Ergebnisse als Blaupause für den gesamten Zweckverband dienen. Dieses und andere Themen wie z. B. die Unterstützung beim Kassengeschäft eines Verbandsmitglieds belegen, dass die Anforderungen der Kunden an ihren kommunalen IT-Dienstleister einem stetigen Veränderungsprozess unterliegen und inzwischen weit über die Grenzen einer reinen IT-zentrierten Aufgabenerledigung hinausreichen. Aufgrund der hohen Akzeptanz der kdvz Rhein-Erft-Rur bei ihren Mitgliedern sieht sich der Zweckverband gut aufgestellt, den Modernisierungsprozess der Kommunen in seinem Einzugsgebiet aktiv mitzugestalten.

5. VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

keine

Frechen, den 18.09.2014



Stommel

Verbandsvorsteher

Im Auftrag



Wergen

Geschäftsführer

3. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: <http://www.vrsinfo.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NW (Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen übernimmt sie zudem Aufgaben als Dienstleister für diese. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„Ist die Mitgliedschaft zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich und/oder kann ggf. die Mitgliedschaft entfallen?“

Ja, da es sich um einen Pflichtverband nach § 5 ÖPNVG NW handelt. Die Mitgliedschaft kann nicht entfallen.

Können die vom Zweckverband wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Der Zweckverband bedient sich für die operative Aufgabenerfüllung der VRS GmbH. Die regelmäßige Prüfung der Wirtschafts- und Finanzplanung der GmbH wird in den Gremien der GmbH, in denen der Kreis Euskirchen vertreten ist, beraten und beschlossen. Bisher ergaben sich keine Ansatzpunkte für eine Forderung nach Wegfall oder Reduktion von Aufgaben.

Kann die Aufgabe in anderer Form (besser) wahrgenommen werden?

Nein, da die Organisationsform vorgeschrieben ist.

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an den Zweckverband absehbar?

Im Rahmen des künftigen ÖPNV-Wettbewerbes werden sich neue Aufgaben für die VRS GmbH ergeben, deren Umfang jedoch noch nicht abgeschätzt werden kann

Abschlussbewertung:

Die Mitgliedschaft im Zweckverband ist durch das ÖPNVG NRW vorgeschrieben. Zur Aufgabenerledigung bedient sich der Zweckverband der VRS GmbH, deren Alleingesellschafter er ist, und bei deren regelmäßigen Prüfungen sich keine Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung und ihrer Wirtschaftlichkeit gezeigt haben.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €. Die Nahverkehr Rheinland GmbH hat am 18.12.2013 als Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital von 25.000 € die Gesellschaft zur Vorbereitung und Umsetzung des Rhein-Ruhr-Express (RXX) im Kooperationsraum Rheinland mbH gegründet.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben, näheres s. Teil D.2.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

- a) Verbandsversammlung
- b) Vorstandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)
- b) Aufsichtsrat
- c) Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)
- d) Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland

- a) Verbandsversammlung
- b) Vergabeausschuss
- c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge
- d) Hauptausschuss
- e) Vorstandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)
- b) Aufsichtsrat
- c) Geschäftsführung

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. LR Günter Rosenke		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Bernd Kolvenbach *	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

* gleichzeitig 1. Vorsitzender der Verbandsversammlung

1b) Vorstandsvorsteher des ZV VRS

Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreises) - ab 14.11.2014

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke - bis 13.11.2014

Stellvertreter: Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch-Bergischer Kreise) - ab 14.11.2014

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS

Vorsitzender: Bernd Kolvenbach (CDU)

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
<u>bis 11.12.2014</u>			
Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)
<u>ab 12.12.2014</u>			
Hans Schmitz	(SPD)	Achim Blindert	(GBL IV)
Bernd Kolvenbach	(CDU)	geborenes Mitglied (Vorsitzender der Verbandsversammlung ZV VRS)	

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL IV) vertreten.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH

Dr. Norbert Reinkober

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. LR Günter Rosenke		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

3b) Vergabeausschuss

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. Achim Blindert	(GBL IV)	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

3c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge (seit 12.12.2014)

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. Achim Blindert	(GBL IV)	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

3d) Hauptausschuss des ZV NVR

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
Bernd Kolvenbach, Vorsitzender	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

3e) Verbandsvorsteher des ZV NVR

bis 13.11.2014

Landrat Stephan Pusch (Kreis Heinsberg)

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

ab 14.11.2014

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch Bergischer Kreis)

1. Stellvertreter: Oberbürgermeister Marcel Philipp (Stadt Aachen)

nachrichtlich:

ab 27.01.2015

2. Stellvertreter: Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)

3. Stellvertreter: Landrat Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren)

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch Bergischer Kreis)

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Bernd Kolvenbach (bis 11.12.2014)	(CDU)	Achim Blindert	(GBL IV)
		Bernd Kolvenbach (ab 12.12.2014)	(CDU)
		Hans Schmitz	(SPD)

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

Dr. Norbert Reinkober

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

Heiko Sedlaczek

F) Jahresabschluss

Die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 des Zweckverbandes lagen zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und werden im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Der Jahresabschluss 2014 der GmbH ist ab Seite 382 dargestellt.

Verkehrsverbund Rhein-Sieg Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Köln

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA	Anhang		Stand	
	Tz.	EUR	31.12.2014	31.12.2013
Anlagevermögen		EUR	EUR	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	(3)			
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		631.394,00	652,4	
Geleistete Anzahlungen		338.645,66	230,2	
			970.039,66	882,6
Sachanlagen				
Bauten auf fremden Grundstücken		95.731,00	127,0	
Geschäftsausstattung		722.598,00	813,0	
Geleistete Anzahlungen		0,00	0,0	
	(4)		818.329,00	940,0
Finanzanlagen				
Beteiligungen		22.500,00	22,5	
Wertpapiere		1.284.964,04	1.307.464,04	1.093,3
			3.095.832,70	2.938,4
Umlaufvermögen				
Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		5.000,00	5,0	
Waren		3.826,58	3,6	
			8.826,58	8,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		544.653,56	479,5	
Sonstige Vermögensgegenstände		349.438,69	475,5	
			894.092,25	955,0
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				
			72.694.743,22	54.401,5
			73.597.662,05	55.365,1
Rechnungsabgrenzungsposten				
			200.503,51	98,9
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
			90.343,63	186,8
			76.984.341,89	58.589,2
PASSIVA				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital			240.000,00	240,0
Jahresüberschuss			0,00	0,0
			240.000,00	240,0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	(8)			
			693.449,58	726,0
Rückstellungen	(9)			
Rückstellungen für Pensionen			2.414.116,00	2.225,7
Steuerrückstellungen			4.434,00	0,40
Sonstige Rückstellungen			447.672,00	430,4
			2.866.222,00	2.656,5
Verbindlichkeiten	(10)			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			917.239,77	1.159,5
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 917.239,77 EUR (Vorjahr 1.159,4 TEUR)				
Sonstige Verbindlichkeiten			72.266.016,14	53.805,9
- davon aus Steuern 85.298,88 EUR (Vorjahr 78,7 TEUR)				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 8.027,75 EUR (Vorjahr 7,8 TEUR)				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 72.266.016,14 EUR (Vorjahr 53.805,9 TEUR)				
Rechnungsabgrenzungsposten				
			1.414,40	1,3
			73.183.255,91	54.965,4
			76.984.341,89	58.589,2

**Verkehrsverbund Rhein-Sieg
Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Köln**

**Gewinn- und Verlustrechnung
01.01. - 31.12.2014**

	Anhang Tz.	2014 EUR	2013 EUR
Zuschüsse		6.256.594,83	6.218.968,83
Erstattungen		4.867.839,85	4.343.440,30
Sonstige betriebliche Erträge		783.092,38	1.230.397,77
Sachaufwand		<u>4.729.541,91</u>	<u>4.977.047,81</u>
Rohergebnis	(11)	7.177.985,15	6.815.759,09
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter		3.663.958,92	3.352.898,18
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.039.736,09	931.470,91
- davon für Altersversorgung: 118.568,74 EUR (Vorjahr: 98,5 TEUR)			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		603.424,63	467.587,86
Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.654.197,10	1.896.010,03
Erträge aus anderen Wertpapieren		43.584,35	43.864,14
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	705,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen		7.666,96	14.403,90
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>217.543,88</u>	<u>153.581,24</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		35.041,92	44.376,11
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		35.041,92	44.376,11
Sonstige Steuern		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
Jahresüberschuss		<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100% in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt - in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen - als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tarifierlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeaufteilungsregelungen.

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

2. Geschäftsentwicklung

2.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2014

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war um 1,5 % höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um 0,1 % und 2012 um 0,4 %).

2.2 Verbundentwicklung

Zwischen Januar und Dezember 2014 wurden im Verbundraum Rhein-Sieg 533,2 Mio. Fahrten mit Bus und Bahn unternommen; gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 2,07 Mio. Fahrten bzw. 0,39 %.

Die Tarifierlöse stiegen im gleichen Zeitraum um 21,58 Mio. Euro bzw. 3,67 % auf 609,7 Mio. Euro. Anders als in den Vorjahren liegt der prozentuale Umsatzzuwachs nicht deutlich über der zum 1.1.2014 vorgenommenen Preisanpassung in Höhe von 3,6% sondern nur geringfügig höher. Für diese Tarifierhöhung kam wie im Vorjahr ein standardisierter Tariffortschreibungsansatz zur Anwendung.

Während im Bereich Bartarif erneut ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist - die Zahl der Fahrten ist von 60,5 auf 59,7 Mio. Fahrten (-1,3 %) gesunken - nutzen immer mehr VRS-Kunden Zeitfahrtausweise. 2014 wurden 215,7 Millionen Fahrten mit den ZeitTickets für Erwachsene (+1,6 % bzw. +3,4 Mio. Fahrten) unternommen. Bei den ZeitTickets für Erwachsene bleibt das JobTicket bzw. GroßkundenTicket der Renner: 204.100 Kunden (+1,4 % bzw. +2.900 Kunden) pendeln damit zur Arbeit, nutzen es aber auch für Freizeitfahrten. Auch die Kundenentwicklung bei Monats- und Aktiv60Ticket bleibt positiv. 119.800 Kunden sind mit dem MonatsTicket unterwegs (+ 4,4 % bzw. + 5.100 Kunden), 43.300 (+ 3,3 % bzw. + 1.400 Kunden) mit dem

Aktiv60Ticket. Rückläufig dagegen ist das Formel9Ticket, hier ist die Kundenzahl um 2.400 (- 7,0 %) auf 32.000 Kunden gesunken. Jedoch handelt es sich hier größtenteils nicht um „verlorene“ Kunden, sondern um Umsteiger auf das Aktiv60Ticket.

Bedingt durch die sinkenden Schülerzahlen ist bei den ZeitTickets für Schüler und Auszubildende erstmals ein leichter Rückgang von 209,1 Mio. Fahrten auf 208,3 Mio. Fahrten (-0,35 % bzw. -0,73 Mio. Fahrten) zu verzeichnen.

Das zum 1. Januar 2014 eingeführte Pauschale AnschlussTicket, das für einzelne Fahrten über den Geltungsbereich des jeweiligen VRS-ZeitTickets hinaus gültig ist, steigerte sich von 20.000 Tickets zum Start im Januar auf mittlerweile monatlich rund 50.000 verkaufte AnschlussTickets.

Seit Anfang 2013 gibt es vergünstigte Tickets für einkommensschwache Menschen nicht nur in den Städten Köln und Bonn sondern im gesamten VRS-Gebiet. Diese MobilPass-Tickets gibt es seitdem als 4er- und MonatsTickets in Anlehnung an das bekannte Preisstufensystem des VRS in den Preisstufen 1a bis 5. Das Angebot wird sehr gut angenommen: 2014 wurden rund 608.000 4er- und 530.000 MonatsTickets MobilPass durch einkommensschwache Einwohner des Verbundgebiets nachgefragt, Tendenz steigend.

Für die Jahre 2015 und 2016 wurden Tarifierungen in Höhe von jeweils 2,8 % beschlossen. Die hierdurch erwarteten Umsatzzuwächse betragen für das Jahr 2015 16,04 Mio. €, für das Jahr 2016 15,44 Mio. €.

3. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

3.1 Vermögenslage

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31. Dezember 2014 eine Bilanzsumme von 77 Mio. Euro aus (Vorjahr: 58,6 Mio. Euro). Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Umlaufvermögens. Im Vergleich zum Vorjahr (54,4 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzposition Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten im Berichtsjahr 72,7 Mio. Euro. Dem steht ein Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 53,8 Mio. Euro) auf 72,3 Mio. Euro gegenüber. Hierbei handelt es sich vor allem um vereinnahmte Entgelte aus weiterzuleitenden Beförderungsentgelten aus dem Verbundausgleich der Einnahmeaufteilung des VRS- und des NRW-Tarifs. Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens dienen der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen.

3.2 Finanzlage

Nach Verrechnung der liquiden Mittel mit den abzuführenden Entgelten aus der Einnahmeaufteilung des VRS- und des NRW-Tarifs standen der Gesellschaft ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um ihren kurzfristigen Finanzbedarf zu decken.

3.3 Ertragslage

Die Verbundgesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung – Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge – weist für das Geschäftsjahr 2014 ein Gesamtvolumen

von 11,9 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (11,8 Mio. Euro) ist dies ein Anstieg von 0,1 Mio. Euro bzw. knapp 1%.

Der Sachaufwand lag mit 4,7 Mio. Euro um etwa 5,2 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 9,8 % erhöht. Ursächlich hierfür sind die Anpassung des TVöD zum 01.02.2014 in Höhe von ca. 3,0 %, eine Anpassung des Stellenplans um 2,5 Stellen sowie die Tatsache, dass im Vorjahr vorhandene Stellen zeitweise nicht besetzt waren. Die zusätzlich geschaffenen Stellen wurden durch Zuwendungen aus verschiedenen Förderprojekten finanziert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. Euro bzw. 12,7 % reduziert.

Die im Geschäftsjahr 2014 nicht verbrauchten Finanzmittel werden gemäß der mittelfristigen Finanzplanung 2015 bis 2018 in den Folgejahren zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

4. Chancen- und Risikobericht

Die VRS GmbH ist für die den Verbundtarif anwendenden Verkehrsunternehmen – Abrechnungsgemeinschaft – die zuständige Abrechnungsstelle. Die Details sind geregelt im Gesellschaftsvertrag, im Kooperationsvertrag und im Einnahmenaufteilungsvertrag. Basis für die Aufteilung der Einnahmen sind die jährlichen Verkaufsergebnisse der Verkehrsunternehmen, die anhand regelmäßig stattfindender Verkehrserhebungen auf die Partner der Abrechnungsgemeinschaft aufgeteilt werden.

Über die Ergebnisse der letzten Verkehrserhebung aus dem Jahr 2009 konnten die Verkehrsunternehmen trotz vorliegender Kompromissvorschläge keine Einigung erreichen. Ein von den Verkehrsunternehmen auf Vorschlag des Präsidenten des OLG Köln vorgeschlagener Schiedsgutachter hat daher ein umfassendes Schiedsgutachten erstellt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Ergebnisse der Verkehrszählung 2009 als Grundlage für die jeweilige Jahresabrechnung verwendet werden können.

Mit Datum vom 05. März 2014 hat die Rhein-Sieg Verkehrsgesellschaft mbH (RSVG) Klage gegen die VRS GmbH beim Landgericht Köln eingereicht. Hauptsächlicher Gegenstand der Klage ist die Anfechtung eines Beschlusses aus dem Beirat der VRS GmbH vom 11. September 2008, dessen Unwirksamkeit durch das Gericht festgestellt werden soll. Zudem beantragt die RSVG das Schiedsgutachten vom 29. Januar 2014 über die Aufteilung der Einnahmen aus dem VRS-Tarif als unverbindlich zu erachten und das bei der Verkehrserhebung 2004/2005 angewandte Verfahren der Erlöskalibrierung auch für die Verkehrserhebung 2009 anzuwenden.

Mit Datum vom 07. März 2014 haben die Verkehrsunternehmen Stadtverkehr Martin Becker GmbH und Karl Schäfer Omnibusreisen GmbH beim Landgericht Köln Klage gegen die VRS GmbH erhoben. Ziel dieser Klage ist es, das Schiedsgutachten vom 29. Januar 2014 über die Aufteilung der Einnahmen aus dem VRS-Tarif für nichtig bzw. hilfsweise für nicht verbindlich bzw. höchst hilfsweise für unwirksam erklären zu lassen.

Der weitere zeitliche und inhaltliche Ablauf der durch die Klagen eingeleiteten Gerichtsverfahren lässt sich derzeit nicht prognostizieren. Finanzielle Ansprüche gegenüber der VRS GmbH wurden durch die genannten Klagen nicht geltend gemacht. Ein finanzielles Risiko für die VRS GmbH besteht daher für den Fall, dass den Klagen durch das Landgericht stattgegeben wird, vor allem in Höhe der Prozesskosten. Als vorläufiger Streitwert ist in der Klage des RSVG ein Betrag von 1.693.200 Euro genannt, in der Klage der Unternehmer Martin Becker/Karl Schäfer ein Betrag von

259.600 Euro. Weitere Risiken könnten sich für den Fall ergeben, dass nach den Entscheidungen des Landgerichtes Köln der Weg durch weitere Instanzen angetreten wird.

Da die Verbundgesellschaft als Abrechnungsstelle und nicht als anspruchsberechtigtes Mitglied Teil der Abrechnungsgemeinschaft ist, wird sie die Vorwürfe zurückweisen. Auf die Wirtschaftslage der Gesellschaft wirkt sich der Rechtsstreit bis auf die Anwaltskosten nicht aus. Das Zusammenwirken der Mitglieder in der Abrechnungsgemeinschaft ist allerdings erheblich gestört. Die 2015 geplante Verkehrszählung wird nunmehr erneut verschoben werden müssen.

Ursprünglich waren für den September bzw. den Dezember 2014 Verhandlungstermine angesetzt. Diese wurden seitens des Gerichtes jeweils verschoben. Nunmehr ist ein Verhandlungstermin für den 7. Mai 2015 beim Landgericht Köln - Kammer für Handels-sachen - angesetzt.

Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und falls erforderlich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Verbundgesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

5. Prognosebericht

Im Jahr 2015 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vergleich zum Vorjahr für die VRS GmbH weitgehend unverändert.

Die Basis zur Finanzierung der bei der VRS GmbH anfallenden Aufgaben liegt vor. Seitens des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland liegen zwei Zuwendungsbescheide in Höhe von insgesamt 2.505 TEuro vor. Von dieser Summe werden 1.500 TEuro zur Abdeckung allgemeiner Ausgaben der Gesellschaft verwendet, 1.005 Euro dienen der Verbundvermarktung bzw. der Fortentwicklung des Verbundtarifs.

Auch die Zuwendungsbescheide zur Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen „Busse und Bahnen“ liegen mit Förderbeträgen von 1.500 TEuro bzw. 1.231 TEuro seitens des Landes vor.

Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300 TEuro ihren Finanzierungsbeitrag. Die Umlagegenehmigung der Bezirksregierung Köln für das Haushaltsjahr 2015 liegt vor. Die Verbandsversammlung des ZV VRS hat die dazu erforderliche Haushaltssatzung am 27.03.2015 einstimmig beschlossen.

Der im Unternehmen zur Anwendung kommende Tarifvertrag TVöD-V (Laufzeit bis 29.02.2016) sieht ab 01. März 2015 eine Entgelterhöhung von 2,4 % vor. In den Planansätzen für den Wirtschaftsplan 2015 ist dies berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund rechnet die Geschäftsführung für 2015 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Köln, 28. April 2015

4. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <http://www.dahlem.de/kronenburgersee.php>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Obere Kyll, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Obere Kyll und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)
- b) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Stefanie Seidler	(SPD)	Johannes Mertens	(CDU)

b) Vorstandsvorsteher

Reinhold Müller (Bürgermeister Gemeinde Dahlem) bis 22.06.2014
Jan Lembach (Bürgermeister Gemeinde Dahlem) seit 01.10.2014

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Naturpark Rheinland

Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
- c) Planungsausschüsse Nord und Süd (Je ein Vertreter/Verbandsmitglied sowie die Bürgermeister der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
- d) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglieder
bis 24.06.2014

1. AV Manfred Poth
2. Josef Carl Rhiem
3. Heinrich Hettmer

(CDU)
(SPD)

Stellvertreter

- Achim Blindert
Hans Peter Nussbaum
Margret Rhiem

(GBL IV)
(CDU)
(SPD)

ab 25.06.2014

1. AV Manfred Poth		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Rita Gerdemann	(CDU)	Karsten Stickeler	(CDU)
3. Stefan Schmitz	(SPD)	Heinrich Hettmer	(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

Mitglieder

bis 24.06.2014

1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Josef Carl Rhiem	(CDU)	Margret Rhiem	(SPD)

Stellvertreter

ab 25.06.2014

1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Rita Gerdemann	(CDU)	Stefan Schmitz	(SPD)

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

Mitglieder

bis 24.06.2014

1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Josef Carl Rhiem	(CDU)	Heinrich Hettmer	(SPD)

Stellvertreter

ab 25.06.2014

1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Leo Wolter	(CDU)	Heinrich Hettmer	(SPD)

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

Mitglieder

bis 24.06.2014

1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Hans Peter Nussbaum	(CDU)	Andreas Schulte	(SPD)

Stellvertreter

ab 25.06.2014

1. LR Günter Rosenke	(stv. Verbandsvorsteher)		
2. Heinrich Hettmer	(SPD)	Karsten Stickeler	(CDU)

d) Verbandsvorsteher

Landrat Michael Kreuzberg, Rhein-Erft-Kreis

Stellvertreter: LR Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

6. Zweckverband Region Aachen

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.regionaachen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissensregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

Der Zweckverband Region Aachen ist am Stammkapital (25.000 €) der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) mit 2.000 € (8 %) beteiligt. Nähere Angaben hierzu sind Teil B Nr. 17 „Innovationsregion Rheinisches Revier“ zu entnehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30.06 des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

In seiner Sitzung am 20.03.2013 hat der Kreistag die sofortige Auszahlung einer Abschlagszahlung in Höhe von 50.000 € beschlossen, um nach Geschäftsaufnahme am 01.01.2013 dessen Liquidität sicher zu stellen (D 6/2013).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Präsident des Zweckverbandes
- c) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglieder

bis 24.06.2014

1. LR Günter Rosenke		AV Manfred Poth	
2. Ute Stolz	(CDU)	Clas Kohlheyer	(CDU)
3. Günter Weber	(CDU)	Carl Josef Rhiem	(CDU)
4. Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Peter Wasems	(CDU)
5. Johannes Esser	(CDU)	Hans-Erhard Schneider	(CDU)
6. Urban Josef Jülich	(CDU)	Günther Schulz	(CDU)
7. Heinrich Hettmer	(SPD)	Thilo Waasem	(SPD)
8. Hans Schmitz	(SPD)	Markus Ramers	(SPD)
9. Peter Rau	(FDP)	Christian Grau	(FDP)
10. Hans Reiff	(FDP)	Dirk van Meenen	(FDP)
11. Franz Troschke	(UWV)	Thomas Pick	(UWV)
12. Angela Kalnins	(B90/Grüne)	Valérie Nitsche	(B90/Grüne)

Stellvertreter

Mitglieder

ab 25.06.2014

1. LR Günter Rosenke		AV Manfred Poth	
2. Urban-Josef Jülich	(CDU)	Karsten Stickeler	(CDU)
3. Bernd Kolvenbach	(CDU)	Josef Reidt	(CDU)
4. Franz-Josef Nießen	(CDU)	Clas Kohlheyer	(CDU)
5. Hans-Erhard Schneider	(CDU)	Dominik Schmitz	(CDU)
6. Hans Peter Wasems	(CDU)	Frank Weimbs	(CDU)
7. Stefan Schmitz	(SPD)	Stefanie Seidler	(SPD)
8. Hans Schmitz	(SPD)	Emmanuel Kunz	(SPD)
9. Wolfgang Heller	(SPD)	Dr. Peter Schweikert-Wehner	(SPD)
10. Hans Reiff	(FDP)	Bernd Lübke	(AfD)
11. Angela Kalnins	(B90/Grüne)	Nathalie Konias	(B90/Grüne)
12. Franz Troschke (bis 30.09.2014)	(UWV)	Michael Mondorf	(AfD)
Andreas Bühl (ab 01.10.2014)	(UWV)		

Stellvertreter

b) Präsidentin des Zweckverbandes

Regierungspräsidentin Gisela Walsken

c) Verbandsvorsteher

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke
Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadt Aachen
Städteregionsrat Helmut Etschenberg, StädteRegion Aachen
Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg

Geschäftsführer: Ulrich Schirowski

nachrichtlich:

Seit 01.07.2015 ist Frau Prof. Dr. Christiane Vaeßen Geschäftsführerin des Zweckverbandes.

F) Jahresabschluss

Die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 des Zweckverbandes lagen zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und werden im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
 - Regelung des Grundwasserstands
 - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
 - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
 - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
 - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlammabeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Hans Schmitz	(SPD)	Urban-Josef Jülich	(CDU)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist bis zum 30.09.2014 durch Herrn Josef Reidt (CDU) und ab 01.10.2014 durch Herrn Andreas Schulte (SPD) im Verbandsrat vertreten.

c) Vorstand

Bauassessor Dipl.-Ing. Norbert Engelhardt
Ständiger Vertreter des Vorstands: Dr. Bernd Bucher

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

C) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. bis zu 101 stimmberechtigte Delegierte)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in der Verbandsversammlung durch Herrn Johannes Esser (CDU) vertreten.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

c) Vorstand

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Firk
Ständiger Vertreter des Vorstands: Dipl.-Ing. Robert Steegmans

F) Jahresabschluss

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetzes und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreie Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitglied 0,06 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)
- b) Vorstand (10 Mitglieder)

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Der Jahresbericht 2014 ist im Internet abrufbar.

